Montag, 9. September 1985 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 209 - 37.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Renten: Gegen jede „Hast und Hektik" bei der Reform der Rentenversicherung sprach sich Bundesarbeitsminister Blüm aus. In einem WELT-Gespräch sagte er, die Finanzlage der Rentenversicherung habe sich so gut entwickelt, „daß wir keine Reform aus dem Handgelenk schütteln müssen". (S. 10)

Bremer SPD: Mit knapper Mehrheit ist Henning Scherf, Senator für Jugend und Soziales, zum stellvertretenden Bürgermeister nominiert worden. (S. 5)

Nach Moskau: Zu einem viertägigen Besuch ist NRW-Ministerpräsident Rau in die UdSSR gereist. Mit sowjetischen Regierungsvertretern will er vor allem über wirtschaftliche Fragen sprechen.

Parlamentarier: Erstmals seit Gründung der Interparlamentarischen Union vor fast 100 Jahren ist mit dem CDU-Abgeordneten Hans Stercken ein Deutscher zum Präsidenten gewählt worden.

Afghanistan: Widerstandskämpfer haben nach einer Meldung von Radio Kabul ein Flugzeug mit 52 Menschen an Bord abgeschossen. Die Maschine sei kurz nach dem Start in Kandahar von einer Rakete getroffen worden. (S. 6)

Rüstung: Die kanadische Regierung wird sich nicht an dem SDI-Programm der USA beteiligen, gab Regierungschef Mulroney bekannt. Kanadas politische Zielsetzungen erforderten keine offizielle Mitwirkung.

Bankrott? Die 1976 mit dem Ziel einer Zollunion gegründete Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft kann die Gehälter ihrer Angestellten nicht mehr bezahlen. 1985 kamen lediglich Nigeria und die Elfenbeinküste ihren Zahlungsverpflichtungen nach.

Nahost: Libanon hat Syrien um die Entsendung von Truppen nach Beirut gebeten, um die Kämpfe zwischen verfeindeten Milizen zu beenden.

Adenauers historische Reise

Heute vor 30 Jahren begann in Moskau ein erregendes Kapitel deutscher Nachkriegsdiplomatie. Im Spiridonowka-Palais nahmen der erste Nachkriegskanzler Adenauer und der sowjetische Ministerpräsident Bulganin Verhandlungen auf. Es wurde ein bis an die Grenzen des Erträglichen gehender Schlagabtausch. Adenauer erreichte sein Ziel: die Rückführung aller Kriegsgefangenen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Georg Schröder, der damals für die WELT dabei war, erinnert sich an die dramatischen Tage von Moskau. Seite 3

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Die Industrie in der Bundesrepublik wird nach Berechnungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung im nächsten Jahr 130 000 Menschen mehr beschäftigen als 1984. (S. 11)

Arbeitslose: Sechs Monate lang stagnierte in den USA die Arbeitslosenquote bei 7,3 Prozent, im August rutschte sie mit einem Schlag auf sieben Prozent. Präsident Reagan sieht darin den Beweis, daß die Wirtschaft wieder Fahrt aufnimmt. (S. 11)

Erdöl: Einen spürbaren Anstieg der Nachfrage sagt die Internationale Energieagentur für Ende 1985 voraus. Er werde jedoch nicht ausreichen, um die Marktperspektiven der Opec-Mitglieder aufzuhellen. (S. 11)

Wein: Gut acht Wochen nach Beginn der Glykolaffäre zieht man in der deutschen Weinwirtschaft vorsichtig Zwischenbilanz. Der Schaden für den Weinabsatz wird vermutlich geringer sein als erwartet. (S. 11)

ZITAT DES TAGES



❞ Für bleifreies Superbenzin (Euro-Super) wird in der Bundesrepublik Deutschland ein flächendeckendes Angebot auf die Beine gestellt. Wir rechnen damit, daß bis zum Jahresende Euro-Super an rund 2000 Stationen angeboten wird ❞

Hellmuth Buddenberg, Vorstandsvorsitzender der Deutschen BP, zur WELT
FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

KULTUR

Theater: Freundlich aufgenommen wurde in Berlin Nestroys Posse „Der Talisman", mit der der neue Generalintendant der Staatlichen Schauspielbühnen, Heribert Sasse, seine erste Spielzeit eröffnete. Am zweiten Abend brach Sasse, der auch die Hauptrolle spielt, mit einem Kreislaufkollaps zusammen. (S. 17)

Oper: Als musikalisch schön geschmückt und nicht ohne Witz erwies sich die Inszenierung der fast vergessenen Oper „Casanova" von Albert Lortzing in Oberhausen. In Zürich hatte Verdis „Macbeth" unter Nello Santi Premiere. Trotz Besetzungsschwierigkeiten gelang eine auf rechtschaffene Art solide Aufführung. (S. 17)

SPORT

Tennis: Im Finale der US-Meisterschaften besiegte die Tschechoslowakin Hana Mandlikova überraschend die hohe Favoritin Martina Navratilova (USA) mit 7:6, 1:6, 7:6. (S. 15)

Leichtathletik: Beim Europacup der Zehnkämpfer sind Jürgen Hingsen und Guido Kratschmer verletzt ausgeschieden. Das deutsche Team konnte deshalb den Titel nicht verteidigen. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Kriminalität: Jede Minute geschieht in New York, statistisch gesehen, ein Raubüberfall. Hier wie in anderen Städten der USA haben die Bürger das Vertrauen in die Polizei weitgehend verloren. Private Schutzgruppen haben Hochkonjunktur. (S. 18)

Luftfahrt: British Airways hat 22 Pratt-and-Whitney-Triebwerke aus dem Verkehr gezogen, die jenem gleichen, das in Manchester explodiert ist. (S. 18)

Wetter: Heiter bis wolkig, weitgehend trocken. 15 bis 19 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Hardthöhe: SPD-Pläne würden westliches Bündnis sprengen

Wirbel um Strategie-Papier hält an / Wird von Bülow abgelöst?

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Vorsitzende der sicherheitspolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, der ehemalige Hardthöhen-Staatssekretär Andreas von Bülow, hat „Wege zur Sicherheitspartnerschaft" vorgeschlagen, die vom Bundesverteidigungsministerium auf die Formel gebracht werden: „Dieser Plan macht Bundeswehr und Bündnis unfähig, ihren Auftrag zu erfüllen." Die Konzeption von Bülows insbesondere über eine Verkürzung der Wehrpflicht auf sieben oder acht Monate würde „den Alliierten zeigen, daß wir nicht mehr den Willen zur Verteidigung haben und die Allierten selbst zur Aufkündigung ihrer Leistung bringen".

Das Strategiepapier des sicherheitspolitischen Vordenkers der SPD-Führung ist in den vergangenen Tagen an alle 21 Mitglieder der Partei-Kommission versandt worden. In den Überlegungen etwa „zugunsten panzerabwehrstarker Abfangnetze" vor allem „entlang der innerdeutschen Grenze" und anderer Maßnahmen zur „Überwindung der Zeit einseitiger militärischer Absicherung durch Abschreckung" finden sich lupenrein die Bülowschen Gedankengänge vom vergangenen Herbst über einen Umbau der Bundeswehr zu einer Art Miliz-Armee wieder, als er ebenfalls im Alleingang eine neue Bedrohungsanalyse vorgelegt hatte. Damals wie heute drehen sich die strategischen Überlegungen um die Grundannahme: „Der Westen steht auch konventionell nicht so schlecht da. Für Hysterie und Angst gibt es keinen Grund." Und: „Beide Seiten wollen Krieg verhindern."

Daraus werden in dem SPD-Papier unter der Überschrift „Strategie vertrauenschaffender Sicherheitsstrukturen in Europa" u. a. folgende Konsequenzen gezogen:

● „Nach Ablauf von ein bis zwei Jahrzehnten sollten die Europäer in West und Ost sich zumindest im konventionellen Bereich allein verteidigen können. Die sowjetischen Truppen sollten spätestens nach der Jahrtausendwende in ihre Heimat zurückgezogen werden. Zug um Zug könnten dann die US-Truppen bis auf einen eher symbolischen Rest insbesondere in West-Berlin abgezogen werden."

● Die Wiener MBFR-Verhandlungen über Truppenabbau in Europa müßten „ihres Alibicharakters zur Verhinderung von Truppenabbau-Initiativen des US-Congreß und der Verringerung des präsenten Bundeswehrumfangs entkleidet" werden.

● „Das Festhalten nur mangelhaft beschäftigter Wehrpflichtiger in den Kasernen, nur um außerhalb von Spannungszeiten jederzeit 495 000 Mann unter Waffen stehen zu haben, vergeudet die Zeit der jungen Leute und macht eine sinnvolle Nutzung des großen Reservistenpotentials geradezu unmöglich."

● „Statt den Wehrdienst zu verlängern, sollte man eher entsprechend der französischen Überlegungen und in Anlehnung an das Schweizer und schwedische Muster den Wehrdienst in den 90er Jahren auf 7 oder 8 Monate verkürzen. Dafür wird die Zahl der Reserveübungen im Laufe der Jahre erhöht werden können und müssen."

● „Die NATO-Staaten sollten zur Verbesserung des Vertrauens auf beiden Seiten ein umfassendes, völkerrechtlich verbindliches allgemeines Gewaltverzichtsabkommen mit den Staaten des Warschauer Paktes schließen. Innerhalb dieses Abkommens sollten beide Seiten auch auf den Ersteinsatz von Nuklear- und Chemischen Waffen verzichten."

● „Die nuklearen Theaterwaffen sollten, wo nötig, durch konventionelle Waffen ersetzt werden. Die (amerika-

● Fortsetzung Seite 10

US-Liste der Handelsverstöße ist lang

Reagan will unfairen Wettbewerb der EG und Japans beenden / Untersuchungen angekündigt

H.-A. SIEBERT, Washington

Um den Trend im Kongreß zu einer härteren protektionistischen Haltung zu stoppen, hat US-Präsident Ronald Reagan die handelspolitische Initiative ergriffen. Wie er am Wochenende in einer Rundfunkansprache an die amerikanische Bevölkerung mitteilte, wird die Administration gegen die Europäische Gemeinschaft, Japan, Brasilien und Südkorea ein Untersuchungsverfahren wegen unfairer Handelspraktiken wie Preisunterbietung und Exportsubventionierung einleiten. Komme es bis zum 1. Dezember nicht zu einer Einigung, würden die USA Gegenmaßnahmen verfügen, sagte Reagan.

Nicht mehr länger hinnehmen will der Präsident die Ausfuhrhilfen der EG für Obstkonserven. Japan soll die Einfuhrhemmnisse für amerikanischen Tabak beseitigen und seinen Markt für Lederwaren öffnen. An die Adresse Brasiliens ergeht die Aufforderung, US-Firmen nicht mehr beim Absatz von Computern und anderen elektronischen Erzeugnissen zu behindern; Südkorea soll das beiderseitige Handelsabkommen einhalten und die Barrieren für amerikanische Lebens- und Feuerversicherer beseitigen. Die Auswirkungen einer entsprechend geänderten Handelspolitik auf das US-Handelsdefizit, das in diesem Jahr vermutlich die Rekordhöhe von 150 Milliarden Dollar erreichen wird, sind zwar gering. Aber ganz offensichtlich will Reagan ein Exempel statuieren. Das zeigt auch die „Mischung" der angesprochenen Handelsbereiche (Spitzentechnologie, landwirtschaftliche Produkte und Dienstleistungen). Reagan nannte im Radio nur diese Fälle.

Auf einer vom Wirtschaftsrat der Administration ausgearbeiteten Liste werden aber auch Beschränkungen der Bundesrepublik Deutschland bei der Datenfernübermittlung kritisiert. Die EG-Subventionen für Roheisenverarbeiter sowie Weizen- und Gerstelieferungen in die Sowjetunion sind ebenfalls aufgeführt (WELT v. 30.8.). In der Liste vermerkt ist außerdem das britische Verbot für Ausländer, Bohrinseln in der Nordsee zu warten. Taiwan wird vorgeworfen, Pharmazeutika aus den USA keinen Patentschutz zu gewähren.

Mit den Verhandlungen hat der US-Präsident seinen Handelsbevollmächtigten, Botschafter Clayton Yeutter, beauftragt, der vor Jahren den „Käse-Krieg" gegen die EG gewonnen hatte. Er gilt als harter Verhandlungspartner. Nicht ausgeschlossen ist überdies, daß die Reagan-Administration einen eigenen Fonds für Exportsubventionen einrichtet, um die Handelspartner stärker unter Druck zu setzen. Im Gespräch sind 300 Millionen Dollar.

Gesetzliche Grundlage für Reagans Vorgehen ist der Artikel 301 des US-Außenhandelsgesetzes von 1974. Er erlaubt dem Weißen Haus, von sich aus Strafverfahren wegen unfairen Wettbewerbs einzuleiten, die bei den Lieferungen dann zu mengenmäßigen Beschränkungen oder höheren Zöllen führen können. Reagan betonte noch einmal, daß er es vorziehe, ausländische Märkte zu öffnen und die amerikanischen Exporte zu steigern, statt die US-Märkte zu schließen, was zu höheren Preisen und Arbeitsplatzverlusten führe.

Seite 2: Vorbeugung

Boeing: Jumbo war schlecht repariert

DW. Seattle

Der amerikanische Flugzeughersteller Boeing hat jetzt zugegeben, daß die am 12. August mit 524 Menschen an Bord abgestürzte Boeing 747 nach einem früheren Unfall von einem Boeing-Team mangelhaft repariert wurde. Die Maschine war 1978 bei einer mißglückten Landung auf dem Flughafen Osaka am Heck beschädigt und daraufhin von Boeing-Monteuren repariert worden. Dabei seien die Vorschriften und Normen der Boeing-Gesellschaft nicht eingehalten worden, räumten Boeing-Sprecher ein. Zugleich betonten sie aber, die Ursachen für den Absturz, bei dem 520 Menschen ums Leben kamen, seien noch nicht eindeutig geklärt.

Ein neuer Strom von Aussiedlern?

DW. Siegburg

Einen auf absehbarer Zeit anhaltenden Zustrom von Aussiedlern erwartet die Bundesregierung. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, erklärte gestern in einer Veranstaltung zum „Tag der Heimat" in Siegburg, in den Staaten Ost- und Südost-Europas lebten schätzungsweise noch etwa 3,5 Millionen Deutsche. Davon besäßen mehrere hunderttausend die deutsche Staatsbürgerschaft. Dem Roten Kreuz seien derzeit Ausreisewünsche von mehr als 280 000 Menschen aus diesen Ländern bekannt. Diese Zahl nehme jährlich um einige tausend zu und zeige, daß der Ausreisewille nach wie vor sehr stark sei.

Rappe für neue Gespräche

DW. Bonn

Für weitere Gespräche zwischen den Tarifparteien und der Bundesregierung analog dem Dreiergespräch der vergangenen Woche hält der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Hermann Rappe, für sinnvoll. Im Deutschlandfunk sagte der Gewerkschaftsfunktionär, vor Zeit zu Zeit müßten vernünftige Partner auch miteinander reden. Damit setzte sich Rappe im Gegensatz zu der ÖTV-Vorsitzenden Monika Wulf-Mathies, die keinen Ansatzpunkt für die Fortsetzung der Gespräche sieht. Bundeskanzler Kohl will sich nach den Angaben von Kanzleramtsminister Schäuble noch in diesem Jahr über einen weiteren Termin verständigen.

„Der Schutz des Lebens ist unteilbar"

Kardinal Höffner fordert die Abschaffung der Notlagenindikation / WELT-Interview

GERNOT FACIUS, Bonn

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Kölner Kardinal Joseph Höffner, hat der Bundesregierung und den Unionsparteien zu verstehen gegeben, daß der Episkopat entschiedenere Schritte gegen die Abtreibungspraxis wünscht. In einem WELT-Interview machte Höffner klar, daß der vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel (CDU) eingeschlagene „politische Weg", um der Abtreibungsflut entgegenzuwirken, bei den Bischöfen nur als Versuch verstanden wird, „Einzelreparaturen" an einem „in sich brüchigen Gebäude" vorzunehmen.

Der Kardinal: „Es ist ja erschütternd, daß 580 000 Geburten mehr als 200 000 Abtreibungen gegenüberstehen, von denen nur 90 000 gemeldet worden sind. Die überwältigende Mehrheit der Abtreibungen erfolgt aufgrund der sogenannten Notlagenindikation, die so unbestimmt und so weit gefaßt ist, daß dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet sind." Ministerpräsident Vogel wolle durch seine Initiative zwar erreichen, „daß die Feststellung der Notlagenindikation nur von einem Vertrauensarzt geschehen darf und daß die Krankenkassen die Zahl der Abtreibungen an das Bundesamt für Statistik melden müssen". Aber, so erinnert Höffner, „die Finanzierung der Abtreibung durch die gesetzlichen Krankenkassen bleibt bestehen. Das stellt einen Verstoß gegen die Menschenwürde und gegen

SEITE 7:
Wortlaut des Interviews

die Glaubens- und Gewissensfreiheit dar, da viele Bürger gegen ihr Gewissen gezwungen werden, die Tötung ungeborener Kinder mit zu finanzieren."

In dem WELT-Interview wendet sich der Kardinal scharf gegen bestimmte politische Legitimierungsversuche der Abtreibungspraxis, etwa die Behauptung, ärmere Frauen fielen Kurpfuschern in die Hände, gäbe es nicht die mit einer sozialen Indikation begründete Abtreibung. Dazu Höffner: „Ist das Umbringen ungeborener Kinder ein Mittel zur Abwehr sozialer Härten?"

Generell, sagt der Kardinal, wirke sich das geltende Abtreibungsgesetz „verheerend auf das sittliche Bewußtsein" der Menschen aus. „Wenn das Umbringen eines ungeborenen Kindes straffrei bleibt, warum dann nicht das Umbringen eines geborenen Kindes? Der Schutz des Lebens ist unteilbar."

Höffner definiert die „Theologie der Befreiung", wenn sie richtig verstanden werde, als „Teil der Soziallehre der katholischen Kirche", denn alle Dokumente dieser Lehre – angefangen von der Enzyklika „Rerum novarum" bis zur Enzyklika „Laborem exercens" seien „Dokumente der Befreiung". Das dem Franziskanerpater Leonardo Boff auferlegte Redeverbot betreffe „nicht die Theologie der Befreiung, sondern gewisse Aussagen Boffs, die dem Glauben der katholischen Kirche widersprechen". Dabei müsse beachtet werden, daß Boff weiter lehren, predigen und schreiben dürfe.

DER KOMMENTAR

Raus Dilemma

RÜDIGER MONIAC

Johannes Rau geht einen schweren Weg, wenn er als Kanzlerkandidat die SPD in die Wahl von 1987 führen soll. Was Helmut Schmidt am Ende seiner Kanzlerschaft erlebte, muß Rau schon fürchten, bevor er überhaupt angetreten ist: verlassen zu sein von den stärksten Bataillonen der Partei. Die SPD weiß nicht so recht, welche Grundlinien der Politik sie will. Viele versuchen sich an Aufrissen. Keiner ist stark genug, den großen Entwurf durchzusetzen. Nicht Brandt, der Vorsitzende, auch nicht Vogel, der Führer der Fraktion. Rau erst recht nicht, obwohl in der Partei die Faszination anhält, die ihm sein Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen eintrug.

Unschlüssig, fast verlegen suchen die SPD-Strategen ihren Willen. Liaison mit den Grünen? Welche Politik für die Wirtschaft, welche in der Außen- und Sicherheitspolitik? Rau will sich in der Bonner Politik nicht so fesseln lassen, wie Börner es in Wiesbaden, ständig seinen Charakter wegen des Machterhalts verleugnend, tun muß. Doch wird ihm Brandt dabei unterstützen, der Vorsitzende, der bei Lafontaine und ähnlich denkenden Jung-Genossen sein Parteiamt am besten aufgehoben sähe? Der Saarländer brauchte nur die deutsche Mitgliedschaft in der NATO in Frage zu stellen, um in der Partei Begeisterung zu entfachen. Dies hat Andreas von Bülow als Vorsitzender der sicherheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand mit dem Raffinement des taktisch Geschickteren unterlassen. Trotzdem sind seine Vorschläge, würden sie je von einer sozialdemokratischen Regierung in die Tat umgesetzt, dazu geeignet, das westliche Bündnis zu sprengen, auch wenn er pauschal betont: „Die SPD steht zu Bündnis und Bundeswehr."

Das klingt hohl, wenn die eigenen Streitkräfte im Schatten einer sprungbereiten Sowjetarmee jenseits der Grenze zu einem Milizsystem verdünnt werden sollen. Das kann sich die Schweiz im Rücken einer starken NATO-Verteidigung leisten, aber nicht die Bundesrepublik angesichts der operativen Zugriffsmöglichkeiten des Ostens nach nur kurzer Warnzeit. Brandt und Glotz dulden es, daß Bülow, obwohl er als Vorsitzender für die ganze Kommission Verantwortung trägt, mit seinen phantastischen Ideen als einzelner die Partei bevormundet. Offenbar, so steht zu vermuten, gefällt ihnen, was er propagiert. Rau jedoch, als potentieller Kanzlerkandidat die Regierungsfähigkeit der SPD vor Augen, müssen solche Eskapaden irritieren.

Neue Heimat ringt um die Existenz

DW. Hamburg

Seit 1981 mußten die gewerkschaftlichen Gesellschafter der Neuen Heimat Städtebau (NHS), die im vergangenen Jahr von einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) in eine Aktiengesellschaft (AG) umgewandelt wurde, rund 1,5 Milliarden Mark aufbringen, um den Zusammenbruch des Unternehmens zu verhindern. Allein im Geschäftsjahr 1984 hat diese Tochter der selbst schwer angeschlagenen gewerkschaftseigenen Unternehmensgruppe Neue Heimat einen Verlust von gut 200 Millionen Mark erwirtschaftet, der um 25 Millionen Mark über dem erzielten Umsatz von 175 Millionen Mark lag. Die NHS konnte diesen Verlust nur durch eine Kapitalherabsetzung tilgen. So hat die Hauptversammlung jetzt das Grundkapital von 230 Millionen auf fünf Millionen Mark herabgesetzt, um die Bilanzlücke von 225 Millionen Mark auszugleichen.

Doch ein Ende der Risiken, vor allem im internationalen Geschäft, ist trotz aller Bemühungen noch nicht abzusehen. Deshalb wird die NHS, die von der Hauptversammlung in GSP-Gesellschaft für Städtebau umfirmiert wurde, einen stillen Tod erleiden. Der Stab von 264, früher über 800 Mitarbeitern, wird nur noch im Dienstleistungsbereich das skandalumwitterte Aachener Klinikum, Universitätsbauten in Niedersachsen sowie ein Bauvorhaben in Osnabrück betreuen, außerdem Grundstücke – man hofft verlustfrei – verwerten. Die Auslandsaktivitäten wurden mit dem Ziel, dieses Geschäft auf längere Sicht aufzulösen, ausgegliedert.

Seite 12: Ende unter neuem Namen

Schlägt Reagan nun begrenzte Sanktionen vor?

DW. Washington

Noch vor der Entscheidung des US-Kongresses über Sanktionen gegen Südafrika will Präsident Reagan schon heute ein Verbot des Verkaufs von Krügerrand-Goldmünzen in den USA ankündigen – falls dies mit dem internationalen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) zu vereinbaren ist. Dies berichtete die „New York Times". Das Weiße Haus werde außerdem Bankkredite an Südafrika verbieten, ausgenommen Kredite, die nachweislich der schwarzen Bevölkerung zugute kommen. Auch die „Washington Post" meinte, Reagan werde heute eigene Vorschläge für begrenzte Sanktionen gegen Pretoria vorlegen, um eine Niederlage des Weißen Hauses im Kongreß zu vermeiden.

Der britische Vize-Außenminister Malcolm Rifkind hat die bedingungslose Freilassung des in Südafrika inhaftierten Führers des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Nelson Mandela, gefordert. Rifkind sagte, es sei sinnlos, von Mandela vorher eine Erklärung über Gewaltverzicht zu verlangen. Der ANC-Vorsitzende Oliver Tambo erklärte gegenüber der „Sunday Times", der Kampf gegen die Politik der Apartheid müsse „auf die von den Weißen bewohnten Gebiete, über die Grenzen der Schwarzengettos hinaus, ausgeweitet werden". Man müsse die Apartheid „überall unanwendbar" machen. In Südafrika sind bei den bislang schwersten Unruhen in den außerhalb von Kapstadt liegenden Schwarzensiedlungen Guguletu und Nyanga am Samstag mindestens zwei Menschen getötet und zahlreiche Personen verletzt worden.

Koschnick sagt ja zu Rau – aber nicht als Parteichef

Glotz warnt vor früher Nominierung des Kanzler-Kandidaten

E.N. Bonn

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz warnte gestern vor einer zu frühen Nominierung des Kanzlerkandidaten. Ein solches Vorgehen berge die Gefahr, daß sich die Union frühzeitig auf den Kandidaten einschießen könne. Im Frühstart verschlechterte die Chancen der SPD im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl. Eine Zusammenarbeit oder eine Regierungskoalition mit den Grünen auf Bundesebene schloß Glotz für die nahe Zukunft aus, sieht aber auf Länderebene wie etwa in Hessen durchaus Möglichkeiten der Kooperation.

Gegen eine Übernahme des Parteivorsitzes der SPD durch einen eventuellen sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Johannes Rau hat sich als Präsidiumsmitglied der Partei der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick ausgesprochen. In einem Interview der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven" sagte Koschnick am Sonntag: „Ich glaube, daß die Funktion von Willy Brandt, integrativ die Sozialdemokratie Partei zusammenzuhalten und zu neuen Ufern zu bringen, eine wichtige Aufgabe ist." Auch sei Brandt „der Mann", der in den nächsten Jahren die Programmdiskussion der SPD koordiniere.

Koschnick betonte, er selber habe nach seinem ausgesprochenen Rücktritt vom Bremer Amt „keine Ambitionen, irgendwo in eine neue staatliche Funktion zu treten", sein Ziel sei vielmehr, „ein wenig in der Position des Ausgleichs internationaler Beziehungen mitzuarbeiten". Er wolle das auf die Ostpolitik beziehen, aber „insbesondere auch, das Klima zu den amerikanischen Verbündeten zu verbessern". Im übrigen definierte er seine Position zu einem Kanzlerkandidaten seiner Partei mit den Worten: „Worum immer es geht bin ich für Johannes Rau."

Zur Frage, ob vor einer Kanzlerkandidaten-Nominierung sachliche und personelle Vorklärungen getroffen werden müßten, meinte Koschnick, daß nicht eine Diskussion um ein Schattenkabinett geführt werden solle, sondern um die Schwerpunkte der Arbeit.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Überstunden in Behörden

Von Hans-Jürgen Mahnke

In der arbeitsmarktpolitischen Diskussion haben Überstunden, also die Mehrleistung gegen Bezahlung, einen Stellenwert erhalten, der ihnen kaum zukommt. Appelle gibt es seit langem, sie in der Wirtschaft zugunsten von Neueinstellungen abzubauen. Es wurden auch die gesetzlichen Möglichkeiten zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge verbessert. Die Tarifpartner haben nun den Spieß umgedreht und die Regierung aufgefordert, im öffentlichen Dienst mit „gutem Beispiel" voranzugehen. Die Regierung versprach, das zu prüfen. Wenn einige mehr arbeiten, als sie eigentlich müssen, und darauf verzichten, dann können andere Arbeit finden.

Nur: Bei dieser Feststellung darf die Analyse nicht abbrechen. Auch im öffentlichen Dienst muß gefragt werden, ob die Mehrarbeit von Dauer oder ob sie zeitlich begrenzt ist, wie das Schneekehren im Winter. Aber selbst wenn sich zeigen sollte, daß die Aufgabe mit dem vorhandenen Personal in den Regelzeiten nicht zu bewältigen ist, dann muß geprüft werden, ob sich nicht die Privatisierung der Dienstleistungen anbietet.

Und noch etwas: Wer an die Untersuchung herangeht, der muß auch den sogenannten Überhang in anderen Bereichen zur Kenntnis nehmen. Bei der Bundesbahn zum Beispiel wird trotz des Personalabbaus seit Jahren darüber geklagt, daß mehr Leute beschäftigt sind, als benötigt werden. Einer Umsetzung in andere Bereiche stehen Gesetze entgegen. Zum Argument, die Qualifikation der Bundesbahner passe nicht zu anderen Aufgaben, ist zu sagen, daß sie sich ebenso wie Arbeitslose beruflich qualifizieren könnten. Sicher, für die Effektivität einer Volkswirtschaft kommt es auch auf die des Staates an. Wenn dringliche Aufgaben nur unzureichend erfüllt werden können, sollte etwas geschehen.

Aber es kommt auch auf die Kosten an. Wenn ein zusätzlicher Arbeitsplatz im staatlichen Bereich geschaffen wird, so handelt es sich bisher in der Regel um eine Lebensstellung, selbst wenn die Aufgabe später wegfällt. Die Belastung muß jedoch auf Dauer von allen Steuerzahlern getragen werden. Es ist also Augenmaß gefordert, sonst wird es immer schwieriger, die öffentlichen Ausgaben von den konsumtiven auf die investiven umzuschichten und Spielraum für weitere Steuersenkungen zu gewinnen.

Ist Libanon noch zu helfen?

Von Jürgen Liminski

Es gibt noch pflichtbewußte Beamte in Libanon, die die Verletzungen der verschiedenen Waffenstillstandsabkommen genau festhalten. Nach ihren Statistiken ist die schiitische Amal-Miliz in diesem Jahr der Spitzenreiter. Kein Wunder, denn sie kämpft gegen die pro- und gegen die antisyrischen Palästinenser, gegen die syrischen Nationalsozialisten, gegen die eigentlich mit ihnen verbündeten Drusen, gegen die sunnitischen Murabitun und, wann immer sich die Gelegenheit bietet, auch gegen die Christen. Daß die Amal dabei bisweilen Ermüdungserscheinungen hat, gehört zum Berufsrisiko fanatischer Milizen. Eingeweihte wollen sogar wissen: Ohne die sechste Brigade der libanesischen Armee, die fast nur aus Schiiten besteht, könnte die Amal ihre Stellungen in West-Beirut nicht halten.

Die Leidtragenden der schiitischen Kampfes- und Beutelust sind die Zivilisten diesseits und jenseits der Demarkationslinie in Beirut, gleich welcher Konfession sie angehören. Ihnen zu helfen war ein Ziel der Staatsvisite des libanesischen Präsidenten Amin Gemayel in der Bundesrepublik. Wohl jede Familie hat Opfer zu beklagen, zwei Drittel der Bevölkerung sind aus ihren Wohngebieten vertrieben, als Flüchtlinge im eigenen Land. Der Überlebenswille ist groß, die Mittel knapp. Humanitäre Hilfe war ein Stichwort, das sich wie ein roter Faden durch alle Gespräche Gemayels mit den deutschen Politikern und Würdenträgern zog. Vor allem die fast anderthalb Millionen Christen erhoffen sich Hilfe von den Deutschen, die bei ihnen hohes Ansehen genießen.

Diese Hilfe kann auch, trotz der auf den ersten Blick undurchschaubaren Lage, politischer Natur sein. Wer wie die Bundesregierung, allein oder im Rahmen der EG, vielfach erklärt hat, daß Libanon Unabhängigkeit und Souveränität zurückerlangen soll, der sollte sich dem Ansinnen nicht verschließen, das Gemayel erst vor kurzem einigen Besuchern in Beirut darlegte: Die Unifil-Truppen in Libanon zu verstärken. Das wäre für Bevölkerung und Souveränität des Landes besser als eine Stationierung syrischer Truppen in Beirut.

Vorbeugung

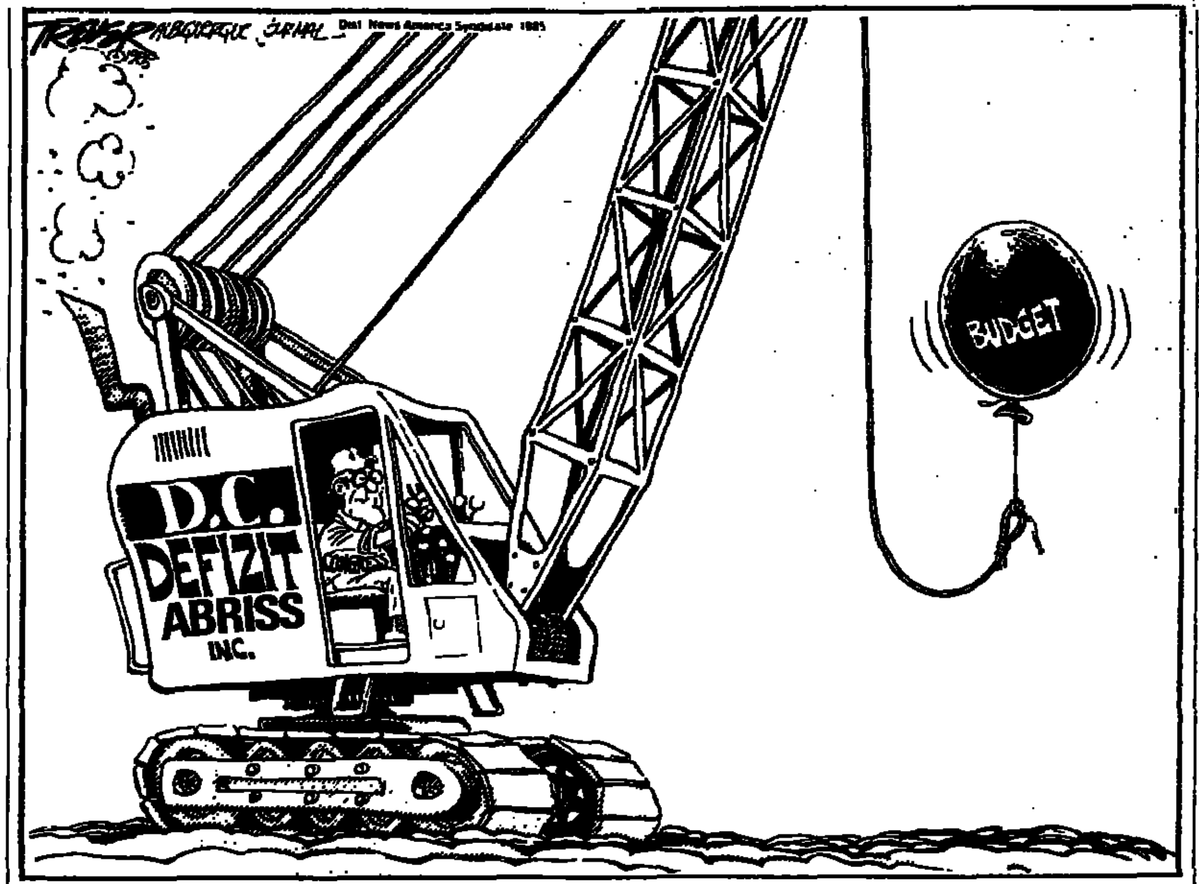
Von Heinz Barth

Mit seiner Ankündigung, handelspolitische Maßnahmen gegen die Europäische Gemeinschaft, Japan und andere Partner zu ergreifen, gab Präsident Reagan dem Druck nach, dem er seit langem im Kongreß ausgesetzt ist. Es sind Maßnahmen, mit denen er angesichts des Unwillens, der auf dem Kapitol wegen des enormen Handels-Defizites herrscht (dieses Jahr etwa 150 Milliarden Dollar), offenbar einen kosmetischen Effekt beabsichtigt. Er will damit Emotionen vorbeugen, die das Prinzip des freien Handels mit einem Rückzug in den Protektionismus bedrohen.

Die Forderung Reagans, die EG und Japan sollten bis zum 1. Dezember auf Teilsektoren des Warenaustausches Praktiken abstellen, die von den USA als diskriminierend empfunden werden, klingt wie ein Ultimatum. In Wirklichkeit besteht kein Anlaß zu Alarm. Der Präsident möchte es vermeiden, von protektionistischen Beschlüssen des Kongresses zu einem Veto gezwungen zu werden, mit dem er sich vielleicht nicht durchsetzen könnte. Obgleich er auf der Popularitäts-Skala noch einmal hochgeklettert ist – während wiedergewählte Präsidenten in ihrer zweiten Amtszeit in der Regel abfallen – muß er damit rechnen, daß eine Rebellion gegen das Handelsdefizit in eine gefährliche Kontroverse über seinen defizitären Staatshaushalt ausufern würde.

Und das kann sich Reagan angesichts der Zwischenwahlen des nächsten Jahres, die den Republikanern die Mehrheit im Senat kosten könnte, nicht leisten. Seine Beliebtheit, so heißt es in der republikanischen Führung, sei keine Garantie, daß die USA in allen Punkten mit den Prioritäten einig ist, die das Weiße Haus setzt.

Es sind Rand-Konzessionen der Handelspartner, mit denen der Präsident den Kongreß zu beschwichtigen hofft. Am Umfang des Handelsdefizits dürfte sich damit wenig ändern. Doch wichtiger ist es für Reagan, kurz vor dem Genfer Gipfel einen Wirtschaftskrieg des Westens zu vermeiden, der den unentbehrlichen westeuropäischen und japanischen Rückhalt für die Begegnung mit Gorbatschow beeinträchtigen würde.



Der Kongreß arbeitet TREVCOR/ALBUQUERQUE JOURNAL

Freiheit der Tarifpartner

Von Günther Bading

Der übliche Interview-Krieg aller Beteiligten, Betroffenen und sich betroffen Fühlenden nach dem Dreier-Gespräch beim Bundeskanzler hat mehr zur Vernebelung des tatsächlichen Gesprächsverlaufes als zu seiner Aufhellung beigetragen. Zu Sachthemen wurden weitere Arbeitsgruppen vereinbart. Man bleibt also im Gespräch. Allein das ist nach acht Jahren der Sprachlosigkeit in der Dreier-Konstellation Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften ein Erfolg.

Aber es sind Gegensätze bestehen geblieben. Die Frontlinien verlaufen allerdings nicht zwischen DGB auf der einen und Arbeitgebern plus Regierung auf der anderen Seite, wie SPD-Politiker und manche Funktionäre weismachen wollen. Es kommt schon auf die Sachfrage an. So stehen Arbeitgeber und DGB gemeinsam gegen die Veränderung des Wahlmodus im Betriebsverfassungsgesetz; Regierung und BDA wiederum sind sich einig in der Ablehnung der vom DGB verlangten staatlichen Ausgabenprogramme alter Art.

In der Debatte um das Arbeitskampfrecht haben sich zwar DGB und Arbeitgeber in „Schützengräben" zurückgezogen, wie es Arbeitsminister Blüm formuliert hat. Das aber gilt nur für den „Streikparagraphen" 116 im Arbeitsförderungsgesetz (AFG). Gegen Beschneidung der Handlungsfreiheit der Tarifvertragsparteien haben wiederum beide Sozialpartner Einwände.

In diesem Verwirrspiel hat Bundeskanzler Helmut Kohl eine klare Linie gezogen: Eine Kodifizierung des gesamten Arbeitskampfrechtes wird es nicht geben. Niemand braucht also die Einführung eines Gewerkschafts- oder eines Streik-Gesetzes zu befürchten, oder, je nach Standpunkt, zu erhoffen. Politisch sensible Gewerkschafter – der IG Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe gehört dazu – haben diese Klarstellung begrüßt. Sie ist im Grunde eine Absage an die vom DGB als Angriff auf die eigene Existenz kritisierten Vorschläge im Gutachten des früheren Bundesarbeitsgerichtspräsidenten Müller für eine umfassende Regelung des Arbeitskampfes per Gesetz. Rappe hat dieses Nein Helmut Kohls zum Müllerschen Gutachten nicht nur erkannt; er hat diese Erklärung öffentlich begrüßt – mit beabsichtigter Wirkung in den DGB hinein.

Zweierlei hat der Bundeskanzler damit erreicht: Zum einen hat er dem DGB das Argument genommen, seine Regierung sei gewerkschaftsfeindlich. Zum anderen hat er die Diskussion um das Arbeitskampfrecht reduziert auf die Frage des Paragraphen 116 AFG. Dies sollte zur Versachlichung beitragen. Denn hier geht es nicht – wie von manchem Funktionär behauptet – um Eingriffe in Handlungsspielräume der Tarifparteien. Es geht schlicht um die Neutralität des Staates im Arbeitskampf, um die Beseitigung von Rechtsunsicherheit.

Auch hier hat der Kanzler, und nicht erst beim Trialog am Donnerstag, sondern schon in dem Treffen mit der DGB-Spitze im Juli, deutlich gemacht, daß er nicht an eine Gesetzesänderung um jeden Preis denkt. Kohl stellt sich damit in Gegensatz zu Arbeitgebern und zum Wirtschaftsflügel der eigenen Partei. Denn dieser will im Gesetz festgeschrieben wissen, daß die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit im Streikfall weder Kurzarbeiter- noch Arbeitslosengeld für mittelbar Betroffene des Arbeitskampfes fernab vom umkämpften Tarifgebiet bezahlen darf.

Können Tarifparteien das ausfüllen, was der Gesetzgeber offengelassen hat? Natürlich nicht. Man muß erinnern, warum der Paragraph 116 im Metaller-Streik 1984 zum Problem wurde. Schließlich hat man über die Jahre hinweg mit der bestehenden Regelung ganz gut leben können. Der Streit begann, als die IG Metall ihre Taktik des Spezialisten-Streiks zuspitzte. Mit dem Streik bei den beiden einzigen Kolbenherstellern für Automotoren in der Republik wurde die gesamte Branche gelähmt. Gleichzeitig wurde der Streik nicht um da und dort anders formulierten Zehntelprozente geführt, sondern um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche für alle, für die gesamte Metallindustrie, ja, wenn möglich, für alle Beschäftigten überhaupt im Lande.



Warnung vor „englischen Verhältnissen": Rappe FOTO: H. W. HÖFT

Der Justitiar der IG Metall, Professor Kittner, hat kürzlich erklärt, wenn künftig die mittelbar Betroffenen beim Streik kein Geld mehr aus Nürnberg erhalten sollten, „dann können wir nicht mehr streiken". Das ist falsch. Kittner hätte formulieren müssen: Dann können wir „so" nicht mehr streiken. Ein Zahlungsverbot für die Nürnberger Anstalt würde nur die zugespitzte Form des „Spezialistenstreiks" verhindern. Es fragt sich, wie lange. Denn jede neue Formulierung des umstrittenen Gesetzestextes ließe sich wieder durch geschickte Taktik, durch neues Schneiden der Tarifgebiete, durch Betriebs-Tarifverträge unterlaufen.

Die Lösung für das 1984 im Metallerstreik offenkundig gewordene Problem der Neutralitätspflicht kann in der unmißverständlichen Formulierung des Gesetzes liegen, birgt aber dann die Gefahr, unterlaufen zu werden – wie so viele andere Gesetze auch. Im Grunde geht es hier um den Konsens der Sozialpartner. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften haben sich in vielen Schlichtungsvereinbarungen auf Wege verständigt, für festgefahrene Tarifverhandlungen einen für beide Seiten ohne Prestigeverlust gangbaren Weg zu schaffen. Dies sollte auch für die Praxis der gezielten Ausweitung von Streikwirkungen auf nur vorgeblich „mittelbar" Betroffene möglich sein.

Auf die Wiederherstellung des Konsense hebt die Regierung mit ihrem Appell an die Sozialpartner ab. Findet man nicht zur Gemeinsamkeit von Unternehmern und Gewerkschaftern zurück, der einst den Wiederaufbau und das Wirtschaftswunder ermöglicht hatte, dann nutzt das beste Detail-Gesetz nichts und es drohen, wie es Rappe sagt, wirklich „englische Verhältnisse". Erster Prüfstein wird die Fortsetzung des Trialogs sein. IG Chemie-Chef Rappe hat sich schon dafür ausgesprochen. Man wird sehen, ob er damit im DGB allein bleibt.

IM GESPRÄCH Ulf Adelsohn

Schneller reden als denken

Von Reiner Gatermann

Ginge es nach den gängigen demokratischen Spielregeln, hätte er Aussicht, nach der Parlamentswahl am 15. September Schweden zu regieren. Aber selbst wenn die nichtsozialistischen Parteien eine Mehrheit erringen und die gemäßigt konservative Sammlungspartei mehr Sitze bekommen sollte als ihre beiden bürgerlichen Partner (das Zentrum und die Liberalen) zusammen, ist es ungewiß, ob deren Vorsitzender Ulf Adelsohn Ministerpräsident wird.

Er selbst gibt Anlaß zu diesen Zweifeln. Als er Ende 1981, gerade vierzig Jahre alt geworden, von dem seinerzeit beliebtesten Parteiführer Schwedens, Gösta Bohman, den Vorsitz der Sammlungspartei übernahm, sollte er mit jugendlichem Schneid, Lebensfreude und mitunter burschikosem Charme die Partei zu neuen Höhen führen. Und das gelang ihm – zunächst. Aber bei allen diesen Eigenschaften vernachlässigte er andere: Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit. Dies hindert ihn daran, beim Wähler und bei den Partnern Vertrauen zu gewinnen.

Dabei kann der schütter schwarzhaarige Adelsohn auf eine beachtliche Karriere zurückschauen. Der Jurist zog als Fünfundzwanzigjähriger ins Stockholmer Stadtparlament ein und war von 1970 bis 1973 Verkehrsbürgermeister. Das gleiche Ressort bekleidete er für gut zwei Jahre (1976 bis 1978) in der ersten nichtsozialistischen Regierung Schwedens seit vierundvierzig Jahren. Seine Karriere begann 1966 mit dem Vorsitz im konservativen Studentenverband. Über den Stellvertreterposten in der Mutterpartei erreichte er dann 1981 deren Spitze.

Vieles, was Ulf Adelsohn als Mensch sympathisch macht, erweckt gegen ihn Ressentiments, was ihn als Staatsmann betrifft. Zum Bestandteil einer jeden Adelsohn-Chronik gehört sein Hulatanz im Bastrock vor etlichen Jahren, irgendwo in Fernost, übrigens gemeinsam mit dem Ersten Bürgermeister von Stockholm, dem Sozialdemokraten Jan-Olle Persson. Deren Rededuelle gehörten zu den Leckerbissen schwedischer Wahlkämpfe. Als Adelsohn sich – schon Parteivorsitzender – einen Jugendtraum erfüllte und zum Karneval nach Rio flog, während in Stockholm



Kandidat der schwedischen Konservativen: Adelsohn FOTO: DPA

die politischen Wellen hochschlugen, rümpften etliche die Nase. Glücklich waren Parteifreunde dagegen, daß er nach etlichen Verlobungen vor ein paar Jahren heiratete und jetzt mit zwei Kindern ein sehr emanzipiertes Familienleben führt. Im Stadtverkehr (die Adelsohns wohnen in dem Innerstadtviertel Östermalm) bevorzugt „Uffe" ein älteres Fahrrad. Seine sportliche Leidenschaft gehört dem Eishockey, bis zum Eintritt ins Kabinett stand er für drei Jahre der Eishockeyabteilung des Traditionsklubs Djurgården vor.

Der Politik möchte Adelsohn gerne menschlichere Züge geben, aber nicht selten ist er es, der mit seiner scharfen Zunge Härte provoziert. Hinzu kommt, daß er oft so schnell spricht, daß weder seine Zuhörer noch seine eigenen Gedanken folgen können. Das Staatswesen will er entbürokratisieren, mehr Eigeninitiative ermöglichen.

Im jetzigen Wahlkampf forderte er zunächst eine Systemveränderung, als die Sozialdemokraten darin jedoch den Beweis für ihre Behauptung sahen, die Konservativen wollten den Sozialstaat demontieren, ging Adelsohn zu einer weniger klaren „Politik der Vernunft" über. Würde es ihm gelingen, den – oft berechtigten – Eindruck der Oberflächlichkeit abzubauen und seine Überzeugungskraft verstärken, dürften auch seine Chancen wachsen, einmal Ministerpräsident zu werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DIE RHEINPFALZ

Die Ludwigshafener Zeitung schöpft aus der EG Hoffnung für die neuen Medien:

Im Zeitalter der direkt strahlenden Satelliten, deren Ausstrahlung keineswegs an der Landesgrenze gestoppt werden können, mutet der derzeitige Medien-Wirrwarr grotesk an. Politischer Starrsinn mag sich noch gegen technische Entwicklungen stemmen – aufzuhalten sind sie nicht. Dem Bürger, der sich über bundesdeutsche Medienpolitik bisher nur ärgern konnte, kann aber jetzt Hoffnung gemacht werden. Die vielgeschmähte Europäische Kommission plant mit Unterstützung einer großen Mehrheit des europäischen Parlaments ein europäisches Medienrecht, mit dessen Hilfe aus dem bundesdeutschen Medien-Flicken-Teppich doch noch ein einheitliches Medienrecht werden könnte.

Neue Zürcher Zeitung

Sie bemerkt Gelassenheit in Deutschland über die Spionagefälle:

Die sozialdemokratische Opposition suchte zwar aus ihnen Kapital zu schlagen, indem sie die Bundesregierung wegen mangelnder Aufsicht über die Spionageabwehr kritisierte und den Rücktritt des Innenministers Zimmermann verlangte. Da sie seit langem die Bedrohung durch das kommunistische System verharmlost, gelang es ihr allerdings nicht, öffentliche Besorgnis zu verbreiten ... Die Hauptsorge einer Mehrheit der bundesdeutschen Politiker schien sich in diesem Zusammenhang darauf zu richten, daß die Aufdeckung östlicher Unterwühlungstätigkeit nur ja den Fortgang der deutsch-deutschen Gespräche über eine kontinuierliche Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen nicht stören möge.

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung geht auf den Protektionismus der USA ein:

Der amerikanische Kongreß ist jetzt überflutet mit Gesetzesvorlagen für protektionistische Maßnahmen. Es ist die stärkste Protektionismus-Welle seit 1930 ... Falls die US-Wirtschaft in eine Stagnationsphase eintritt, was viele Wirtschaftswissenschaftler glauben, wird der Druck durch die Notwendigkeit, Nachfrage nach Inlandsprodukten und Arbeitsplätze zu schützen, noch größer werden.

Kieler Nachrichten

Sie schreibt nach den jüngsten Anschlägen:

Müssen wir uns an eine neue Terrorwelle gewöhnen? Wie es scheint, stecken wir bereits mitten in dieser neuen Terrorwelle. Die Sicherheitsbehörden haben immer wieder davor gewarnt zu glauben, der terroristische Sumpf sei nach nicht wegzuleugnenden Fahndungserfolgen so gut wie ausgetrocknet. Sie wußten, wovon sie redeten. Die terroristische Szene, ob von links oder von rechts, hat sich internationalisiert. Nur in grenzüberschreitender Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden kann ihr begegnet werden.

Auf die Wahl der Laienrichter wurde häufig verzichtet

Das bringt Prozesse zum Platzen. Kann ein Los den „gesetzlichen Richter" bestimmen? / Von Hans-Herbert Holzamer

Beim Bundessozialgericht in Kassel finden keine abschließenden Sitzungen mehr statt. Das bedeutet keinen Stillstand der Rechtspflege, aber der Rechtsfindung an einem höchsten deutschen Gericht. Zum Sand im Getriebe wurden die ehrenamtlichen Richter. Das sind die Damen und Herren, die – nicht nur in der Sozialgerichtsbarkeit – das demokratische Element, die direkte Beteiligung der Bürger, repräsentieren. Denn alle Staatsgewalt muß vom Volke ausgehen.

In der Strafjustiz heißen die Laienrichter Schöffen. Verteidiger stellen ihre richtge Besetzung in Frage, was dazu führt, daß Prozesse platzen oder verzögert werden. Zum Beispiel der Hells-Angels-Prozeß in Hamburg. Auch beim Spenden-Prozeß gegen die Ex-Minister Lambsdorff und Friderichs bezweifelt die Verteidigung die korrekte Wahl der Schöffen.

Die Schöffen gehören zum „gesetzlichen Richter", auf den jeder einen verfassungsrechtlich garantierten Anspruch hat. Und sie sind nicht nur Zierde. Immerhin verlangt die Strafprozeßordnung für jede für den Angeklagten nachteilige Entscheidung eine Zweidrittelmehrheit der Großen Strafkammer, und die kommt nur zustande, wenn sich die drei Berufsrichter der Unterstützung wenigstens eines Laien versichern können. Und doch hat früher kaum einer, außer vielleicht die Schöffen selbst, dieses Amt mit dem ihm zustehenden Ernst genommen; sie waren oft Zielscheibe des Spotts. So witzeln Juristen über Schöffen, die während einer Meinungsverschiedenheit der Berufsrichter sagen: „Ich schließe mich an."

So ließ auch die Suche nach Schöffen, diesem Element des Volkes innerhalb der Justiz, bisweilen Ernst vermissen. In Frankfurt etwa wurden 1980 die Schöffen unter den 2300 Kandidaten für ihre vierjährige Periode ausgelost; was sollte der Wahlausschuß „wählen", sagte er sich – kannte er die Kandidaten doch gar nicht. Doch Wahl ist nun einmal vorgeschrieben. Allerdings bringt das „Abschießen" eines Laienrichters in der Regel nur eine Verzögerung des Verfahrens, weil für jeden abgelehnten Schöffen Ersatz gestellt wird. Jedoch kann etwa durch die Verzögerung des Prozesses etwa die zulässige Dauer der Untersuchungshaft überschritten werden.

Im Fall des Frankfurter Schöffenlottos hatten die Verteidiger Erfolg. Der Bundesgerichtshof stellte 1984 dessen Unzulässigkeit fest und sagte, es müsse gewählt werden. Die Stadt reagierte: Sie loste erneut, ließ aber anschließend über das Ergebnis dieser Verlosung abstimmen. Eine Kammer des Landgerichts Frankfurt allerdings verfuhr nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf; sie bestätigte gegen den Bundesgerichtshof die „Ordnungsgemäßheit" ihrer Spruchkörper – sollten denn alle Urteile von vier Jahren vom „ungesetzlichen" Richter gefällt worden sein?

Nun schwappt die Diskussion also in die Sozialgerichtsbarkeit. Die Kasseler Arbeitsrichter reagierten als erste und sagten: „Bei uns ist alles in Ordnung." Das Bundessozialgericht ist sensibler. Hier werden – wie in der Arbeitsgerichtsbarkeit – die Laienrichter von den Verbänden vorgeschlagen. Das Gesetz sagt, die Verbände sollen für die Landessozialgerichte Vorschlagslisten erstellen, auf denen 1,5 mal so viele Kandidaten aufgeführt sind, als dem jeweiligen Verband nach dem Schlüssel zustehen. Die Auswahl trifft der Fachminister des Landes. In den letzten Jahren ist nun die Praxis eingerissen, daß die Verbände nur soviele Kandidaten vorgeschlagen haben, wie ihnen zustehen. Wie bei den Schöffen – auf das Wählen wollte man verzichten.

Für das Bundessozialgericht fehlt im Gesetz diese Sollvorschrift. Trotzdem prüft der Erste Senat, ob das Listensoll auch für ihr Gericht gilt. Aus dem Bundesministerium für Arbeit in Bonn hört man dazu, darauf komme es gar nicht an. „Wir prüfen allemal und wählen aus." Formal stimmt das auch, denn der Minister kann Kandidaten ablehnen und die Vorlage einer neuen Liste fordern. All dies war bislang kein Problem. Diese Praxis wurde längst vom Bundesverfassungsgericht abgesegnet – die Regierung sei in der Auswahl frei.

Bei allen ehrenamtlichen Richtern geht es darum, daß eine Trägheit eingetreten ist, indes nicht bei ihnen selbst, sondern bei ihrer Auswahl. Die Verbände machen sich nicht mehr die Mühe, das Soll zu erfüllen; ihnen ist es lästig genug, genügend Kandidaten zu nominieren. Und ebenso lästig ist es den Wahlausschüssen der Gemeinden. Leidtragende sind die Laien, die sich mit den gelernten Richtern auseinandersetzen müssen und nun von Rechtsanwälten an- oder abgeschossen werden. Außerdem hat diese Trägheit eine Art Zeitbombe unter große Teile der Dritten Gewalt gelegt – Tausende von Urteilen der letzten Jahre können in Zweifel gezogen werden.

Vor 30 Jahren besuchte Adenauer Moskau: Diplomatische Beziehungen und Heimkehr der Gefangenen

Erst in der Loge des Zaren war der Nervenkrieg zu Ende

Von GEORG SCHRÖDER

Vor 30 Jahren in Moskau sprach Konrad Adenauer zum erstenmal in seinem Leben ein russisches Wort: Sdrasdwuitje (guten Tag). Das war auf dem Flughafen Wnukowo. Die Soldaten der sowjetischen Ehrenkompanie hatten dem Bundeskanzler im Chor zugerufen: „Gute Gesundheit!" Wie es sich gehörte, antwortete ihnen Adenauer mit dem vorher einstudierten „Sdrasdwuitje".

Das Deutschlandlied wurde gespielt. Kurze Begrüßungsansprachen wurden zwischen dem sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin und dem Bundeskanzler gewechselt. Adenauer: „Ich hoffe sehr, daß der erste Kontakt, den wir mit unserer Anwesenheit in Moskau aufnehmen, die Herstellung normaler guter Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion einleitet ... Wir wollen unsere Arbeit und unsere Besprechungen hier in Moskau ganz in den Dienst des Friedens stellen."

Noch Monate, ja Wochen vorher schien das, was sich hier vor den Toren von Moskau abspielte, ganz und gar undenkbar. Die Tatsache dieses Treffens allein war eine Sensation. Und nicht nur Deutsche und Sowjetbürger hielten den Atem an.

Wenn man heute in Geschichtsbüchern oder auch in den Memoiren Konrad Adenauers über die Verhandlungen in Moskau liest, dann verspürt man kaum, daß damals nicht nur die Diplomaten, die Staatsmänner, die Regierungen überaus gespannt den Verlauf der acht Tage in Moskau verfolgten. Nein, es waren die Menschen in der Sowjetunion genauso wie die in beiden Teilen Deutschlands, deren Herzen von Hoffnung erfüllt waren, daß es ein Stück Friedenssicherung geben würde. Und für die Deutschen keimte Hoffnung auf, daß man vielleicht doch ein wenig näher an eine spätere Wiedervereinigung herankommen würde.

Am Tag zuvor schon war ein deutscher Sonderzug mit 65 Regierungsangestellten auf dem Weißrussischen Bahnhof in Moskau eingetroffen. Sekretärinnen, das technische Personal, diplomatische Hilfskräfte; vor allen Dingen aber ein fernmeldetechnischer Waggon und dazu ein abhörsicherer Verhandlungsraum waren von Bonn herantransportiert worden.

Nie habe ich diesen Hunger, aus einem deutschen Munde zu hören, was wir von den am Tag darauf im sowjetischen Außenministerium beginnenden Verhandlungen erwarten, so empfunden wie in dem Augenblick, als ich plötzlich im Kreuzfeuer von Tausenden von Augen an dem russischen Bahnhof stand. Die Isolierung der Sowjetbürger von allen Ausländern wurde nur von einem einzigen schäbig angezogenen Mann übersprungen, der sichtlich stark angetrunken war. Er umarmte mich und stammelte in gebrochenem Deutsch: „Nun wird es doch wohl Frieden geben und keinen Krieg mehr."

„Was ist das für ein rätselhaftes Land, dieses Rußland! Wie undurchsichtig das alles!" Das war und blieb der Eindruck Adenauers. Heute haben viele Tausende Touristen auch aus der Bundesrepublik Deutschland Moskau besucht. Aber damals waren die mit Adenauer Gekommenen die ersten in dieser Stadt, von der man nicht einmal einen Stadtplan kaufen konnte, deren Straßenschilder man nicht lesen konnte, in der man – war man nicht Staatsgast – auf die wenigen Intourist-Hotels angewiesen war.

Für Adenauer war es ein Wagnis, die sowjetische Einladung anzunehmen, und er wußte es. Er nahm sie an, weil es ihm notwendig erschien, offenkundige sowjetische Befürchtungen abzubauen, die Bundesrepublik, das neue NATO-Mitglied, würde die Speerspitze einer amerikanischen Angriffsarmee gegen die Sowjetunion sein. Die militärische Überschätzung der sich kaum aus den Trümmern erhoben habenden Bundesrepublik durch die Sowjetpolitiker und noch mehr durch das Sowjetvolk war für alle, die wie Adenauer in jenen Tagen in Moskau weilten, unübersehbar.

Auf der anderen Seite war Adenauer sich bewußt, daß er sehr vorsichtig taktieren müsse, um nicht das abgrundtiefe Mißtrauen der drei Westmächte, vor allen Dingen der USA, wachzurufen. Er wußte auch, daß er kaum mit Erfolgen auf dem Gebiet der Wiedervereinigung rechnen könnte, daß die Sowjets im Gegenteil versuchen würden, ihn in Richtung einer wenn schon nicht Anerkennung, doch Hinnahme der „DDR" zu bringen.

Und was wollte die Sowjetführung? An demselben Tag, an dem Adenauer in Moskau landete, hatte die „Prawda" in einem großen Leitartikel erklärt, daß die Sowjetunion als Ergebnis der Moskauer Besprechungen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wünsche. Sie betonte, daß jeder Versuch, diese Frage durch Vorbedingungen etwa auf dem Gebiet der Wiedervereinigung zu erschweren, zu einem Scheitern der Verhandlungen führen müßte.

Von der Kriegsgefangenen-Frage war in diesem „Prawda"-Artikel nicht die Rede. Im vorangegangenen Notenwechsel hatte Adenauer die Rückkehr der letzten in der Sowjetunion festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen als Verhandlungsgegenstand aufgeworfen. Dieses Problem spielte dann in den am Freitagmorgen begonnenen Verhandlungen eine erhebliche Rolle. Die Russen bissen sich an einer Ablehnung fest, obwohl sie wahrscheinlich schon vor Beginn der Verhandlungen entschlossen waren, diesen Preis für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu bezahlen.

Es war am Freitag, den 9. September 1955, als im Spiridonowka-Palais die Verhandlungen mit der Abgabe von Grundsatzerklärungen beider Seiten offiziell begannen. Kanzler Adenauer, Außenminister von Brentano, die Staatssekretäre Hallstein und Globke, Bulganin, Molotow, Chruschtschow saßen sich nun zum erstenmal gegenüber. Keiner kannte den anderen, auch etwas, was zu den Ungewöhnlichkeiten dieser Konferenz gehörte. Man war höflich.

Man war dann schon am Tag darauf in einem offenen Schlagabtausch. Daß der Lärm nach draußen drang, dafür sorgten die Sprecher beider Delegationen, die den Verlauf vor den Pressevertretern schilderten. Achtzig deutsche Journalisten und Fotografen waren mit Sonderflugzeugen angereist. Sie hörten nun staunend, wie der Pressechef des sowjetischen Außenamtes Stunden um Stunden seinen Bericht über den Verlauf der Sitzung verlas. Es schien in ihm zu kochen, als er Adenauers Worte von der Sitzung wiederholte: „Aber die Sowjetsoldaten haben am Ende des Krieges auf deutschem Boden auch manche Missetaten getan."

Das war Adenauers Antwort auf Bulganin, der den Deutschen die Leviten las ob ihres Angriffskrieges gegen die Sowjetunion, ob der Kriegsgreuel, der versicherte, es gäbe gar keine deutschen Kriegsgefangenen mehr in der Sowjetunion, nur verurteilte Kriegsverbrecher. Bulganin, Brentano, dann Chruschtschow und Adenauer – sie alle machten sich daran, die Sünden der Vergangenheit gegeneinander aufzurechnen.

Adenauer verlor nicht die Nerven: „Außenminister Molotow hat gesagt, daß die Deutschen nicht imstande gewesen seien, sich vom Hitlerismus zu befreien ... Wer hat denn eigentlich das Abkommen mit Hitler abgeschlossen, Sie oder ich? ... Warum haben die Großmächte Hitler nach 1933 so groß werden lassen?"

Glutheiß und eiskalt, harte, bis an die Grenze des Erträglichen gehende Schlagabtausche und dann freundliche Umarmungen – das waren die verwirrenden Kennzeichen dieser Moskauer Tage. In der Sache wurde bis zur letzten Minute um die gleichen Positionen gerungen, bis dann endlich am Dienstagnachmittag die Einigung auf folgender Basis unter Dach und Fach gebracht wurde: Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, Ehrenwort, aber nicht schriftliche Zusage der Freilassung der etwa 10 000 verurteilten deutschen Kriegsgefangenen und von etwa 20 000 verschleppten zivilen Deutschen, dazu als drittes Element ein von der Sowjetregierung zu akzeptierender Brief des Bundeskanzlers, wonach diese Vereinbarung weder eine Anerkennung der Ostgrenzen noch der „DDR" beinhalte.

Kalt und heiß: An dem gleichen Sonnabend, an dem der harte Schlagwechsel bei den Verhandlungen stattfand, standen am Abend im Bolschoi-Theater Adenauer und Bulganin in der ehemaligen Zarenloge nebeneinander und schüttelten einander beide Hände. Tosender Beifall galt ihnen in der Moskauer Oper. In letzter Stunde war die Oper „Boris Godunow" vom Spielplan abgesetzt und das sich ganz an Shakespeare haltende Ballett „Romeo und Julia" für die deutschen Gäste ausgewählt worden. Warum? Als sich die Häupter der Familien Montague und Capulet auf der Bühne über den Leichen ihrer Kinder die Hände zur Versöhnung reichen, wiederholt Adenauer stehend mit dem Händedruck mit Bulganin die Bühnenszene.

Müde, tiefe Schatten unter den Augen, stieg Adenauer am 14. September in die Sondermaschine, die ihn nach Bonn zurückbrachte. Sie war am Montag verfrüht telefonisch nach Moskau beordert worden, um den Sowjets zu zeigen, daß der ergebnislose Abbruch bevorstand, wenn sie nicht Zugeständnisse machten.

In Bonn wurde wie in der ganzen Bundesrepublik Adenauer als Befreier der Kriegsgefangenen gefeiert. Erst langsam sickerte durch, daß Brentano und Hallstein bis zur letzten Stunde die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen abgelehnt hatten, weil die Sowjets entgegen den deutschen Zielen nicht die geringste Zusage zeitlicher Art hinsichtlich der Wiedervereinigung gemacht hatten.

Der amerikanische Botschafter in Moskau, Bohlen, hatte Herbert von Blankenhorn eine lautstarke Szene gemacht, als dieser ihm mitteilte, daß entgegen der auch mit den Amerikanern verabredeten Planung die diplomatischen Beziehungen jetzt ohne Chance für Wiedervereinigung aufgenommen würden. Das Rapallo-Trauma wurde über Nacht virulent.



Rückkehr aus Moskau am 14. September 1955 (von links nach rechts) Carlo Schmid, Walter Hallstein, Heinrich von Brentano, Kurt Georg Kiesinger, Konrad Adenauer, Eugen Gerstenmaier, Franz Blücher, Anton Storch und Gerhard Schröder FOTO: DIE WELT



Moskau hielt Wort: Die letzten deutschen Kriegsgefangenen wurden entlassen. Erste Station war das Lager Friedland FOTO: KEYSTONE

Tausende hofften sehnsüchtig auf ihre Befreiung

Von WALTER H. RUEB

Ein gewaltiges Flugzeug-Cockpit überragte das Rednerpodium, Rumpf und Propeller der viermotorigen Maschine bildeten die Kulisse. Ohne Pathos, aber mit Freude und Dankbarkeit wurde am Samstag in der „Flugausstellung Leo Junior" in Hermeskeil im Hunsrück des Jahrestages von Konrad Adenauers Moskau-Flug vor 30 Jahren gedacht. „Mit dieser Maschine flog der erste Bundeskanzler damals nach Moskau", sagte Carl-Ludwig Wagner. Der stellvertretende Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz wies auf die ausgemusterte Super Constellation 1049 der Lufthansa und gestand: „Ich erinnere mich genau an Spannung, Bewegung und Rührung, die mich ergriff, als Adenauer die ehrenwörtliche Zusage der Russen auf Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen in ihrem Land mitbrachte."

Spätheimkehrer Harry Försters Fäuste krampften sich derweil fester und fester um die Stange, an der die Fahne der Heimkehrer im Winde flatterte und beim Abspielen des Deutschlandliedes durch eine Polizeikapelle barmherzig sein tränenüberströmtes Gesicht verdeckte.

An der Gedenkfeier nahmen weder Mitglieder der damaligen Flugzeugbesatzung noch Angehörige der deutschen Verhandlungsdelegation teil. Doch der Co-Pilot und eine Stewardeß sandten aus Berlin Grüße; dort werden zur Zeit Filmaufnahmen zur Erinnerung an das historische Ereignis gemacht. Und der frühere Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger meldete sich von seinem Krankenlager mit einer freundlichen Botschaft und der Versicherung, die „dramatischen Verhandlungen zur Befreiung der deutschen Gefangenen vom September 1955 in Moskau, an denen ich teilgenommen habe", nie zu vergessen. Bundeskanzler Helmut Kohl ließ seine Grüße durch den Parlamentarischen Staatssekretär Benno Erhard überbringen.

Das Schlußwort in der Gedenkfeier aber hatte der 74jährige Heimkehrer Johann Lafos. Stockend und einfach waren seine Worte, ergreifend deren Inhalt. „Die Heimkehrer aus sowjetischer Gefangenschaft sind Konrad Adenauer ewig dankbar."

Wer sich nach der Feier mit einigen der anwesenden Heimkehrer unterhielt, versteht ihre Dankbarkeit. Sie drückte sich auch sichtbar durch Umarmungen alter Schicksalsgenossen, herzliches Schulterklopfen, Ausrufe der Überraschung bis hin zu Freudentränen aus. Edmund Bernardi, der 60jährige Bezirksvorsitzende des Heimkehrerverbandes an der Mosel, sagte: „Tausende hofften hinter Stacheldraht jahrelang sehnsüchtig auf Befreiung, die schließlich einer Wiedergeburt gleichkam."

Bernardi war schon vor Adenauers Reise heimgekommen, aber Harry Förster und Johann Lafos kamen dank der Bemühungen Adenauers nach Hause. Der 62jährige ehemalige Tuchmacher Harry Förster aus dem Raum Dresden war Panzergrenadier, dreimal verwundet, geriet bei der Kapitulation am 8. Mai 1945 in Kurland in sowjetische Gefangenschaft, sieht aber trotz zehnjährigem Lagerdasein wie ein Mittvierziger aus.

„Als Adenauer in Moskau eintraf, haben wir sofort die Arbeit niedergelegt. Während Adenauers Besuch wurde keiner zur Arbeit gezwungen. Nach Adenauers Abreise gingen wir freiwillig wieder arbeiten. Wir waren durch das Radio über alles informiert ... ", erzählte der Heimkehrer. „Am 22. September wurden wir vom Arbeitseinsatz ins Lager zurückbefohlen, über die neue Situation unterrichtet und für Transporte zu Gruppen formiert. Am 28. September begann die Reise nach Hause, am 10. Oktober waren wir wieder auf deutschem Boden."

Am längsten Soldat und am längsten in Gefangenschaft war von den Teilnehmern an der Gedenkfeier Johann Lafos. Er machte den Krieg in Jugoslawien, Griechenland, schließlich vom ersten Tag an in Rußland mit. Rollbahn Süd, Kiew, 6. Armee von Generalfeldmarschall Paulus, 11. Armee von Erich von Manstein, Krim-Krieg mit der Einnahme von Sewastopol 1942 sind die Stichworte seiner ersten Kriegsjahre.

Am Heiligen Abend 1941 wurde er verwundet, 1945 in Kurland gefangengenommen. Johann Lafos lernte vier sibirische Lager kennen, ehe er zusammen mit der ganzen Kompanie zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. „Deshalb, weil wir Pioniere waren und Brücken, Gebäude und Straßen zerstört hatten", erzählte Lafos. „Nach anderthalb Jahren im Gefängnis schickte man uns zum Wiederaufbau nach Stalingrad, im Februar 1954 nach Westsibirien. Ich gab die Hoffnung auf eine Heimkehr jedoch nicht einen Augenblick auf. Am 15. Oktober 1955 erfüllte sie sich schließlich – dank Adenauer."

Lafos hatte in der Gefangenschaft ab 1947 Korrespondenzverbot. „Das vergesse ich den Russen nie", grollte er. Auch viele Jahre nach den erregenden Vorkommnissen hat er nichts vergessen. „Als Deutschland im August 1955 in Moskau ein Fußball-Länderspiel austrug, hörten wir die russische Radioübertragung. Als unsere Nationalhymne erklang, weinten alle Rotz und Wasser ..."

Auch an vieles andere erinnerte sich Lafos: „Auf der Reise in die Gefangenschaft fuhren wir in Güterwagen, nach Hause in Personenwagen. Zweimal am Tag gab es warme Küche, täglich frische Wäsche. Die Sowjets, die uns jahrelang als Kriegsverbrecher beschimpft hatten, nannten uns jetzt ‚deutsche Bürger'. Bei der Entlassungsfeier spielte die Musik Donauwalzer, und die Russinnen warteten auf deutsche Tänzer. Aber keiner von uns tanzte. Die Heuchelei hatte ihren Höhepunkt auf dem sibirischen Bahnhof. Die 2000 sowjetischen Arbeiter einer nahen Fabrik riefen im Chor ‚Freundschaft'. Doch keiner von uns rief zurück ‚Druschba'. Jeder dachte nur noch an Adenauer und die Heimkehr. Viele weinten vor Ergriffenheit und Freude. Wir hatten schließlich die Unfreiheit kennengelernt ..."

Auch die „DDR“ will nun die Elite fördern

hrk. **Berlin**

Nach dem Bekenntnis zur deutschen Geschichte, der gezielten Sportförderung und einer betont naturwissenschaftlichen Ausbildung versucht die „DDR“, jetzt auf einem weiteren Gebiet gegenüber der Bundesrepublik Boden gut zu machen: Die SED setzt offen auf Eliteförderung und kehrt sich damit vom Prinzip sozialistischer Breitenförderung und dem bisherigen Arbeiter-und-Bauern-Mythos ab. Schon ist im Gespräch, hochbegabten „DDR“-Schülern und -Jugendlichen künftig dieselbe Zuwendung wie dem aus politischen Gründen mit Millionenbeträgen geförderten „DDR“-Leistungssport zukommen zu lassen.

Offenbar übernimmt die „DDR“ das im Westen weiter umstrittene Verfahren der strikten Auslese nach Intelligenz und Leistung. So verweist der prominente Rostocker Wissenschaftler Günther Hellfeldt im FDJ-Blatt „Junge Welt“ auf interne Untersuchungen, wonach bis zu 25 Prozent der Schüler als besonders begabt anzusehen seien. Doch stehe es vor allem bei der Förderung junger Menschen, die auf technisch-naturwissenschaftlichem Gebiet herausragten, noch nicht „rundum bestens“. Im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich würden „diese Begabungen teilweise noch gar nicht erkannt“.

Als Kennzeichen Hochbegabter nennt Hellfeldt „durchweg konstante Leistungen in einem Bereich, Phantasie und Einfallsreichtum und die Fähigkeit, nahezu jede Aufgabe spielerisch zu lösen“. Hellfeldt fügt hinzu: „Eine Begabung braucht unbedingt Ansporn, gesellschaftliche Anerkennung. Im Leistungssport klappt das hervorragend.“

In der Bundesrepublik strebt Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms eine stärkere zusätzliche Förderung hochbegabter Kinder an. Dies dürfe ihrer Meinung nach nicht zu Lasten der Breitenausbildung gehen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Sozialdemokraten, ihr Verhältnis zur SED und die Warnung vor einer neuen Umarmungstaktik

WERNER KAHL, **Freudenberg**

Zu einer heftigen Kontroverse ist es am Wochenende auf einem Seminar der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung über die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD in Mitteldeutschland und die Politik Kurt Schumachers gekommen. Beim gestrigen Abschluß-Gespräch über „die SED als Staatspartei – 40 Jahre nach ihrer Gründung“ warf SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz der CDU/CSU vor, unter ihrer Regierung verfalle die Ostpolitik. Die SPD trete dagegen „in die zweite Phase der Entspannungspolitik ein“ und betreibe, wie Parteimitgliedern bei Aufenthalten in der „DDR“ immer wieder versichert werde, die „Außenpolitik der Zukunft“.

Treffen mit Funktionären

Glotz erwähnte in diesem Zusammenhang Treffen und Beschlüsse mit hochrangigen SED-Funktionären. Die SPD werde allerdings ideologisch die Auseinandersetzung mit der Einheitspartei führen; in diese Auseinandersetzung werde auch die DKP und der Sozialistische Hochschulbund (SHB) einbezogen, versicherte Glotz.

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger (SPD), Mitarbeiterin Kurt Schumachers beim Aufbau der SPD nach dem Krieg, sprach vor Zeitzeugen der Vorgänge in der sowjetischen Besatzungszone sowie Politologen, Historikern und Lehrern von „gezielt“ in letzter Zeit verbreiteter möglicher Mitschuld Schumachers an der Zwangsvereinigung im Jahre 1946. „Wofür soll jetzt Schumacher noch mitschuldig gemacht werden“, rief die Politikerin erregt. Zuvor hatte sie bereits auf eine ähnliche Tendenz in der Aufarbeitung der Ära Schumacher/Ollenhauer durch die Biographin Brigitte Brandt-Seebacher, die Ehefrau des SPD-Vorsitzenden, hingewiesen.

Der SPD-Vorstand hat sich bisher nicht öffentlich dazu geäußert, wie die Sozialdemokratische Partei den 40. Jahrestag der Zwangsvereinigung begehen will. Der SPD-Vorsitzende hat auch zu Anfragen aus der Partei, in welcher Weise der 90. Geburtstag Kurt Schumachers (1895–1952) gewürdigt werden soll, nicht Stellung genommen.

„Wer kann sich heute noch vorstellen, daß die Russen 1945 nach Deutschland kamen und davon ausgingen, die Deutschen könnten für den Kommunismus gewonnen werden“, sagte Professor Wolfgang Leonhard, 1945 jüngstes Mitglied der „Gruppe Ulbricht“. Leonhard, der später über Jugoslawien in den Westen ging, warnte gestern vor der Umarmungstaktik der SED-Führung. Als junger Funktionär, der die Taktik der Kommunisten 1945/46 im östlichen Lager miterlebte, habe er verfolgen können, wie SPD-Funktionäre gegeneinander ausgespielt wurden; ferner betreibe die heutige SED zusammen mit der KPdSU nicht nur eine Unterwanderung der Führung in der Sozialdemokratie „von oben“ her, sondern auch „von unten“, in den Ortsvereinen. Sobald die östliche Seite eine Erwartung erfüllt sehe, würden neue Forderungen gestellt.

Leonhard erinnerte an die Taktik, zunächst nicht vom Ziel des Kommunismus zu sprechen. Statt dessen wählte die kommunistische Propaganda den Begriff des „Antifaschismus“, um auch Katholiken und Protestanten zu gewinnen. Unter den Funktionären, die damals in Berlin für die Heranziehung auch von Teilen des Bürgertums eingesetzt wurden, befand sich nach Angaben Leonhards der spätere Chef des „DDR“-Spionageapparates, Markus Wolf.

Todeskampf der SPD

Von der „Gruppe Ulbricht“ sei im Mai 1945 die Parole ausgegeben worden: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Bevor die westlichen Truppen in Berlin einzogen, bildeten Sowjets und deutsche Kommunisten in den drei Westsektoren ein Netz von V-Leuten, das in den folgenden Jahren ausgebaut und beim Ausscheiden aus Alters- oder anderen Gründen ständig ergänzt wurde.

Die Euphorie, die KPD könne rasch zu einer Massenpartei werden, verflog im Herbst 1945. Bei der SPD wurde damals ein stetiger Zulauf neuer Mitglieder registriert. Selbstbewußt wandte sich Otto Grotewohl in Berlin in einer Rede gegen ein Zusammengehen mit der KPD. Daraufhin mobilisierten die Kommunisten ihren Apparat für die „Einheitsfront der Arbeiterklasse“. Knapp sechs Monate später warf Grotewohl im Berliner Admiralspalast das parteipolitische Handtuch: Am 21. April 1946 wurde die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) gegründet.

„Das Ringen um die Vereinigung wurde zum Todeskampf der Sozialdemokratie in der sowjetischen Besatzungszone“, erinnerte der in Berlin lebende Politikwissenschaftler Professor Richard Löwenthal (SPD). Obwohl er seit 1969 die Entspannungspolitik gefördert habe, warne er zugleich vor pauschaler Ost-West-Politik. Die Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin auf der Regierungsebene seien eine Notwendigkeit. Auch zur SED als Staatspartei müsse es Beziehungen geben, doch dürfte bei allen Kontakten, Gesprächen und Beschlüssen nicht der Unterschied der verschiedenen Ebenen übersehen werden.

Der 40. Jahrestag der SPD-KPD-Vereinigung zur SED wird von den Kommunisten heute bereits wieder auf allen Ebenen für das Werben in der SPD um Zusammenarbeit genutzt. Das geht aus einem unlängst vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED herausgegebenen dokumentarischen Band über „Die KPD im Jahre der Befreiung“ hervor.

Nach Kriegsende gab es durchaus Strömungen unter alten SPD-Mitgliedern, so bestätigten Zeitzeugen, die sich aus der Erinnerung an die Kämpfe zwischen SPD und KPD in der Weimarer Republik eine einheitliche Arbeiterpartei wünschten. Unter SPD-Anhängern in der sowjetischen Besatzungszone liefen Gerüchte um, daß nach der Gründung einer Einheitspartei die Russen in absehbarer Zeit abziehen würden. Kommunistische Propagandisten versprachen zudem eine demokratische Parteipolitik, die Entwicklung der freien Persönlichkeit und eine paritätische Besetzung aller Positionen aus SPD- und KPD-Mitgliedern. „Das waren Verheißungen, nur dazu gedacht, SPD-Mitgliedern den Eintritt in die neue Partei zu erleichtern“, erklärte Leonhard, der für die „Gruppe Ulbricht“ in dieser Zeit mit auf Stimmenfang gegangen war. Walter Ulbricht, der später SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzender der „DDR“ wurde, plagte dabei ständig die Furcht, so Leonhard, es könne in Mitteldeutschland eine selbständige autonome Volksbewegung entstehen, die von der Kommunistischen Partei nicht mehr gesteuert werden könne.

Die Kehrseite der Werbung waren Einschüchterungen, Verhaftungen und Verurteilungen von Gegnern der Einheitspartei durch Sowjettribunale zu 25 Jahren Zwangsarbeit. Agenten infiltrierten das SPD-Ostbüro in Berlin und verrieten Sozialdemokraten, die sich gegen die Sowjetisierung ihrer Heimat wandten. „Am Ende blieben nur noch Anpasser“, resümierte Leonhard.

Die Rolle Schumachers

Der Streit mit den jüngeren Politologen geht vor allem um die Frage: Hätte Schumacher durch Unterstützung Grotewohls und Verhandlungen mit den Russen die Verschmelzung verhindern können?

Für die Sowjets sei Schumacher „Feind Nummer eins“ gewesen, erklärte Stephan Thomas, Leiter des SPD-Ostbüros. Grotewohl sei dagegen „umworben“ worden, sie „schmeichelten“ ihm und sprachen von einem Platz dereinst in der Weltgeschichte. Nicht wenige Sozialdemokraten hätten deshalb geglaubt, daß die KPD für einen „demokratischen Weg“ gewonnen werden konnte. Richard Löwenthal sagte dazu, ihm scheine, daß Grotewohl die Sowjets unterschätzt habe. Schumacher sei dagegen überzeugt gewesen, daß die Verhandlungen mit den Kommunisten „schiefgehen“, und habe Grotewohls Vorstellungen nicht für realistisch gehalten.

Aus dieser Einstellung habe Schumacher die Sozialdemokratie in den Westzonen aufgebaut und Versuche der Kommunisten abgewehrt, eine Einheitspartei auch in den Westzonen zu praktizieren. Dies sei das Verdienst Kurt Schumachers, hob Löwenthal hervor. „Zwischen Schumacher und Grotewohl hat es keine Konkurrenz“ gegeben, wie jüngere Politologen heute aus Texten ersehen wollen, betonte Annemarie Renger. Schumacher-Kritiker wollten dem Politiker offensichtlich Legenden „unter die Weste jubeln, um Behauptungen zu untermauern, daß ohne ihn eine bessere Politik im Nachkriegsdeutschland erreichbar gewesen wäre“.



Blitzreise zu Freunden

Es war eine Blitzreise. Selbst manche Leibwächter des libanesischen Präsidenten Amin Gemayel wußten beim Aufbruch nicht, wohin die Reise gehen sollte. Ziel war das Vorbild-Land für viele Libanesen, die Bundesrepublik Deutschland. Gemayel traf mit Bundespräsident von Weizsäcker, Bundeskanzler Kohl (siehe Foto), mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß, Bundesaußenminister Genscher und mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Josef Kardinal Höffner, zusammen. Leitmotiv der Begegnungen war humanitäre Hilfe.

FOTO: AP

Honecker bleibt optimistisch

hrk. **Berlin**

Staats- und Parteichef Erich Honecker hat versucht, Bonn die Hauptverantwortung dafür zuzuschieben, ob die vorhandenen Spannungen in Europa und der Welt anhalten oder sich vermindern. Vor Absolventen von Militärakademien sagte Honecker am Wochenende: „Wie die Dinge liegen, hängt dabei vieles von der BRD ab, die den Konfrontations- und Hochrüstungskurs wesentlich mitträgt.“ Ost-Berlin erwarte von Bonn eine „konstruktive Position“. Honecker, der zugleich auch Vorsitzender des „Nationalen Verteidigungsrates“ ist, berief sich abermals auf seine gemeinsame Erklärung mit Bundeskanzler Helmut Kohl vom 12. März in Moskau. Dabei hielt der SED-Chef mit der Formulierung, die „Schicksalswaage der Menschheit“ neige sich „immer mehr zugunsten einer friedlichen Zukunft der Völker“, an seiner optimistischen Grundposition fest.

Kanada beteiligt sich nicht an SDI

dpa, **Hamburg**

Der von Befürwortern der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) versprochene technologische Schub ist für Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber kein ausreichender Grund, sich an dem Projekt zu beteiligen. Für den Minister stehen vielmehr bündnispolitische und strategische Überlegungen im Vordergrund. In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin der „Spiegel“ sagte Riesenhuber: „SDI ist gerechtfertigt, wenn es das ist, was es zu sein beansprucht: Ein sicherer Schirm gegen Nuklearwaffen.

Unterdessen hat die kanadische Regierung sich offiziell gegen eine Teilnahme an dem amerikanischen SDI-Projekt ausgesprochen. Ministerpräsident Brian Mulroney lehnte nach einer eintägigen Sitzung mit Parlamentsmitgliedern seiner konservativen Partei eine entsprechende Einladung der US-Regierung ab.

Späths Traum von der Null-Verschuldung

Finanzpolitische Realitäten holen auch Stuttgart ein

XING-HU KUO, Stuttgart

Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) hat ein seit fünf Jahren medienwirksam verkündetes Ziel aufgegeben: Von 1986 an, so hatten er und seine Finanzexperten der Landesregierung immer wieder der Öffentlichkeit mitgeteilt, würde der Südwesten als „erstes und einziges" Bundesland ohne neue Nettokredite auskommen. Dies wiederum werde bundesweit ein „Zeichen setzen" und verdeutlichen, daß die Bezeichnung „Musterländle" für das Land der sparsamen Schwaben und Badener gerade in der Frage der Finanzen voll zutreffe.

Von alledem will Späth seit der letzten Woche nichts mehr wissen. Nach einer zweitägigen Klausurtagung in Rottweil räumte Späth ein, daß bei den früheren Finanzberechnungen, die zu diesem optimistischen und, wie sich jetzt zeigte, höchst unrealistischen Versprechen geführt hatten, die wichtigsten Faktoren falsch eingeschätzt worden seien.

So wurde die Höhe der Steuermindereinnahmen und die Steigerung der Personalkosten nicht richtig vorausgesehen. Auch die Preisstabilität der letzten Jahre habe zu einer solchen Fehleinschätzung geführt: denn dieser Faktor habe niedrigere Lohnsteigerungen und damit weniger Steuereinnahmen bewirkt, als zunächst angenommen worden war.

850 Millionen Mark

Statt der erträumten Null-Verschuldung im nächsten Jahr muß das Land Kredite in Höhe von 850 Millionen Mark aufnehmen, teilte Späth mit. In diesem Haushaltsjahr 1985 wird die Nettokreditaufnahme von einer auf 1,25 Milliarden Mark erhöht, beschloß außerdem das Stuttgarter Kabinett. Auch in den Jahren bis 1989 ist von einer Null-Verschuldung nicht die Rede: Allerdings sollen die Nettokreditaufnahmen in den Jahren 1987, 1988 und 1989 heruntergefahren werden: 990, 950 beziehungsweise 600 Millionen Mark lauten die von Späth genannten Zahlen.

Diese Kreditaufnahme bedeute eine „Senkung unter die Grenze von drei Prozent des Haushaltsvolumens", gleichzeitig werde die Investitionsquote angehoben. Späth erklärte, die Landesregierung hätte das Ziel der Null-Verschuldung 1986 mit einem „Gewaltakt" durchaus erreichen können, allerdings hätte man ihn und die Landesregierung hier sofort der „Effekthascherei" bezichtigt ...

Die SPD-Fraktion sieht, wie ihr Finanzexperte Beerstecher mitteilte, durch die Wende in der Finanzpolitik Späths ihre frühere Kritik bestätigt. Die Sozialdemokraten beabsichtigen deshalb, einige ihrer Anträge und Vorstellungen, die bislang im Landtag auf Ablehnung gestoßen waren, erneut einzubringen.

Verwaltungsreform

Nach dem Scheitern der ehrgeizigen Finanzpläne hat die Regierung Späth jetzt ein neues Betätigungsfeld entdeckt: Eine Verwaltungsreform nach den Vorschlägen der sogenannten „Bulling-Kommission" ist in wichtigen Teilen vom Kabinett gutgeheißen worden. Manfred Bulling, Regierungspräsident in Stuttgart, hatte kürzlich entsprechende Empfehlungen der von ihm geleiteten Gruppe der Landesregierung unterbreitet.

So soll nach den Worten des Ministerpräsidenten bereits im Herbst 1986 eine in der Bundesrepublik noch nie dagewesene „Führungsakademie" für Nachwuchsbeamte gegründet werden. Eine Arbeitsgruppe soll eine Konzeption für die zweijährigen Lehrgänge für Spitzenbeamte ausarbeiten. Nur solche Kandidaten kämen auf die neue „Elite-Akademie", die eine Prüfung hinsichtlich ihrer Führungsqualitäten (und nicht so sehr der fachlichen) erfolgreich absolviert hätten. Jährlich sollen etwa 20 Beamte Zugang zu dieser elitären Einrichtung finden. Manager, Diplomaten und andere Spitzenkräfte aus der Verwaltung sollen als Lehrkräfte eingesetzt werden. Vorsitzender des Kuratoriums der Führungsakademie: Lothar Späth.

Die Bulling-Kommission hatte vorgeschlagen, künftig Spitzenbeamte nur noch „auf Zeit" (und nicht wie bisher auf Lebenszeit) einzustellen. Dieses heiße Eisen, gegen das vor allem die Betroffenen und deren Interessenverbände Sturm laufen, wurde vom Kabinett mit äußerster Vorsicht angefaßt: Die Sache werde zunächst „rechtlich überprüft", teilte Späth mit.

„Erbitterter Widerstand gegen faule Kompromisse"

Festakt zum Tag der Heimat / Grußwort von Axel Springer

hrk. Berlin

Die strikte Einhaltung der Menschenrechte und der verbindlichen Vereinbarungen von Helsinki auch durch die „DDR" hat der Parlamentarische Staatssekretär Ottfried Hennig gestern in Berlin erneut gefordert. In der zentralen Feierstunde des Bundes der Vertriebenen zum „Tag der Heimat" kündigte Hennig „erbitterten Widerstand" der Bundesregierung gegen eine Aufhebung oder „faule Kompromisse" um das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes an.

Als Hauptredner der Veranstaltung ging Hennig auch auf die Lage in der „DDR" und die Notwendigkeit ein, zur „Schicksalsgemeinschaft" mit den Menschen drüben zu stehen. Neben Ost-Berlin machte er auch der polnischen und sowjetischen Regierung heftige Vorwürfe, weil sie den Deutschen dort weder ihre Sprache erlaubten noch das geringste unternähmen, die „erbärmliche Benachteiligung und Diskriminierung" der zwei Millionen Deutschen in der UdSSR zu ändern.

Hennig: „Dürfen wir Deutsche im Westen unseres Vaterlandes uns einfach damit abfinden, daß der junge Deutsche aus Dresden, der einen Ausreiseantrag gestellt hat, deswegen schon lange seinen Arbeitsplatz verloren hat, obgleich die DDR in den KSZE-Dokumenten das Gegenteil versprochen hat? Was kann das junge Mädchen aus Rostock dafür, daß es sich in einen jungen Mann aus Kaufbeuren verliebt hat und nun schon jahrelang deshalb ihren Verlobten nicht mehr sehen darf?" Es sei notwendig, darüber zu reden, „wo in unserer Heimat Deutschland die Menschenrechte verletzt werden, zum Beispiel in der DDR."

Solange das Recht auf Selbstbestimmung nicht durch alle Deutschen ausgeübt werden könne, „ist die Bundesrepublik Deutschland Treuhänder für eine freiheitliche Ordnung aller Deutschen", betonte Hennig: „Sie nimmt die Schutzpflicht für die Grund- und Menschenrechte der Deutschen wahr. Wir halten an der einen ungeteilten deutschen Staatsangehörigkeit fest."

In einem Grußwort erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl, die Heimatvertriebenen hätten sich nicht von Gedanken der „Rache und der Vergeltung" überwältigen lassen. Ihre Arbeit für den Aufbau der Bundesrepublik verdiene „Respekt und die Anerkennung aller".

Verleger Axel Springer schrieb an die Teilnehmer der Veranstaltung: „Ich weiß mich mit Ihnen von jeher in besonderem Maße verbunden – in der Treue zu unserem Vaterland und in der Loyalität zum demokratischen Staat, in der Liebe zur verlorenen alten Heimat, in der Forderung des Rechts auf Selbstbestimmung und zur Wiedervereinigung der Nation, in der Bewahrung der guten Traditionen unserer Geschichte!" Als Grundsatz der deutschen Politik müsse das Dichterwort gelten: „Wo keine Gerechtigkeit ist, ist keine Freiheit, und wo keine Freiheit ist, ist keine Gerechtigkeit."

Der Bundesbevollmächtigte in Berlin, Staatssekretär Peter Lorenz, hatte am Wochenende nochmals bekräftigt, daß Bonn die deutsche Frage weiterhin als offen ansehe; sie könne nur im europäischen Rahmen gelöst werden. Lorenz nahm die Vertriebenen gegen Vorwürfe wie den des Revanchismus in Schutz. Sie hätten das Recht und die Pflicht, „Kultur und Brauchtum, Mundart und Wesen einer alten Heimat nicht untergehen zu lassen". Ausdrücklich lobte er das Verhalten der Vertriebenen: „Sie haben niemals Straßen blockiert, Zäune demoliert oder Straßenschlachten gegen unsere demokratische Ordnung geliefert."

Am Wochenende waren der Fürst von und zu Liechtenstein sowie CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger mit der Plakette für „Verdienste um den deutschen Osten" ausgezeichnet worden. In seinen Dankesworten bezeichnete sich Dregger als „Fürsprecher der Deutschen in Ost und West". Er dankte den Vertriebenen für ihre „Treue zu Deutschland". Denn für Deutschland gebe es „keinen Ersatz". Das vereinigte Europa, das der Westen anstrebe, werde stets nur das „Dach" über den Nationen dieses „reichsten Kontinents der Welt an Kultur" sein.

„Frankreich wird immer Frankreich, Italien immer Italien und Deutschland immer Deutschland sein, oder es wird nicht sein." Zwar müsse „nicht in jedem Schritt, den wir tun", das große Ziel sichtbar werden: „Aber das Ziel selbst, das muß unbeschädigt bleiben." Der Dreiklang müsse „Heimat, Deutschland, Europa" lauten.

Hinter dem Personalkampf in NRW steht der Streit um Ämter und Gelder

WILM HERLYN, Köln

Drei Motivationen bewegen zur Zeit die Verantwortlichen in der CDU Rheinland. Vordergründig steht dafür die Personalentscheidung um den Vorsitz mit drei Kandidaten. Der Amtsinhaber Bernhard Worms stemmt sich gegen den Krefelder Oberbürgermeister Dieter Pützhofen und gegen den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt.

Zusätzliche Pikanterie: Vogt ist rheinischer Vorsitzender der CDA-Sozialausschüsse, Dieter Pützhofen gehört auch dieser Vereinigung an. Ein aggressiver Briefwechsel der beiden Kandidaten war die Folge. Und wer die starken Bindungen der Mitglieder an ihre Vereinigung kennt, die erst deren Vormachtstellung in der CDU Rheinland ermöglichen, kann beobachten, welche Risse sich allerorten allein in der Personaldebatte im stärksten Landesverband der Union auftun.

Der Brief eines Mandatsträgers der CDA, Theo Rangs, an Vogt offenbart das Dilemma. Er schreibt: „Wenn Dieter Pützhofen Kritik an den Vereinigungen übt, geht das nicht an die Adresse der Mitglieder, sondern er meint gewisse Funktionäre, die sich in „Erbhof-Stühlen" räkeln. Damit zeigt Rangs das zweite Übel auf: Niemand in der rheinischen CDU mag genau ermessen, welche Pfründe über Parteiämter noch sicher sind, wenn die Fusion mit dem Schwesterverband Westfalen-Lippe im kommenden Frühjahr bestätigt wird.

Erhebliches Mißtrauen

Das Rechenbeispiel im Grundsatz ist einfach – praktisch die Hälfte aller Parteimandate werden bei einem geeinten Landesverband überflüssig. Aber wer bleibt auf der Strecke? Wie werden die inneren Strukturen der Partei aussehen nach der Bundestagswahl 1987, der letzten Wahl, zu der Rheinland und Westfalen noch einmal getrennt ihre Kandidaten aufstellen? Und was geschieht mit den traditionsgemäß im Rheinland starken Vereinigungen, im Westfälischen aber mit den Bezirksverbänden?

All diese Fragen verunsichern die Führung wie die Basis. Dazu kommt als drittes Moment das erhebliche Mißtrauen, das – auch traditionell begründet – die Rheinländer gegenüber den Westfalen (und umgekehrt) hegen. Immer wieder werden Stimmen laut, die davor warnen, „sich von dem schlauen Professor Biedenkopf nicht über den Tisch ziehen zu lassen". Der Respekt vor dem westfälischen Vorsitzenden ist groß. Und überall versuchen die Rheinländer, Pflöcke zur Verteidigung einzurammen. Sie bestehen darauf, daß die Bezirke keinen Organcharakter haben sollen und damit die Macht der Vereinigungen ungeschmälert bleibt, und sie wollen einen Generalsekretär im künftigen gemeinsamen Landesvorstand. Als Gegengewicht zu Biedenkopf?

Sowohl Pützhofen als auch Vogt sprechen unisono von einer „deutlichen rheinischen Handschrift", die das noch auszuhandelnde Vertragswerk über die Fusion auszeichnen soll, und der Krefelder läßt sich gar in der Öffentlichkeit nicht auf Fragen ein, die wissen wollen, ob er eventuell sogar den Vorsitz des künftigen Gesamtvorstandes anpeile.

Noch gar nicht in den offiziellen Gesprächen der Strukturkommission ist der Argwohn der Rheinländer zur Sprache gekommen, die vor dem „westfälischen Rollgriff auf unsere Kasse" (so ein Vorstandsmitglied) warnen. Auch wenn beide Landesverbände genaue Zahlen nicht nennen, so ist doch bekannt, daß Westfalen-Lippe jahrelang das Defizit einer siebenstelligen Zahl vor sich herschob, das erst durch drakonische Sparmaßnahmen Biedenkopfs, die sogar Mitarbeiterentlassungen bedingten, gemildert wurde.

Die Rheinländer verweisen dagegen auf eine recht gesunde Bilanz – allerdings wissen sie, daß ein Großteil der Kosten von den Vereinigungen getragen wird.

Bernhard Worms nutzt die Unsicherheit an der Basis geschickt aus und vermied bei einer Zusammenkunft des Landesvorstandes mit den Vorsitzenden der Kreisverbände am späten Freitagabend eine Personaldiskussion. Statt dessen ließ er als Ablenkungsmanöver einen Leitantrag zum Parteitag am 18. Oktober verteilen, der sich mit der Problematik des Paragraphen 218 beschäftigt. Den Mandatsträgern war's recht, denn jedermann wußte, daß dieses Gremium schon nach der Satzung nicht befugt ist, präjudizierende Abstimmungen vorzunehmen. Damit konnte aber auch Pützhofen einen Punkt für sich verbuchen, denn er hatte sich vehement gegen dieses „Vor-Urteil" gesträubt.

Worms dagegen versuchte sich noch einmal darzustellen als Architekt des Fusionsgebäudes, der keine Ambitionen hat, auch noch als Hausmeister dort einzuziehen. Allerdings weckt er mit diesem Vorgehen auch den Argwohn in den eigenen Truppen, er habe mit seinem Verzicht auf jeden Posten im Vorstand die Rheinländer für ein Linsengericht verkauft – profitieren würde davon allein der Westfale Biedenkopf.

CDA droht Knacks

Am Freitagabend verkündete Worms: „Wir sind drei gestandene Männer, und ich gehe davon aus, daß wir drei kandidieren." Kurz darauf jedoch sagte er auch: „Aber im Leben und in der Politik ist nichts unmöglich." Ob er damit die Stimmung in den Parteigliederungen trifft? Der Vorsitzende der Düsseldorfer Kreispartei, Karl Friedrich Klees, meinte sibyllinisch: „Wir müssen einen neuen Anfang machen. Aber Namen nenne ich nicht."

Die Blicke lenken sich zunächst auf Wolfgang Vogt, der wohl die schmalste Ausgangssituation hat: eine gespaltene CDA. Dabei ist noch nicht zu erkennen, ob er eher ein Geschobener ist, als daß er sich selbst nach vorne spielt. Denn in den Sozialausschüssen rumort Unwille über den eigenen Vorsitzenden. Führende Mitglieder wollen ihn wegloben, um so einen anderen auf den Schild zu heben. Im Gespräch dabei ist Hanshorst Viehoff aus Mönchengladbach.

Sie rechnen dabei, daß es entweder Vogt schafft, Worms aus dem Sattel zu heben – dann müßte er den Vorsitz bei der CDA abgeben, oder daß er, was wahrscheinlich ist, zu den Verlierern zählt. Dann aber hätte er, so seine Widersacher, „seine erste Beschädigung weg". Daß damit gleichzeitig auch das Ansehen der gesamten CDA einen Knacks bekommt, bedenken sie bei diesem Finassieren und Taktieren offensichtlich nicht.

Es ist damit zu rechnen, daß sich in den kommenden Tagen die Spitze der Bundespartei mit den Kandidaten zusammensetzt. Eine Wahlniederlage des Staatssekretärs Vogt, so heißt es in Bonn, wäre auch eine Beschädigung der Bundesregierung. Nicht von ungefähr kommt die Überlegung, er solle besser ehrenvoll zurückziehen. Dann ist die Bahn frei für ein Duell Worms contra Pützhofen.

Bremen: Knapper Erfolg für Henning Scherf

W. WESSENDORF, Bremerhaven

Der Bremer Senator für Jugend und Soziales, Henning Scherf, wird Bürgermeister und damit Stellvertreter des designierten Präsidenten des Senats, Klaus Wedemeier. Allerdings erreichte der umstrittene SPD-Politiker auf einem außerordentlichen Landesparteitag in Bremerhaven nur mit knapper Mehrheit sein Ziel: 91 delegierte Genossen stimmten für Scherf, 74 waren gegen ihn bei 6 Enthaltungen und 2 ungültigen Voten.

„Damit habe ich für künftige Aufgaben eine gute Ausgangsposition", meinte der gelernte Schweißer und promovierte Jurist nach der Wahl. Scherf, der dem linken Flügel seiner Partei angehört, sieht nach eigenen Worten durchaus Chancen, Mehrheiten zu bekommen. Wedemeier, der am 18. September Nachfolger von Bürgermeister Hans Koschnick wird, hatte bereits vor der Wahl erklärt: „Ich brauche einen, der mich unterstützt, aber auch eigene Ideen hat. Ich finde, dieses Tandem gar nicht schlecht, wenn Klaus vorne sitzt."

Scherf hatte sich in der vergangenen Woche den Unmut des künftigen Regierungschefs, des Landesvorstandes und vieler Genossen zugezogen, weil er ein Papier mit brisanten Einsparungsvorschlägen ohne Abstimmung in die Öffentlichkeit lancierte. Danach will der Senator den Zivilschutz und die Bereitschaftspolizei abschaffen. Zudem soll der Verfassungsschutz eingeschränkt werden. Daraufhin fiel die Entscheidung im SPD-Landesvorstand nur knapp aus, Scherf als Kandidaten für den Bürgermeister aufzustellen.

Wedemeier, der Fraktionsvorsitzender der Mehrheitspartei in der Bürgerschaft ist, nutzte den Parteitag, die Grenzen seiner künftigen Politik zu skizzieren. Einzelheiten bleiben der Regierungserklärung vorbehalten. Es gelte, die horrende Arbeitslosigkeit und Abwanderung aus dem Lande Bremen nicht nur mit den Gewerkschaften, sondern auch mit Hilfe der Wirtschaft zu bekämpfen. „Das geht nur über private Investitionen", meinte der neue Herr im Rathaus. Am Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst müßte noch lange festgehalten werden, der außerdem effektiver gestaltet werden soll.

Die Verkleinerung des Senats, der sich aus zwölf Mitgliedern zusammensetzt, spielte schon bei der Wahl der Nachfolge Koschnicks eine große Rolle. Damals war Scherf als Gegenkandidat von Wedemeier (41) angetreten, den Koschnick vorgeschlagen hatte (DIE WELT vom 11. Juli). Wedemeier möchte sich damit möglichst viel Zeit lassen, am liebsten bis ans Ende der Legislaturperiode in zwei Jahren.



Ein Lesebuch der konservativen Denkweise

Der 70. Geburtstag von Franz Josef Strauß ist Anlaß für ein neues Buch über ihn – ein Lesebuch der konservativen Denkweise. Viele Aufsätze darin sind getragen von dem Wunsch der Autoren, den allgemeinen Gedanken an seinem Beispiel zu verdeutlichen.

Golo Mann schreibt über den Begriff „konservativ" und sucht offenbar nach einem geistigen Vorfahren von Strauß; er erwähnt den Preußen Ludwig von der Marwitz: „Ein Konservativer vom Schlage Marwitzens ist tief in seiner Heimat verwurzelt, damit auch mit dem Volk in seiner Heimat vertraut, mit ‚einfachem' Volk mindestens ebensosehr wie mit Professoren. Er hängt an gewachsenen Traditionen. Er ist Realist, geht mehr mit Sachen um als mit Ideen. Realismus kann – obgleich er es nicht muß – mit einer Dosis Pessimismus verbunden sein: Der Mensch ist ein sich selbst gefährdendes Wesen, das eben darum stabile Ordnungen braucht."

Friedrich Wetter, Erzbischof von Freising, warnt vor Versuchen der Kirche, den „äußeren Frieden" gestalten zu wollen – „sie kann seine Bedingungen nicht formulieren"; „die Kirche wird nicht aufhören, die Bedingungen des wahren Friedens, die Bekehrung der Herzen, zu verkünden". Zu welch merkwürdigen Ergebnissen man kommen kann, wenn man Forderungen der Bibel direkt in die Politik einbringt, karikiert Wetter mit der Feststellung, das Matthäus-Wort „Sorgt euch also nicht um morgen" könne nur für die Person eines Ministers gelten, nicht für seine Amtsführung.

Historische Schuld

Einige Autoren schreiben über Bayern, das Wissen voraussetzend, was der Aufschwung dieses Landes mit Strauß und seiner CSU zu tun hat. Heinz Nixdorf zieht Vergleiche zwischen dem Hauptsitz seiner Firma in Paderborn und der Zweigstelle in Bayern: „... während man zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiet der Industrieansiedlung nicht so engagiert vorging. Die bekannten Strukturprobleme und die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit Nordrhein-Westfalens kann man sicher teilweise darauf zurückführen und darf hier wohl ohne Übertreibung von einer historischen Schuld dieses Bundeslandes sprechen." Und: „Die Akzeptanz der unternehmerischen Betätigung bei der überwiegenden Mehrheit der Bürger ist ein immaterielles Aktivum Bayerns, das ins Gewicht fällt."

Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist einer der Staatsmänner und Politiker, die einen Aufsatz zu dem 600-Seiten-Buch beigetragen haben. Von Strauß absehend, erwähnt von Weizsäcker „Autoritätshemmnisse, die aus strukturellen Entwicklungen der westlichen Demokratien hervorgehen. Der Funktionalismus im technischen Zeitalter führt zu einem System machtvoller und schwer durchschaubarer Bürokratien. Im Räderwerk der Funktionen und Funktionäre gedeiht Autorität schlecht. Neben der notwendigen Arbeitsteilung und interdisziplinären Teamarbeit steht eine Tendenz, Demokratie durch kollektive Führungsstrukturen zu verwirklichen." Außerdem: „Wahlkämpfe mit medial vermittelter Meinungsbildung bringen oft andere Anforderungen an Kandidaten mit sich als die Ämter."

„Ein Vollblutmensch"

Auch politische Gegner haben einen Geburtstagsgruß geschrieben. Zum Beispiel Bruno Kreisky: Strauß sei ein „Vollblutmensch und fast möchte ich sagen, ein Renaissance-Mensch, und daher macht er auch in der Politik nichts mit der ‚linken Hand' – so wenig er alles, was links ist, mag." Sein Gruß über die Alpen endet mit einem Zitat aus der „Kameliendame": „Nur Greise altern nicht." Helmut Schmidt bewundert Strauß' „Wissen im Detail, seine Kenntnis der Zusammenhänge, auch seine energische und rationale Art, an die Probleme heranzugehen, während viele emotional argumentierten".

Strauß selbst meint in seinem Beitrag zu dem Buch, die Auseinandersetzung des Westens mit dem Osten werde weder „auf den Barrikaden der Revolution noch auf dem Schlachtfeld mehr ausgetragen", sondern: „Die rasend schnelle Entwicklung naturwissenschaftlicher Forschung und technischer Anwendung setzt neue Maßstäbe. Wir können noch nicht absehen, zu welchen politischen Veränderungen im sowjetischen Imperium eine solche nicht mehr aufhaltbare Entwicklung führen wird. Ich bin jedoch überzeugt: Wir dürfen darin auch für die Lösung der offenen deutschen Frage auf lange Sicht eine hoffnungsvolle Zukunftsperspektive sehen." („Franz Josef Strauß", Bruckmann Verlag, München)

DETLEV AHLERS

Estenssoros einsamer Kampf gegen die Krise

Gewerkschaftsdiktatur brechen / 14 000 Prozent Inflation

WERNER THOMAS, Miami

Die bolivianischen Gewerkschaften haben ihren Mitte letzter Woche eröffneten Generalstreik bis morgen verlängert – trotz der Warnungen der Regierung. Jetzt droht jedem Arbeiter die Entlassung, der am Freitag nicht an seinen Arbeitsplatz zurückgekehrt war.

Victor Paz Estenssoro (77) wagte bereits zu Beginn seiner vierten und wohl letzten Präsidentschaft einen riskanten Konflikt. Er möchte die Macht der „Bolivianischen Arbeiterzentrale" (COB) brechen, der er einst selbst nahestand. Das Schicksal seines unglücklichen Vorgängers Hernan Siles Zuazo dient ihm als Warnung.

Als Siles vor vier Wochen den Präsidentenpalast für Paz Estenssoro räumte, hinterließ er seinem Nachfolger die schlimmsten wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem lateinamerikanischen Halbkontinent. Eine Weltrekord-Inflation von 14 000 Prozent. Ein Minus-Wachstum von sieben Prozent. Eine sieche Währung, der Schwarzmarktkurs des Dollar erreichte 1,5 Millionen Peso. Schließlich ein Problem, das Siles „die Gewerkschaftsdiktatur" nannte.


BOLIVIEN

Während der nicht ganz dreijährigen Amtszeit Siles' taumelte die Anden-Nation von Streik zu Streik. Der Präsident erfüllte fast immer die COB-Forderungen, selbst wenn er zunächst Widerstand leistete. Obgleich auch Mitbestimmungs- und Mitbeteiligungswünsche vorgetragen wurden, ging es gewöhnlich um die Frage höherer Löhne.

Die beiden COB-Führer Juan Lechin (71), Anfang der fünfziger Jahre Kampfgefährte von Siles und Paz Estenssoro, und Walter Delgadillo (43) verfolgten mit dieser Konfrontationsstrategie politische Ziele: Sie sind erklärte Trotzkisten.

Als Victor Paz Estenssoro am 6. August wieder die Macht übernahm, signalisierte er gleich radikale Kurskorrekturen. Die sozialistischen Experimente sollten enden und durch marktwirtschaftliche Methoden ersetzt werden. Der alte Mann hatte sich im Laufe seiner langen politischen Laufbahn langsam von links zur Mitte entwickelt. Am 29. August verkündete dann seine Regierung das neue Wirtschaftsprogramm, das neben Abwertungsschritten und einer Liberalisierung des Außenhandels auch die Reprivatisierung staatlicher Betriebe, einen Lohnstopp für öffentliche Bedienstete bis Ende des Jahres und die Lockerung der Kündigungsschutz-Bestimmungen enthielt.

Die Gewerkschaft reagierte mit einer Kampfansage. „Die Regierung will uns verhungern lassen", sagte COB-Generalsekretär Delgadillo wütend. Während Lechin um „vorübergehende Beurlaubung" vom Amt des Exekutivsekretärs bat, beschloß der junge Gewerkschaftsboß den ersten Generalstreik der vierten Paz-Estenssoro-Ära.

Paz Estenssoro zeigte Verständnis für die Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft. Die neuen Wirtschaftsmaßnahmen seien „tatsächlich äußerst hart", konzedierte er, jedoch notwendig. „Kein Land der Welt kann auf die Dauer mehr Geld ausgeben als einnehmen." Er appellierte an das Volk, ihn zu unterstützen: „Gemeinsam werden wir die Armut und die Rückständigkeit überwinden."

Dieser Generalstreik war nicht sehr wirkungsvoll. Am Freitag hatten wieder viele Geschäfte und Banken geöffnet. Auch die Zeitungen erschienen wieder. Die Sicherheitskräfte garantierten die Versorgung der Bevölkerung mit Brennstoffen.

Die meisten Leute scheinen auf seiten des Präsidenten zu stehen, obgleich alle Oppositionsparteien im Kongreß die Regierung kritisieren, auch die konservative Bewegung „Nationale Demokratische Aktion" (ADN) des früheren Diktators Hugo Banzer.

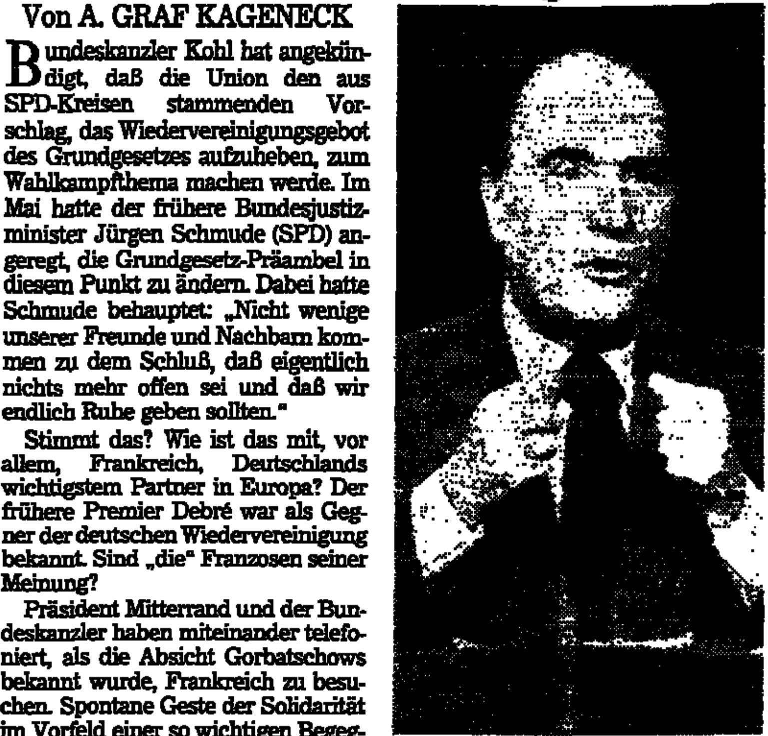
Die Lage Anfang der Woche: Keine Seite will nachgeben. Delgadillo sieht eine Konfrontation „auf Leben und Tod". Er schickte streikende Arbeiter auf die Straßen der Hauptstadt La Paz, die mit Plakaten und Sprechchören die „Hungerpolitik" der Regierung verurteilten.

Paz Estenssoro weiß wiederum, daß er standhaft bleiben muß und sich keine Niederlage leisten kann. Viele Beobachter in La Paz geben ihm die besseren Chancen, diesen Machtkampf zu gewinnen. (SAD)

Frankreich betrachtet Deutschland nach wie vor als geteiltes Ganzes

Von A. GRAF KAGENECK

Bundeskanzler Kohl hat angekündigt, daß die Union den aus SPD-Kreisen stammenden Vorschlag, das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes aufzuheben, zum Wahlkampfthema machen werde. Im Mai hatte der frühere Bundesjustizminister Jürgen Schmude (SPD) angeregt, die Grundgesetz-Präambel in diesem Punkt zu ändern. Dabei hatte Schmude behauptet: „Nicht wenige unserer Freunde und Nachbarn kommen zu dem Schluß, daß eigentlich nichts mehr offen sei und daß wir endlich Ruhe geben sollten."


Realismus und Vertrauen: Präsident Mitterrand FOTO: STUDIO X

Stimmt das? Wie ist das mit, vor allem, Frankreich, Deutschlands wichtigstem Partner in Europa? Der frühere Premier Debré war als Gegner der deutschen Wiedervereinigung bekannt. Sind „die" Franzosen seiner Meinung?

Präsident Mitterrand und der Bundeskanzler haben miteinander telefoniert, als die Absicht Gorbatschows bekannt wurde, Frankreich zu besuchen. Spontane Geste der Solidarität im Vorfeld einer so wichtigen Begegnung, oder Beruhigungsversuch des Franzosen, deutsche, europäische und atlantische Interessen würden nicht berührt von dieser offenkundigen Rückkehr Frankreichs zur traditionellen „Ostpolitik" aller Präsidenten der 5. Republik?

Die deutsche Frage stand und steht im Mittelpunkt aller französisch-sowjetischen Begegnungen. Von de Gaulle 1954 und 1966 über Pompidou 1970 und Giscard 1975 bis Mitterrand heute hatten beide Staaten, bei noch so scharfen französischen Verurteilungen des roten Imperialismus und der bolschewistischen Menschenrechtsverletzungen, Interesse an einem Gedankenaustausch über den Stand der Entwicklung in Europa und dessen Kern Deutschland. Stets hatte jeder von beiden dabei auch die Frage in petto, wie es mit der Zukunft Deutschlands aussehen werde. Vergessen sollte man nie, daß beide – die Sowjetunion und Frankreich – Deutschland nach wie vor als Ganzes betrachten und sich für das Ganze verantwortlich fühlen.

Für Frankreich ist die deutsche Wiedervereinigung nicht aktuell, aber sie ist nicht für immer ausgeschlossen. De Gaulle, der in geschichtlichen Dimensionen dachte, bezeichnete sie 1968 als das „natürliche Recht der Deutschen". Frankreich hatte sich indes schon sehr viel früher auf dieses Recht festgelegt. Und zwar vertraglich. Im September 1984 erinnerte der Sprecher des Quai d'Orsay daran, daß die Haltung seines Landes seit den Pariser Verträgen von 1954 zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland bekannt und immer wieder vertreten worden sei, wonach Frankreich eine Politik der Bundesrepublik unterstütze, die auf die Herstellung eines Friedenszustandes in Europa hinziele und somit dem deutschen Volk erlaube, seine Einheit in Frieden und freier Selbstbestimmung herzustellen. Dieses Recht stehe allen Deutschen zu, niemand könne es ihnen verweigern, fügte der Sprecher hinzu.

Präsident Mitterrand hat das vor dem amerikanischen Fernsehen im März 1984 in Atlanta so ausgedrückt: „Daß die Deutschen seit vierzig Jahren in einem Zustand der Zerrissenheit leben und daß dies für sie eine ständige Bedrückung ist, kann man weiß Gott verstehen. Das Problem für uns andere ist, daß der natürliche und legitime Wunsch der Deutschen, sich wiederzufinden, nicht das Gleichgewicht im Zentrum Europas und in der Welt zerstört. Aber da habe ich volles Vertrauen in die demokratische deutsche Regierung und in das deutsche Volk, das nach so vielen Dramen zu unserem Freund wurde."

Mitterrand distanzierte sich dabei ausdrücklich vom italienischen Außenminister Andreotti, der kurz zuvor das Vorhandensein zweier deutscher Staaten als wünschenwert und endgültig bezeichnet hatte. Dagegen behauptete Schmude zwei Monate später: „Die Andreotti-Äußerung, so verfehlt sie in Form und Anlaß war, hat blitzlichtartig erkennen lassen und bestätigt, daß viele, ja, eigentlich alle westlichen Regierungen geliehcremaßen am gegenwärtigen Zutand festhalten wollen."

Mitterrand operiert mit seiner realistischen Einschätzung der deutschen Frage nicht im luftleeren Raum. Daß die Franzosen heute die deutsche Wiedervereinigung nicht nur nicht fürchten, sondern als „natürlich und absehbar" empfinden, beweisen alle Umfragen.

Anfang dieses Jahres ergab eine Gallup-Umfrage, daß 55 Prozent der Franzosen in der Wiedervereinigung Deutschlands keine Gefahr für die EG sehen und daß gar 36 Prozent der Franzosen die Wiedervereinigung in absehbarer Zeit erwarten – gegenüber nur elf Prozent der Deutschen! 1984 hielten 54 Prozent der Befragten in den USA, 51 Prozent in Großbritannien und 43 Prozent in Frankreich die Wiedervereinigung sogar für „wünschenswert".

Entsprechende Resultate gibt es aus früheren Jahren quer durch die westliche Welt, von 87 Prozent dafür in Schweden bis 58 Prozent in Frankreich und 49 Prozent in Italien. Man kennt kein Ergebnis, in dem sich die Bevölkerung eines anderen westlichen Landes gegen die Wiedervereinigung ausgesprochen hätte.

Insbesondere die Franzosen sind zu sehr Realisten und haben eine zu hohe Auffassung von der „Nation", als daß sie die Zerreißung der deutschen Nation für einen Dauerzustand ansehen könnten. Auch wenn sie derselbe Realismus davon ausgehen läßt, daß dieser Zustand nicht von heute auf morgen herbeigeführt werden kann.

Mitterrand spricht seit Jahren, auch wenn er keinesfalls das Gleichgewicht der Kräfte in Europa gefährden will, von der „Überwindung Jaltas". Dies wird Inhalt auch seines Gesprächs mit Gorbatschow sein.

Stefanopoulos gründet neue konservative Partei

„Demokratische Erneuerung' als Alternative zu Papandreou

E. ANTONAROS, Athen

Die seit knapp zwei Wochen erwartete Spaltung der griechischen Hauptoppositionspartei „Neue Demokratie" (ND) ist nun perfekt: Der letzte Woche aus der Partei ausgetretene frühere Fraktionssprecher, Konstantin Stefanopoulos, hat jetzt die Gründung einer neuen bürgerlichen Partei unter dem Namen „Demokratische Erneuerung" bekanntgegeben. Nach Stefanopoulos' Angaben soll die neue, rechts von der Mitte angesiedelte Formation „bürgerlich, volksnah und fortschrittlich" sein.

Der neuen Partei, die sich voraussichtlich im Laufe der nächsten Tage konstituieren und eine Grundsatzerklärung veröffentlichen wird, wollen neben Stefanopoulos bereits neun von insgesamt 121 Abgeordneten der „Neuen Demokratie" beitreten. Es sind die Abgeordneten, die sich von Anfang an mit Stefanopoulos in seinem Streit mit ND-Chef Mitsotakis solidarisch erklärt hatten.

Auch zwei bisherige Vorstandsangehörige der „Neuen Demokratie" haben Stefanopoulos ihre Unterstützung zugesagt. Falls es der neuen Partei gelingen sollte, mehr als 15 Parlamentsangehörige für sich zu gewinnen, werden ihr laut Geschäftsordnung der Kammer automatisch volle Fraktionsrechte zustehen.

Im Laufe der letzten Tage hatten die beiden früheren Vorsitzenden der „Neuen Demokratie", Averoff und Rallis, vergeblich versucht, durch zahlreiche Vermittlungsbemühungen die sich anbahnende Spaltung abzuwenden. Sie operierten vor allem mit dem Argument, daß von einem Auseinanderfallen des bürgerlichen Blocks ausschließlich die regierenden Sozialisten politisch profitieren würden.

Druck von der Basis

Mit einer massiven Abwanderung von engagierten und vorwiegend jüngeren Parteimitgliedern und Funktionären aus den Jugend-, Fach- und Bezirksverbänden seiner Partei konfrontiert, hatte Mitsotakis Konzessionsbereitschaft vor allem im Zusammenhang mit der Vorbereitung des umstrittenen Parteitages demonstriert. Aber Stefanopoulos zeigte sich fest entschlossen, alle Brücken abzubrechen. Zwar verdeutlichte er, daß Papandreous sozialistische Partei sein „Hauptgegner" sei, aber „aus politisch-moralischen" Gründen sei die Trennung von der „Neuen Demokratie" unvermeidbar gewesen.

In einem Interview mit der linksliberalen Athener Zeitung „To Vima" hatte Stefanopoulos die Gründe seines Streits mit Mitsotakis präzisiert und darauf hingewiesen, daß es dabei nicht um das Amt des Parteivorsitzenden, sondern um die Einhaltung der innerparteilichen Demokratie gegangen sei.

Blick auf die junge Garde

Daher sehe er aufgrund des autoritären, sämtliche Beschlüsse der oberen Parteigremien mißachtenden Führungsstils von Mitsotakis keine Aussichten auf eine Einigung. Ihm widerstrebe es, daß die Partei ohne Rücksicht auf die Wünsche und die Einstellung der Basis von oben dirigiert werde. Wegen dieser arroganten Haltung der Parteispitze hätten die Sozialisten auch die letzte Parlamentswahl im Juni gewonnen.

Stefanopoulos, der als einer der brillantesten Redner des griechischen Parlaments gilt und große Erfahrung im innen- und sozialpolitischen Bereich hat, rechnet offenbar damit, daß sich der Zulauf von enttäuschten ND-Parteigängern fortsetzen wird, sobald seine Partei in der Kammer vertreten ist.

Stefanopoulos setzt – wie der Name seiner Partei auch andeutet – auf die jüngere Politiker-Generation, die sich von den teilweise greisen Parteioberen in Schach gehalten fühlt und nach neuen Entfaltungsmöglichkeiten sucht. Angesichts des jüngsten Wahlsiegs der Sozialisten unter Ministerpräsident Papandreou sehen viele von ihnen nun die Chance aber auch die Notwendigkeit, die konservativen Kräfte programmatisch und personell zu erneuern. Das war wohl auch das Kalkül des neuen Parteiführers.

Zwar halten sich die Angehörigen der jüngeren Garde, von denen viele Ministererfahrung haben, noch bedeckt und wollen Stefanopoulos' Kräfte abmessen. Aber zweifelsohne werden sie ihm den Rücken stärken, sobald sie merken, daß seine Partei überlebensfähig ist und eine echte Alternative darstellt. (SAD)

Solange Hassan regiert, bleibt der Maghreb ruhig

Wechselnde Allianzen / Hilflose Polisario / Besuch in Bonn

BERND RÜTTEN, Bonn

Vor dem Hintergrund einer ständig fluktuierenden politischen Situation im Maghreb kommt heute der Präsident des marokkanischen Parlaments, Ahmed Osman, zu einem mehrtägigen Besuch in die Bundesrepublik, wo er Gespräche mit Vertretern von Regierung und Parteien führen wird, unter anderem mit Bundespräsident von Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl so wie dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Köhler. Marokko ist in hohem Maße vom Beitritt Spaniens und Portugals zur EG betroffen, da es damit seinen wichtigsten Absatzmarkt für Obst und Gemüse verliert.

Während sich im nördlichen Teil der Westsahara, der seit Jahren in das marokkanische Mutterland integriert ist und einen beispiellosen Bauboom erlebt, in Zusammenarbeit mit den marokkanischen Behörden das französische Touristikunternehmen „Club Mediterranée" installiert und einen regelmäßigen Fremdenverkehrsbetrieb in die Wege leitet, treibt im Süden der ehemaligen spanischen Kolonie noch immer gelegentlich die angebliche Befreiungsbewegung Polisario ihr Unwesen. Unfähig, die befestigten Stellungen der marokkanischen Truppen zu überwinden, hält sie sich an wehrlose Ausländer, die per Flugzeug oder Schiff die Küste entlang reisen, um durch Ermordung oder Kidnapping die Fiktion aufrecht zu erhalten, daß die Westsahara Staatsgebiet der von ihr proklamierten „Demokratischen Arabischen Westsahararepublik" sei, die sich im Krieg mit Marokko befinde.

In Wahrheit hat die Polisario keinerlei Basen mehr in ihrem angeblichen Staatsgebiet. Sie operiert vom algerischen Tindouf aus, indem sie mehr als 1000 Kilometer durch mauretanisches Territorium reist, um von dort aus Kommandounternehmen in den Süden der Westsahara zu starten und sich anschließend wieder über Mauretanien nach Algerien zurückzuziehen. Nach dem Abschuß eines belgischen Touristenflugzeuges und eines Forschungsflugzeuges der Firma Dornier Anfang 1985 hat Polisario im August zwei Deutsche gefangengenommen, die mit einem Motorboot auf dem Wege nach Gambia waren. Sie wurden wenige Tage später einem Vertreter der Deutschen Botschaft in Algerien übergeben. Die Polisario legt dabei besonderen Wert darauf, daß in der Bundesrepublik, die sich bisher im Westsahara-Konflikt neutral verhält, der Eindruck entsteht, die Region sei immer noch militärisch umkämpft. Diese Fiktion wird auch mit allen Mitteln der Propaganda von zahlreichen „Deutsch-Sahraouischen Freundeskreisen" in der Bundesrepublik aufrecht erhalten.

Die marokkanischen Behörden haben, um derartige Zwischenfälle zu vermeiden, den Süden der Westsahara das Grenzland zu Mauretanien für den Tourismus gesperrt. Mauretanien war unter dem mittlerweile gestürzten Präsidenten Haidallah ein Parteigänger der Polisario. Haidallah pflegte sogar von der ausländischen Nahrungsmittelhilfe, von der Mauretanien inzwischen vollkommen abhängig geworden ist, Teile für die Verproviantierung der Polisario abzuzweigen. Unter Ould Taya bemüht sich Mauretanien nun um Neutralität.

Ein aufsehenerregender Prozeß in Casablanca hat jetzt jedoch Hinweise darauf geliefert, daß auch Algerien versucht, Marokko mit subversiven Mitteln zu destabilisieren. Drei angeklagte Marokkaner haben gestanden, nach einer militärischen Ausbildung in Algerien mit Waffen und Munition nach Marokko eingeschleust worden zu sein, um dort durch terroristische Anschläge politische Unsicherheit zu erzeugen.

Libyen wiederum versucht durch Vertreibung der tunesischen Gastarbeiter das kleine Nachbarland Tunesien zu destabilisieren, das mit einem engeren Anschluß an das verbündete Algerien reagiert. Im Widerstand gegen Libyen kann es auf die Hilfe der USA und Frankreichs zählen. Es ist bezeichnend, daß das mit Libyen verbündete Marokko im Konflikt mit Tunesien nicht auf seiten Libyens steht, sondern zwischen Tunesien und Libyen zu vermitteln versucht. Die USA, traditionell ein enger Verbündeter Marokkos, haben in letzter Zeit ihre Beziehungen zu Algerien ständig verbessert, während die algerisch-französischen Beziehungen nach einer Periode der Euphorie einen neuen Tiefpunkt erreicht haben.

In diesem komplizierten Spiel von Allianzen und außenpolitischen Beziehungen ist die traditionelle Rivalität zwischen Marokko und Algerien das Kernproblem. Die beiden streiten sich um die Hegemonie im Maghreb. Solange beide Seiten über Politiker verfügen, die die diplomatische Klaviatur mit traumwandlerischer Virtuosität beherrschen – auf marokkanischer Seite König Hassan und sein Berater Ahmed Reda Guedira, auf algerischer Seite Außenminister Ahmed Talib Ibrahimi, der am 14. September zu einem Besuch nach Bonn kommt –, sind bewaffnete Konflikte im Maghreb nicht zu befürchten.

Heftige Kämpfe an der Grenze zu Pakistan

rb. Bonn

Die sowjetische Offensive mit 10 000 Mann Eliteeinheiten und Hubschrauberkommandos gegen den afghanischen Widerstand konzentriert sich in der Nähe der pakistanischen Grenze südlich von Parachinar auf die von der Guerrilla seit Monaten belagerte Stadt Khost. 3000 Soldaten der Karmal-Truppen sowie 500 Sowjetarmisten sind in der Stadt eingeschlossen. Die Mudschahedin sind nach Angaben von Beobachtern auch mit Boden-Boden- und Boden-Luft-Raketen ausgerüstet.

Nach Verlautbarungen der Freiheitskämpfer wurden in den letzten Tagen zwei sowjetische MiG-Kampfflugzeuge sowie mehrere Hubschrauber abgeschossen. Der Widerstand gab ferner an, die Einheiten der Roten Armee und der Karmal-Truppen trotz starken Panzereinsatzes zurückgeschlagen zu haben. Unter hohen Verlusten hätten sich die roten Offensivkräfte zurückgezogen und dabei das gesamte Terrain vermint.

Bei den Kämpfen im Osten Afghanistans soll Molvi Ahmad Gul, einer der angesehensten Führer des Widerstandes, getötet worden sein. Wie es weiter heißt, könnten die Krankenhäuser in der pakistanischen Grenzstadt Peschawar den Zustrom von Verletzten kaum mehr verkraften. Unter den Verletzten befänden sich zahlreiche Frauen und Kinder, die in ihren Dörfern von dem Kriegsgeschehen überrascht worden seien. Inzwischen sei in Peshawar ein Notzelt für 250 Verwundete errichtet worden; am Wochenende traf aus Norwegen eine hochwillkommene Spende ein: ein mobiles Nothospital.

Auch im Inneren Afghanistans geht der Krieg mit unverminderter Heftigkeit weiter. Sogar Radio Kabul verschwieg einmal nicht, daß im Lande gekämpft wird. Konterrevolutionäre, wie das kommunistische Regime in Kabul die Freiheitskämpfer nennt, hätten in der Nähe der Hauptstadt ein Flugzeug mit 57 Personen an Bord abgeschossen, gab der Regierungssender bekannt. Dabei seien sämtliche Insassen ums Leben gekommen, fügte Radio Kabul hinzu.

Die Mitteilung von Radio Kabul enthielt keine Angaben über den Typ des Flugzeuges – aus propagandistischen Gründen. Dem Regime in Kabul kommt der Abschuß eines Flugzeuges stets gelegen, eröffnet er ihm doch die Möglichkeit, die Widerstandskämpfer als Barbaren zu diffamieren. Bei ähnlichen Fällen in der Vergangenheit hatte sie die gleiche Praxis angewandt und verschwiegen, daß es sich bei den abgeschossenen Maschinen um Militärflugzeuge gehandelt hatte.

Die katholische Kirche in Deutschland wird sich „niemals" mit dem geltenden Abtreibungsgesetz abfinden. Kardinal Joseph Höffner, Vorsitzender der Bischofskonferenz, begründet in einem WELT-Interview seine tiefe Skepsis gegenüber „Einzelreparaturen", wie sie beispielsweise der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel mit seinem „politischen Weg" im Kampf gegen die Abtreibung erreichen möchte. Höffner äußert sich auch zum politischen Disput um die Abschreckungsstrategie, zum Zustand der Kirche, und gibt eine differenzierte Bewertung des Wortes „Befreiungstheologie". Er warnt vor Mißverständnissen, die mit diesem Begriff verbunden sind. Mit Kardinal Höffner sprach Gernot Facius.

„Pessimismus wäre verschleierter Unglaube"

WELT: Herr Kardinal, die Diskussion um den Abtreibungsparagraphen 218 steht im Zentrum der politisch-ethischen Diskussion. Auf eine Klage gegen die „Abtreibung auf Krankenschein" wird verzichtet. Reicht das vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Vogel eingeleitete politische Verfahren aus?

Höffner: Abtreibung und Tötung des Kindes sind, wie das Zweite Vatikanische Konzil lehrt, „verabscheuungswürdige Verbrechen" (GS 51). Das ungeborene Kind ist nicht irgendein „werdendes Leben", nicht etwas, das erst ein Mensch werden soll. Es ist ein Mensch, der im Mutterschoß wächst und nach der Geburt dieses Wachsen fortsetzt. Deshalb werden sich die katholischen Bischöfe niemals mit dem am 15. Juni 1976 in Kraft getretenen Gesetz abfinden. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Abtreibung nicht nur straffrei, sondern sogar vom Gesetz erlaubt. Das wirkt sich, auch wenn der Gesetzgeber es nicht beabsichtigt hat, verheerend auf das sittliche Bewußtsein der Menschen aus. Viele halten die Abtreibung, weil sie dem geltenden Recht entspricht, für sittlich einwandfrei. Auch wird bereits gefragt, ob das Leben unheilbar siecher Menschen oder körperlich und geistig schwer geschädigter Neugeborener unantastbar sei. Wenn das Umbringen eines ungeborenen Kindes straf-

> „Die sogenannte Notlagen-Indikation ist so unbestimmt und so weit gefaßt, daß dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet sind. Mit den Mitteln des Strafrechts allein kann das Problem der Abtreibung nicht gelöst werden."

frei bleibt, warum dann nicht das Umbringen eines geborenen Kindes? Der Schutz des Lebens ist unteilbar.

Das geltende Abtreibungsgesetz ist in sich ein brüchiges Gebäude. Deshalb nützen Einzelreparaturen nicht viel. Gewiß, ich erkenne an, daß die Initiative des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz der Abtreibungsflut entgegenwirken will. Es ist ja erschütternd, daß 580 000 Geburten mehr als 200 000 Abtreibungen gegenüberstehen, von denen nur 90 000 gemeldet worden sind. Die überwältigende Mehrheit der Abtreibungen erfolgt aufgrund der sogenannten Notlagenindikation, die so unbestimmt und so weit gefaßt ist, daß dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet sind. Ministerpräsident Vogel will durch seine Initiative erreichen, daß die Feststellung der Notlagenindikation nur von einem Vertrauensarzt geschehen darf und daß die Krankenkassen die Zahl der Abtreibungen an das Bundesamt für Statistik melden müssen. Aber die Finanzierung der Abtreibung durch die gesetzlichen Krankenkassen bleibt bestehen. Das stellt, wie das Sozialgericht in Dortmund am 29. September 1981 erklärt hat, einen Verstoß gegen die Menschenwürde und gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit dar, da viele Bürger gegen ihr Gewissen gezwungen werden, die Tötung ungeborener Kinder mit zu finanzieren.

Mit den Mitteln des Strafrechts allein kann das Problem der Abtreibung nicht gelöst werden. Notwendig ist die Schärfung des sittlichen Bewußtseins und eine tatkräftige Hilfe für Mutter und Kind. Hier liegt die entscheidende Aufgabe für die Kirche. Die christliche Liebe ist Dienst am Leben.

Manche Politiker begründen die strafrechtliche Freigabe der Abtreibung so: Es wird sowieso abgetrieben. Da soll es von sachkundigen Ärzten geschehen, aber so, daß diese Ärzte nicht mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten. Die Frauen, besonders die ärmeren Frauen, sollen nicht Kurpfuschern in die Hände fallen.

Das nenne ich eine offenkundige Anwendung des Satzes: „Der Zweck heiligt die Mittel." Ist das Umbringen ungeborener Kinder ein Mittel zur Abwehr sozialer Härten?

Zum Vergleich weise ich auf folgendes hin: In den nächsten Jahren wird die Zahl der alten Menschen, auch der Pflegefälle, sehr ansteigen, während die Zahl der Geburten ständig sinkt. Nehmen wir an, es käme dann immer häufiger vor, daß dahinsiechende alte Menschen umgebracht würden, aber von Nicht-Fachleuten, auf quälende Weise. Dürfte der Staat dann sagen: Damit die Tötung durch Fachleute straffrei geschieht, erkläre ich die Ärzte in solchen Fällen für straffrei?

WELT: Die „soziale Indikation" – ist sie ein Sündenfall der Politiker?

Höffner: Die „soziale Indikation" ist unhaltbar. Wir werden uns damit nie abfinden. Nur wenn eine strenge medizinische Indikation vorliegt, also das Leben der Mutter gefährdet ist, kann der Tod des Kindes als Folge therapeutischer Maßnahmen in Kauf genommen werden.

WELT: Der Erzbischof von München, Kardinal Wetter, hat die Abtreibungspraxis ein schlimmes Zeichen genannt, das an Schrecklichkeit nicht hinter den Atompilzen von Hiroshima und Nagasaki zurückstehe. Ein unzulässiger Vergleich, meinen viele ...

Höffner: Ich halte ihn für möglich, er dient der Gewissensschärfung.

WELT: Allenthalben, auch in den Kirchen, artikulieren sich Propheten des Untergangs, zeichnen apokalyptische Bilder. Teilen Sie diesen Pessimismus?

Höffner: Die Quellen berichten, daß die Menschen auch vor tausend Jahren voll banger Erwartung waren. Manche fürchteten, daß neue Jahrtausend werde Unheil oder gar den Weltuntergang bringen. Es ist möglich, daß auch bei uns, je mehr wir uns dem Jahr 2000 nähern, ähnliche Ängste um sich greifen. Ich leugne nicht, daß uns schreckliche Gefahren umgeben. Viele werden von der entsetzlichen Frage gequält, ob es für die Menschheit und für die Natur noch ein Überleben gibt.

Auch früher haben die Menschen grausame Kriege geführt und Städte und Felder verwüstet. Heute jedoch ist die ganze Menschheit und alles Leben auf der Welt vom Untergang bedroht: nicht durch Naturkatastrophen, sondern durch die Bosheit der Menschen.

Der Christ geht voll Vertrauen dem neuen Jahrtausend entgegen. Gott tröstet uns und macht uns Mut: „Kann wohl eine Mutter ihr Kind vergessen? Und vergäße sie es auch, ich vergesse Dich nicht; denn siehe, ich habe Dich in meine Hände geschrieben" (Jes 49,16). Und Gottes Hände sind gute Hände.

WELT: Die Bischofskonferenz erinnerte kürzlich an das Schuldbekenntnis aus dem Jahre 1945. Was sagt dieser Text uns Heutigen?

Höffner: Die Deutsche Bischofskonferenz hat an das Schuldbekenntnis aus dem Jahre 1945 erinnert, weil wir alle uns auch heute noch für das Geschehene, das in seinen Folgen bis heute nachwirkt, mitverantwortlich fühlen, nicht zuletzt auch die Kirche, die nicht neben dem Volk, sondern im Volk lebt. Ich habe zwar stets eine Kollektivschuld des deutschen Volkes zurückgewiesen, ganz abgesehen davon, daß von den heute lebenden 61,5 Millionen Einwohnern der Bundesrepublik Deutschland 50 Millionen erst nach dem Zweiten Weltkrieg geboren sind oder zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft noch Kinder waren.

Der Rückblick auf das Jahr 1945 mahnt uns, den christlichen Glauben nicht in das Kämmerlein des Herzens einzuschließen und die Welt – nach dem Ohnemichstandpunkt ihrem Schicksal zu überlassen. Der Christ muß in der Welt gegenwärtig sein und von der frohen Botschaft Christi Zeugnis geben.

WELT: Die Diskussion über die Überwindung der Abschreckungsstrategie ist voll im Gange, nicht zuletzt gefördert durch den Deutschen Evangelischen Kirchentag. Bis zu welchem Punkt ist das Gleichgewicht des Schreckens noch hinzunehmen?

Höffner: Papst Johannes Paul II. hat am 8. Juni 1982 gesagt: „Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann eine auf dem Gleichgewicht beruhende Abschreckung – natürlich nicht als Ziel an sich, sondern als ein Abschnitt auf den Weg einer fortschreitenden Abrüstung – noch für moralisch annehmbar gehalten werden." Der Papst verkennt nicht, daß der Rüstungswettlauf eine außerordentlich ernste Gefahr für die Menschheit und angesichts der ungeheuren Summen, die er verschlingt, eine unerträgliche Schädigung der Armen ist. Das Gleichgewicht des Schreckens ist gefährlich und die sogenannte Krisenstabilität zerbrechlich. Deshalb muß alles versucht werden, durch völkerrechtliche Verträge die Rüstung schrittweise allseitig und gleichzeitig zu beschränken und Waffenvorräte abzubauen. Die Kirche wird nicht müde, in der Öffentlichkeit ihre moralische Autorität für eine umfassende Friedenssicherung einzusetzen. Es wäre nämlich „eine tragische Illusion zu meinen, der Rüstungswettlauf könne bis ins Unendliche so weitergehen, ohne eine Katastrophe heraufzubeschwören" (Papst Paul VI.). Ein Ausweg aus der Tragik wird wohl nur auf Weltebene möglich sein. Es ist, so hat das Zweite Vatikanische Konzil gefordert, „eine von allen anerkannte Weltautorität" einzurichten, „die über wirksame Macht verfügt, um für alle Sicherheit, Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Rechte zu gewährleisten".

WELT: Auch aus den Kirchen kommt die Forderung nach einseitigen Abrüstungsschritten des Westens. Sind solche Vorleistungen vertretbar?

Höffner: Ich bin nicht davon überzeugt, daß eine einseitige Abrüstung dem Frieden dient. Das Gegenteil könnte sogar eintreten. Wären beispielsweise England und Frankreich 1939 genauso gerüstet gewesen wie Hitler, hätte er wahrscheinlich den Angriff nicht gewagt. Einseitige Abrüstung kann auch zum Unrecht verlocken. Es ist ein furchtbarer Zustand, trotzdem hat wohl der Papst auch geäußert, wohl zu Recht, daß das Gleichgewicht des Schreckens den Frieden sichern kann, allerdings aus Angst und nicht aus Moral.

WELT: Nun wird ja gerade damit operiert und argumentiert, daß eine Zukunftsvision wie die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) Präsident Reagans eine moralisch vertretbare Alternative sein könnte zum derzeitigen Gleichgewicht des Schreckens ...

Höffner: Es bleibt weiterhin das Element des Schreckens, der Angst und es ist nicht eine Lösung auf der Ebene der Moral, des Bewußtseins, sondern der Angst voreinander, nicht das Vertrauen zueinander, nicht die Moral. Wir werden nur zu einer dauerhaften Lösung kommen können, wenn an die Stelle der Angst voreinander das Vertrauen zueinander auf der Basis der Moral steht.

WELT: Sie haben in Ihrer Osterpredigt davon gesprochen, daß die Weitergabe des christlichen Glaubens, vor allem an die junge Generation in Deutschland schwer gestört sei ...

Höffner: Es läßt sich nicht leugnen, daß die Weitergabe des christlichen Glaubens an die junge Generation gestört ist. Aus vielen katholischen Familien sind Glaubensgespräch und Gebet verschwunden, so daß man vom Unsichtbarwerden des Glaubens in den Familien spricht. Auch die religiöse Prägekraft des Religionsunterrichts ist vielfach sehr schwach. Ähnliches gilt von der apostolischen Ausstrahlungskraft der Jugendverbände. Auch sind die Jugendlichen von der schweren Lebenskrise betroffen, die über unser Volk gekommen ist. Ich meine das gestörte Verhältnis zum jungen Leben – mehr Särge als Wiegen –, ich meine das nichteheliche Zusammenleben, die Zerrüttung zahlreicher Ehen und Familien, die steigende Zahl der Ehescheidungen, die Verwirrung in den sittlichen Normen, die Zunahme der Gewalttaten und den Alkohol- und Drogenmißbrauch.

Dennoch wäre es falsch, von einer „Karfreitags-Gesellschaft" oder von einer „Karfreitags-Kirche" zu sprechen. Pessimismus wäre verschleierter Unglaube.

WELT: Aber es gibt doch auch Zeichen der Umkehr ...

Höffner: Die Erfahrung lehrt, daß es auch in den sogenannten fortgeschrittenen Industriegesellschaften religiöse Erneuerungsbewegungen geben kann. Ich weise auf die Vereinigten Staaten Amerikas hin, deren Entwicklung in mancher Hinsicht der europäischen vorauszulaufen pflegt. Während 1940 37 Prozent der Katholiken der Vereinigten Staaten regelmäßig an der Sonntagsmesse teilnahmen, sind es zur Zeit 43 Prozent, in der Bundesrepublik Deutschland 21 Prozent. In den Vereinigten Staaten fühlen sich 90 Prozent der Kinder und Jugendlichen von den Eltern verstanden, in Europa nur 30 Prozent. Ich hoffe, daß auch bei uns ein neuer religiöser Aufschwung beginnt. Vieles läßt uns hoffen. Immer mehr Menschen – besonders auch in der jungen Generation – fragen eindringlich nach dem Sinn des Lebens. Sie scheinen zu ahnen, daß nicht alles machbar ist und daß Konsumsteigerung nur Ersatzmittel für ein unerfülltes Leben ist. Viele sind im Aufbruch zur Mitte der Kirche hin. Die Zahl derjenigen, die an Exerzitien und Einkehr-

> „Richtig verstanden ist die Theologie der Befreiung ein Teil unserer Soziallehre. Es ist keineswegs so, daß die Kirche in Lateinamerika mit gewissen bedenklichen Richtungen der 'Theologie der Befreiung' gleichgesetzt werden könnte."

tagen teilnehmen, ist erfreulich hoch. Ständig wächst auch die Zahl der Männer und Frauen und Jugendlichen, die tiefer in die Glaubensgeheimnisse einzudringen versuchen und den Glauben in der Gemeindekatechese weitergeben.

WELT: Herr Kardinal, bei der Diskussion über die „Befreiungstheologie" hat man oft den Eindruck, daß hier ungenau argumentiert wird. Der Begriff wird vielfach negativ belastet ...

Höffner: Richtig verstanden ist die Theologie der Befreiung ein Teil der Soziallehre der katholischen Kirche. Alle Dokumente der katholischen Soziallehre – angefangen von der Enzyklika „Rerum novarum" bis zur Enzyklika unseres Papstes über die Arbeit „Laborem exercens" – sind Dokumente der Befreiung. Im übrigen ist es keineswegs so, daß die katholische Kirche in Lateinamerika mit gewissen bedenklichen Richtungen der „Theologie der Befreiung" gleichgesetzt werden könnte. Im Juli 1985 trafen sich in Los Andes (Chile) Bischöfe sowie Professoren der Theologie und der Philosophie und erklärten folgendes: „Im Gegensatz zur Behauptung einiger Theologien der Befreiung, daß einzig die marxistische Analyse der Geschichte ein geeignetes Instrument sei, Armut und Elend der Menschen in Lateinamerika zu überwinden, stellen wir fest, daß die katholische Soziallehre Grundsätze bietet, die geeignet sind, in wirksamer Weise eine Gesellschaft in Gerechtigkeit und Solidarität aufzubauen."

WELT: Worauf bezieht sich die Leonardo Boff auferlegte Sanktion Roms?

Höffner: Bei den Auseinandersetzungen über das sogenannte Redeverbot wird nicht erwähnt, worauf sich dieses Verbot bezieht. Es betrifft nicht die Theologie der Befreiung, sondern gewisse Aussagen Leonardo Boffs, die dem Glauben der Katholischen Kirche widersprechen. Leonardo Boff behauptet, „als Institution habe die Kirche in den Vorstellungen des historischen Jesus noch keinen Platz gehabt, sondern sie sei eine spätere, nachösterliche Entwicklung". Auch dürfe die katholische Kirche „nicht den Anspruch erheben, sie allein sei mit der Kirche Christi identisch". Endgültige Glaubensentscheidungen des kirchlichen Lehramtes seien „in ihrer Formulierung ... nur für eine bestimmte Zeit und für bestimmte Verhältnisse gültig". Sie unterlägen einem „dialektischen Prozeß", und „in einem zweiten Moment dieses dialektischen Prozesses" müsse „der Text über sich selbst hinausweisen und einem anderen Text, dem des Glaubens heute, Platz machen". In der Kirche sei es „zu einem Prozeß der Enteignung von Instrumenten der materiellen und symbolischen Produktion" gekommen, zu einem Prozeß, in dem der Klerus dem christlichen Volk die religiösen Produktionsmittel enteignete.

Die Glaubenskongregation hat diese Auffassungen als unkatholisch abgelehnt und am 26. April 1985 in einem Schreiben an den Generalminister des Franziskanerordens angeordnet, „daß Pater Leonardo Boff, aufgrund der geäußerten Vorbehalte seiner Theologie gegenüber, eine Periode des ehrfurchtsvollen Schweigens beachten" muß. Auf diese Weise werde ihm „ein gebührendes Nachdenken" und „eine Reifung seiner Theologie" ermöglicht. Kardinal Ratzinger hat in einem Interview in der Wiener „Kirchenzeitung" (7. Juli 1985) dargelegt, daß die Auferlegung des „ehrfurchtsvollen Schweigens" weniger „den Charakter einer Strafe als einer Hilfe und eines Schutzes" haben solle. Auch müsse man bedenken, „daß er in der Franziskaner-Hochschule weiter lehrt, daß er natürlich auch predigen und schreiben kann ... Was wir eigentlich verhindern wollten ist, daß er in eine Welle von internationalen Vorträgen und Interviews hineingerät. Man hat ja gesehen, wie er von der Presse und den Massenmedien doch irgendwie instrumentalisiert worden ist. Und was also abgeschnitten ist, ist nur diese Öffentlichkeitsarbeit, von der wir meinen, daß sie seiner eigentlichen theologischen Arbeit nicht dienlich ist. Es liegt auch in seinem Interesse, daß er nicht in diesen Strudel hineingezogen wird."

WELT: Sie haben Kardinal Ratzinger genannt. Von ihm stammt das Wort vom „Konzilsungeist". Wie weit treten Sie ihm bei?

Höffner: Ich würde unterscheiden. Die Auswirkungen des Zweiten Vatikanischen Konzils sind größer, als Papst und Bischöfe während des Konzils ahnen konnten. Gott hat ein neues Blatt in der Geschichte seiner Kirche aufgeschlagen. Tore wurden aufgestoßen, die in Neuland führten. Die Erfahrung der affektiven und effektiven Kollegialität hat zu einem neuen Verantwortungsbewußtsein der Bischöfe und Ortskirchen in aller Welt geführt. Die Kirche wurde sich ihrer weltweiten Dimension bewußt. Von den 840 Millionen Katholiken leben noch 270 Millionen in Europa und 70 Millionen in Nordamerika, die übrigen 500 Millionen in Lateinamerika, Afrika und Asien. Die Gewichte verlagern sich immer mehr in die südliche Hemisphäre. Wahrscheinlich wird einer der nächsten Päpste kein Europäer mehr sein.



Joseph Höffner, am Heiligen Abend 1906 in Horhausen/Westerwald geboren, gilt als einer der entscheidenden Befürworter der Wahl des Polen Karol Wojtyla zum Papst. Höffner hat nie zu den Geistlichen gehört, die ihre Soutane nach dem Wind hängen. Er steht auch dann für seine Überzeugungen ein, wenn seine Kritiker ihm Starrheit vorwerfen. Zum Christsein, sagt Höffner, gehört der Mut zum Anderssein. Denn: „Wer mit der Zeit läuft, ist schnell überholt." Als einer der vielseitigsten Autoren der deutschen Theologie hat Höffner zahlreiche theologisch-gesellschaftswissenschaftliche Werke publiziert, darunter „Soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe" (1935). In der Konzils-Aula war er einer der wenigen Sachverständigen für Sozialwissenschaft. FOTO: POLY-PRESS

Die Verwirklichung der Beschlüsse eines Konzils ist auch früher nicht von heute auf morgen, sondern oft erst im Verlauf vieler Jahrzehnte erfolgt. So ist es auch beim Zweiten Vatikanischen Konzil. Einige Beschlüsse haben eine überraschend schnelle und gute Aufnahme gefunden. So ist zum Beispiel die Erneuerung der Liturgie fast allgemein dankbar aufgenommen worden, was zu einer „tätigen Teilnahme" der Gläubigen geführt hat. Aber auch hier bleibt noch manches zu tun. Lebendige Mitfeier der Liturgie bedeutet mehr als mitbeten und mitsingen. Es geht um Tieferes. In der Feier der Eucharistie findet die Urhaltung des Menschen vor Gott ihren Ausdruck: das gläubige Sich-Öffnen, das demütige Empfangen, die Hingabe an Gott mit allen Folgen für das Leben.

Andere Konzilsbeschlüsse, zum Beispiel die dogmatische Konstitution über die göttliche Offenbarung, sind in ihrer theologischen Tiefe vielfach noch nicht recht erfaßt worden. Nach katholischem Verständnis wird das Wort Gottes in der lebendigen Tradition der vom heiligen Geist geistlich geleiteten Kirche weitergegeben und ausgelegt. Augustinus schreibt: „Den Evangelien würde ich keinen Glauben schenken, wenn mich nicht dazu die Autorität der katholischen Kirche veranlaßte" (PL 42,176 und PL 35,1642). An die Stelle des Lehramtes der Kirche kann nicht die theologische Wissenschaft treten, die selbstverständlich ihre notwendige und unverzichtbare Aufgabe in der Kirche hat, nämlich „auf eine tiefe Erfassung und Auslegung der Heiligen Schrift hinzuarbeiten, damit so gleichsam aufgrund wissenschaftlicher Vorarbeiten das Urteil der Kirche reift" (DV 12).

Bei allem Erfreulichen, das das Zweite Vatikanische Konzil gebracht hat, läßt sich nicht leugnen, daß schwere Krisen in die Kirche eingebrochen sind. Nach meiner Überzeugung ist die Misere der Kirche eigentlich keine Krise, die innerkirchlich aus dem Ringen um den rechten Glauben entstanden wäre, wie es etwa bei den christologischen und trinitarischen Auseinandersetzungen der ersten christlichen Jahrhunderte oder im Streit um die Ikonenverehrung oder in den Auseinandersetzungen um die Rechtfertigung zur Reformationszeit der Fall gewesen ist. Die gegenwärtige Krise der Kirche ist vielmehr weithin durch das Hereinholen der säkularisierten „Welt" in die Kirche, vor allem in der Form einer maßlosen Emanzipation, des Subjektivismus, des Horizontalismus, des Verharmlosens der Sünde zum „abweichenden Verhalten" und des Konsumismus bedingt, wenn auch hinter diesem Verhalten ein gestörtes Verhältnis zu Gott steht. Heute laufen viele Christen der „Welt" nach, indem sie mit Blick auf die Irrungen der Welt ausrufen: „Wir auch!" „In der Welt", so sagen sie, „läßt man die Ehe scheiden" – „wir auch". „In der Welt treibt man ab" – „wir auch". Der gläubige Christ wird jedoch der Welt das Paulinische „wir dagegen" zurufen. Für den heiligen Paulus ist nicht jener ein mündiger Christ, der „von jedem Widerstreit der Meinungen" hin- und hergetrieben wird, sondern jener, der sich „von der Liebe geleitet, an die Wahrheit hält" (Eph 4,14-15). Zum Christsein gehört der Mut zum Anderssein. Wer mit der Zeit läuft, ist schnell überholt. Er meint, auf dem Laufenden zu sein. Aber das Laufende läuft ihm davon. Papst Johannes Paul II. sagte kürzlich in Utrecht den Jugendlichen: „Ist es richtig, sich einen permissiven Christus vorzustellen, wenn es um ewiges Leben, Abtreibung und voreheliche, außereheliche oder homosexuelle Beziehungen geht?"

WELT: Wie beschreiben Sie generell den Zustand des Katholizismus in Deutschland? Wo sind seine Stärken, seine Schwächen?

Höffner: Trotz aller Krisenerscheinungen deutet manches darauf hin, daß die geistige Großwetterlage in unserem Volk langsam umzuschlagen beginnt. Das sogenannte „moderne Bewußtsein" geht dem Ende zu. Der Glaube, Wissenschaft und Technik hätten die Zauberformel gefunden, mit der alle Fragen des Menschen und der Welt gelöst werden

> „Der Christ lebt heute im verwirrenden Pluralismus der permissiven Gesellschaft, gleichsam in einer Wüste. In der Wüste kann man nur in Oasen leben. Eine Zelle der Erneuerung sollte die katholische Familie sein."

könnten, ist erschüttert. Die Erfahrung der Grenze wird immer beängstigender: Grenze des Fortschritts, Grenze des Machens, Grenze des Überlebens in einer von der Selbstzerstörung bedrohten Welt. Besonders die junge Generation stellt ungestüm die Frage nach dem Sinn.

Angesichts dieser Lage steht die katholische Kirche in Deutschland vor folgenden Aufgaben:

1. Wahrung des Bestandes. Die Kirchenfremden werden nur dann zurückgewonnen werden können, wenn von den Kerngemeinden eine missionarische Kraft ausgeht.

2. Treue zur Sendung der Kirche. Die Frohbotschaft Christi ist „für alle Zeiten der Ursprung jedweden Lebens für die Kirche" (LG 20)

3. Gemeinschaften Gleichgesinnter bilden. Der Christ lebt heute im verwirrenden Pluralismus der permissiven Gesellschaft, gleichsam in einer Wüste. In der Wüste kann man nur in Oasen leben. Entscheidend für die Wiedergesundung der Kirche ist es deshalb, daß sich Gemeinschaften gläubiger Christen bilden, für die das biblische Bild des Sauerteigs zutrifft. Sie bezeugen einander den Glauben, sind sich gegenseitig Milieu, Schutz und Stärke und verzehren sich nicht in zermürbender Kritik.

4. Eine Zelle der Erneuerung sollte die katholische Familie sein. Weil Jesus Christus mit seinem Wort und mit seiner Liebe in der Familie gegenwärtig ist, nennen wir die gläubige Familie die „kleine Kirche".

5. Kinder und Jugendliche sind die Zukunft der Kirche. Auch hier gilt es, apostolische Gruppen von Kindern und Jugendlichen zu bilden, die in die Elternfamilie, in die Schule, in die Freizeit hineinwirken. Eine missionarisch gesinnte Gruppe von Jugendlichen vermag eine Schulklasse, nicht zuletzt auch den Religionsunterricht, in erstaunlicher Weise zu beeinflussen.

6. Begeisterung. Die Erfahrung lehrt, daß hohe Ideale auch heute die Menschen, vor allem die Jugendlichen, zu begeistern vermögen. Vielleicht haben wir in den letzten Jahren zuviel diskutiert, kritisiert und genörgelt und zuwenig gebetet und zuwenig Begeisterung für Christus und die Kirche ausgestrahlt. Begeisterung wird neue Priester- und Ordensberufe wecken. Manches läßt uns hoffen. Während im Jahre 1972 312 junge Männer bei uns in die Priesterseminare eintraten, waren es 1984 611. Die Zahl der Priesterweihen stieg von 217 (1975) auf 275 (1984).

7. Umfassendes Apostolat. Die schweren Lebenskrisen, unter denen unsere Gesellschaft leidet, bedingen sich gegenseitig. Sie können nur alle zusammen überwunden werden, keine für sich allein. Gläubige Christen werden die heilende und befreiende Botschaft in alle Bereiche unserer Gesellschaft tragen: in den Bereich der Ehe und Familie, in das Schul- und Bildungswesen, in den Bereich der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Massenmedien. Nirgendwo ist der Rückzug in ein Getto gestattet.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Herr Passent hat Pech

„Leserbrief: Widerspruch"; WELT vom 27. August

Der polnische Journalist Daniel Passent, der seit drei Monaten als Gast in der Bundesrepublik Deutschland ist und sie auch schon früher besucht hat, will seinen Hut verspeisen, wenn die WELT ihm auch nur den Namen eines einzigen Dorfes in ganz Niederschlesien nachweisen kann, das seit Jahren ausgestorben ist.

Herr Passent hat Pech, daß in diesem Jahr gerade von Elisabeth und Peter Ruge das Buch herausgekommen ist „Nicht nur die Steine sprechen Deutsch", in dem beide Verfasser ihre Erlebnisse in Polens deutschen Ostgebieten schildern, als sie vier Jahre in Warschau als deutsche Journalisten tätig waren.

Herr Passent kann die Verfasser bei einer Fahrt mit dem ihnen zugeteilten polnischen Vertreter von Interpress Tomek durch das Waldenburger Land begleiten. Sie fuhren bis nach Chwatow, dem Gut von Graf Lambsdorff, und in einem völlig verlassenen Dorf davor hielten sie an, und auch Tomek konnte keine Menschen finden.

Die polnische Wochenzeitschrift „Polityka", deren stellvertretender Chefredakteur Herr Passent ist, hat mehrere Beispiele solcher Landflucht in Schlesien gebracht und zu erklären versucht. Es ist das, was Herr Passent jetzt als „Falschnachricht" bezeichnet, ihm durchaus nicht unbekannt, und es ist nur erstaunlich, daß er die Leser der WELT durch seine Einsendung irreführen will.

Guten Appetit wünsche ich ihm bei der selbstgewählten Hutmahlzeit!

Dr. Gerhard Lippky, Kiel

Mit gespaltener Zunge

Sehr geehrte Redaktion,

„Breit warnt vor SDI-Programm" (WELT v. 2. 9.) und schlägt vor, das Konzept der militärischen Abschreckung durch ein Konzept der „Sicherheitspartnerschaft" abzulösen. Im Ernst? Was hat doch sein Gewerkschaftskollege Franz Steinkühler, der zweite Vorsitzende der IG Metall, unlängst verkündet: „Partnerschaft ist nur unter Gleichen möglich" (WELT v. 6. 8.). Wie gleich ist denn aber unsere, der Bundesrepublik, Gleichheit mit der Sowjetunion, wenn man nicht Brandts rote Brille trägt und nicht sehen will, wie unterschiedlich von Grund auf und in der Zielsetzung unser freiheitlich-demokratischer Staat und der weder freiheitliche noch demokratische Sowjetstaat angelegt sind. Wir können mit der Sowjetunion Handel treiben und über mancherlei anderes Vereinbarungen schließen, aber wir können doch nicht unsere Sicherheit partnerschaftlich der Sowjetunion anvertrauen, das brächte, wovor auch Nixon warnt, uns die „Kapitulation vor nuklearem Druck".

Herr Steinkühler erklärte doch unlängst im Fernsehen, der Begriff der „Sozialpartnerschaft" solle den Arbeitnehmern im Grunde „den Blick verstellen auf objektiv vorhandene Interessengegensätze". Wenn es gelinge, diese Gegensätze zu vernebeln, dann fehlten die Voraussetzungen, um die eigenen Interessen der Arbeitnehmer „formulieren und vertreten zu können".

Eine Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern innerhalb unseres Volkes und Staates sieht Herr Steinkühler für nicht gegeben an. Aber eine „Sicherheitspartnerschaft" zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion hält Herr Breit für wünschenswert. Unwillkürlich kommt einem dabei allerdings der Gedanke, es sollte auf diese Weise auch etwas vernebelt werden, um unsere deutschen Interessen auch nicht mehr „formulieren und vertreten zu können".

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Rudolf Ohlbaum, Ottobrunn

Wort des Tages

„Man verliert die meiste Zeit damit, daß man Zeit gewinnen will."

John Steinbeck, amerikanischer Autor (1902–1968)

Bitte um Hilfe

Wir wären Ihnen sehr, sehr dankbar, wenn Sie uns mit Ihrer aussortierten Damen-, Herren- und Kindergarderobe, mit Schuhen und alten Brillen sowie Spielsachen unterstützen würden. Es würde uns sehr helfen, wenn Sie uns diese möglichst portofrei zusenden könnten. Wir stellen damit Pakete für unsere deutschen Landsleute in Ost- und Westpreußen, Danzig, Pommern, Schlesien, Sudetenland und Mitteldeutschland zusammen. Alle Textilpakete werden von uns mit den so sehr benötigten Lebensmitteln aufgefüllt.

Denn noch immer mangelt es dort am zum Leben Notwendigsten, noch immer sind einige Lebensmittel unerschwinglich teuer. Deshalb freuen wir uns sehr, wenn auch haltbare Lebensmittel Ihren Textilien für unsere Landsleute beigefügt sind.

Vielleicht hilft der eine oder andere Leser sogar mit einem kleinen finanziellen Beitrag? Wir sind ja leider auf Spenden angewiesen (Konto 102 087, BLZ 210 520 90, Sozialwerk der Pommern e. V., Arbeitskreis Eckernförde, Eckernförder Kreissparkasse). Wir senden Spendenquittungen zu.

Kurt Schramm,
Sozialwerk der Pommern e. V.
Prinzenstraße 74
2330 Eckernförde

Rechnung

„Sie gehen immer auf Tuchfühlung"; WELT vom 23. August

Sehr geehrte Redaktion,

Kurt Pollak berichtet über den 21. Weltkongreß des Maßschneidergewerbes in Wien. Als Angehöriger der genannten Zunft und Kongreßteilnehmer in Wien war ich einerseits sehr angenehm berührt, über uns so viel zu lesen. Doch zu einer bestimmten Passage des Inhalts muß eine Klarstellung, besser Richtigstellung erfolgen:

Herr Pollak bescheinigt unserem Gewerbe „steigende Tendenzen im Kundennachschub". Das kann ich bestätigen. Wenn die Könner unserer Branche aber mit dem Preisgefüge arbeiten würden, das Ihr Berichterstatter nennt, würde es wirklich qualifizierte Maßschneider nicht mehr geben können. Herr Pollak schreibt: „Bei Stoffpreisen zwischen 100 bis 300 Mark pro Meter muß der Herr heutzutage für einen Anzug etwa 700 bis 1400 Mark hinlegen, etwa dieselbe Summe für einen Mantel und 1000 bis 2000 Mark für einen Frack mit Weste nach Maß. Zwei bis vier Anproben sind üblich. 40 bis 70 Stunden sitzt ein Maßschneider an einem Anzug."

Das bedeutet aber, falls realistisch, folgendes: Stoffverbrauch für einen Anzug zwischen 3,10 und 3,30 Meter. Bei einem Maximal-Meterpreis von 300 Mark wären damit schon runde tausend Mark weg – von der genannten Gesamtsumme 1400 Mark! Bleiben also 400 Mark für Machlohn inklusive Anproben, bezogen auf durchschnittlich 50 Stunden Schneiderarbeit. (Ihr Bericht spricht von 40 bis 70 Stunden.) Eine Schneiderstunde kostet aber – jedenfalls bei den Könnern der Branche 40 Mark, macht also 50 Stunden mal 40 Mark gleich 2000 Mark.

Die Rechnung, die Ihr Berichterstatter aufmacht, kann nicht stimmen – oder die vielen guten Maßschneider melden demnächst Konkurs an. Schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen – ganz zu schweigen von den Strukturen der verarbeiteten Qualitäten und der jeweiligen Werkstatt – muß zum Beispiel ein guter Flanell-Maßanzug zwischen 2200 und 3200 Mark kosten und ein Frack mit Weste zwischen 2500 und 3500 Mark.

Ihr Berichterstatter hat doch wohl hoffentlich nicht bei Angabe seiner Preise die Maßkonfektion mit der echten Maßschneiderei verwechselt?

Mit freundlichem Gruß
Karl-Friedrich Brucker,
Maßschneider und Modewart der Innung, Hamburg

Poincaré

„Er wollte Deutschland demütigen"; WELT vom 24. August

Wer, außer achtzigjährigen Greisen oder Studenten und Professoren der neueren deutsch-französischen Geschichte, weiß heute noch, wer Raymond Poincaré war, ganz zu schweigen von jeglichem Interesse an seiner Person? Aber er muß herhalten, um eine ganze Reihe von Geschichtsfälschungen zu untermauern. Das beginnt schon 1871. Damals hatte das besiegte Frankreich Elsaß-Lothringen „abgetreten". Was heißt „abgetreten"? Das frischgebackene Deutsche Reich hatte Elsaß-Lothringen schlicht annektiert.

Richtig ist, daß der in den entscheidenden Jahren entmachtete Bismarck Angst hatte vor der durch Frankreich, England und Rußland gebildeten Entente, die wiederum Angst hatte vor dem Bündnis Deutschland, Österreich, Italien. Aber entscheidend: Nicht die Entente startete den Ersten Weltkrieg, sondern umgekehrt. Nicht Frankreich fiel in Deutschland ein, sondern Deutschland in Frankreich und dazu noch in Belgien, dessen Neutralität es garantiert hatte.

Was das alles mit Poincaré zu tun hatte? Er war zwar in der französischen Politik sogar – noch vor dem Krieg und nicht einmal ein Jahr lang – Ministerpräsident gewesen, auch nachher noch einmal, aber in den Kriegszeiten „nur" Präsident, der die Politik beeinflussen, aber nicht entscheiden konnte. Der Verantwortliche für die problematische französische Außenpolitik (Versailles etwa) vor allem nach dem Krieg war Clemenceau.

Apropos Versailles – man vergleiche einmal das in der Tat unmenschliche Diktat von Versailles mit den Bedingungen, die für den Fall eines deutschen Sieges die von Admiral Tirpitz mitbegründete Alldeutsche Partei (Vorläufer der Nazis) gestellt hatte, unter anderem die Annexion großer Teile Belgiens.

Curt Riess, Zürich

Anderes Regiment

In dem Artikel der WELT vom 2. September „Ostpreußen ehren auch Tote der Sowjetunion" ist Ihnen im zweiten Absatz ein Fehler unterlaufen. In der Stadt Göttingen war vor dem Kriege das Inf. Rgt. 82 beheimatet. Es gehörte zur 31. Inf. Division (Braunschweig). Die Inf. Regimenter 12 (Halberstadt) und 17 (Braunschweig) gehörten auch zur 31. Inf. Division.

Rgt.-Kommandeur des Rgt. 82 war der bekannte Oberst (später General) Hoßbach. (Hoßbach-Protokoll).

Eberhard Jaehner, Ostercappeln 1

Völkermord

„Afghanistan: Moskau setzt Sondertruppe Speznas ein"; WELT vom 28. August

Sehr geehrter Herr Rueb,

es sei Ihnen Dank, daß Sie immer wieder über Afghanistan berichten. Gerade weil die Medien zum größten Teil das als unbequem empfundene Thema totschweigen und verdrängen, müssen die Tatsachen über den täglichen Völkermord der Sowjets unablässig neu hervorgezogen werden.

Hören Sie nicht auf, über den Freiheitskampf des tapferen afghanischen Volkes gegen den sowjetischen Aggressor zu berichten!

Mit freundlichem Gruß
Hans-J. Kroß, Köln 90

Personalien

GEBURTSTAGE

Der Seniorchef der Universitätsbuchhandlung und des Verlages N. G. Elwert in Marburg, Dr. **Wilhelm Braun-Elwert**, vollendete das 70. Lebensjahr. Die von ihm geleitete, über 250 Jahre bestehende Universitätsbuchhandlung zählt zu den ältesten Buchhandlungen in Deutschland, und der Verlag wurde vor allem durch die Herausgabe zahlreicher Veröffentlichungen über die Brüder Grimm weltweit bekannt. Der in Marburg geborene Dr. Braun-Elwert war außerdem viele Jahre Vorsitzender des Hessischen Verleger- und Buchhändlerverbandes und Mitglied der Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlicher Sortimenter, des Vorstands des Börsenvereins deutscher Buchhändler und des Aufsichtsrats der Frankfurter Buchmesse.

*

Pater **Jakob Philippi**, SJ, seit Jahresbeginn 1983 Leiter des Exerzitienwerks in Berlin, wird am 16. September 65 Jahre alt. Der in Disslen (Saargebiet) geborene Jesuit war von 1953–1959 Jugendpfarrer in Schleswig-Holstein, von 1959–1969 Studentenpfarrer in Hamburg. Für seine Tätigkeit als Leiter der Beratungsstelle „Offene Tür Hamburg" (1970–1982) wurde der auch in der Ökumene und in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen tätige Geistliche von der Hansestadt Hamburg 1982 mit dem Büch-Preis geehrt.

EHRUNGEN

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat dem Diplomvolkswirt **Klaus Nöldner**, Hauptgeschäftsführer des Hartmannbundes – Verband der Ärzte Deutschlands, das Bundesverdienstkreuz verliehen. Die Auszeichnung überreichte ihm der rheinland-pfälzische Minister für Umwelt und Gesundheit, Professor Dr. **Klaus Töpfer**. Mit dieser Auszeichnung wurde der langjährige eherenamtliche Einsatz von Nöldner für die Entwicklungshilfe gewürdigt.

*

Paul Wilhelm Kolb, der scheidende Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz in Bonn, ist mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Die von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** verliehene Auszeichnung wurde Kolb bei der Amtsübergabe an seinen Nachfolger **Hans-Georg Dusch** vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium, **Horst Waffenschmidt**, ausgehändigt. Waffenschmidt unterstrich bei dieser Gelegenheit, daß Zivilschutz eine zutiefst humanitäre Aufgabe habe, die Vorsorge zu treffen habe vor natürlichen, technischen und vor der „mit allen Mitteln zu verhindernden Katastrophe des Verteidigungsfalles".

*

Die Plakette des Bundes der Vertriebenen für „Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht" wurde an den Regierenden Fürsten von und zu Liechtenstein, **Franz Joseph II.**, und an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. **Alfred Dregger**, verliehen. Der Festakt anläßlich ihrer Überreichung fand in Berlin im Schöneberger Rathaus statt.

*

Die unter der Schirmherrschaft des Münchner Generalintendanten Professor **August Everding** stehende Dr.-Otto-Kasten-Stiftung verleiht erstmals in diesem Jahr einen Förderpreis für junge Bühnenschaffende. Der Preis, der alle zwei Jahre verliehen werden soll, erfolgt auf Vorschlag eines Preisgerichts aus dem Kreise der Intendanten-Gruppe im Deutschen Bühnenverein. Für dieses Jahr wurde der Förderpreis in Höhe von 10 000 Mark dem Regisseur **Klaus Weise** zugesprochen. Die Verleihung erfolgt am 13. dieses Monats durch Professor August Everding im Foyer des Hessischen Staatstheaters in Wiesbaden. Klaus Weise, 1951 in Gera in Thüringen geboren, hat nach dem Abitur in Mülheim an der Ruhr in München an der Hochschule für Fernsehen und Film sowie an der dortigen Universität Philosophie, Germanistik und Theaterwissenschaften studiert. Seit 1975 ist er am Theater tätig, zunächst als Regieassistent am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg, danach als freischaffender Regisseur an den Theatern der Städte Kiel, Tübingen, Gießen, Karlsruhe, München und Mannheim. Daneben schrieb er Drehbücher und übernahm die Regie für Fernsehspiele.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesker, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Rätsel der Meere: Wie konnte der britische Trawler „Gaul" verschwinden?

Die geheimnisvolle Riesen-Flutwelle

Zwischen Nordkap und Bermuda-Dreieck liegen weit über 6.000 Seemeilen. Aber die Geschichte vom Eismeer-Untergang des britischen Fernfang-Trawlers „Gaul" ist so mysteriös, daß sie genauso gut in den Hafenkneipen des berüchtigten karibischen Seegebiets Aufsehen erregen würde wie in jenen von Kirkenes und Hull am Humber. Spionage und Meuterei, Top-Secret-Tests von Atomwaffen und Vertuschungsaktionen von höchster Ebene: Das ist der Stoff, aus dem spannende TV-Serien zu stricken sind.

Der von der BBC eingekaufte Sechsteiler „Spionageschiff" hat sich denn auch schon bei der britischen Erstsendung im November 1983 als „Straßenfeger" erwiesen. Dort geht es zwar um das Schicksal einer fiktiven „Caistor" - doch weder Regisseur Michael Custance noch die Drehbuchautoren Tom Keene und Brian Haynes machen ein Geheimnis daraus, daß sie auf den Spuren der verschollenen „Gaul" und deren spurlos verschwundener Besatzung segeln.

Man schrieb den 8. Februar 1974, als der hochmoderne 1100-Tonner aus dem ostenglischen Fischereihafen Hull ein letztes Mal im schweren Nordmeer-Sturm von seinem Schwesterschiff „Swanella" gesichtet wurde. Schon bald war das nur zwei Jahre alte Fabrikschiff mit seiner 36köpfigen Crew wieder in fast waagerecht hereinkommenden Schneeböen verschwunden. Und blieb's für immer.

Das Garn zu entwirren, das sich seitdem um den geheimnisvollen Verlust eines eigens für diese Gewässer gebauten Trawlers und aller Mann an Bord spinnt, würde selbst einen James Bond seekrank machen. Fest steht indessen: Allzu wässerig klingt das Untersuchungsergebnis des Seeamtes, allzu viele Fragen blieben offen, allzu viele Widersprüche unerklärt.

So hält sich beispielsweise hartnäckig die Mutmaßung, daß die „Gaul" außer friedlichem Fischereigerät auch hochempfindliche Elektronik zum Ausspähen der nur 200 Seemeilen von ihren offiziellen Fanggründen entfernten sowjetischen Flottenbasis Murmansk an Bord hatte.

Noch immer fehlen im Heimathafen Hull die Namen einiger Besatzungsmitglieder auf der Gedenkplakette, weil deren Angehörige meinen: Die „Gaul" ist keineswegs – wie vom Seeamt festgestellt – im Sturm gesunken, sondern wurde vielmehr von den Russen aufgebracht. Und ihre Männer schmachten als namenlose Häftlinge in irgendeinem sibirischen Lager.

London wie Oslo mühen sich seit Jahren unisono, dies wie auch alle

Spionageschiff – ARD, 20.15 Uhr

anderen Spekulationen ins Märchenreich zu verweisen – daß der Trawler etwa mit einem U-Boot kollidiert oder gar von einer meuternden Crew nach Südafrika entführt worden sei. „Die reine Phantasie", wiegeln die Behörden der NATO-Partner hüben wie drüben ab.

Doch „Spionageschiff" ließ die mühselig geglätteten Wogen wieder hochschlagen. Nach der Erstsendung meldete sich der Schriftsteller Leo Sheridan, der bislang „aus Rücksicht auf die Angehörigen" geschwiegen hatte, zu Wort. Sheridan behauptet: „Ich bin der Wahrheit auf der Spur. Die ‚Gaul' ist im nordnorwegischen Tannafjord in streng geheime britische Versuche mit nuklearen Wasserbomben geraten, dabei auf die Klippen geworfen worden und wie ein Stein gesunken."

Hauptzeuge des Autors ist der namentlich ungenannt gebliebene Skipper des norwegischen Fischereifahrzeugs „Kjolnes", der im Tannafjord „gegen 10.30 Uhr am Morgen des 9. Februar 1974 plötzlich eine laute Explosion hörte und eine Flutwelle von noch nie gesehener Höhe beobachtete". Sekunden später habe der Seemann die wegen der schweren See unter Land gegangene „Gaul" erblickt. Sie sei von der Flutwelle erfaßt worden und gescheitert: „Keine Chance für das Schiff, und keine Überlebenschance für die Crew."

Schon in den vorangegangenen Tagen habe der „Kjolnes"-Kapitän fünf entsprechende Detonationen mitsamt folgender Flutwelle registriert. Auch die zwischen Kirkenes und Vardo verkehrende Fähre „Haakondjahl" habe über Funk um Hilfe bitten müssen, da sie von einer scheinbar unerklärbaren Riesenwelle beschädigt worden sei.

Und selbst das amerikanische „Naval Satellite Centre" im US-Bundesstaat Maryland habe im entsprechenden Seegebiet eine „ungewöhnlich starke Radioaktivität" gemessen.

Weiterhin will Sheridan Augenzeugen dafür gefunden haben, daß bereits geborgene Leichen und Wrackteile des Trawlers von norwegischen Polizei-Schlauchbooten aus in der See versenkt worden seien. Auch die tatsächliche Untergangsstelle sei bewußt vertuscht worden. Und Sheridan selbst, durch allzu viele Unstimmigkeiten aufmerksam geworden, ist bei einer Recherchereise nach Norwegen angeblich zunächst dezent, dann jedoch massiv an der Arbeit gehindert worden: „Zuletzt sogar mit einer Paßeinziehung und einer strafrechtlichen Falschanschuldigung." Für ihn ist die ganze Sache eine großangelegte Vertuschungsaktion.

Seine Behauptungen werden allerdings als Unsinn abgetan. Doch eines bleibt auch dann ungeklärt: das Geheimnis um die letzten Stunden der „Gaul" und um das Schicksal ihrer erfahrenen Crew.

In der sechsteiligen Serie, die nächste Folge wird am kommenden Montag gesendet, spielt Tom Wilkinson die Hauptrolle des Journalisten Martin Taylor. Er übernimmt den Part dessen, der sich auf die Spur des verlorenen Schiffes macht und dabei selbst Gefahr läuft in die Mühlen des Geheimdienstes zu geraten.

JOCHEN ZWIKIRSCH

KRITIK

Munition für alle Krimis dieser Welt

Ein böser Hund mit Giftzahn startet ein Auto. Streitbare Schwestern lassen sich verwechseln. Detektiv und Dame kommen sich im Kleiderschrank näher. Verfolgungsjagd und fetter Wanst als Bösewicht, blitzendes Fensterglas in des Helden Brille, unheimlich maunzendes Katzenvieh, Tuckers wilde, verwegene Jagd nach der Wahrheit ausgerechnet mal wieder auf einem eleganten Kreuzfahrtschiff und jede Menge Wirbel um einen schäbigen Koffer voller Geld – **Die falsche Schwester** (ARD) hieß der „Thriller zum Sonntag", ein komplett verrückter Streifen.

Denn nicht nur zog Peter Hyams amerikanischer Stereo-Film als deutsche Erstaufführung sämtliche Temperamentregister und Klischee-Schubladen auf, zitatfreudig wie lange keine Krimiparodie mehr, mit Michael Caine als Detektiv Tucker und der immer wieder angenehm anzuschauenden Natalie Wood als Ellen Prendergast agierten in der Hauptsache auch zwei Stars, die alle ulkige Brisanz britisch-amerikanischer Kooperative mit Verve auszubeuten verstanden – in einer höchst verrückten Verwechslungsgeschichte, in der ein reichlich vergammelter Klient namens Anglich (Michael Constantine) besagten Profischnüffler beauftragt, seine 29 Jahre zuvor in einem Waisenhaus abgelieferte Tochter Anja aufzustöbern, um ihr ein fettes Erbgeld zu überlassen.

Tucker gerät in das feine Haus der Prendergast und vermutet, Ellen sei die gesuchte Tochter. Eine ironische Posse, geladen mit der Munition vermutlich aller Krimis dieser Welt, die in halsbrecherischem Tempo abspult und doch immer ihre Linie behält: ein Anti-Reißer, mit leichter Hand gestrickt, durch und durch respektlos und von allen Akteuren im besten Sinne komödiantisch dargereicht.

ALEXANDER SCHMITZ

Dieter „Thomas" Heck und seine Fernsehpläne

Hits für ältere Semester

Seine Frau sagt: „Er ist eigentlich ein stiller Mensch. An manchen Tagen sagt er ganz wenig. Da denkt er nach, da hört ihn keiner." Das also ist das private Gesicht des Dieter „Thomas" Heck. Er zählt zu den Stillen im Lande.

Das andere Gesicht kennen Millionen: Da ist er dann der Klabautermann, der Discjockey, der Entertainer, die automatische Redemaschine, die in der legendären „Hitparade" Stars und Sternchen präsentierte.

Immer auf Hochtouren, immer auf Tournee. Die „Pyramide" da, Rundfunksendungen dort: Das ZDF und der Sender Freies Berlin, der Bayerische Rundfunk und der Südwestfunk können, so glauben sie, auf diesen Mann für Millionen nicht verzichten. Dabei hätten ihn auch RTL und der Südfunk gern, genauso wie freie neue TV-Veranstalter.

Das ZDF zerrt an ihm herum, exklusiv zu unterschreiben. Aber Fernsehen ist nicht alles für diesen rasenden Musik-Reporter namens Dieter-Thomas Heck. Er mag das Radio, und er ist Schauspieler. Das hat er, auch im „Tatort", wiederholt bewiesen.

Was Heck macht, macht er ganz. So war das auch mit den „Melodien für Millionen". Diese Sendung, eine Art Fernseh-Wunschkonzert der 80er Jahre, war vom ZDF als Übergang von der „Hitparade", die er 19 Jahre lang moderierte, zum geplanten neuen Heck-Quiz „Irren ist menschlich" geplant.

Nach dem großen Erfolg der ersten Sendung – 18 Millionen Menschen schalteten die Fernsehgeräte ein – wurden schnell weiter produziert, und die Prognose ist nicht gewagt: Wenn „Melodien für Millionen" etwas entstaubt und modernisiert werden, also eine Art Hitparade für die mittleren Jahrgänge – dann hat Heck den Sprung geschafft: Vom Jugendstar zum Entertainer für die breiten Massen.

Er hat dazugelernt. Früher ärgerte er sich schwarz, wenn er attackiert wurde, beispielsweise von Rudi Carell. „Inwischen weiß ich das einzuschätzen. Wenn Rudi mich wieder einmal kritisiert, ruft er abends an und entschuldig sich." Gleiches gilt für Hans Rosenthal.

Heck hat mehr einstecken müssen als die meisten seiner Kollegen. Die Kritik des deutschen Hochfeuilletons, oft rein politisch motiviert, hat ihn oft tranchiert: „Kleinbürgerliches Versatzstück", „Brechmittel", „größtes Scheusal des deutschen Fernsehen", „Marktschreier", „fröhlich bis zur Schmerzgrenze" – das ist kaum die Hälfte des Dekalogs an Injurien, die über ihn zu Papier gebracht wurden.

Geschrieben noch vor der Zeit, da er das Ende seines Auftritts als Hitparaden-Moderator ankündigte, – womit er nur Fassungslosigkeit erntete. Jahrelang hatte Heck gesagt: „Irgendwann ist Schluß, ich werde nicht der Pop-Opa der Nation." Als er dann Schluß machte, wußte keiner, wie es nun weitergehen sollte. Selbst seinen Nachfolger, Viktor Worms, mußte er für seinen Haus-Sender ZDF noch finden. Aber das war für ihn selbstverständlich, weil es zur „Professionalität" zählt.

Er gab ja auch nicht auf, als die Hitparade, Mitte der 70er Jahre, mit Stars von der Qualität Mon Thys, Gabi Baginski, Tina York, Elfie Graf, Marianne Rosenberg abzustürzen drohte. Heck hielt durch – und neudeutsch wellte sich das Unternehmen anfangs der 80er Jahre wieder nach oben.

Ein Mann für die dritten Programme ist er nicht. Er mag den deutschen Schlager mehr als das „Rheingold" oder „Tosca". Angebote der Dritten würde er bestimmt ablehnen; weil er ablehnen müßte.

Er hat nämlich keine Zeit und er ist kein Mann für Halbheiten. Er hat seine vielen Prinzipien, und er ist damit weit gekommen. Viel weiter, als es manche Kultur-Kritiker für möglich hielten. Aber das spricht nicht gegen unsere Fernsehkultur.

HANS-HERMANN TIEDJE

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 ARD-Ratgeber
10.00 heute
10.05 Unsere schönsten Jahre
10.50 Der Komödienstadel
12.40 Tagebuch
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Fury
Der Wettbewerb
15.25 Jim Knopf und die Wilde 13
1. Teil: Von Lummerland zum Magnetberg
Spiel der Augsburger Puppenkiste
15.55 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Höchste Zeit
Magazin
schnell, gedankenlos, unschädlich
16.40 Chic
Aktuelle Mode
Trends, Tips
von und mit
Louise Steinbauer
17.20 Die Märchenbraut
Kinderfilm
2. Folge: Rumburaks Rache
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Spionageschiff (1)
Fernsehserie in sechs Teilen von Tom Keene und Brian Haynes nach ihrem Tatsachen-Roman „Das Geheimnis der Caistor"
Mit Tom Wilkinson, Lesley Nightingale u. a.
Regie: Michael Custance
Dem Journalisten Martin Taylor kommt das spurlose Verschwinden des Hochseetrawlers „Caistor" spanisch vor. Doch auch der englische Geheimdienst interessiert sich für das Schiff.
21.10 Der unerfüllte Traum vom Neuen Menschen
Eine Reportage über den Wahlkampf in Schweden
Von Horst Hano
22.00 Es ist angerichtet (12)
Komische Geschichten mit Eddi Arent, Felix Dvorak, Bea Fiedler, Alexander Allerson und anderen
22.30 Tagesthemen
23.00 Wochenendgeschichten
5. Folge: Geburtstag
Film von Hilde Lermann
Der 70. Geburtstag von Gerichtspräsident Dr. Reger ist eine einzige Familientragödie: Die beiden Töchter der Regers zanken mit ihren Ehemännern, das Geburtstagskind ist schlechter Laune und betrinkt sich und selbst die Gratulationsgäste werden in das traurige Spielchen miteinbezogen
Regie: Ilse Hoffmann
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Barocke Zeiten
8. Folge: Flandern und Frankreich
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
Haifang mit dem Seil
Film von Marlin Perkins
Australische Meeresbiologen als Cowboys: In dieser Dokumentation versuchen die Wissenschaftler Tigerhaie in Wildwest-Manier mit dem Lasso einzufangen und in ein Aquarium zu pferchen.
17.00 heute
heute aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Sport und Unterhaltung
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Unternehmen Kokosnuß
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
Meine Tochter will Unterhalt
20.15 Der Weibertausch
Deutscher Spielfilm (1952)
Von und Mit Karlheinz Böhm
Mit Gertrud Kückelmann, Viktor Staal u. a.
Wie immer gewinnt Bauer Giegel bei der Zuchtviehausstellung den ersten Preis. Bei der feuchtfröhlichen Siegesfeier wird ein merkwürdiger Vertrag abgeschlossen: Jungbauer Lorenz ist bereit, eine Woche seine junge Frau gegen den preisgekrönten Stier auszutauschen. Als aber nach der ersten Auseinandersetzung der Umzug ansteht, naht die Verlobte Giegels, um endlich Ordnung zu schaffen
Regie: Karl Anton
21.45 heute-journal
22.05 Personenbeschreibung
Leonhard Cohen – Halleluja in Moll
Film von Georg Stefan Troller
22.35 Eine egoistische Liebe
Fernsehfilm von Leopold Ahlsen
Nach Motiven aus dem Roman „Söhne und Liebhaber" von D. H. Lawrence
Mit Wolfram Weniger, Irmgard Först, Heinz Baumann u. a.
Regie: Wolfgang Liebeneiner
Nach ihrer gescheiterten Ehe richtet Gertrud Morel ihr ganzes Leben auf ihren Sohn Paul aus. Ihm gelingt es deshalb nicht, sich von der Mutter zu lösen
0.25 heute



Gerichtspräsident Reger wird 70. Ein Geburtstag, der festlich begangen werden soll – „Wochenendgeschichten", ARD, 23.00 Uhr FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Hilferufe
Menschen in der Krise
Von Elvira Wagner
21.15 Medizin-Magazin
Ratschläge zur Gesundheit
21.45 Landesspiegel
Abgeordnete wider Erwarten
22.15 Thema des Monats
Wieso leben wir eigentlich noch? Gepanschte Weine, Bruteier in Nudeln, Hähnchen mit Salmonellen. Kaum ein Tag vergeht, an dem keine alarmierenden Nachrichten über Lebensmittel die Bürger erschrecken. Ist das Panikmache? Ist das Profitgier einiger Unternehmer? Können schärfere Gesetze helfen?
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Penkefitz Nr. 5
Fernsehserie von Bernard Farthmann und Udo Wilk
Erste Folge: Thomas kommt ins Heim
19.00 Eine Welt (5)
Vergleichbares aus anderen Kulturen
19.45 Internationales TV-Kochbuch: Schweden
Wie man einen Lachs begräbt

HESSEN

18.30 Penkefitz Nr. 5
19.05 Ein Platz für Tiere
Von und mit Professor Dr. Bernhard Grzimek

Gemeinschaftsprogramm:

NORD / HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Schaltstelle der Macht
Das IG-Farben-Haus in Frankfurt
Dokumentation von Jürgen Corleis und Frank Klaas
21.00 Das Montagthema
Rolf Schaelike
Vom DDR-Atomphysiker zum Dissidenten
22.00 Jeder Kopf hat seinen Preis
Amerikanischer Spielfilm (1980)
Mit Steve McQueen u. a.
Regie: Buzz Kulik
23.35 Nachrichten

SÜDWEST

18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.15 Hans Hass (11)
Im Indischen Ozean
21.00 Flash Gordons Flug zum Mars
Der lebendige Tote
21.15 Rückblende
Vor 30 Jahren: Adenauer in Moskau
21.30 Flohmarktmelodie
22.15 Industrieland Baden-Württemberg
22.45 Jazz am Montagabend
23.00 Götter und Helden der Antike
Helios und die Insel der Sonne
23.45 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Wege der Anpassung
Aus Spiel wird Ernst
Aus der Reihe „Welt unserer Kinder"
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Direktion City
Armer Gigolo
Aus der Arbeit der Berliner Kriminalpolizei
23.35 Rundschau

SAT 1

13.30 Kimba, der weiße Löwe
Caesars Geist
Zeichentrickserie, Japan 1965/66
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
Der Mann aus dem Nichts
Jugendfilm, England 1976
15.00 Black Beauty
Kevin, der edle Ritter
15.30 Musicbox
16.30 Bill Cosby
Schlaf nun selig süß
Comedyserie, USA 1969/71
17.00 Mondbasis ALPHA 1
Der böse Zauber
Science-Fiction
18.00 Westlich von Santa Fé
Das Geburtstagsgeschenk
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Als Amerika nach Olympia kam
Teil 1
Dokumentarischer Spielfilm mit Louis Jordan, David Ogden Stiers
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Unruheherd Südafrika – Gefahr für die internationalen Finanzmärkte? / 100 Jahre Motorrad / Führungsmodell auf dem Prüfstand / Internationale Börse
21.00 Galerie Buecher
In der 21. Folge wechselt ein Cabrio den Besitzer, und bei Babsi geht alles den Bach runter.
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Für Gesetz und Ordnung
Amerikanischer Spielfilm (1976)
Mit Darren McCavin, Suzanne Pleshette u. a.
Regie: Marvin Chomsky
Gibt es überhaupt noch eine Chance für einen New Yorker Polizeioffizier, die Korruption in den eigenen Reihen aufzudecken?
0.40 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
Sendereihe für Kinder von vier bis acht Jahren
36. Peter gräbt nach Sauriern
Kompass
Ein Lexikon mit Bildern und Berichten
Nahrung und Energie (1)
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Privatleben
Russischer Spielfilm (1982)
Mit Michail Uljanow, Ija Sawwina, Alexej Blochin u. a.
Regie: Jurij Raisman
23.20 Kennwort: Kino
Hollywood made in Germany
Der Regisseur Roland Emmerich
23.50 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

17.00 Gewinn zu Beginn
17.05 Mini-Max
17.35 Typisch RTL
18.15 Augenclip
18.15 Regional 7
18.35 Hallo RTL
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.18 Karichen
19.22 RTL-Spiel
19.30 Knight Rider
20.20 RTL-Spiel
20.30 Staatsfeind Nummer 2
Französischer Film
22.10 RTL-Spiel
22.20 Kronen, Könner, Kavaliere
22.55 Horoskop
23.00 Betthupferl

Hardthöhe warnt vor SPD-Plänen

● Fortsetzung von Seite 1

nischen, d.Red.) Pershing II müssen wieder abgezogen werden. Die Zahl der (sowjetischen, d.Red.) SS-20, die auf Europa und andere in Mittelstreckenentfernung zur Sowjetunion gelegene Länder gerichtet sind, müssen in Rüstungskontrollverhandlungen begrenzt werden."

Die Einschätzung des Bundesverteidigungsministeriums bringt die grundsätzliche Kritik an dem Papier auf den Punkt: „Die einseitige Verringerung der Verteidigungsfähigkeit ist kein Zeichen des Vertrauens, sondern ein Zeichen leichtfertigen Umgangs mit unserer Freiheit und Sicherheit.". Dies wird von anderen Mitgliedern der sicherheitspolitischen SPD-Kommission wohl ähnlich gesehen. Horst Ehmke beispielsweise wischt das Bülow-Papier einfach vom Tisch: „Die Wahrheit ist, daß es ein solches Papier gar nicht gibt." Die Kommission sei dabei, Vorschläge zu „sortieren, um dann einen sicherheitspolitischen Antrag für den nächsten Parteitag zu entwerfen". In der Haushaltsdebatte der vergangenen Woche hatte er bereits klargestellt, daß „die SPD" eine Verringerung des Wehrdienstes etwa sicher nicht fordern werde. Von Bülow hatte in der Tat seine Überlegungen nur mit wenigen Mitgliedern der Kommission vorher abgeklärt.

Aber auch Ehmkes verbaler Zweitschlag kann nicht verdecken, daß die SPD-Führung in der Zeit eines allgemeinen Aufschwungs in den Meinungsumfragen nach Wischnewskis Rücktritts-Geschoß einen zweiten Treffer aus den eigenen Reihen abfangen muß. Zwar wird auf den „Verrats"-Vorwurf des Unions-Abgeordneten Wimmer von der SPD-Zentrale sofort mit dem Hinweis auf die „jüngsten Verratsfälle" gekontert, die von der „Bundesregierung zu verantworten" seien, doch intern wird die Verstimmung über das Bülow-Papier offen zugegeben. In der sicherheitspolitischen Kommission wird offen über eine Ablösung des Brandt-Schützlings an der Spitze nachgedacht.

Vorschläge aus der SPD widersprüchlich

Die Verwirklichung der Vorschläge aus der SPD zur Umstrukturierung der Bundeswehr hätte zur Folge, daß die Bundeswehr ihre Aufgabe im NATO-Bündnis nicht mehr erfüllen könnte. Oberst Prayon, Leiter des Pressereferates des Verteidigungsministeriums, begründet die Ablehnung der Hardthöhe:

1. Der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr könnte nicht mehr aufrechterhalten werden. In sieben Monaten kann man Soldaten nicht ausreichend für einen militärischen Einsatz ausbilden.
2. Dieser Vorschlag fände daher auch keine Zustimmung im Bündnis. Er würde den Alliierten zeigen, daß wir nicht mehr den Willen zur Verteidigung haben und die Alliierten selbst zur Aufkündigung ihrer Leistung bringen.
3. Die Kriegsgefahr würde steigen, weil der SPD-Vorschlag das Risiko für einen Angriff gegen Westeuropa herabsetzte.
4. Der SPD-Vorschlag ist widersprüchlich. Man will die Wehrpflichtzeit verkürzen, aber die Wehrübungen vermehren.
5. Ziel der Überlegungen des SPD-Plans sei das Aufbauen von Vertrauen. Die einseitige Verringerung der Verteidigungsfähigkeit ist jedoch ein Zeichen leichtfertigen Umgangs mit unserer Freiheit und Sicherheit.
6. Der SPD-Plan diskutiert eine neue Form der Raumverteidigung in Deutschland (Panzer-Abwehrnetz, Abwehrriege für Kampfflugzeuge in der Tiefe des eigenen Landes). Hier wird wieder an die Kriegsführung im eigenen Land gedacht. Das kann für uns nicht akzeptabel sein, weil das zerstört würde, was wir schützen wollen. Wie Hohn klingt daher die abschließende Feststellung, die SPD stehe zum westlichen Bündnis und zur Bundeswehr. Dieser Plan macht Bundeswehr und Bündnis unfähig, ihren Auftrag zu erfüllen.

Britische Sozialdemokraten: Mit den Liberalen erzielen wir die Mehrheit

SDP-Kongreß eröffnet / Geheimpapier enthüllt Zerstrittenheit in der Allianz der Parteien

REINER GATERMANN, Torquay

Was zunächst als große Demonstration der Einigkeit und Stärke gedacht war, drohte mit einer beträchtlichen Verstimmung zu beginnen. Einen Tag vor Eröffnung des Jahreskongresses der Sozialdemokratischen Partei (SDP) im südenglischen Seebad Torquay geriet ein streng geheimes Papier der mit den Sozialdemokraten in Allianz eng verbundenen Liberalen an die Öffentlichkeit, in dem ein Berater von Parteichef David Steel davor warnt, daß die Sozialdemokraten intern in wichtigen Fragen tief zerstritten und einige Gruppen nicht zur kompromißlosen Kooperation mit dem Allianz-Partner bereit seien.

Während die Vorsitzende der SDP, Shirley Williams, den Vorwurf kurz und bündig als „Unsinn" abtat, erklärte ihr politischer Führer David Owen, beide Parteien seien „auf gemeinsamem Kurs". David Steel ging aber als Gastredner auf dem SDP-Kongreß auf die Enthüllungen des Geheimpapieres gar nicht direkt ein. Stattdessen verwies er auf das Ergebnis einer Meinungsumfrage, wonach nur 22 Prozent der Wähler der Ansicht seien, die Allianz sei gespalten. Für die Konservativen lägen die entsprechenden Ziffern jedoch bei 49 und für die Labour Party sogar bei 70 Prozent. Schon heute drohe den beiden bisher größten Parteien die Gefahr, daß rund 300 ihrer Parlamentssitze – also etwa die Hälfte – bei den nächsten Wahlen von Allianz-Kandidaten übernommen werden.

Die rund 2000 SDP-Delegierten und Beobachter werden bis zum Mittwoch 14 Weiß- und Grünbücher sowie andere Dokumente diskutieren und die politischen Richtlinien für die kommenden 12 Monate festlegen. Sie waren schon zuvor mit den Liberalen übereingekommen, nach den Parteitagen – der Allianzpartner trifft sich nächste Woche – mit längerfristigen politischen Stellungnahmen und Festlegungen äußerst zurückhaltend zu sein. Das alles will man für die Veröffentlichung der gemeinsamen Wahlkampfplattform in einem Jahr aufsparen.

David Owen erklärte, er habe unter dem Eindruck der jüngsten Wahlerfolge seine frühere Auffassung geändert, wonach es das Ziel der Allianz sein müsse, bei der nächsten Unterhauswahl in etwa zwei Jahren zur entscheidenden dritten Kraft zu werden. Nunmehr gehe er davon aus, daß die Allianz durchaus in der Lage sei, eine eigene Mehrheit zu erzielen.

Heftig griff Owen die Regierung wegen ihrer Südafrikapolitik an. Durch Lethargie und Passivität habe Großbritannien seine führende Rolle in den Bemühungen zur Abschaffung der Apartheid in Südafrika eingebüßt. Die Regierung Thatcher habe es Präsident Reagan überlassen, die britische Politik zu bestimmen. Die Sozialdemokraten fordern selektive Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika, in Kombination mit einer starken Überwachung des für britische Unternehmen in Südafrika geltenden Verhaltenskodex. Einige Delegierte wollten hier jedoch erheblich drastischer vorgehen. David Owen empfahl dem Westen, nicht auf eine „Ein-Mann-Eine Stimme-Lösung" zu pochen, weil dies den Weißen in Südafrika jedes Motiv nehmen würde, über eine friedliche Lösung zu verhandeln.

Papst verteidigt christliche Familie

rtr, Vaduz

Im Mittelpunkt der Ansprachen des Papstes bei seinem gestrigen Besuch in Liechtenstein stand der Schutz des ungeborenen Lebens und die Verteidigung der Grundlagen der christlichen Familie. Der Papst appellierte angesichts ihres materiellen Wohlstandes an die „sittliche Reife und Verantwortung" der Liechtensteiner, die nach amtlichen Angaben das höchste Pro-Kopf-Einkommen Europas haben. Der Reichtum mache anfällig für Denk- und Verhaltensweisen, die mit dem christlichen Ethos der Gottes- und Nächstenliebe nicht vereinbar seien. Während seines zehnstündigen Aufenthaltes feierte der Papst mit etwa 30 000 Gläubigen eine Messe unter freiem Himmel.

Thatcher bittet um US-Rüstungsauftrag

rtr, London

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat US-Präsident Reagan brieflich um Berücksichtigung ihres Landes bei der Vergabe eines Rüstungsauftrags im Wert von mehr als 13 Milliarden Mark gebeten. Dies wurde gestern in der Umgebung Frau Thatchers unter Hinweis darauf bestätigt, daß sich außer dem britischen Konsortium Plessey und Rockwell auch der französische Thomson-Konzern um den Auftrag für ein fronttaugliches Fernmeldesystem bemühe – das größte Rüstungsprojekt, das die USA je im Ausland ausgeschrieben hätten. Frau Thatcher habe im Hinblick auf die britische Haltung zu SDI betont, London sei ein weitaus treuerer Verbündeter als Paris.

Jude darf für den Sejm kandidieren

JGG, Köln

Zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten darf wieder ein jüdischer Funktionär für den polnischen Sejm kandidieren. Wie der Warschauer „Expreß Wieczorny" („Abendexpreß") berichtet, hat Szymon Szurmiej, der das „Staatliche Jiddische Theater" in Warschau leitet und Präsidiumsmitglied des „Jüdischen Kulturverbandes in Polen" ist, gute Aussichten, bei den bevorstehenden Wahlen zum polnischen Parlament ein Abgeordnetenmandat zu erhalten. Szurmiej hatte kürzlich mit seinem Ensemble in den USA und der Bundesrepublik gastiert. In Israel soll er Sondierungen über die Wiederaufnahme der 1967 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen unternommen haben.

Keine Rentenreform aus dem „Handgelenk" nötig

Blüm im WELT-Interview: Finanzpolster vorhanden

PETER JENTSCH, Bonn

Gegen jede „Hast und Hektik bei der notwendigen Reform der Rentenversicherung" hat sich Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ausgesprochen. Die Finanzlage der Rentenversicherung, so sagte er gestern im Gespräch mit der WELT, „hat sich gegen alle Erwartung so gut entwickelt und es besteht jetzt ein so großes Polster, daß wir keine Reform aus dem Handgelenk schütteln müssen. Die Rentner brauchen sich aus diesem Grunde keine Sorgen zu machen; denn bis in die neunziger Jahre hinein sind die Renten sicher."

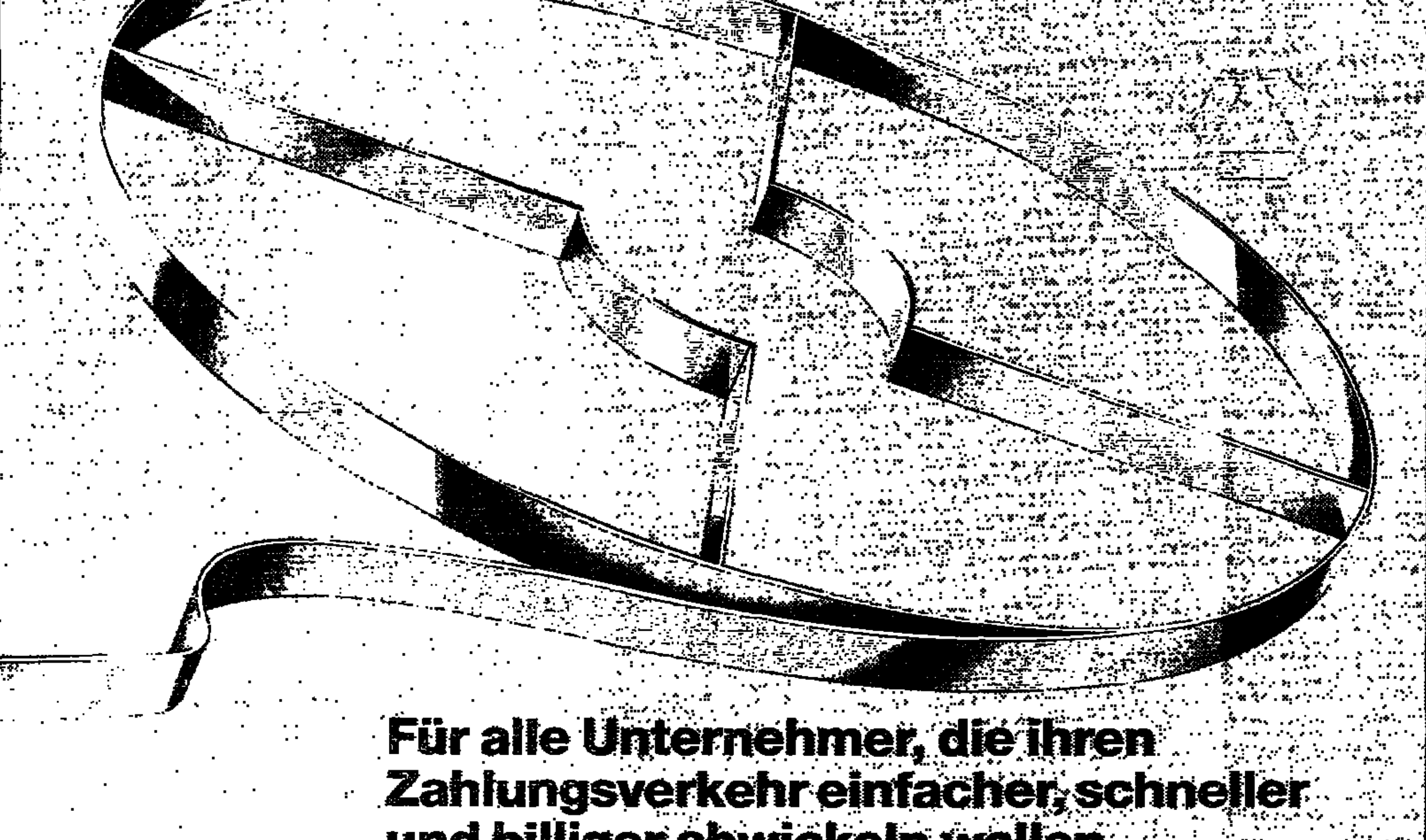
Der Minister verwies zugleich darauf, daß „angesichts dieser positiven Entwicklung die Beiträge zur Rentenversicherung zum 1. Januar 1987 wieder um ein halbes auf 18,7 Prozent gesenkt werden können, während gleichzeitig die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 auf 4,4 Prozent angehoben werden." Damit werde die zu Beginn dieses Jahres von der Regierung aufgrund der damaligen Liquiditätsengpässe beschlossene und bis Ende 1986 befristete Kompensation der Beitragsverschiebung zwischen Renten- und Arbeitslosenversicherung wieder rückgängig gemacht. Dieser Schritt, so betonte der Minister, sei damals „richtig und der einzig gangbare" gewesen. Denn es sei „ehrlicher, die Beiträge dort zu erhöhen, wo Geld fehlt, das war in der Rentenversicherung, und die Beiträge dort zu senken, wo Geld im Überschuß vorhanden ist, das war in der Arbeitslosenversicherung." Jetzt könne aufgrund der Entwicklung dieser Schritt fristgerecht rückgängig gemacht werden. Dadurch würden Beitragszahler und Wirtschaft um 0,2 Prozentpunkte entlastet.

Die „unerwartet positive finanzielle Entwicklung" führt Blüm vornehmlich auf die Zunahme der Beschäftigung und auf höhere Entgelte zurück, aber auch auf die Maßnahme der Regierung, den Bundeszuschuß erhöht und aus dem strengen Korsett von zwölf gleichen Monatsraten gelöst zu haben. Eine exakte Analyse werde zur Zeit von den Rentenversicherungsträgern erarbeitet.

Es bestehe freilich kein Anlaß, „jetzt in einen Dornröschenschlaf zu verfallen". Die Probleme der Rentenversicherung müßten gelöst werden. Die aufgrund der demographischen Entwicklung (immer weniger Arbeitnehmer haben immer mehr Rentner zu „versorgen") notwendige Rentenreform will Blüm „in der nächsten Legislaturperiode auf den Weg bringen". Für diese Aufgabe, so betonte er, „brauchen wir einen breiten Konsens". Im Dreiergespräch zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften sei daher beschlossen worden, eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu bilden, die Vorschläge für eine Reform erarbeiten soll.

Nachdrücklich wandte sich Blüm gegen Vorschläge der SPD und des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer (VdK), mit einer Maschinensteuer oder Wertschöpfung das Finanzaufkommen der Rentenversicherung zu verbessern. „Die Rentenbeiträge müssen lohn- und leistungsbezogen bleiben", sagte der Politiker. „Maschinen", so zitierte er den Nestor der katholischen Soziallehre, Oswald von Nell-Breuning, „haben keine Kinder und keine Eltern." Die Maschinensteuer lockere also die Solidarität zwischen den Generationen, verwische den bestehenden Eigentumsschutz und bedeute darüber hinaus „die Resignation gewerkschaftlicher Lohnpolitik".

Er widersprach auch der These, diese Steuer schaffe gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen für lohn- und kapitalintensive Betriebe. „Ein lohnintensiver Handwerksbetrieb konkurriert nicht mit einem kapitalintensiven Konzern." Darüber hinaus würde die Belastung durch einen wertschöpfenden Beitrag von den Betrieben über die Preise an die Verbraucher weitergegeben. Das führe zu einem Inflationsschub. Zur Aufgabe der Strukturreform der Rentenversicherung werde es gehören, „das Wasser unter dem Kiel der Alterssicherung so steigen zu lassen, daß sie nicht bei jeder konjunkturellen Bewegung Bodenberührung hat".



US-Senatoren sehen Kreml flexibler

Andeutungen Gorbatschows beeindrucken / Diskussion um Wettrüsten im Weltraum

DW. Washington/Moskau

Optimistisch über die Erfolgsaussichten des für November anberaumten Gipfeltreffens zwischen US-Päsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow haben sich die Mitglieder einer Delegation des amerikanischen Senats nach der Rückkehr von einem Besuch in Moskau geäußert. Sie haben den Eindruck gewonnen, daß Moskau in den Fragen von Rüstungskontrolle und Rüstungsabkommen künftig eine flexiblere Haltung an den Tag legen wird.

Nach der Rückkehr der Delegation aus Moskau sagte der Führer der Demokraten im Senat, Robert Byrd, Gorbatschow habe angedeutet, daß er „daran interessiert ist zu versuchen, den kostspieligen Rüstungswettlauf anzuhalten und daß er bereit ist, ein wenig flexibel zu sein". Nach Byrds Worten hat der Kreml-Chef in der Diskussion um die Pläne der USA für eine Raketenabwehr im Weltraum (SDI) stillschweigend die dafür benötigte Grundlagenforschung akzeptiert – da diese nicht kontrolliert werden könne.

Nach Ansicht von Senator Claiborne Pell werden nach den Gesprächen in der sowjetischen Hauptstadt die Umrisse eines Rüstungs- und Kontrollabkommens „klarer und klarer". Sie bestehen nach seiner Auffassung in einer „gewissen Verringerung des SDI-Programms durch die USA im Austausch gegen einen Abbau der strategischen Waffen durch die Sowjetunion".

Skeptischer war Senator Sam Nunn. Dem Verteidigungsexperten der Demokraten waren Gorbatschows Erklärungen zu vage. Es könne keine ernsthaften Definitionen und Diskussionen geben, solange die Sowjets ihre Vorschläge nicht auf den Verhandlungstisch in Genf gelegt hätten. Auf längere Sicht werde es keine Fortschritte bei der Rüstungskontrolle geben, wenn nicht beide Seiten ihre Vorschläge zu den defensiven und offensiven Waffen (SDI und den Atomraketen) vorlegten, „und es gleichzeitige Diskussionen über beides gibt".

Die US-Regierung hatte schon vorher zurückhaltend auf die Äußerungen Gorbatschows reagiert. Das US-Außenministerium sah keinen „ernsthaften Durchbruch". Der Vorschlag, das sowjetische Angebot bei den Atomraketen einen Tag nach dem US-Entgegenkommen bei den Weltraumwaffen zu machen, widerspreche der Abmachung, daß die Verhandlungen darüber in Beziehungen miteinander stünden.

Unterdessen hatte die Sowjetunion erneut bekräftigt, „daß für eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen die Frage der Verhinderung einer Militärisierung des Weltraums eine Schlüsselrolle spielt". In der Moskauer Parteizeitung „Prawda" hieß es gestern zugleich, trotz der „unkonstruktiven Politik" der amerikanischen Führung führe die Sowjetunion „jetzt einen beharrlichen Kampf für die Rückkehr der sowjetisch-amerikansichen Beziehungen in das Bett einer normalen, korrekten und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit". Das Parteiorgan warf zugleich US-Präsident Reagan vor, eine Politik des Wettrüstens auf der Erde und im Weltraum zu betreiben und alle sowjetischen Initiativen abzulehnen.

„Warnschuß war nötig"

Wischnewski verteidigt Sparkurs / Kostenexplosion beklagt

PETER PHILIPPS, Bonn

Der zurückgetretene SPD-Schatzmeister Hans-Jürgen Wischnewski hat, wie die WELT jetzt erfuhr, in seinem Gespräch mit Parteichef Willy Brandt am Donnerstag darauf beharrt, daß sein „Warnschuß, den Kurs der Sparsamkeit einzuhalten", notwendig gewesen sei. Zwar sei der „dramatische" Mitgliederschwund zwischen 1980 und 1984 inzwischen gestoppt, und er hinterlasse seinem Nachfolger auch „schwarze Zahlen" im Kassenbuch, doch sei aus „politischen Notwendigkeiten" zu häufig im laufenden Jahr schon die konzeptionelle Planung zu Lasten der Parteifinanzen geändert worden: Der Dortmunder Kongreß „Arbeit und Umwelt" etwa kostete schließlich statt der veranschlagten 10 000 am Ende 300 000 Mark, ähnlich sei die Kostenexplosion beim „Nürnberger Friedensgespräch" verlaufen. Und die Planungen für den „Ingenieur-Kongreß", auf dem die SPD gemäß der Glotz-Linie im Dezember in München die technischen Berufe als potentielle Wähler stärker umwerben will, seien mit 160 000 Mark Kosten zusätzlich eigeplant worden. Er habe, sagte Wischnewski, noch einmal seine Warnung unterstrichen: „Was ihr jetzt zuviel ausgebt, gefährdet die Wahlkampf-Finanzierung für 1987."

Die beiden auch persönlich befreundeten Alt-Genossen waren sich aber einig, daß „Ben Wisch" weiterhin die Feuerwehr für die internationalen Aktivitäten der SPD insbesondere im lateinamerikanischen und arabischen Raum bleiben solle. Sichtbaren Ausdruck findet dies heute, wenn Wischnewski den Libanesen Gemayel empfängt.

Die Suche nach einem zunächst kommissarischen Nachfolger für die Schatzmeisterei gestaltet sich offenbar langwieriger als erwartet, da sie auch Rücksprache mit allen mächtigen Bezirksfürsten erfordert. Entgegen der ursprünglichen Planung wird voraussichtlich das Präsidium während seiner Sitzung heute deshalb noch keinen neuen Chef-Kassierer bestimmen können.

Der als „Oberlehrer" von Wischnewski öffentlich attackierte Bonner SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat die „Kurzschlußhandlung" des bisherigen Schatzmeisters am Wochenende weiter relativiert: Die Partei habe erstmals seit zehn oder zwölf Jahren wieder ein Guthaben. Und: „Wir bewegen uns im wesentlichen im Plan der Einnahmen und Ausgaben." Wie in der Baracke zu erfahren war, liegen die Ausgaben nur um vier Prozent über dem Soll, offenbar sind also die zusätzlichen Belastungen durch Einsparungen an anderen Stellen mitfinanziert worden. Und die Abqualifizierung durch Wischnewski, die ihn persönlich getroffen hat, ist inzwischen auch verdaut. Im Bayerischen Rundfunk sagte er dazu: „Das Amt des Oppositionsführers ist immer ein Amt gewesen, an dessen Inhaber sich die Geister scheiden." Aber wenn man die Umfrageergebnisse betrachte und etwa mit denen Wehners vergleiche, „dann wird deutlich, das ist kein Problem, jedenfalls nicht für mich".

„DDR" behandelt Brandt bevorzugt

hrk./p. p. Berlin/Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt wird bei seiner bevorstehenden Reise nach Ost-Berlin und in die „DDR" mit den protokollarischen Ehren eines Regierungs- und Staatschefs empfangen. Aber die SED läßt ihm so gut wie keine Chance zu „normalen" Gesprächen mit den Menschen in der „DDR". Die „Willy-Willy"-Rufe von Erfurt im Frühjahr 1970 sollen sich nicht wiederholen.

Nach den bisher vorliegenden Informationen gab es offenbar Meinungsverschiedenheiten zwischen „DDR"-Seite und dem SPD-Chef über den Ablauf des Besuchs. In Bonn wurden allerdings die Versuche der SED nicht bestätigt, Brandt für die Verleihung eines Ehrendoktor-Titels durch eine „DDR"-Univeristät und den erneuten Besuch (nach 1970) des KZ Buchenwald zu gewinnen.

Der SPD-Vorsitzende fliegt am Abend des 18. September zuerst nach West-Berlin und fährt anschließend mit dem Wagen über die Sektorengrenze nach Ost-Berlin. Am nächsten Tag steht die Begegnung mit Erich Honecker im Mittelpunkt. Am Abend gibt Honecker für Brandt im „Palais Unter den Linden" ein Bankett.

Derartige Ehren widerfuhren in den vergangenen Monaten nur den Regierungschefs Benito Craxi, Andreas Papandreou und zuletzt Frankreichs Kabinettschef Laurent Fabius. In dem hohen Protokoll soll die Wertschätzung der „DDR"-Führung für Brandts Politik der Entspannung zu Beginn der 70er Jahre zum Ausdruck kommmen.

Fusionen als Hobby

fu (London) – Australiens umsatzstärkste Unternehmensgruppe Elders (Brauerei, Wolle, Handel und Finanzierung) hat sich vorgenommen, den bedeutenden britischen Brauerei- und Nahrungsmittelkonzern Allied-Lyons zu schlucken. Lucas, der Hersteller von Autozubehör, ist schon seit geraumer Zeit im Übernahme-Visier finanzkräftiger Unternehmen. Und erst vor wenigen Tagen hat der Brauerei-Riese Guinness den Kampf um den schottischen Whisky-Produzenten Bell gewonnen. In Großbritannien ist wieder einmal das Übernahme-Fieber ausgebrochen.

Die Strategie ist fast immer die gleiche: Der Markt wird nach branchenähnlichen Unternehmen abgesucht, deren Aktienkurse aus welchen Gründen auch immer die eigentliche Unternehmenssubstanz unterbewerten. Was nach der Übernahme zum günstigen Preis folgt, wird in der Londoner City so schön als „asset stripping" bezeichnet: Das Unternehmen wird ausgeschlachtet, einzelne Unternehmensteile werden zu Kasse gemacht. Übrig bleiben nur die Teile, die für das eigene Unternehmensgeschäft von Bedeutung sind.

In Großbritannien gibt es heute eine ganze Reihe von Konzernchefs, die sich auf die Übernahme und das Ausschlachten von Unternehmen spezialisiert haben, etwa Lord Weinstock von der General Electric Company (GEC) oder der gewiefte „Tiny" Rowland vom Lonrho-Mischkonzern. So verwundert es nicht, daß beispielsweise GEC seit Jahren einen ständig wachsenden Liquiditätsberg vor sich herschiebt, der inzwischen rund sechs Milliarden Mark erreicht hat.

Verfall

JB. – Still, aber mit vielen Schmerzen wird gegenwärtig der nicht gemeinnützige Teil der Hamburger Unternehmensgruppe Neue Heimat aufgelöst. Albert Vietor hatte die Neue Heimat Städtebau einst gegründet, weil ihm die Spielplätze der gemeinnützigen Wohnungsbaugruppe zu eng geworden waren. Die Neue Heimat Städtebau sollte sich um Städtebau und -sanierung, um kommunale gewerbliche Aktivitäten kümmern, vor allem aber der Neuen Heimat Auslandsmärkte erschließen. Der Ausflug in die „freigemeinwirtschaftliche Welt" wurde bekanntlich zum Desaster. Fast 1,5 Mrd. DM haben die Gewerkschaften als Anteilseigner der Gruppe bislang aufbringen müssen, um einen geordneten Rückzug aus den neuen Märkten zu ermöglichen. Dabei ist ihnen der Name Neue Heimat inzwischen offenbar so zuwider, daß sie die Neue Heimat Städtebau kurzerhand in Gesellschaft für Städtebau und Planung umwandelten. Eine Neue Heimat in Form der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft reicht. Nicht nur das Reich, auch der Name verfällt.

WEINSKANDAL / Nur Anklage wegen Betrugs, nicht wegen Vergiftung?

Folgeschäden sind wahrscheinlich geringer, als zunächst befürchtet

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

Gut acht Wochen nach dem Beginn der Glykolaffäre kann man in der deutschen Weinwirtschaft vorsichtig Zwischenbilanz ziehen. Dabei wird manches die Öffentlickeit verblüffen: Der Schaden für den Weinabsatz insgesamt wird vermutlich geringer sein als erwartet; allerdings ist er höchst unterschiedlich verteilt.

Freilich sind die systematischen Weinuntersuchungen noch lange nicht zu Ende. Möglicherweise kommen noch einige deutsche Abfüllbetrieb auf die schwarze Liste. Es gibt allerdings Anzeichen, daß in den kommenden Prozessen gegen die Sünder aufgrund neuer wissenschaftlicher Gutachten keine Anklage wegen Vergiftung durch kleine Mengen Glykol sondern nur wegen Betrug erhoben wird.

Globale Zahlen über den Absatz gibt es erst im Oktober. Abzusehen ist dennoch, daß der Wein im Lebensmitteleinzelhandel nördlich der Mainlinie die größten Einbußen hinnehmen mußte. Insgesamt scheint sich aber alles wieder beruhigt zu haben. Hartmut Schmidt, Zentraleinkäufer für die Rewe-Leibbrand-Gruppe mit etwa 2 000 Märkten in der ganzen Bundesrepublik, zieht folgendes Fazit: Der Auslandsweinabsatz ist mit Ausnahme von Österreich praktisch nicht zurückgegangen, hat sogar eher etwas profitiert. Verluste gibt es für jene Anbaugebiete, die (wie z. B. Rheinhessen) auf dem Höhepunkt der Affäre immer wieder in den Zeitungen standen; das gilt auch für die Großkellereien.

Die Genossenschaften zählen, wie der Geschäftsführer des Badischen Weinbauverbandes, Werner Schön, glaubt, „eher zu den Nutznießern". Baden, das am stärksten genossenschaftlich organisierte Anbaugebiet, verzeichnet sogar eine leicht steigende Nachfrage. Geschädigt sind allerdings Genossenschaftskellereien, die (z. B. Rheinhessen und Nahe) in geographischer Nachbarschaft der Hauptsünder liegen.

Fast alle Selbstmarkter (Winzer, die ihren eigenen Wein an den Endverbraucher verkaufen) und auch der Fachhandel melden starken Zulauf verunsicherter Weintrinker, die endlich einmal ein ausführliches Gespräch mit dem Erzeuger oder einem wirklichen Fachmann führen wollen. Denselben Hunger nach dem geruhsamen Weingespräch erfuhren auch jene Moselwinzer, die im Rahmen einer Werbeaktion in Norddeutschland auf Reisen sind.

Die renommierten Weingüter haben – neben dem Imageschaden durch den Prozeß gegen den früheren Präsidenten Tyrell – vor allem im Export zu kämpfen. Der japanische Markt ist für österreichische und für deutsche Weine immer noch tot. „Für die Japaner", berichtet Graf Matuschka-Greiffenclau (Schloß Vollrads), „bedeutet es einen direkten Affront, wenn ein befreundetes Land wie Deutschland ihnen verfälschte Weine liefert. Sie erwarten aus Bonn eine offizielle Entschuldigung." Aber damit ist nicht zu rechnen.

In den USA haben gezielte Bemühungen deutscher Stellen sehr geholfen. Hier wird jetzt deutlich und korrekt differenziert. Schwerer ist es in England, ganz schwierig in Holland und Belgien. Daß auch der deutsche Wein Vertrauen zurückgewinnen muß, darüber sind sich alle Beteiligten klar. Werner Schön: „Wir müssen die allgemeine Sensibilisierung für den Wein dazu nutzen, um auch bei uns dringend nötige Verbesserungen durchzusetzen."

Tatsächlich hat eine kleine Arbeitsgruppe des Deutschen Weinbauverbandes für die bevorstehenden Präsidial- und Vorstandssitzungen ein internes Papier verabschiedet, in dem nicht nur die von den deutschen Winzern immer schon erhobene Forderung nach strengerer Kontrolle für Auslandsweine enthalten ist, sondern auch brisante Dinge wie amtliche Herbstkontrolle, Mengenbegrenzung mit Kontrollzeichen und die Bereitschaft, in Deutschland und der ganzen EG die Angabe von Alkohol, Säure, Restzucker und schwefliger Säure auf dem Etikett obligatorisch einzuführen. Zu den meisten Punkten hat die EG das entscheidende Wort.

US-AKTIENMÄRKTE

Positive Konjunkturdaten animierten die Investoren

H.-A. SIEBERT, Washington

Mit einem Ruck haben sich die US-Aktienmärkte am Freitag aus dem Sommerloch befreit. Auslöser waren so attraktive Konjunkturindikatoren wie die im August um 0,3 auf sieben Prozent gesunkene amerikanische Arbeitslosenrate, der gegenüber dem Vorjahresmonat um 23,4 Prozent gestiegene Autoabsatz und die stärker angezogenen Umsätze der Warenhausketten. Nach der langen Flaute griffen die Investoren nach den neuesten Daten wie nach einem Rettungsring.

Nach Verlusten an den Vortagen schoß der Dow-Jones-Industrie-Index um 9,86 auf 1335,69, der umfassende Nyse-Index um 0,50 auf 109,05 Punkte nach oben. Das Wochenplus des „Dow" blieb mit 1,68 Punkten zwar bescheiden, aber festzustellen war ein sich ausbreitender Gewinntrend, nachdem vorher ein steilerer Kursrutsch nur durch IBM, General Motors und einige fusionsverdächtige Werte verhindert worden war. Der Nyse-Index schaffte den Sprung ins Wochenplus nicht ganz; um 0,34 Punkte verharrte er im Minus.

Aus den Statistiken zogen die Anleger den Schluß, daß die bisher kräftige Geldausweitung die Weichen für ein stärkeres Wirtschaftswachstum in den kommenden Monaten gestellt hat, was höhere Unternehmensgewinne verspricht. Unterstützt wurden sie dabei von dem Chef des wirtschaftspolitischen Beraterstabes des Weißen Hauses, Beryl Sprinkel. Er wiederholte seine Voraussage, wonach Amerikas Wertschöpfung im zweiten Halbjahr 1985 real um fünf Prozent (Jahresrate) zunehmen wird. Dies bestreitet jedoch sogar das Haushaltsbüro der Administration. Der Monetarist Sprinkel schürte die Furcht am Rentenmarkt vor einer Kreditverknappung: Alle Notierungen gaben scharf nach.

In der Einschätzung ist die Wall Street deutlich gespalten. Für die meisten Analysten haben die Daten keine große Aussagekraft. In der Tat müssen sie mit vielen Körnchen Salz interpretiert werden. So ist der Erfolg am Arbeitsmarkt erheblich durch die Sommerjobs für Studenten und Schüler beeinflußt worden. Die leicht erhöhten Warenhausumsätze sind für diese Zeit typisch; die Ausstattung der Schulanfänger ist immer ein großes Familienereignis. Der plötzliche Autoboom wiederum ist durch die befristeten Billigdarlehen der Hersteller in Gang gesetzt worden. Diese Käufer fallen im Modelljahr 1986 aus.

Obwohl sich kurzfristiges Geld verteuert hat, wird eine gezielt restriktive Geldpolitik der US-Notenbank vorerst für unwahrscheinlich gehalten. Nach der Flaute spricht alles für ein beschleunigtes Wachstumstempo; wie schnell es ausfällt, bleibt jedoch offen. Die „Fed" wird zmindest die Konjunkturindikatoren für September abwarten. Auch die Krise, in der sich Amerikas Genossenschaftsbanken befinden, spricht gegen ein Anziehen der Kreditbremse.

In USA droht heißer Herbst

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Bei seinen letzten Besuchen in Washington hat Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg die US-Regierung, also Exekutive und Legislative, davor gewarnt, den Abbau des riesigen Haushaltsdefizits über die politisch attraktivere Steuerreform zu vergessen. Genau das ist jedoch in den USA eingetreten. Statt zuerst die Finanzen zu konsolidieren und die Neuverschuldung abzubremsen, werden Steuerpakete hin und her geschoben, deren Vor- und Nachteile jeder anders einschätzt.

Wer das Steuerthema am höchsten hängt, ist Präsident Ronald Reagan. Vor Harry Trumans Denkmal in Independence/Missouri startete er eine Kampagne im Wahlkampfstil, wobei er jedem Amerikaner eine fairere und gerechtere Steuerlast versprach. Tabu war die gigantische Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben, die sich durch das „neutrale" Steuerprogramm auch nicht verkleinern wird. Jede Woche will Reagan in den kommenden Monaten irgendwo in den weiten USA eine Steuerrede halten, um über die Wähler Druck auf den Kongreß auszuüben.

Sozusagen glasklar ist die Taktik, warum das Weiße Haus die Steuerreform zum „mega-issue", zum Superpunkt in der öffentlichen Diskussion für den Rest dieses Jahres zu machen versucht. Einmal sieht Reagan in ihrer Durchsetzung die wichtigste wirtschaftlich relevante Aufgabe seiner zweiten und letzten Amtszeit. Sie dient ihm zugleich als Vehikel für seine Philosophie des Laisser-faire, deren Grundpfeiler Unternehmertum, Wirtschaftswachstum und Wohlstand sind. Hier kommt ihm entgegen, daß die Mehrheit der US-Bürger für eine Vereinfachung des komplizierten Steuersystems ist, ohne aber durchschlagende Änderungen zu erwarten.

Zum anderen scheint sich der Wirtschaftsboom, der 1984 Reagan im Wahlkampf half, nicht zu wiederholen. In diesem Jahr wachsen die Haushalts- und Handelsdefizite auf 211 und mehr als 140 Milliarden Dollar, was ebenfalls unerfreuliche Themen sind. Reagan ist aber nicht nur ein hervorragender „communicator", sondern auch ein kluger Stratege: Die Konzentration auf Freibeträge und Absetzbarkeit lenkt von den vermutlich verlustreichen Schlachten ab, die nach diesem Sommer mit dem Kapitol auszutragen sind.

Nicht übertrieben ist die Aussage von Mitarbeitern der Reagan-Administration, wonach die nächsten Monate darüber entscheiden, welchen Platz Präsident Reagan in der Geschichte einnehmen wird. Nach seinem Bericht über die Lage der Nation im Januar beginnt schon das Wettrennen für die Zwischenwahlen im November 1986; erfahrungsgemäß sind dann umstrittene Gesetze schwer durchzubringen. Vor allem die 22 republikanischen Senatoren, die zur Schlachtbank müssen, versuchen es im Alleingang; auf der Strecke bleibt die verantwortliche wirtschaftspolitische Agenda.

Der größte Stolperstein ist die Farm Bill 1985, die am 30. September das auslaufende Farmgesetz von 1981 ablösen soll. Bei Getreide geht es um die Beleihungs- und Zielpreise, die Beleihungspraxis, Stillegungsmaßnahmen und die Exportförderung. Die Milchproduktion soll durch niedrigere Preise und eventuelle Abschlachtung gesenkt werden; überdies möchte das Weiße Haus Geld durch die Herabsetzung der Zucker-Stützung sparen. Es liegen elf Gesetzentwürfe vor; was droht, ist angesichts der Krise im Farmgürtel eine neue Ausgabenexplosion.

Ronald Reagan muß sein Veto einlegen, wenn die Haushaltskonsolidierung nicht endgültig zur Schimäre werden soll. Tut er es, verschärft er aber zugleich den Kampf um die Anhebung des Schuldenlimits des Bundes auf mehr als 2000 Milliarden Dollar und die Einzeletats im Budget 1986. Weitere wunde Punkte, bei denen der Präsident nur verlieren kann, sind Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika und der Berg protektionistischer Gesetze, die alle auf Importschutz zielen.

Der Präsident genießt eine ungewöhnliche Popularität. Sie hilft ihm aber kaum im Kongreß, auf den er sich deshalb in dieser kritischen Situation konzentrieren sollte. Die Entscheidungen, die bis Ende dieses Monats in den Bewilligungsausschüssen fallen, werden zeigen, wie ernst Amerika die eigene Finanzkrise nimmt. Nur dort läßt sich das Haushaltsdefizit wirksam zurückschneiden. Das ist so wichtig, daß die Steuerpläne warten können.

AUF EIN WORT



„Die ständigen Appelle an die Tarifparteien, kostengünstige Einstelllöhne und Gehälter zu vereinbaren, gehen an der Realität des Arbeitsmarktes vorbei, auf dem Unternehmer – oft vergeblich – nach qualifizierten Arbeitskräften Ausschau halten."

Dr. Ernst August Osthold, Hauptgeschäftsführer der Arbeitgeberverbände Südniedersachsen, Göttingen
FOTO: HANS WILDER

Interventionen gegen den Dollar

AP, New York

Die im Elferclub vereinten westlichen Industriestaaten haben amerikanischen Angaben zufolge in der Zeit vom 21. Januar bis zum 1. März mit zehn Mrd. Dollar auf den Devisenmärkten interveniert, um den Höhenflug der US-Währung zu stoppen. Einige Staaten nahmen dabei eine erhebliche Kürzung ihrer Devisenreserven in Kauf. Die USA verkauften 659 Mill. Dollar. Dies geht aus dem Halbjahresbericht der US-Notenbank hervor. Mit ihrer Hilfe wurde die Aufwertungsspekulation um den Dollar gebrochen, die am 25. Februar ihren Höhepunkt erreichte. Von Mai bis Juli haben die USA nicht interveniert.

IFO-KONJUNKTURBERICHT

Nächstes Jahr 130 000 mehr Beschäftigte in der Industrie

dpa/VWD, München

Die deutsche Industrie wird im nächsten Jahr 130 000 Menschen mehr beschäftigen als 1984, erwartet das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München. Nach einer Umfrage bei 379 Betrieben interpretiert Ifo dies als „Wende in der Industriebeschäftigung".

Nach einem Personalabbau von knapp einem Prozent im Jahr 1984 rechnet das Institut mit einem Beschäftigungsplus von einem Prozent im laufenden Jahr und von 0,3 Prozent im Jahr 1986. Grundlage für den Optimismus in der Industrie sei ein anhaltendes Produktionswachstum. Der Investitionsmotor im Inland sei offenbar angesprungen. Die Auslandsnachfrage werde schwächer wachsen, trage aber auch künftig zur konjunkturellen Aufwärtsbewegung bei. Die Unternehmer schätzen nach Erfahrungen von Ifo in Aufschwungzeiten regelmäßig die Antriebskräfte zu gering ein.

In der dreißigsten Umfrage „Prognose 100" korrigierten die Forscher die Antworten nach oben: Obwohl die Unternehmen nach voraussichtlich fünf Prozent Wachstum der Industrieproduktion in diesem Jahr für 1986 mit einer Abflachung auf drei Prozent rechnen, werde der Aufschwung voraussichtlich nicht an Dynamik verlieren. Die Investitionen sollen 1985 um 18 Prozent wachsen, geplante sieben Prozent Zuwachs für 1986 deuten laut Ifo auf ein Investitionsplus von mehr als zehn Prozent hin. Auch die Umsatzerwartungen seien zu vorsichtig gewesen: für 1985 werde jetzt mit einem Wachstum von acht Prozent gerechnet. Der Export werde um elf Prozent (1984: 13 Prozent) steigen.

ENERGIEAGENTUR

Der Ölverbrauch wird auch in Zukunft schwach bleiben

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die westlichen Industriestaaten (OECD-Zone) werden in diesem Jahr wahrscheinlich 2,5 Prozent weniger Mineralöl verbrauchen als 1984, meint die Internationale Energieagentur (IEA) in ihrem jüngsten Ölmarktbericht. Dadurch wäre der Verbrauchsanstieg des letzten Jahres von 2,1 Prozent mehr als kompensiert. Allerdings war dies zum Teil durch den britischen Bergarbeiterstreik herbeigeführt worden. Aber auch ohne den schätzt die IEA den Verkaufsrückgang auf 1,8 Prozent ein.

Weniger stark als der Ölverbrauch sind in letzter Zeit allerdings die Ölimporte der OECD-Zone zurückgegangen, so daß deren Ölvorräte etwas aufgestockt werden konnten. Sie erreichten am 1. Juli 415,6 Mill. Tonnen gegenüber 411,9 Mill. Tonnen am 1. April und werden von der IEA für den 1. Oktober auf 419,2 Mill. Tonnen veranschlagt, was einem Verbrauch von 96 Tagen entsprechen würde. Vor einem Jahr waren es 99 Tage, wobei die Vorräte der Raffinerien auf 75 (80) Verbrauchstage schrumpften, während die der Regierung auf 22 (19) Tage stiegen, womit sie einen neuen Höchststand erreichten.

Die Politik der IEA besteht darin, über möglichst hohe Regierungsvorräte zu verfügen, um kurzfristige Versorgungsstörungen ohne Rückgriff auf ihren Krisenmechanismus, also ohne Inanspruchnahme der Raffinerievorräte überbrücken zu können und dadurch einer Ölpreisverteuerung entgegenzuwirken.

Vorerst ist dies aber wohl kaum zu befürchten. Die Weltmarktpreise für Rohöl gehen weiter zurück. Allerdings hat die Opec ihre Rohölproduktionen in den ersten drei Quartalen von 17,5 auf 15,9 Mill. Barrel täglich zurückgeschraubt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Positiver Abschluß der Leipziger Messe

Berlin (dpa) – Eine positive Bilanz hat die „DDR" nach Beendigung der Leipziger Herbstmesse am Sonnabend gezogen. Nach Angaben der amtlichen Ostberliner Nachrichtenagentur ADN wurden umfangreiche Export- und Importverträge abgeschlossen. Die ausländischen Repräsentanten unter den insgesamt 6000 Ausstellern hätten zum Ausdruck gebracht, daß die „DDR" auch als Handelspartner ein hohes Ansehen in der Welt genieße. Der größte Aussteller aus dem Ostblock war die Sowjetunion mit rund 8000 Exponaten, 75 Prozent davon wurden erstmals in Leipzig gezeigt. Den Entwicklungsländern des arabischen Raumes, aus Afrika, Asien und Lateinamerika habe die Messe Gelegenheit geboten, Wirtschafts- und Geschäftsbeziehungen auszubauen.

Wichtiger Handelspartner

Moskau (dpa) – Die Bundesrepublik bleibt nach wie vor der größte westliche Außenhandelspartner der Sowjetunion. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres belaufe sich das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern auf 3,4 Mrd. Rubel (11,6 Mrd. DM), teilte die amtliche Nachrichtenagentur Tass mit. Zweitgrößter westlicher Handelspartner war Finnland mit einem Handelsvolumen von 2,4 Mrd. Rubel – vor Frankreich und den USA.

Trennung vereinbart

Bonn (Mk.) – Der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) und sein bisheriger stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Hans Andreas Siemann, haben jetzt „die Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses vereinbart". Der Verband hatte Anfang Mai Siemann fristlos gekündigt, das Bonner Arbeitsgericht hatte dies vor einem Monat wieder aufgehoben. In dieser Woche muß nun die weitere Zusammenarbeit vom BGA mit dem Bundesverband Deutscher Exporteure (BDEX) geklärt werden. Siemann war neben seiner Tätigkeit beim BGA auch einer von zwei Geschäftsführern des BDEX, wofür der BGA einen Pauschalbetrag erhalten hat. Der BDEX hat an Siemann festgehalten. Es wird für wahrscheinlich gehalten, daß der BDEX – möglicherweise zusammen mit anderen – in Bonn ein eigenes Büro unter Leitung Siemanns eröffnet.

Neue BMW-Beteiligung

München (dpa/VWD) – Die Bayerische Motoren Werke AG engagiert sich zunehmend in der Spitzentechnologie. Mit der CISI (Compagnie Internationale de Service en Informatique), dem zweitgrößten Unternehmen für Computer-Service in Europa mit Sitz in Frankreich, wurde vereinbart, daß BMW 40 Prozent an Cicsigraph, übernimmt. Cicsigraph ist eine CISI-Beteiligung und beschäftigt 200 Mitarbeiter.

Umschuldung perfekt

New York (VWD) – Uruguay hat sich mit dem Lenkungsausschuß seiner Gläubigerbanken grundsätzlich über die Umschuldung von Krediten geeinigt. Wie die Citibank mitteilte, beinhaltet die Grundsatzvereinbarung Verbindlichkeiten, die bis 1989 fällig werden. Die Rückzahlung soll 1988 beginnen und bis 1996 dauern.

Busse für Istanbul

München (AP) – Einen Großauftrag mit einem Wert von knapp 90 Mill. DM über insgesamt 520 Omnibusse hat die türkische Stadt Istanbul der MAN-Beteiligungsgesellschaft Manas erteilt. Die Busse sollen von der Manas, an der MAN eine Beteiligung von 34 Prozent hält, im Werk Istanbul gebaut werden. MAN werde aus der Bundesrepublik Teile und Komponenten im Wert von rund 35 Mill. DM liefern. Die Fahrzeuge sollen bis Ende 1986 ausgeliefert werden.

VEREINIGTE STAATEN

Arbeitslosenquote ist auf sieben Prozent gesunken

H.-A. SIEBERT, Washington

Sechs Monate lang stagnierte in den USA die Arbeitslosenquote bei 7,3 Prozent, im August ist sie überraschend auf sieben Prozent (ohne Militär) gerutscht. Präsident Reagan feierte das Ereignis als „eine aufregende Nachricht und Beweis dafür, daß die amerikanische Wirtschaft wieder Fahrt aufnimmt". Gedämpfter war die Erklärung der Leiterin des Büros für Arbeitsstatistik, Jane L. Norwood, die saisonale Verzerrungen nicht ausschloß. Andere Beobachter halten ein Anziehen der Rate schon im September für möglich. Das Forschungsinstitut Data Resources Inc. sagt eine langsame Zunahme der Arbeitslosenzahl voraus; bis Ende 1986 soll die Arbeitslosigkeit auf 7,5 Prozent steigen.

Für Verzerrungen sprechen diese Faktoren: Die Arbeitslosenrate der Teenager sackte von 19,5 auf 17,3 Prozent, die der schwarzen Jugendlichen von 41,3 auf 34,4 Prozent. Viele von ihnen hielten kurzfristige Jobs während der Sommerferien. Bemerkbar machte sich auch das Ende des Teamster-Streiks sowie die geringste Zahl von Autofabriken, die für das neue Modelljahr umgerüstet werden. Von 310 000 neuen Arbeitsplätzen wurden 37 000 in der Weiterverarbeitung geschaffen, davon 25 000 in der Automobilindustrie.

Die Zahl der US-Arbeitslosen sank im August um 324 000 auf 8,13 Mill.; von ihnen erhielten jedoch nur 2,4 Mill. ein wöchentliches Arbeitslosengeld von durchschnittlich 120,60 Dollar, weil ihre Anspruchsfrist von 26 Wochen ausgelaufen ist. Legt man die deutsche Ermittlungsmethode zugrunde, dann beträgt die US-Arbeitslosenrate etwa 8,5 Prozent.

INTERNATIONALE FUNKAUSSTELLUNG IN BERLIN / Mehr Fachbesucher

Große Erwartungen noch übertroffen

tb. Berlin

Die Internationale Funkausstellung 1985 in Berlin, die gestern nach zehntägiger Dauer zu Ende ging, war ein voller Erfolg. Die großen Erwartungen, mit denen die Unterhaltungselektronik-Branche an die Spree gekommen war, wurden nach Angaben der AMK Berlin an vielen Ständen noch übertroffen. Ähnlich äußerten sich bereits Ende vergangener Woche große deutsche Hersteller der Branche.

In ihrem Abschlußbericht hebt die AMK Berlin den hohen Anteil qualifizierter Fachbesucher aus dem In- und Ausland hervor. Damit bleibe Berlin Orderplatz Nummer eins in Europa. Fast jeder zweite Fachhändler, der die Ausstellung besuchte, hat an den Ständen Abschlüsse getätigt. Die Inlandsnachfrage komme jetzt auf Touren und im Export wurden Steigerungsraten auf hohem Niveau erzielt, heißt es im Abschlußbericht weiter.

Geordert wurden nach diesen Angaben vor allem Neuheiten – und hier Geräte mit „zukunftssicherer" Technik. Das betrifft sowohl die neuen Sende-, Empfangs- und Vermittlungstechnologien (Kabel- und Satellitenprogramme) als auch die Geräte selbst, deren Ausrüstung dem neuesten Stand der Technik entsprechen mußte.

Bei Fernsehgeräten „gingen" die flachen, eckigen Bildschirme sowie Apparate mit teilweise digitaler Signalverarbeitung. Stereoton, mit Videotextdecoder ausgerüstete Geräte, Kabeltuner, Multinormgeräte und Portables waren ebenfalls gefragt. Auf dem Videorecordermarkt wurden vor allem Geräte bestellt, die die Zukunft bereits „eingebaut" haben (etwa Recorder mit VPS-Decoder).

Im HiFi-Bereich wurden vom Handel höhere Ansprüche an Klang und Komfort gestellt. Geordert wurden nicht nur Compact-Disc-Spieler, sondern auch verstärkt andere HiFi-Komponenten. In diesem Sektor werde der Verbraucher qualitätsbewußter, war in Ausstellerkreisen zu hören.

Sowohl Qualität als auch Quantität bestimmten das Ordergeschehen bei der sogenannten Henkelware (Koffer- und Uhrenradios, tragbare Kassettengeräte). Hier wurden vor allem „Minis" bestellt. Bei Autoradios verstärkte sich dagegen der Trend zu hochwertigen Produkten im mittleren Preisbereich.

Mit rund 380 000 lag die Zahl der Besucher um gut 40 000 niedriger als vor zwei Jahren. Dieser Rückgang betraf jedoch nur die „privaten Sehleute", die Zahl der Fachbesucher stieg dagegen von 50 000 auf 57 000. An der Funkausstellung beteiligten sich 350 Aussteller sowie 199 zusätzlich vertretene Firmen aus 22 Ländern. Die nächste Funkausstellung in Berlin findet 1987 statt.

ITALIEN

Kampf gegen das Haushaltsdefizit

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Regierung ist entschlossen, mit dem Finanzgesetz für 1986 die Grundlagen für einen Abbau des Staatsdefizits zu legen. Das Finanzgesetz muß bis Ende dieses Monats dem Parlament zur Verabschiedung vorgelegt werden. Ausgangspunkt ist der von Schatzminister Giovanni Goria vorgelegte Stufenplan, mit dem im Laufe der kommenden drei Jahre 50 000 Mrd. Lire (76 Mrd. DM) zusätzlich eingenommen oder eingespart werden sollen; davon 18 000 Mrd. Lire schon 1986. Ohne so einen Eingriff würde der Kassenfehlbetrag – nach Berechnungen des Schatzministeriums – 18,8 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) erreichen; 1984 waren es 15 Prozent des BIP. In der Bundesrepublik und in Frankreich betrug das Haushaltsdefizit 1984 nur 2,3 und 2,9 Prozent des BIP.

Um das Defizit 1986 auf der Höhe des diesjährigen Fehlbetrages einzufrieren, will die italienische Regierung die Zunahme der Staatsausgaben auf sechs Prozent begrenzen. Das entspräche real einer Abnahme von ein Prozent. Erreicht werden soll dies vor allem durch entsprechende Personalmaßnahmen, durch Einsparungen von Sozialausgaben und durch die Erhöhung der Preise und Gebühren für öffentliche Dienst- und Verkehrsleistungen.

Schluß gemacht werden soll mit Mißverhältnissen. Sie haben beispielsweise bei den Staatsbahnen dazu geführt, daß hier 1984 mit den Einnahmen aus dem Güter- und Personenverkehr nicht einmal die Hälfte der Personalkosten gedeckt werden konnte. Geplant sind auch teilweise höhere Mehrwertsteuersätze. Ein Handikap ist, daß über den Indexmechanismus der gleitenden Lohnskala Preiserhöhungen sofort an die Löhne weitergegeben werden. Unsicher ist, ob eine Vermögenssteuer eingeführt oder Schatzamtspapiere in Zukunft besteuert werden.

Die Sanierungsstrategie geht davon aus, daß der in den letzten 15 Jahren aufgebaute Wohlfahrtsstaat inzwischen auf Pump lebt und gewisse Leistungen wieder zurückgeschraubt werden müssen. Das betrifft beispielsweise den staatlichen Gesundheitsdienst, dessen Fehlbetrag allein einem Viertel des Gesamtdefizits des Staates entspricht.

USA / Belegschaftsaktien-Fonds umstritten – Zugriff auf das Kapital erst nach Ausscheiden aus dem Berufsleben

Viele Firmen beteiligen ihre Mitarbeiter am Gewinn

H.-A. SIEBERT, Washington

In der US-Wirtschaft wächst die Zahl der Unternehmen, die ihre Mitarbeiter am Gewinn oder Kapital beteiligen. Nach einer Aufstellung der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York haben bisher 480 000 Firmen mit 25 Mill. Beschäftigten verschiedene Modelle der Gewinnbeteiligung eingeführt. Hinzu kommen 6000 Aktiengesellschaften, deren zehn Mill. Mitarbeiter zugleich Aktionäre sind.

Das heißt, von den 80 Mill. Arbeitnehmern in der amerikanischen Privatwirtschaft (ohne Landwirtschaft) sind fast 44 Prozent am Gewinn oder Kapital beteiligt. Dieser hohe Prozentsatz läßt sich allerdings nicht ohne weiteres mit den Verhältnissen in Westeuropa vergleichen. Die meisten US-Beteiligungsmodelle sind so konstruiert, daß die Begünstigten erst bei Ausscheiden aus dem Berufsleben über ihre Anteile verfügen dürfen. Unternehmen mit Beteiligungsplan zahlen außerdem nur selten eine Betriebspension.

Folgt man der Kammer, dann sind viele US-Beteiligungsmodelle faktisch Pensionsfonds, deren jährliche Dotierung vom Jahresergebnis abhängt. Das Risiko ist jedoch begrenzter als es zunächst scheint, da es in der Regel den Mitarbeitern überlassen bleibt, wie die in den Fonds fließenden Gewinnanteile angelegt werden. Manche Firmen schließen sogar die Anlage in eigene Schuldverschreibungen oder Aktien aus.

In den USA umstritten ist aber eine riskantere Form der Kapitalbeteiligung, die in den letzten Jahren einen Boom erlebt hat: der Belegschaftsaktien-Fonds (Employee Stock Ownership Plan oder kurz Esop). Dieser Fonds verwendet zum Beispiel Dividenden für den Erwerb von Aktien des arbeitgebenden Unternehmens. Die Arbeitnehmer können ihre Aktienanteile erst nach Erreichen der Altersgrenze oder beim Ausscheiden verkaufen, wobei zumeist der Fonds oder die Firma diese Anteile erwirbt.

Unternehmen nutzen den Esop auch, um die eigene Kapitalausstattung zu geringen Kosten zu verbessern. Häufig nimmt der Fonds Bankkredite auf, die dann dem Arbeitgeber gewährt werden. Im Gegenzug erhält er dafür firmeneigene Aktien. Im gleichen Maße, wie das Fondsdarlehen getilgt wird, werden die Aktien den Konten der Arbeitnehmer gutgeschrieben. Auch hier besteht ein Zugriffsrecht erst beim Ausscheiden.

Der amerikanische Staat fördert Belegschaftsaktienfonds, indem Anteilseigner, die ihre Papiere zum Marktwert an einen Fonds verkaufen, auf den Erlös nur die Kapitalgewinnsteuer von höchstens 20 Prozent zahlen. Banken müssen lediglich die Hälfte der Zinseinnahmen aus Krediten an Belegschaftsfonds versteuern. Auch die Unternehmen sind besser gestellt, während die Entnahme erst nach der Pensionierung zu einem geringen Satz versteuert wird. Praktisch finanziert der Staat diese Art Kapitalbeteiligung: Für 1990 werden die Kosten des Fiskus auf 4,4 Mrd. Dollar veranschlagt.

Kritisiert wird, daß die Firmen vom Esop mehr profitieren als die Mitarbeiter. Außerdem kann der Fonds durch Übertragung großer Aktienpakete als Schutzinstrument gegen feindliche Übernahmen verwendet werden. Überdies haben die Belegschaftsaktionäre meistens nicht die gleichen Rechte wie die anderen Anteilseigner; Fonds-Treuhänder sind häufig leitende Mitarbeiter der Firma. Indes, noch hält sich die Zahl der schwarzen Schafe in Grenzen.

Nach den Erfahrungen der Kammer sehen in vielen Fällen Arbeitgeber wie Gewerkschaften in der Gewinn- oder Kapitalbeteiligung einen fairen Ausgleich für Zugeständnisse beim Barlohn oder für Lohnverzichte zur Erhaltung von Arbeitsplätzen. Aber: Die Steuerpläne der Reagan-Administration sieht die Beschneidung vieler Begünstigungen vor, so daß sich eine Beteiligung für die Unternehmen verteuerte. „Dann wird sich zeigen, ob hinter der Beteiligungswelle mehr steckt als nur der Versuch, Steuern zu sparen", meint die Kammer.

ALLIED-LYONS / Aktien des Getränkeriesen gestiegen

Kaufofferte aus Australien

dpa, London

Den größten Firmenaufkauf der britischen Wirtschaftsgeschichte will der australische Mischkonzern „Elders I XL" voraussichtlich als Führer eines „Konsortiums" mit einem Übernahmeangebot in Höhe von 1,7 Mrd. Pfund (6,6 Mrd. Mark) für den britischen Brauerei- und Getränkeriesen Allied-Lyons PLC durchführen. Die australische Gesellschaft teilte am Donnerstag abend in London mit, daß sie bereits 40 Mill. Allied-Aktien oder 6,02 Prozent des Kapitals der Allied-Gruppe in ihrem Besitz hat.

Eine Gruppe internationaler Banken unter Führung der Citibank ist nach Darstellung von Elders-Chef John Elliott (43) in der Schlußphase der Vorbereitungen eines Kreditabkommens. Dies soll es dem australischen Unternehmen ermöglichen, den Allied-Aktionären eine Offerte von 2,50 Pfund (9,77 Mark) pro Aktie zu unterbreiten.

Allied-Chef Sir Derrick Holden-Brown reagierte am Donnerstag abend sofort scharf auf das nach seiner Meinung „absurd unzureichende" Angebot. Die Aktien der Allied-Gruppe sind aufgrund von Übernahmespekulationen am Donnerstag um 19 Pence auf 2,86 Pfund (11,18 Mark) gestiegen. Bei diesem Kurs würde der Aufkauf der Allied-Lyons sogar bereits 1,93 Milliarden Pfund (7,55 Milliarden Mark) kosten. Die bisher kostspieligste britische Firmenübernahme hatte die BAT Industries vor einiger Zeit knapp eine Milliarde Pfund (3,91 Milliarden Mark) gekostet, als sie die Eagle-Star-Versicherung aufkaufte.

Die australische Gesellschaft verfügt über Brauerei-, internationale Handels-, Finanz- und Rohstoffinteressen und wird 1985 rund 3,3 Milliarden Pfund (12,9 Milliarden Mark) umsetzen. Die Allied-Lyons beschäftigt 72 000 Mitarbeiter und ist noch erheblich größer. Ihr Chef glaubt, daß die australische Gesellschaft mit dem Hinweis auf ein Übernahmekonsortium nur eine Zerschlagung der Allied-Lyons in zahlreiche Einzelgesellschaften zum Ziel haben kann und lehnte auch aus diesem Grund die mögliche Offerte ab.

ÖSTERREICH / Nordrhein-Westfalen als Gastland auf der Wiener Herbstmesse

Deutsche Industriepartnerschaft gesucht

HARALD POSNY, Düsseldorf

Mehr mit den Segnungen der seit zehn Jahren geübten Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern als mit von ihm als Marktwirtschaftler ungeliebten staatlichen Förderprogrammen wirbt der Präsident der Sektion Industrie der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Philipp von Schoeller, für deutsch-österreichische Industriepartnerschaft. Anläßlich der bevorstehenden Wiener Herbstmesse, auf der Nordrhein-Westfalen als offizielles Gastland mit 25 mittelständischen Unternehmen vertreten sein wird, sagte von Schoeller – zugleich Vizepräsident der Vereinigung österreichischer Industrieller – das Vertrauen in diese „merkwürdige Partnerschaft ohne Gesetz" sei beim Bürger stärker als in die Regierungen, gleich welcher Couleur. Arbeitsfriede (5,3 Sekunden Streikzeit je Arbeitnehmer 1983, Bundesrepublik eine Minute) gelte mehr als die Gefahr strukturversteinernder Wirkungen.

Seiner Einschätzung nach würde eine Gefährdung der Sozialpartnerschaft Regierungskrisen zur Folge haben. Gleichwohl erwartet Wien noch im Herbst eine „sehr schwere Belastungsprobe" für dieses Tarifpartnersystem. Der Bundessozialminister – zugleich Obmann der Angestelltengewerkschaft – schieße mit der Forderung nach einer Novellierung des Arbeitsverfassungsrechts in der Frage der Mitbestimmung weit über das Ziel hinaus.

Ideologisches Gedankengut prägt auch nach den Worten von Schoeller immer wieder geführte Diskussionen um eine Reprivatisierung von sofort nach Kriegsende verstaatlichten Betrieben namentlich der Montanindustrie. Ideologiedenken sei dabei noch ausgeprägter als bei der Verstaatlichung auf Druck der sowjetischen Besatzungsmacht. In Staatsbetrieben ist etwa ein Sechstel der insgesamt 600 000 Industriebeschäftigten tätig.

Der Arbeitgeber-Vize verhehlte nicht Sympathien gegenüber einer EG-Mitgliedschaft, die dem Land jedoch aufgrund des Staatsvertrags und der damit verbundenen Neutralitätserklärung versperrt ist.

Der Handel mit dem Westen sei ausbaufähig, während der Ostanteil am Gesamthandelsvolumen (vor allem mit Jugoslawien, Ungarn und der Sowjetunion) bei derzeit zwölf Prozent bleiben sollte.

Österreich ist der mit Abstand größte Handelspartner der Bundesrepublik. Nach zweistelligen Steigerungsraten im In- und Export bestreitet der Import aus der Bundesrepublik 40 und der Export nach Deutschland 50 Prozent des gesamten Außenhandelsvolumens.

Im letzten Jahr wies der Außenhandel Österreichs mit der Bundesrepublik nach 2,6 Mrd. Export und 5,2 Mrd. DM an Importen ein Defizit von 2,6 Mrd. DM auf. Mehr als auf das durch Fremdenverkehrseinnahmen und Auslandsinvestitionen gemilderte Handelsdefizit stören Regierung und Wirtschaft das Schwergewicht der Ausfuhren bei Grundstoff- und Halbfertigfabrikaten.

Erdgasvorkommen in Qatar entdeckt

dpa/VWD, Qatar

Das möglicherweise größte Erdgasvorkommen der Welt, das „North Dome"-Feld im arabischen Golfstaat Qatar, könnte in einigen Jahren für das gut versorgte Westeuropa eine Alternative zu den Erdgaslieferungen aus der Sowjetunion darstellen. So sehen zumindest Wirtschaftskreise in der Golfregion die Aussichten für das „North Dome"-Feld, ein 6000 Quadratkilometer umfassendes Offshore-Gebiet, dessen Vorkommen Experten auf mindestens 4,25 Bill. Kubikmeter Erdgas schätzen. Die ersten beiden Phasen dieses ehrgeizigen Projektes sehen die Versorgung Qatars und seiner Nachbarländer mit Erdgas vor. In der dritten Phase sollen nach dem Plan täglich 23 Mill. Kubikmeter Gas nach Europa und Japan geliefert werden.

An dem Projekt sind bisher der japanische Marubeni-Konzern, British Petroleum (BP) und Compagnie Française des Petroles (CFP-Total) mit jeweils 7,5 Prozent beteiligt. Investitionen von mindestens 13 Milliarden Dollar sind geplant.

RENTENMARKT / Die Dollarerholung überraschte

Leichter Renditenanstieg

Erstmals seit einem halben Jahr, in dem die Zinsen am Kapitalmarkt um rund anderthalb Prozentpunkte auf den niedrigsten Stand seit sieben Jahren gesunken sind, haben sich die Renditen in der vorigen Woche leicht erhöht. Das wird am Markt jedoch nicht als sonderlich beunruhigend angesehen.

Viele Experten hatten bei freundlicher Grundtendenz ohnehin mit einer Konsolidierungspause gerechnet. Ihr Auslöser war einmal ein leichter Wiederanstieg der US-Zinsen, vor allem aber die unerwartet kräftige Erholung des Dollar um rund 13 Pfennig auf 2,91 DM. Diese Überraschung an der Devisenfront hat einige Händlerbanken bewogen, Material abzugeben, und Emissionsinstitute haben offengelassene Refinanzierungen jetzt eingedeckt. (cd)

Emissionen	6.9. 85	30.8. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,86	5,84	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,09	6,08	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,81	5,81	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,38	6,44	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,89	5,87	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,52	5,49	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,57	6,56	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,89	5,87	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	6,74	6,71	7,20	8,08	8,45

KALI-CHEMIE / Bessere Erträge in allen Bereichen

Positiver Trend verstärkt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Kali-Chemie AG, Hannover, ein Unternehmen der belgischen Solvay-Gruppe, ist auf dem besten Weg, die ohnehin guten Ergebnisse des letzten Geschäftsjahres 1984 im laufenden Jahr noch zu übertreffen. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, hat sich die gute Geschäftsentwicklung des Vorjahres in noch verstärktem Maße fortgesetzt. Dies gelte nicht nur für den Umsatz, der im ersten Halbjahr 1985 in der Gruppe um 18 Prozent auf 918 (776) Mill. DM zunahm, sondern gleichermaßen für die Ertragslage.

Eine gute Auslastung attestiert der Vorstand den in- und ausländischen Produktionskapazitäten des Unternehmensbereichs Chemie, der mit 67 Prozent zum Gesamtumsatz beiträgt. Die günstige Entwicklung im Auslandsgeschäft ließ den Umsatz der Pharma-Sparte um 16 Prozent wachsen. Parallel dazu verbesserte sich in wichtigen regionalen Märkten die Ertragslage. Der Umsatz der noch jungen Bio-Sparte erhöhte sich gegenüber dem ersten Halbjahr 1984 ebenfalls um 16 Prozent, wobei das Ergebnis überproportional stieg.

Ähnlich wie in der Gruppe wuchs der Umsatz der AG vor allem aufgrund des guten Auslandsgeschäfts um 14 Prozent auf 353 (310) Mill. DM. Immerhin ergab sich aber auch im Inland ein Zuwachs von 4 (Gruppe plus 11) Prozent.

Der Exportanteil in der AG liegt jetzt bei 50 Prozent. Investiert wurden im Berichtszeitraum 15,8 (13,8) Mill. DM. Weiter verstärkt worden sei die Kapitalausstattung bei den Beteiligungsgesellschaften. Ungewöhnlich für Kali-Chemie-Verhältnisse ist die Vergabe des Prädikats „gut" für die Ertragslage der AG. Die weitere Entwicklung sei aus heutiger Sicht positiv zu beurteilen.

IMOTEX / Rund 14 000 Kunden im Einzelhandel

Mitnahmemarkt für Mode

HARALD POSNY, Neuss

Die Modezentren in der Bundesrepublik, jene Synthese für den Bekleidungshersteller zwischen eigenem Verkaufsaußendienst und bundesweiten Modemessen, erfreuen sich wachsenden Zuspruchs. Immer mehr DOB-Fachgeschäfte, Bekleidungshäuser, Textil-Vollsortimenter und Boutiquen nutzen die Möglichkeit, auf engem Raum aktuelle Mode zu sehen, Preise zu vergleichen und Ware sofort mitzunehmen.

Anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Internationalen Mode- und Textilzentrums (Imotex) in Neuss, des bedeutendsten unter den bundesweit bestehenden Modezentren, wurden Rentabilitätsvorteile für den Einzelhandel, Erhöhung des Lagerumschlags, Verringerung der Preisabschriften und Verminderung von Lieferrisiken durch die sofortige Mitnahme der Ware unterstrichen. Weitere Modezentren bestehen in München (2), Nürnberg, Sindelfingen, Eschborn, Düsseldorf (Igedo-Fashion House), Hannover und Hamburg.

In Neuss sind derzeit auf 60 000 qm Fläche in Showräumen und Verkaufslagerflächen 240 Mieter, Hersteller, Importeure, Grossisten und Handelsvertreter für Bekleidung, Accessoires, Lederwaren, Schuhe und Modeschmuck vertreten. Ein nicht unbedeutender Teil der Mieter sind ausländische Unternehmen. Die Mieter zeigen rund 750 Kollektionen, bei denen sich in letzter Zeit ein deutlicher Trend zu hochwertigerer und modischerer Ware statt preiswerter „Schnelldreher" verstärkt.

Der Fachhandel kommt aus einem Umkreis von 150 km nach Neuss, aber auch aus den Benelux-Ländern. Der Kundenkreis hat sich auf rund 14 000 erhöht, kürzlich wurden erstmals 10 000 Einkäufer innerhalb einer Woche gezählt. Der im Zentrum getätigte Umsatz liegt bei mindestens 800 Mill. DM.

Die stärkste Kundengruppe sind DOB-Fachgeschäfte (45 Prozent) und Boutiquen (27 Prozent). „Gelegenheitskäufer wandeln sich zudem in Planungskäufer", beschreibt Unternehmensberater Leo Lickes „die Hersteller-Plattform für den anspruchsvollen Fachhandel". Der Andrang auf die jährlich den Mieter wechselnden 5000 qm ist groß, die Imotex-Warteliste lang. Über eine Erweiterung um 5000 qm, aber auch an einen Wandel zu mehr Orderzentrum anstatt Mitnahmemarkt für Mode, wird nachgedacht.

NEUE HEIMAT STÄDTEBAU / Noch einmal 200 Millionen Mark Verlust – Grundkapital auf 5 Millionen herabgesetzt

Ein stilles Ende unter einem anderen Namen

JAN BRECH, Hamburg

Die Neue Heimat Städtebau (NHS), die Ende vergangenen Jahres in eine AG umgewandelt worden ist, erweist sich für die schwer angeschlagene gewerkschaftseigene Unternehmensgruppe Neue Heimat immer mehr als ein Faß ohne Boden. In dem jetzt vorgelegten Abschluß für das Geschäftsjahr 1984 präsentiert der Konzern bei einem Umsatz von 175 Mill. DM einen Verlust von gut 200 Mill. DM, der unter dem Strich durch einen vorweg geleisteten Zuschuß des Hauptaktionärs VHU (Tochtergesellschaft der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft) auf 133,4 Mill. DM reduziert wird. Einschließlich des Verlustvortrags von 88,3 Mill. DM summiert sich der Fehlbetrag in der Bilanz auf 225 Mill. DM.

Durch die Umwandlung in eine AG ist es der NHS möglich geworden, diesen Verlust durch Kapitalherabsetzung zu tilgen. Das Grundkapital der NHS, die den nicht steuerprivilegierten Teil der Gesamtgruppe darstellt, ist per Beschluß der Hauptversammlung am letzten Donnerstag um 225 auf 5 Mill. DM herabgesetzt worden. Die gewerkschaftlichen Gesellschafter haben damit seit 1981 rund 1,5 Mrd. DM aufbringen müssen, um den Kollaps der NHS zu verhindern.

Ein Ende ist immer noch nicht abzusehen. Risiken schlummern vor allem noch bei der Neuen Heimat International, in der das gesamte Auslandsengagement zusammengefaßt ist. Diese Gesellschaft ist inzwischen aus der AG ausgegliedert worden, indem die NHS 90 Prozent des von ihr gehaltenen Kapitals von 80 Mill. DM zum Nominalwert von 72 Mill. DM an die VHU und die Vermo GmbH, beide Frankfurt, veräußert hat. Die beiden neuen Hauptgesellschafter schießen zusätzlich 170 Mill. DM ein, damit zur Abwicklung der Auslandsaktivitäten insgesamt 250 Mill. DM Eigenmittel zur Verfügung stehen.

Nach der Ausgliederung der Auslandsaktivitäten, mit dem Ziel dieses Geschäft auf längere Sicht komplett aufzulösen, bleibt von der NHS nicht mehr viel. Bereits 1984 sind die bauwirtschaftlichen Dienstleistungen im Inland auf die PlanbauContract Gesellschaft für Planung und Bauerstellung mbH, Hamburg, übergegangen. An dieser Gesellschaft ist die NHS ebenfalls nur noch mit einer Minderheit von 49 Prozent beteiligt. Die Kapitalerhöhung auf 15 Mill. DM haben als neuen Partner die VHU und co op Investitions GmbH übernommen.

Die NHS, von deren fast 800 Mitarbeitern früherer Jahre noch 264 übriggeblieben sind (143 hat die PlanbauContract übernommen), wird nach der Abwicklung ihrer restlichen Grundstücks- und Bauträgerengagements dann endgültig ihr Leben aushauchen. Den stillen Tod erlebt sie dabei nicht mehr unter ihrem mit Glanz und Elend verbundenen Namen. Die Hauptversammlung hat den Konzern jetzt in GSP-Gesellschaft für Städtebau und Planung AG umfirmiert. Ihr sind im Dienstleistungsbereich das skandalumwitterte Klinikum Aachen, Universitätsbauten in Niedersachsen sowie ein großes Bauvorhaben in Osnabrück verblieben. Außerdem Grundstücksengagements, die in den nächsten Jahren insgesamt verlustfrei, wie es im Geschäftsbericht heißt, verwertet werden sollen. Entsprechendes gilt für im Bestand verbliebene Eigentumsobjekte.

Die Vorsorgemaßnahmen für die noch in diesen Inlandsobjekten steckenden Risiken haben das Ergebnis 1984 erheblich belastet. Über das Ausmaß schweigt sich der abweichend von früheren Jahren vom Vorstand nicht kommentierte Geschäftsbericht aus. Noch gravierender dürften die Verluste im Ausland gewesen sein. Das betrifft vor allem die Problemländer Frankreich, Mexiko, Venezuela und Brasilien. Die Engagements in diesen Ländern können, wie es heißt, nur langfristig abgewickelt werden. Ob die bei der NHS bereitstehenden Eigenmittel von 250 Mill. DM und die vorsorglich gebildeten Rückstellungen ausreichen, die möglichen Risiken abzudecken, bleibt offen.

Die Bilanzstruktur der NHS nach der Kapitalherabsetzung macht den Auflösungsprozeß deutlich. Die Eigenmittel machen ganze 0,4 Prozent der Bilanzsumme von 1,18 Mrd. DM aus. 70,4 Prozent entfallen auf Verbindlichkeiten, 29,2 Prozent auf Rückstellungen. Das Anlagevermögen steht mit 377 Mill. DM zu Buch. Im Umlaufvermögen machen mit 281 Mill. DM die zum Verkauf bestimmten Grundstücke und Vorräte sowie Forderungen an verbundene Unternehmen mit 369 Mill. DM die dicksten Posten aus. Von den Forderungen entfallen allein 319 Mill. DM auf Auslandsgesellschaften.

SCHUH-UNION

Zur neuen Saison gut beschäftigt

nl. Stuttgart

Die Schuh-Union AG, Rodalben/Pfalz, bekannt durch ihre Schuhmarken „Servas", „Dorndorf" und „Remonte", bezeichnet ihre derzeitige Beschäftigungslage als „gut". Die in diesen Tagen stattfindenden Ausmusterungen für die Saison Frühjahr/Sommer 1986 liefen positiv. Für das Geschäftsjahr 1985 rechne man mit einer geringfügigen preisbedingten Umsatzsteigerung. Auch werde ein positives Ergebnis erwartet.

Im Geschäftsjahr 1984 war der Umsatz des Inlandskonzerns um 10 Prozent auf 189,4 Mill. DM angestiegen. Im Ausland wurde zusätzlich ein Umsatz von 84 (69) Mill. DM erzielt. Die AG weist einen Jahresüberschuß von 6,4 (5,0) Mill. DM aus. Nach Einstellung von 0,32 (0,32) Mill. DM in die Rücklagen werden auf 30 Mill. DM Stammaktien 2 (1,4) Prozent und auf die 10 Mill. DM Vorzugsaktien 20 (16) Prozent Dividende gezahlt. Investiert wurde 1 Mill. DM und abgeschrieben 0,9 Mill. DM. In der gut gepolsterten Bilanz steht der Eigenkapitalanteil mit 69 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten beläuft sich im Inland auf über 1400.

KONSUMKLIMA / Studie läßt Wende erkennen

„Boom der Weißen vorbei"

HANS BAUMANN, Essen

Die konjunkturelle Belebung ist erwiesen. Gilt sie auch schon für den Lebensmittelhandel? Guido Sandler, persönlich haftender Gesellschafter der Oetker-Gruppe, gibt eine sehr differenzierte Antwort: Auch wenn er nicht schwarzmalen wolle, so stehe doch fest, daß der mit 140 Mrd. DM bedeutende Jahresumsatz des Lebensmitteleinzelhandels stagniert. In Bereichen wie Margarine, Fertigpuddinge, Dosensuppen, Tee und Bier sei dieser Umsatz sogar rückläufig. Der Grund: Bisher habe sich die Bevölkerung beim Konsum deutlich zurückgehalten.

Doch der Markt wandelt sich nach Auskunft von Guido Sandler. Die jüngsten Daten der Studienreihe der GfK Handelsforschung, Nürnberg, „Konsumklima" 1985 lassen eine Wende für das Herbst- und Weihnachtsgeschäft erkennen. Es wird zwar nach wie vor gespart, doch gleichzeitig hat die Bereitschaft, etwas anzuschaffen, deutlich zugenommen. Nach Sandler werden damit die auf die hohe Kante gelegten Mittel zumindest teilweise für Einkäufe von Gebrauchs- und Konsumgütern verwendet. Stütze dafür, so GfK, ist die positivere Einschätzung der eigenen Finanzlage durch den Bürger.

Auch das Vertrauen zum Markenartikel hat sich nach dieser jüngsten Studienreihe gefestigt. Sandler: „Der Boom der Weißen ist endgültig vorbei." Die markenlosen Artikel seien nach Sandlers Meinung zur Bedeutungslosigkeit abgesunken. Wie GfK ermittelte, hat das Qualitätsbewußtsein „signifikant" gewonnen. Das Preisargument als einziges Kaufkriterium sei in den Hintergrund getreten. Für Sandler bedeutet das: bessere Konjunkturaussichten – auch für den bisher flauen Konsumgütermarkt und Rückbesinnung auf Qualität und Marke.

HAMBURGISCHE LANDESBANK / Zufrieden

Ergebnis weiter verbessert

JAN BRECH, Hamburg

Die Hamburgische Landesbank erwartet für das Geschäftsjahr 1985 ein „in jeder Hinsicht" wieder zufriedenstellendes Ergebnis. Nach Angaben der Geschäftsleitung hat sich der Ertrag aus dem bilanzwirksamen Geschäft im ersten Halbjahr weiter verbessert. Der Zinsüberschuß nahm trotz leicht gesunkener Zinsspanne um fünf Prozent zu. Auf dem Niveau des Vorjahres blieben die Provisionserträge. Bei fast unverändertem Verwaltungsaufwand wird die Verbesserung des Betriebsergebnisses mit acht Prozent angegeben.

An der Ertragskraft der Bank soll die Stadt Hamburg als alleiniger Aktionär auch künftig angemessen partizipieren. Das Grundkapital ist in diesem Jahr bereits zweimal um insgesamt 30 Mill. DM erhöht worden. 20 Mill. DM sind neu an Kapital zugeführt worden, zehn Mill. DM stammen aus der Umwandlung von Rücklagen in Stammkapital. Die gesamten Eigenmittel der Bank betragen nunmehr 613 Mill. DM, davon 424 Mill. DM Stammkapital und 189 Mill. DM freie Rücklagen.

Zur Entwicklung im ersten Halbjahr heißt es, daß das Geschäftsvolumen weiter ausgedehnt worden sei. Die Bilanzsumme erhöhte sich um sechs Prozent auf 33,1 Mrd. Mark. Besondere Schwerpunkte bildeten das langfristige Geschäft, das Wertpapier- und Schuldscheingeschäft sowie der Geld- und Devisenhandel. Die Hamburgische Landesbank, so betont die Geschäftsleitung, habe ihre Positionen an den Finanzmärkten und am Hamburger Platz weiter gefestigt. Ihr Marktanteil (gemessen an Krediten an Nichtbankkundschaft) liegt nach eigenen Angaben bei 16,9 Prozent. Das gesamte Kreditvolumen nahm trotz verhaltener Nachfrage der Wirtschaft um sechs Prozent auf 30,8 Mrd. DM zu.

NAMEN

Heinrich Breitenfelder (44) übernahm bei Gebr. Märklin & Cie. GmbH, Göppingen, am 1. September 1985 die Geschäftsführung für das Ressort Finanzen/Controlling. Für Vertrieb/Marketing zeichnet Dr. **Wolfgang Huch** (47) verantwortlich und **Ernst Menken** (45) untersteht der Bereich Technik/Produktmanagement.

Georg Hehner (56), bislang Direktor Export Organisation bei der Adam Opel AG, Rüsselsheim, wurde zum Direktor Vertrieb Inland ernannt. Sein Nachfolger wird **Richard F. McGill** (56), Leiter Internationale Export-Verkäufe bei General Motors.

Bernd Metzger (29), bisher Marketingleiter bei Elizabeth Arden, Düsseldorf, wird zum 1. Oktober 1985 Geschäftsführer der Parfums Christian Dior GmbH, Köln, als Nachfolger von **Herbert Klein** (48), der zu Juvena wechselt.

Hans-Peter Buhlinger wurde Geschäftsführer der Sony-Vertretung Koch & Böpple GmbH, Freiburg.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Heinz Stehle: Mitarbeiterbeteiligung – ein Mittel zur Leistungssteigerung und Unternehmensfinanzierung. Taylorix Fachverlag, Stuttgart 1985, 144 S., 37,80 Mark.

Die Mitarbeiterbeteiligung gewinnt immer mehr an Bedeutung – auch für mittlere und kleinere Unternehmen. Sie ist auf der einen Seite ein Instrument zur Leistungssteigerung und Verbesserung der Motivation von Mitarbeitern, das, wie die Vergangenheit aufgezeigt hat, nachweisbar Erfolg bringt. Andrerseits führt sie dem Unternehmen zu günstigen Bedingungen neue Mittel zu und dient schließlich dazu, bewährte Mitarbeiter an das Unternehmen verstärkt zu binden. Mit Beispielen, Musterverträgen, Tabellen und Checklisten führt der Autor umfassend und praxisorientiert in die mit der Beteiligung von Mitarbeitern verbundenen Probleme ein.

Märkte – Informationen für die Werbeplanung: Tiefkühlkost, Fertiggerichte, Suppen. Axel Springer Verlag AG, Marketing Anzeigen, Berlin 1985, 71 Seiten, 50 Mark.

Tiefkühlkost, Fertiggerichte und Suppen sind zu einem Milliardengeschäft geworden. Der Umsatz dieser Produkte betrug 1984 mehr als 5 Mrd. DM. Die Marktanalyse stellt Produkte und Produzenten vor und beschreibt die Nachfrageentwicklung. Ein internationaler Vergleich der Märkte und eine Beschreibung der Werbeaufwendungen runden die Untersuchung ab. Die Zukunft der Branche sehen die Analytiker positiv: Innovationen dürften auch künftig für Mengenzuwachs sorgen.

Hans-Hermann Höhmann/Heinrich Vogel (Hrsg.): Osteuropas Wirtschaftsprobleme und die Ost-West-Beziehungen. Nomos Verlag, Baden-Baden 1984, 385 S., 68 Mark.

Das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien veranstaltete im Dezember 1982 eine internationale Konferenz zu dem Thema „Osteuropas Wirtschaftskrise". Ziel war es, in einer eingehenden Diskussion von Wirtschaftswissenschaftlern und Politologen den Zusammenhang zwischen einer erheblich verschlechterten innen- wie außenwirtschaftlichen Situation der Mitgliedsländer des Warschauer Pakts und der inneren „Stabilität" dieser Staaten zu untersuchen und zugleich die Optionen westlicher Außen- und Außenwirtschaftspolitik zu diskutieren. Wesentliche Beiträge zu dieser Konferenz, ergänzt durch später verfaßte Manuskripte, sind in dem vorliegenden Band zusammengefaßt.

W. Henniger/H. Linder (Hrsg.): Das Umsteigerbuch für arbeitslose Hochschulabgänger, Athenäum Verlag, Königstein 1985, 288 S., 19,80 Mark.

Ein Buch, das sich nach dem Urteil seiner Herausgeber als „leider nützlich" bewährt hat, ist nun in dritter, erweiterter und überarbeiteter Auflage neu herausgekommen. Das „Umsteigerbuch" wendet sich an Studenten und Studienabgänger, die in Anbetracht der Arbeitsmarktsituation mit einer Laufbahn in den klassischen Berufsfeldern nicht mehr rechnen können. Entsprechend allen betroffenen Studiengängen, sind die Berufsvorschläge des Umsteigerbuchs weit gestreut. Es enthält Kapitel über Berufsmöglichkeiten in der Erwachsenenbildung und Ausländerarbeit, in Buchverlagen und Privatschulen, Entwicklungshilfe und Kirche, Datenverarbeitung, Neuen Medien und gibt darüberhinaus Ratschläge zum Selbständigmachen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: KVF Kunststoff- und Verpackungsfabrikation GmbH; **Augsburg:** B. Kugler GmbH, Malerbetrieb, Dasing; **Berlin Charlottenburg:** Nachl. d. Luise von Bardeleben; Friedrich Brante; **Bielefeld:** Dölling Beteiligungs-GmbH; **Bückeburg:** Friedrich Schmöe, Installateurmeister; **Emden:** PC-Software-Vertrieb Irmgard Tapken; **Gelsenkirchen:** Nachl. d. Dr. Norbert Leichter, Bottrop; **Hamburg:** DIMA Handels GmbH; **Hamm:** Wilhelm Wulf, Bönen-Lenningsen; **Hannover:** Bartmann GmbH; **Homburg (Saar):** Mondial Haus GmbH, Kirkel-Limbach; **Husum:** Conrad Mader GmbH; **Iserlohn:** F. H. Althaus GmbH & Co. KG; Althaus GmbH; **Kaiserslautern:** Robert Metz GmbH & Co. KG; **Lebach:** N. A. H. Autohandelsges. mbH, Nalbach; **Mainz:** Karl Philipp Naab, Nierstein; **Michelstadt:** Carlo Manfred Rupprecht, Brombachtal; **Montabaur:** Jürgen Buchholz, Hachenburg; **Neuss:** Wohnungsbau Decken GmbH & Co. KG, Kaarst 1; Wohnungsbau Decken GmbH, Kaarst 1; **Siegen:** Conto Control Filtec Kontrollanlagen GmbH; **Uelzen:** Nachl. d. Otto Schmid, Dipl.-Landwirt; **Wesel:** Bauträger Wilhelm Bosserhoff GmbH, Voerde 1.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Brilon: Sport- u. Freizeitzentrum Winterberg GmbH & Co. KG, Winterberg; Sport- u. Freizeitzentrum Winterberg GmbH, Winterberg; **Königstein/Ts.:** Elke Karin Wafaee geb. Ronowski, Inh. d. Orient-Teppich-Import „Wafaee", Bad Soden/Ts.

Konkurs beantragt: Münster: GENI Kaminzubehör Gisela Nientiet GmbH & Co. KG.

Wochenschlußkurse

New York

	6.9.	30.8.
Adv. Micro Dev.	27	26,5
Aetna Life	43,625	44,25
Alcan Aluminium	27,5	28,5
Alcoa	34,875	35,625
Allied Chemical	42,375	41,5
AMR Corp.	44	44,125
Amax	15,25	15,625
Am. Cyanamid	53,375	54,375
Am. Express	42,375	41,375
Am. Motors	3,25	3,125
Am. Tel. & Telegr.	21,25	21,25
Amoco Corp.	64,5	64,875
Asarco	21,625	22,5
Atlantic Richfield	60,375	60,75
Avon Products	24	21,875
Bally	17,375	17,5
Bk. of America	15,125	15,375
Bethlehem Steel	17,625	17,375
Black & Decker	18,75	19,375
Boeing	48,625	48,125
Brunswick	34,75	34,75
Burroughs	65,25	64,625
Caterpillar	36	36
Celanese	117,5	118,875
Chase Manhattan	54,75	55,25
Chrysler	38,125	37,125
Citicorp	44,75	44,875
City Investing	–	27
Clorox	40,25	39,5
Coca-Cola	70,25	71,625
Colgate	25,125	26,25
Commodore	9,75	10
Comwth. Edison	30,625	30,875
Comm. Satellite	34,125	34,625
Control Data	23,625	25,75
CPC Int.	44,375	44
Curtiss Wright	36	36,375
Deere	26,5	28,25
Delta Airlines	44,5	46
Digital Equipm.	105,875	104,625
Dow Chemical	35,75	35,875
Du Pont	56,875	57,75
Eastern Gas-Fuel	22,75	22,75
Eastman Kodak	44,5	43,625
Exxon	52,5	52,75
Firestone	18,875	19
Fluor	16,25	16,5
Ford	44,625	43,875
Foster Wheeler	12,75	12,75
Fruehauf	24,625	24,5
GAF Corp.	36,25	32,875
General Dynamics	78,875	77,75
General Electric	61,125	61
General Foods	80,375	81,125
General Motors	69	67,375
Gen. T. & E.	40,125	40,875
Goodrich	32,125	32,5
Goodyear Tire	28,5	27,875
Grace	42,375	42,625
Halliburton	28	28,75
Heinz	54,625	55
Hewlett Packard	34,25	35,5
Homestake	24,875	24,25
Honeywell	63,125	61,625
IBM	129,75	126,625
Int. Tel. & Tel.	33,875	34,875
Int. Harvester	–	8,625
Int. Paper	48,125	49,375
Int. North. Inc.	42,5	43,5
Jim Walter	35,625	35,625
Litton Industries	81,5	81,5
Lockheed Corp.	53,25	53,125
Loew's Corp.	49,125	49,75
Lone Star	26,75	26,75
Louisiana Land	33,375	32,125
LTV Corp.	8	8,125
Mc Dermott	23,875	24
Mc Donnel Doug.	77	78
Merck & Co.	113,5	114,125
Merrill Lynch	30,375	31,75
Mesa Petroleum	17,875	18,375
MGM (Film)	26,75	25,875
Minnesota M.	76,875	76,375
Mobil Oil	29,375	29,5
Monsanto	49,25	51,5
Morgan J.P.	48,5	47,875
Nat. Semiconductor	12,125	12,25
National Steel	27,375	27,5
NCR	34,125	34
Newmont	44,75	45,25
PanAm World	7,25	7,875
Pfizer	48,625	48,125
Phibro	38,125	39,625
Philip Morris	81,75	81,75
Phillips Petroleum	12,25	12,375
Pittston	12,875	12,75
Polaroid	31,25	31,625
Prime Computer	18	17,875
Procter & Gamble	58,25	57,5
RCA	45	46,125
Revlon	43	44,625
Reynolds Ind.	28	27,5
Rockwell Int.	41,25	40,875
Rorer Group	38,625	38,375
Schlumberger	36,625	36,625
Sears, Roebuck	34,875	34,375
Singer	36,875	35,375
Sperry Corp.	51,5	51
Stand. Oil Calif.	37,5	37,625
Storage Techn.	1,875	2,25
Tandy	35	33,5
Teledyne	244,75	246,125
Telex Corp.	42,75	42,375
Tesoro	9,625	9,875
Texaco	36,75	36,75
Texas Instrum.	93,625	95,5
Tosco	3,75	4
Trans World Corp.	39,25	39,375
Transamerica	28,875	28,75
Travellers	40,75	41,625
UAL	53,25	54,25
Ucccel Corp.	15,25	15,25
Union Carbide	55,25	57,125
Union Oil of Calif.	29,875	29,25
US Gypsum	38,25	38,5
US Steel	30	30
United Technologies	39,875	40,125
Walt Disney	88,25	89,375
Warner Comm.	30,375	31
Westinghouse El.	38,5	38,875
Weyerhaeuser	28,75	28,625
Whittaker	23,25	23,75
Woolworth	49,25	49,125
Xerox	53,125	51,75
Zenith Radio	19	19,25
Dow Jones Index	1335,69	1334,01
Stand. & Poors	188,24	188,63

Toronto

	6.9.	30.8.
Abitibi-Price	20,625	20,625
Alcan Alu.	37,75	39,125
Bk. of Montreal	31,25	31
Bk. of Nova Scotia	13,375	13,625
Bell Cda Enterprises	43,5	43,625
Bluesky Oil	3,8	3,95
Bow Valley Ind.	16,375	16,625
Brenda Mines	9,625	–
Brunswick M & Sm.	14,375	15,5
Cdn. Imperial Bk.	38,875	38,75
Cdn. Pacif. Enterpr.	26,375	26,625
Cdn. Pacific Ltd.	17,75	18,375
Cominco	12,375	13,125
Coseka Res.	3,2	3,3
Denison Mines	12,875	13,375
Dome Petroleum	2,95	2,99
Domtar	19	19,75
Falconbridge Ltd.	19,75	20,5
Great Lakes Forest	19,75	20,5
Gulf Canada	20,125	20,125
Gulfstream Res.	1,2	1,26
Hiram Walker Res.	33,125	32,75
Hudson Bay Mng. Sp.	6,875	7,25
Husky Oil	10,25	10,5
Imperial Oil -A-	52,625	53,625
Inco	18,625	19,375
Inter City Gas Ltd.	17,25	16,875
Interprov. Pipeline	42	41,625
Kerr Addison	14,625	15,5
Lac Minerals	36,5	38
Massey Ferguson	3,6	3,55
Moore Corp.	25,625	25,125
Noranda Mines	16,125	17,125
Norcen Energy Res.	16,25	16
Northgate Expl.	5,125	5,25
Northern Telecom.	49,875	50,625
Nova An Alberta 'A'	6,125	6,25
Nu West Group	0,49	0,49
Oakwood Petrol	7,5	7,375
Placer Development	25	25,625
Provigo Inc.	25,375	25
Ranger Oil	5,125	5,375
Revenue Properties	2,57	2,57
Rio Algom	22,875	23,25
Royal Bk. of Can.	32,25	31,25
Seagram	54,125	54,25
Shell Canada	26,25	26,5
Sherritt Gordon	8,5	8,375
Stelco -A-	21,125	21
TransCda. PipeLines	26,125	25,375
Westcoast Transm.	17,25	17,375
Index: TSE 300	2791,80	2819,90

Tokio

	7.9.	31.8.
Alps.	1170	1250
Bank of Tokyo	780	795
Banyu Pharma	739	718
Bridgestone Tire	531	542
Canon	908	950
Daikin Kogyo	625	646
Daiwa House	810	829
Daiwa Sec.	908	929
Eisai	1260	1400
Fuji Bank	1590	1580
Fuji Photo	1920	1950
Fuji Radio	1770	1700
Hitachi	651	667
Honda	1330	1350
Ikegai Iron	350	–
Isetan	708	730
Ito Yokado	2790	2850
Japan Air	5550	5510
Japan Met.	350	353
Japan Syn. Rubber	348	383
Kajima	463	473
Kansai Elec.P.	1780	1870
Kao Soap	846	865
Kawasaki H	209	219
Kawasaki S	147	153
Kirin Brewery	721	745
Komatsu	552	567
Kubota Iron	390	398
Kyocera	3450	3420
Makita El.	985	972
Marui	1430	1420
Matsushita El. Ind.	1200	1200
Matsushita El. Wks.	850	861
Mitsubishi CP	619	660
Mitsubishi El.	335	340
Mitsubishi Estate	951	969
Mitsubishi Heavy I.	390	399
Mitsui Co. Ltd	418	440
Mitsukoshi	694	710
Mitsumi El	685	680
Nichicon	644	–
Nihon Cement	337	349
Nikko Sec.	785	815
Nippon El.	900	910
Nippon Kokan	148	152
Nippon Oil	780	835
Nippon St.	170	176
Nippon Yusen	299	315
Nissan Motor	620	628
Nomura Sec.	1190	1240
Olympus	905	940
Penta-Ocean	386	409
Pioneer	1700	1730
Renown	746	754
Ricoh	813	827
Sankyo	1150	1210
Seiyu Stores	726	733
Sekisui Pref.	871	872
Sharp	786	805
Shiseido	1110	1130
Sony	3540	3570
Sumitomo Bank	1780	1780
Taisei Corp.	342	350
Taisho Marine	565	575
Takeda Chem.	882	948
Teijin	483	497
Tokyo Elec.	884	910
Tokyo Gas	229	239
Tokio Marine	877	905
Tokyo El. Power	2050	2150
Toray Ind.	519	548
Toshiba Elec.	334	337
Toto	852	870
Toyo Kogyo	409	413
Toyota Motor	1130	1130
Yamaichi	795	823
Yamanouchi	3150	3160
Yamaha	660	660
Yamazaki	822	827
Index	1021,60	1017,60

FUSSBALL-BUNDESLIGA / Werder Bremen zitterte sich zum Sieg über Nürnberg – Wieder ein Jahr der Münchner

ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
München – Hamburg	2:0	(0:0)
Bremen – Nürnberg	2:1	(1:0)
Leverkusen – Düsseldorf	3:1	(1:1)
Dortmund – Mannheim	0:0	
M'gladbach – Köln	1:1	(0:0)
Frankfurt – Uerdingen	1:1	(1:1)
Schalke – Hannover	2:2	(0:1)
Stuttgart – Saarbrücken	3:1	(2:1)
K'lautern – Bochum	2:0	(1:0)

DIE SPIELE

K'lautern – Bochum 2:0 (1:0)
K'lautern: Ehrmann – Dusek – Wolf, Moser, Majewski – Schupp (83. Kitzmann), Geye, Eilenfeldt, Loechelt (87. Hoos) – Allofs, Trunk. – **Bochum:** Kleff – Tenhagen – Kree, Oswald – Kempe, Schulz, Lameck, Wielert (47. Knüwe) – Fischer, Kuntz, Wegmann (55. Leifeld). – **Schiedsrichter:** Brückner (Darmstadt). – **Tore:** 1:0 Allofs (2.), 2:0 Eilenfeldt (58., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 12 864. – **Gelbe Karten:** Schupp, Tenhagen (2), Wielert, Kleff.

München – Hamburg 2:0 (0:0)
München: Pfaff – Augenthaler – Eder, Pflügler – Winklhofer, Matthäus, Lerby, Rummenigge (76. Beierlorzer) – Mathy (60. Hartmann), Hoeneß, Kögl. – **Hamburg:** Stein – Plessers – Kaltz, Jakobs, Schröder (80. Balzis) – Lux, Rolff, Kroth (59. Wuttke), Magath, von Heesen – Gründel. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tore:** 1:0 Matthäus (68., Foulelfmeter), 2:0 Hartmann (87.). – **Zuschauer:** 45 000. – **Gelbe Karten:** Plessers (2), Rolff.

Bremen – Nürnberg 2:1 (1:0)
Bremen: Burdenski – Pezzey – Kutzop, Ruländer – Schaaf, Sidka, Votava, Okudera, Meier – Völler (46. Ordenewitz), Neubarth. – **Nürnberg:** Grüner – Lieberwirth – Güttler, Grahammer – Dorfner, Reuter, Geyer, T. Brunner, Wagner – Philipkowski (57. Stenzel), Eckstein. – **Schiedsrichter:** Uhlig (Dortmund). – **Tore:** 1:0 Völler (9.), 1:1 Güttler (71.), 2:1 Pezzey (82.). – **Zuschauer:** 20 700.

Leverkusen – Düsseldorf 3:1 (1:1)
Leverkusen: Vollborn – Hörster – Zanter (80. Giske), Reinhardt – Götz, Patzke (66. Zechel), Röber, Schreier, Hinterberger – Waas, Tscha. – **Düsseldorf:** Greiner – Dusend – Fach, Bunte – Bockenfeld, Demandt (74. Del' Haye), Keim, Kaiser, Weikl – Thiele, Holmquist. – **Schiedsrichter:** Correll (Heilbronn). – **Tore:** 1:0 Tscha (10.), 1:1 Holmquist (11.), 2:1 Schreier (84.), 3:1 Tscha (85.). – **Zuschauer:** 8500. – **Gelbe Karte:** Kaiser (2).

Dortmund – Mannheim 0:0
Dortmund: Immel – Zorc – Huber (69. Simmes), Hupe – Kutowski, Loose, Bittcher, Schüler, Anderbrügge (82. Krafft) – Wegmann, Hrubesch. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Kohler, Tsionanis – Dickgießer, Schlindwein, Scholz, Schön, Gaudino (77. Quaisser) – Klotz, Bührer. – **Schiedsrichter:** Werner (Auersmacher). – **Zuschauer:** 13 500. – **Gelbe Karten:** Bührer (2), Klotz, Zimmermann, Schlindwein.

Frankfurt – Uerdingen 1:1 (1:1)
Frankfurt: Gundelach – Theiss – Körbel, Conrad – Sievers, Berthold, Falkenmayer, Trieb, Kwiecien (46. Bühler) – Svensson, Krämer. – **Uerdingen:** Vollack – Herget – Wöhrlin, W. Funkel – Kirchhoff (55. Dämgen), Bommer, Brinkmann, F. Funkel, Buttgereit – Edvaldsson, Gudmundsson (46. Klinger). – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottorf). – **Tore:** 0:1 Edvaldsson (10.), 1:1 Theiss (43., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 11 500. – **Gelbe Karten:** Trieb, W. Funkel (2), Klinger (2).

Schalke – Hannover 2:2 (0:1)
Schalke: Junghans – Dietz – Roth (46. Regenbogen), Schipper – Opitz, Hartmann, Dierßen, Thon, Kleppinger – Schatzschneider, Täuber. – **Hannover:** Raps – Hellberg – Surmann, Vjetrovic – Giesel, Ronge (75. Kuhlmey), Thomas, Heidenreich (61. Gerber), Baier – Reich, Schaub. – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 0:1 Schaub (30.), 1:1 Täuber (53., Foulelfmeter), 1:2 Reich (70., Foulelfmeter), 2:2 Regenbogen (88.). – **Zuschauer:** 16 500. – **Gelbe Karten:** Giesel (2), Surmann (2), Raps, Gerber, Schaub.

Stuttgart – Saarbrücken 3:1 (2:1)
Stuttgart: Roleder – Zietsch – Schäfer, Buchwald – Müller, Allgöwer, Sigurvinsson, Nushöhr – Reichert (69. Fritz), Claesen (84. Wolff), Klinsmann. – **Saarbrücken:** Hallmann – Müller – Szesni, Boysen, Kruszynski – Jambo, Blättel, Berge (46. Rohrbacher/77. Höfer), Jusufi – Hönnscheidt, Seel. – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tore:** 1:0 Allgöwer (8.), 1:1 Jambo (24., Foulelfmeter), 2:1 Claesen (25.), 3:1 Allgöwer (61.). – **Zuschauer:** 15 600. – **Gelbe Karten:** Klinsmann, Höfer.

M'gladbach – Köln 1:1 (0:0)
M'gladbach: Sude – Bruns – Borowka, Drehsen – Krauss, Hochstätter (80. Herbst), Rahn, Lienen, Winkhold (74. Hoffmann) – Mill, Criens. – **Köln:** Schumacher – van de Korput – Prestin, Steiner – Lehnhoff (62. Mennie), Hönerbach, Geils, Engels, Geilenkirchen (74. Gielchen) – Littbarski, Dickel. – **Schiedsrichter:** Gabor (Berlin). – **Tore:** 0:1 Dickel (62.), 1:1 Rahn (66., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 24 500. – **Gelbe Karten:** Mill (2), Winkhold, Steiner (4), van de Korput (2), Hönerbach, Mennie.

VORSCHAU

Freitag, 13. 9., 19.30 Uhr:
Saarbrücken – Schalke (–:–)
Freitag, 13. 9., 20.00 Uhr:
Düsseldorf – Bremen (3:2)
Frankfurt – K'lautern (1:1)
Samstag, 14. 9., 15.30 Uhr:
Nürnberg – M'gladbach (–:–)
Köln – München (0:2)
Hamburg – Stuttgart (3:1)
Bochum – Dortmund (4:1)
Mannheim – Leverkusen (2:1)
Uerdingen – Hannover (–:–)
In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

DIE TABELLE

1. Bremen	6	4	2	0	17:7	10:2
2. M'gladbach	6	3	2	1	11:7	8:4
3. München	5	3	1	1	8:3	7:3
4. Nürnberg	6	3	1	2	12:8	7:5
5. Stuttgart	6	3	1	2	11:8	7:5
6. Mannheim	6	2	3	1	8:6	7:5
7. K'lautern	6	3	1	2	8:8	7:5
8. Uerdingen	6	3	1	2	8:10	7:5
9. Leverkusen	5	2	2	1	9:6	6:4
10. Köln	6	1	4	1	8:7	6:6
11. Frankfurt	6	1	4	1	5:5	6:6
12. Bochum	6	3	0	3	10:12	6:6
13. Hamburg	5	2	1	2	9:7	5:5
14. Düsseldorf	6	2	0	4	12:14	4:8
15. Schalke	6	1	1	4	5:11	3:9
16. Saarbrücken	6	0	3	3	4:10	3:9
17. Dortmund	6	0	3	3	5:12	3:9
18. Hannover	5	0	2	3	8:17	2:8

● Der Tabellenführer Werder Bremen mußte im Spitzenspiel gegen den Zweiten aus Nürnberg lange zittern, ehe Bruno Pezzey in der 82. Minute der Siegtreffer zum 2:1 gelang. Mit 10:2 Punkten bauten die Bremer ihre Position aus. Da Mönchengladbach gegen den 1. FC Köln über ein 1:1 nicht hinauskam, haben die allein noch ungeschlagenen Bremer zwei Punkte Vorsprung vor den Gladbachern, die sich auf den zweiten Platz vorschoben. Vom zweiten auf den vierten Rang heruntergerutscht ist der 1. FC Nürnberg.

● Die Spiele des sechsten Spieltages wollten lediglich 169 100 Zuschauer sehen, 18 789 im Schnitt. 45 000 kamen nur ins Olympiastadion, 25 000 sahen das Spiel Gladbach gegen Köln. Wegen des schlechten Wetters sahen sich lediglich 20 700 Besucher das Spiel in Bremen an. – Als erster Spieler in dieser Saison muß der Kölner Paul Steiner im nächsten Spiel (gegen Bayern München) nach vier Verwarnungen pausieren. Mit 29 gelben Karten gab es in dieser Runde eine neue „Bestmarke" für diese Saison.

● Die wenigen Zuschauer sahen auch nur wenige Tore: 23 insgesamt. Rudi Völler baute mit einem Treffer gegen Nürnberg und insgesamt sieben Toren seine Führung in der Torschützenliste aus. Karl Allgöwer (Stuttgart) liegt nach seinen beiden Toren gegen Saarbrücken mit Günter Thiele (Düsseldorf) auf dem zweiten Rang. Beide erzielten je fünf Treffer. – Acht Elfmeter verhängten die Schiedsrichter. Nur der Gladbacher Bruns versagte. Dafür trafen: Eilenfeldt, Täuber, Reich, Theiss, Rahn, Matthäus und Jambo.



Der Aufsteiger und die Nationalspieler

Den linken Arm in der Pose des Triumphators in die Höhe gereckt, von den Nationalspielern Lothar Matthäus und Sören Lerby beglückwünscht: Frank Hartmann, der Mann, der nunmehr – ob auswärts oder daheim im Münchner Olympiastadion – für den FC Bayern München die siegbringenden Tore erzielt. Noch vor Wochen galt der Sozialarbeiter aus Hannover als scheu, ängstlich und ohne Selbstvertrauen. Nichts schien bei den Bayern für den ehemaligen Zweitliga-Spieler zu laufen. Jetzt sagt Trainer Udo Lattek über ihn: „Seine weitere Entwicklung ist nicht abzusehen. Ich kenne seine Leistungsgrenze nicht." Wie das kommt? Hartmann sagt: „Ganz einfach, nur immer schön positiv denken." – Geteilte Punkte, geteilte Freude – diese beiden kennen ihre Leistungsfähigkeit, und sie erkennen sie auch gegenseitig an: die beiden Nationalspieler Uwe Rahn von Borussia Mönchengladbach (links) und Torwart Toni Schumacher vom 1. FC Köln. FOTOS: HORSTMÜLLER

Bayern: Kalt wie Glas und Stahl, aber sehr effektiv

ULFERT SCHRÖDER, **München**

Überall in der Republik war das Wetter am Samstag schlecht. Es regnete und stürmte von Nord bis Süd. Nur in München schien die Sonne. Viele Menschen in Bayern halten das an Samstagen, an denen die Bayern spielen, für selbstverständlich. Denn das Fettauge des Glücks, auf dem der FC Bayern schwimmt, scheint in dieser Saison noch fetter zu sein als in der vergangenen.

Die beiden anderen Spitzenspiele in Bremen und Mönchengladbach sahen 45 000 Besucher. So viele hatten die Bayern allein für sich im Olympiastadion. Für die neue Saison gilt also offenbar, was für die alte galt: Die Bayern haben von allem ein bißchen mehr, sie haben alles ein bißchen größer, schöner und besser. Auch das Glück und auch das Geld.

Zur bayerischen Meisterschaft, sagte Professor Scherer zum Spiel gegen den 1. FC Nürnberg in vierzehn Tagen, möchte er die Herrschaften bitte alle wiedersehen. Im übrigen erwarte er 70 000 Menschen. Das Haus werde voll.

Die Vorfreude auf die runde Million ließ das Gesicht des Professors, der jetzt anstelle des vom Konkurs aus der Champagner-seligen Bahn geworfenen Präsidenten Hoffmann die Geschäfte des FC Bayern führt, genüßlich glänzen. Der Rubel rollt weiter bei den Bayern.

Es bedarf also nicht jenes optimistischen Drive, den Lebemann Hoffmann dem Klub Tag und Nacht angedeihen ließ, um die Bayern in den höheren Etagen der Liga zu halten. Gerade jetzt sind sie wieder auf dem Marsch nach oben, und pünktlich zum Oktoberfest, eben bei dieser bayerischen Meisterschaft in vierzehn Tagen, werden sie wohl wieder alleinige Spitze sein. Wir haben in der Tat, was die Fachleute vorausgesagt hatten: ein neues Bayern-Jahr.

Die Mannschaft spielt in noch verfeinerter Form, was man den Lattek-Stil nennt: nicht unbedingt schön fürs Auge, kein Schmaus für Kick-Gourmets, ein bißchen blaß und schmallippig, kalt wie Glas und Stahl, aber ungemein effektiv.

Im Spiel gegen Hamburg war diese Art Fußball in Reinkultur zu besichtigen. Eigentlich stellten sie nichts Nennenswertes auf dem Rasen an, aber am Ende hatten die Bayern 2:0 gewonnen, sehr verdient sogar, und die 45 000 Zuschauer gingen mit der Gewißheit nach Hause, ein gutes Spiel gesehen zu haben. Bayern-Trainer Udo Lattek: „Das Spiel war verfahren. Es war nicht schlecht, aber auch nicht hochklassig." Eben nur gut.

Selbst Hamburgs Happel nannte den Erfolg der Bayern „berechtigt" und strickte damit kräftig an dem Bayern-Image, das in jedem Spiel mindestens einen halben Punkt wert ist und das, auch laut Happel, „rätselhafte" Wirkung tut.

Happel jedenfalls erschien es als „Rätsel", weshalb seine Mannschaft anfangs so zappelig, so nervös war, „wo wir doch noch am Mittwoch gegen Mönchengladbach ein großes Spiel gezeigt haben". Auch diese Ausstrahlung haben die Bayern also über den Sommer nicht verloren. Sie machen ihre Gegner schon nervös, unsicher, kratzen an deren Selbstvertrauen, noch ehe der erste Ball gespielt ist.

Und so geschieht es dann, daß Felix Magath in vielen Szenen so gut wie beim Sieg über Mönchengladbach ist und trotzdem nicht die Wirkung erzielt, seine Mannschaft so klar dirigieren kann wie Sören Lerby.

Und es geschieht, daß die Hamburger in der ersten Halbzeit ein halbes Dutzend sehr gute Möglichkeiten haben, aber kein Tor machen. Was Manager Günter Netzer, der in München zum letztenmal als HSV-Manager auftrat, später so kommentiert: „Das ist unser Dilemma. Auf Dauer nützt es uns nichts, wenn wir Komplimente für unser Spiel einheimsen, aber verlieren."

Und es geschieht, daß die Bayern schließlich das schon entscheidende 1:0 nur deshalb erzielen, weil der HSV-Verteidiger Schröder nicht sein Bein wegzieht, ehe Hartmann darüber fallen kann.

Und es geschieht außerdem, daß Udo Lattek offenbar stets die richtigen Leute aussucht, derweil seine Gegner gerade dabei immer Fehler machen.

Nehmen wir den Frank Hartmann, den Lattek von Hannover holte: Der 25jährige ist jener Typ Stürmer, den jeder Trainer brauchen kann, den aber keine Mannschaft unbedingt braucht. Und nun hat dieser Hartmann, wie Lattek sagt, „uns schon drei Punkte gewonnen. Durch den Elfmeter in Saarbrücken und heute durch den Elfmeter, den er herausgeholt hat, und durch sein Tor."

Ob Hartmann nun Volltreffer oder womöglich doch Eintagsfliege sei, mochte Lattek jetzt noch nicht beurteilen. „Ich kann seine Grenzen noch nicht abschätzen", sagte er. Am nächsten Samstag freilich, beim Spiel in Köln, wird Hartmann von der ersten Minute an in der Bayern-Elf stehen. Er scheint also der erste Neue zu sein, der einem Alten den Stammplatz wegnimmt.

So bedankt sich Lattek bei Spielern, die sich als die richtigen erwiesen, als er nach ihnen griff. Denn auch das geschah bei diesem Spiel in München, das von den taktischen Zügen der Trainer bestimmt war und nur einen Hauch von Erinnerungen an größere Tage weckte:

Happel hatte den Stürmer Wuttke auf die Bank gesetzt, ließ dafür von Heesen aus der sogenannten „Tiefe des Raumes" angreifen. Das klappte gut, jedenfalls hatten die Hamburger eine starke erste Halbzeit. Doch dann erschien dem Happel „nicht genug Schwung in unserem Spiel", und er schickte Wuttke (anstelle des Mittelfeldspielers Kroth) auf den Rasen. Lattek reagiert sofort, brachte den frischen, schnellen, giftigen Hartmann anstelle von Mathy, und schon war das Spiel entschieden.

War dieser Zug, den Happel tat, ein Fehler? Hätten die Hamburger in der ursprünglichen taktischen Formation nicht verloren? Fragen ohne Antworten, und auch das ist gleich geblieben für die 17 Klubs der Liga: Solche Fragen hören sie immer nach Spielen gegen die Bayern.

Solche Erlebnisse können sich zum Trauma auswachsen. Andererseits kann der Liga nichts Besseres widerfahren, als solch ein Team mit Heiligenschein zu haben. Jeder will ihn herunterreißen, diesen Heiligenschein, und diese Bemühungen beleben das Geschäft ungemein. Und Belebung kann die Bundesliga sehr gut gebrauchen.

Bei Allgöwer springt der kleine Zeh aus dem Gelenk, Votava hat ein Bein zu kurz

Von HEINZ STUMM

Die Schlagzeilen der Sonntagszeitungen entlockten **Rudi Völler** (25) gestern nur ein leichtes Lächeln. „Gut, ich habe eine leichte Zerrung, aber die ist leicht zu beheben", sagt Deutschlands bester Stürmer der Gegenwart gestern vor dem Abflug nach Nürnberg. Im Gegensatz zu den meisten seiner Nationalspielerkollegen, die **Franz Beckenbauer** (39), der am Mittwoch vierzig Jahre alt wird, in Herzogenaurach zu taktischen Übungen vor dem WM-Qualifikationsspiel am 25. September in Stockholm erwartete, konnte er ausschlafen. Sein Flugzeug ging erst um 11 Uhr.

Nach dem 2:1-Sieg über Aufsteiger 1. FC Nürnberg wurde Völler bewußt, daß die „englische Woche" auch an ihm nicht ganz spurlos vorübergegangen war. „Im letzten Spiel ist man doch etwas müde und froh, daß ein paar Tage länger bis zur nächsten Partie liegen", signalisierte der Toremacher leichten Kräfteschwund.

Mehr noch als die Bremer hatte der Drei-Spiele-Turnus in einer Woche offensichtlich Aufsteiger Nürnberg geschlaucht. „Sicherlich steigen die Nürnberger nicht ab. Aber da sie von der Kraft leben, werden sie wohl nicht allzulange im oberen Drittel bleiben", prophezeit Völler.

*

Während Rudi Völler nur noch höhere Gewalt die WM-Fahrkarten entreißen kann, versucht ein ehemaliger Nationalspieler, mit viel Ehrgeiz das Trittbrett des Mexiko-Zuges noch zu erwischen. **Karl Allgöwer** (28) wurde in diesem Bestreben am Samstag abend durch **Horst Köppel** (37), rechte Hand des DFB-Teamchefs, ermuntert. Der Schwabe, dessen Torschüsse Geschwindigkeiten bis zu 130 km/h erreichen und damit die Qualität der Schüsse von **Klaus Augenthaler** (28), **Jürgen Röber** (32) oder früher von **Rainer Bonhof** (36) besitzen, wurde nachträglich zum Kurzlehrgang nach Herzogenaurach eingeladen.

Erstes Indiz, berechtigte Hoffnung zu einem Comeback? Allgöwer: „Da bin ich nüchtern und sehe, daß einige Spieler abgesagt haben. Wären sie gekommen, hätte ich wohl zu Hause bleiben müssen."

Allgöwer war im Februar 1982 abgetreten, nachdem er die letzten 20 Minuten in Hannover beim 3:1 gegen Portugal für den Kölner **Pierre Littbarski** (24) spielen durfte. Sein damaliger Rücktrittsgrund nötigte Respekt ab: Allgöwer störte sich an der Personalpolitik des Beckenbauer-Vorgängers **Jupp Derwall** (58) und machte seine Kritik publik: „Bei Derwall geht es nicht nach Leistung, sondern nach Beziehung. Wer am besten kriecht, hat die besten Chancen."

Der einstige Bundestrainer war seinerzeit so erschüttert über die Courage des Rebellen, daß Allgöwer bei ihm für alle Zeiten zur unerwünschten Person wurde.

Allgöwer heute: „Ich weiß, daß bei Franz Beckenbauer nur die Leistung zählt, und das spornt mich ungeheuer an."

Seinen Optimismus gäbe es gewiß nicht, wenn ein Leiden, das ihm jahrelang böse Schmerzen bereitete, von der Medizin und dem Stuttgarter Schuhausstatter nicht in den Griff zu bekommen gewesen wäre. Allgöwer schleppt seit drei Jahren ein Fußleiden mit sich herum, das für die Stuttgarter Ärzte zu seinem größten Zorn in dieser Zeit ein Rätsel war. Es hinderte ihn auch, die letzten sechs Monate unter **Helmut Benthaus** (48) mehr als dreißig Prozent des Trainingsprogramms zu bewältigen, und machte ihn zum größten Schuhkonsumenten bei adidas. Rund 15 Paar wechselte er praktisch von Woche zu Woche in der Rückrunde, weil dann das alte Leiden wieder akut wurde.

Fußball-Kulisse
Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Erkannt wurde es von dem Freiburger Sportmediziner **Armin Klümper** (50), der schon vielen Leistungssportlern die Karriere rettete. Klümper stellte auf dem Röntgenschirm fest, daß der zweite Zeh am linken Fuß des Fußballprofis leicht aus dem Gelenk springt und so zur unerträglichen Schmerzquelle wird. Alle sechs Wochen behandelt Klümper die Verletzung. Und die Schuhfirma hat ihm eine spezielle Einlage beschafft, die das Fußgelenk entlastet und den Zeh gewissermaßen „außer Betrieb" setzt, so daß Allgöwer ohne Angst laufen und schießen kann.

*

Wenn Bremen weiterhin die Spitze der Bundesliga hält, so hat daran, jedenfalls sagt das Kapitän Rudi Völler, ein Spieler seinen Anteil, der – das gibt es noch – aus Heimweh nach Deutschland in die Bundesliga zurückkehrte. „Der Mirko macht bei uns die Dreckarbeit im hinteren Mittelfeld und hat die Aufgabe, sich um den Spielmacher des jeweiligen Gegners zu kümmern. Und das macht er ausgezeichnet", schildert Völler die Qualitäten des früheren CSSR-Nationalspielers **Mirko Votava** (29), der nach seinem Verkauf in Dortmund drei Jahre lang bei Atletico Madrid Geld und Ruhm sammelte.

Votava hört solches Lob aus berufenem Munde natürlich gern und fühlt sich in Bremen schon deshalb wohl, „weil hier das Betriebsklima sehr gut ist". Ohne Probleme ist Votava freilich nicht. Nach der englischen Woche zwickt und zwackt es im rechten Knie. „Heute muß ich mal zum Arzt", informiert der Neu-Bremer, der Schmerzen mit Aspirin bekämpfte. Möglicherweise, so mutmaßt er, sind die Schmerzen die Folge eines körperlichen Handikaps. Votava: „Mein linkes Bein ist einen Zentimeter kürzer, und vielleicht wird dadurch das rechte extrem belastet."

Eine Einlage könnte das Problem lösen, wobei freilich die Frage bleibt, wer sie liefern soll. Neun Jahre lang spielte Votava in adidas-Stiefeln und war in Madrid auch Repräsentant der Firma. Doch in Bremen ist er gezwungen, für Puma Reklame zu laufen. Da er aber, wie er beteuert, mit Puma-Schuhen nicht zurechtkommt, hat er sich bislang eines Tricks bedient: „Ich habe meine adidas-Treter einfach mit Puma-Streifen überklebt", spielt er mit offenen Karten. Puma will er jetzt bitten, in seinem Falle ähnlich tolerant zu sein wie bei den Kölnern, wo **Toni Schumacher** (31) und Pierre Littbarski ebenfalls weiter die Firma adidas vertreten, obwohl der Geißbock-Klub zum Konkurrenten gewechselt ist.

*

Festgefahren haben sich in Dortmund die von Borussia-Präsident **Reinhard Rauball** (39) intensivierten Bemühungen, die Streithähne **Pal Csernai** (50) und **Marcel Raducanu** (29) wieder zu Partnern zu machen. Nach sechs nutzlosen Einzelgesprächen des Ungarn mit dem Rumänen hielt es Rauball für angebracht, noch einmal unter sechs Augen eine Klärung herbeizuführen. Daß das Gespräch zumindest bei Spieler Raducanu keine Wirkung erzielt hatte, konnten die Fußballfreunde am Samstag abend am Bildschirm feststellen. Raducanu ist offensichtlich weiterhin bereit, das Kriegsbeil zu schwingen. Und das ZDF, schon am Freitag angereist, um möglicherweise Schrittmacherdienste für ein Comeback des Rumänen zu leisten, kam nicht recht zum Zuge und mußte einsehen, daß die Begeisterung des Publikums für den auf die Tribüne verbannten Raducanu wohl inzwischen kleiner geworden ist.

Offensichtlich hatte es sich herumgesprochen, oder die Fans hatten aufmerksam die Lokalpresse studiert, daß der Rumäne eine Zusammenarbeit mit Csernai blockiert. Raducanu selbst hatte die Meldung verbreitet, daß er aufgefordert worden sei, mit ins Trainingslager zu kommen, und dann nach Erscheinen heimgeschickt worden sei. Dortmunds Masseur **Gerald Gengg** (35) sagte, wie es wirklich war: „Csernai hatte zwei der Reservisten, die normalerweise nicht in Frage kommen, für die Fahrt ins Trainingslager angefordert. Von Raducanu war nicht die Rede."

Trainer Csernai und Präsident Rauball sind immer noch einlenkbereit. Sollte Raducanu in absehbarer Zeit wieder die Mittelfeld-Regie übernehmen, könnte vor allem **Horst Hrubesch** (34) von seinen Pässen profitieren, denn in der Luft hat Hrubesch erheblich an Wirkung verloren. Horst Hrubesch besitzt nicht mehr die frühere Sprungkraft, bemerkten kritische Zuschauer im Spiel gegen Waldhof. Alt-Profi **Lothar Huber** (33), der ein großes Spiel lieferte, flankte permanent in den Torraum, doch nur zweimal kam der frühere Hamburger Torjäger mit der Stirn ans Leder.

*

Auf der Bank faßten am Samstag im Leverkusener Haberland-Stadion die Reservisten **Dieter Bast** (34), **Roman Geschlecht** (23) und **Anders Giske** (25) den Entschluß, noch einige Runden zu drehen. Warum das geschah, schildert Noch-Kapitän Bast so: „Es sollte ein Ausgleich sein, denn wir hatten ja nicht gespielt." Vier Kilometer bewältigten die drei unter 18 Minuten und signalisierten so Trainer **Erich Ribbeck** (48), daß sie sich nicht zu schade sind, sich außer der Reihe zu quälen. Bast hält sich für gut genug, wieder Stammspieler zu werden, und sagt, „was die anderen so bringen, kann ich auch". Da er früher in Bochum sogar Stürmer spielte, ist er bereit, mehrere Positionen zu besetzen. „Ob Libero, hinter oder vorderer Mittelfeldspieler oder hängender Stürmer, das ist mir gleich. Nur linker Verteidiger möchte ich nicht noch einmal spielen", stichelt er. Linker Verteidiger mußte Bast spielen, bevor ihn Ribbeck aus der Mannschaft nahm.

Sollte er keine Verwendung mehr finden, will er um Freigabe bitten. Er gibt aber zu, daß er bislang kein Angebot hat.

*

In Mönchengladbach auf dem Bökelberg fuhr sich Schiedsrichter **Peter Gabor** (45) aus Berlin nervös mit dem Zeigefinger über die Lippen. Das Fernsehen ertappte ihn als Fehlerproduzenten. Gabor hatte geglaubt und diese Ansicht auch verbreitet, daß Gladbachs Torhüter **Uli Sude** (29) von einem Kölner Spieler unfair attackiert worden sei, als der Ball aus seinen Händen sprang. Deshalb hatte er das Tor annulliert. Die Fernsehkamera bewies aber, daß der Gladbacher Verteidiger **Bernd Krauss** (28) der störende Spieler gewesen war, so daß der Treffer von **Stefan Engels** (25) letztlich regulär war.

NATIONALELF / Lehrgang in Herzogenaurach

Zweck verfehlt, denn es hagelte nur so an Absagen

dpa/sid, **Herzogenaurach**

Der ursprüngliche Zweck des Lehrgangs sei nicht mehr gegeben, meinte Trainer Heinz Köppel. Auf dem dreitägigen Kurzlehrgang, zu dem sich die erweiterte deutsche Fußball-Nationalmannschaft gestern in Herzogenaurach traf, hatten Teamchef Franz Beckenbauer und sein Co-Trainer eigentlich gezielt für das Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel gegen Schweden am 25. September in Stockholm arbeiten wollen. Doch erhebliche Personalprobleme stellen den Erfolg des gemeinsamen Trainings von vornherein in Frage.

Nach fast zweistündigem Telefondienst hatte Köppel am Samstag abend immerhin wieder 26 Kandidaten zusammen. Sein Kommentar angesichts der Verletzungsmisere: „Wenigstens sind wir zahlenmäßig in der Lage, interne Testspiele durchzuführen." Die Liste der Ausfälle wird von Klaus Allofs (Oberschenkelzerrung) und Michael Frontzek (Armbruch) angeführt. Karlheinz Förster (Schleimbeutelentzündung am Arm), Uwe Rahn (Leistenbeschwerden) und der Schalker Neuling Dietmar Roth (Prellung des Schultergelenks) sagten am Samstag ab. Und während Andreas Brehme (Wadenbeinprellung) und Rudi Völler (Gesäßmuskelzerrung) trotz ihrer Blessuren anreisen wollen, erhielt Kapitän Karl-Heinz Rummenigge erneut keine Freigabe. Inter Mailand, so die offizielle Begründung, müsse zu Wochenbeginn Leistungstests und medizinische Untersuchungen durchführen.

Nachnominiert wurden die Neulinge Thomas Allofs und Günther Schäfer, der lange verletzte Ralf Falkenmayer und Karl Allgöwer, der sich nach seinem „endgültigen Abschied aus der Nationalmannschaft" unter dem früheren Bundestrainer Jupp Derwall nun wieder Hoffnungen auf die Weltmeisterschaft in Mexiko macht. Unverhofft erhielt auch der gebürtige Berliner Heinz Gründel, der „nie an die Nationalelf gedacht" hatte, nach seinem guten Einstand beim Hamburger SV eine Einladung zum Lehrgang.

„Trotz der vielen Absagen hoffe ich", sagte Beckenbauer, „daß wir einige Sachen einstudieren können. Auch das Länderspiel von Moskau soll gründlich besprochen werden."

Das Aufgebot: Immel, Stein, Schumacher – Augenthaler, Berthold, Brehme, W. Funkel, Herget, Jakobs, Kohler, Schäfer – Allgöwer, Buchwald, Briegel, Falkenmayer, Magath, Rolff, Matthäus, Thon – Th. Allofs, Gründel, Littbarski, Meier, Völler, Mill, Waas.

2. Liga

Köln vorne, aber die Zuschauer bleiben aus

sid, Düsseldorf

Fußball in Köln – das bleibt ein Rätsel. Trotz respektabler Erfolge der beiden Profi-Vereine bleiben die Kölner Stadien leer. Erstliga-Klub 1. FC Köln konnte zuletzt im Heimspiel gegen Tabellenführer Bremen nur 18 000 Besucher begrüßen, und am Samstag wartete auch Zweitliga-Spitzenreiter Fortuna vergeblich auf Zuschauer. Nur 1100 Fans wollten das Spiel des Tabellenführers gegen Union Solingen sehen.

Mit ihrem 1:1-Unentschieden verteidigten die Kölner ihre führende Position, doch den Lohn für ihre Leistungen können sie nicht ernten. Seit Saisonbeginn werden die Kölner Spieler zuschauerbezogen bezahlt. Die theoretische Rechung schien logisch: Gute Leistungen = viele Zuschauer = guter Lohn. Doch die Rechnung geht in Köln nicht auf. Trotz der beachtlichen Bilanz von 12:4 Punkten bleibt die Fortuna auf ihren Eintrittskarten sitzen.

Während Fortuna Köln immerhin noch sportliche Erfolgserlebnissse zu verzeichnen hat, ist die Situation in Berlin ungleich schwieriger. Drei Vereine kämpfen dort um ihre Existenz. Während Blau-Weiß 90 mit einem Mittelfeldplatz sportlich der erfolgreichste ist, haben sich die beiden Konkurrenten Hertha BSC und Tennis Borussia jetzt zusammengeschlossen. Sie haben einen Kooperationsvertrag unterzeichnet, der einen engen Nachrichtenaustausch zwischen beiden Vereinen vorsieht. Die Vereinbarung sieht eine Einnahmeteilung bei Lokalderbys und gemeinsame PR-Aktionen wie Autogrammstunden in den Vorverkaufsstellen vor.

DIE ERGEBNISSE

TB Berlin – Freiburg	4:0	(3:0)
Köln – Solingen	1:1	(0:1)
Bielefeld – Stuttgart	3:0	(0:0)
Bayreuth – Osnabrück	2:1	(0:1)
BW Berlin – Aschaffenb.	1:2	(1:0)
Homburg – Oberhausen	2:1	(2:1)
Karlsruhe – Duisburg	2:0	(1:0)
Kassel – Hertha BSC	4:1	(0:1)

DIE TABELLE

1. Köln	8	5	2	1	18:10	12:4
2. Stuttgart	8	4	2	2	15:10	10:6
3. Kassel	8	5	0	3	14:9	10:6
4. Bielefeld	8	4	2	2	14:11	10:6
5. Karlsruhe	8	4	2	2	12:9	10:6
6. Braunschweig	7	3	3	1	17:9	9:5
7. Darmstadt	7	3	3	1	14:7	9:5
8. Wattenscheid	7	4	1	2	12:12	9:5
9. Oberhausen	8	3	3	2	9:10	9:7
10. Homburg	8	4	0	4	17:10	8:8
11. Solingen	8	2	4	2	10:14	8:8
12. Aachen	7	2	3	2	10:8	7:7
13. BW Berlin	8	2	3	3	12:10	7:9
14. Bayreuth	8	3	1	4	11:18	7:9
15. TB Berlin	8	2	2	4	13:14	6:10
16. Aschaffenb.	8	3	0	5	10:16	6:10
17. Osnabrück	8	1	4	3	9:17	6:10
18. Hertha BSC	8	1	3	4	15:16	5:11
19. Freiburg	8	1	3	4	9:16	5:11
20. Duisburg	8	1	1	6	5:14	3:13

DIE VORSCHAU

Dienstag, 10. 9., 20 Uhr: Nachholspiel: Braunschweig – Aachen. – **Freitag, 13.9., 20 Uhr:** Osnabrück – Karlsruhe, Oberhausen – Bielefeld, Aachen – Darmstadt. – **Samstag, 14.9., 15.30 Uhr:** Hertha BSC – TB Berlin, Aschaffenburg – Bayreuth, Duisburg – Wattenscheid, Stuttgart – Köln. – **Sonntag, 15.9., 15 Uhr:** Freiburg – BW Berlin, Braunschweig – Homburg, Solingen – Kassel.

TENNIS / Martina Navratilova verlor überraschend das Endspiel von Flushing Meadow gegen ihre ehemalige Landsmännin

Hana Mandlikova ist nicht mehr das ewige Talent

DW./sid/dpa, Flushing Meadow

Ihre Geste sagte mehr als ihre Sätze bei der folgenden Pressekonferenz: Unmittelbar nach dem letzten Schlag sackte Hana Mandlikova auf dem Centre Court in Flushing Meadow zusammen. Im Tie-Break hatte die Außenseiterin die große Favoritin Martina Navratilova besiegt. Nach einem furiosen Spiel hatte die 23jährige Tschechoslowakin Hana Mandlikova zum erstenmal das Finale der offenen amerikanischen Tennismeisterschaften gewonnen. Mit 7:6, 1:6 und 7:6 hatte sie sich in einer dramatischen Schlußphase den Sieg gesichert, der im dritten Satz beim Stand von 5:3 und eigenem Aufschlag schon so nah schien, nach mehreren Fehlern aber wieder in Gefahr geraten war.

Nach dem letzten Schlag löste sich ihre ungeheure Anspannung in Sekundenschnelle. Wie ein nasser Sack ging sie zu Boden, die Spannung wich aus den Muskelfasern, der Körper erschlaffte unter dem überwältigenden Eindruck ihres überraschenden Erfolges. In ihrem Gesicht spiegelten sich die Gefühle wie eine Mischung aus fassungsloser Freude, Übermut, Stolz und Glück. So, als müsse sie ihrem Herzen Luft machen, wirbelte sie ihren Schläger in die Luft und ließ sich von der Konkurrentin umarmen.

Jahrelang war die Weltranglisten-Erste Martina Navratilova das Vorbild der fünf Jahre jüngeren Hana Mandlikova gewesen. In der gemeinsamen tschechoslowakischen Heimat hatte die junge Hana Mandlikova oft Ballmädchen für die inzwischen in die USA emigrierte Martina Navratilova gespielt – jetzt ist sie endgültig aus dem Schatten des früheren Idols herausgetreten. Nach 133 Minuten Weltklassetennis gelang ihr eine Ausnahmeleistung, die zuletzt die junge Tracy Austin vor vier Jahren an gleicher Stelle geschafft hatte: Sie wurde amerikanische Tennis-Meisterin und ist nach zwölfjähriger Pause die erste Ausländerin in der Liste der US-Meisterinnen. Zuletzt hatte 1973 die Australierin Margaret Smith-Court den Titel gewonnen. Hana Mandlikova durchbrach damit die Vormachtstellung der beiden Weltranglisten-Ersten Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd, die in den vergangenen vier Jahren 15 von 16 Grand-Slam-Turnieren gewonnen hatten.

„Fünf Jahre bin ich hinter diesem Titel hergehechelt, jetzt habe ich ihn endlich", sagte Hana Mandlikova zufrieden und war sich bewußt, daß sie allmählich das Image des „ewigen Talents" abstreifen kann. Sie ist die Dritte der Weltrangliste und hat mit 23 Jahren bereits eine Entwicklung voller Höhen und Tiefen hinter sich. Angefangen hatte es 1980. Damals war sie gerade 18 Jahre alt und gewann mit ihrem Sieg bei den Australian Open ihren ersten bedeutenden Titel. Danach siegte sie zweimal (1980 und 1981) bei den Offenen Französischen Meisterschaften und stand 1982 im Finale der US-Open. Seit Jahren gehört Hana Mandlikova bei ungezählten Turnieren zum Favoritenkreis, doch der erwartete Durchbruch blieb aus. Blitzstart, Formkrise, Wiederaufstieg – das sind die Stichworte ihrer Entwicklung, seit sie 1978 als Nummer 45 erstmals in der Weltrangliste auftauchte. Nach schmerzlichen Mißerfolgen im Turnierjahr 1983 legte sie in ihrer Heimatstadt Prag eine Erholungspause ein und durchlebte „einen schwierigen Prozeß". Sie suchte und fand die Ursache ihrer Mißerfolge: „Wenn ich irgendwo ein Match verlor, suchte ich umgehend nach Schuldigen und dafür Verantwortlichen – nur auf mich selbst kam ich nie", sagt sie heute.

Das ist ihr während der Erholungspause bewußt geworden: „Irgendwie bin ich in jener schweren Zeit plötzlich erwacht und erwachsen geworden", beschreibt sie ihre Entwicklung, die auch der Konkurrenz nicht verborgen blieb. „Sie ist als Mensch gereift, und das hat sich auf ihr Spiel ausgewirkt", erklärte Martina Navratilova nach ihrer Niederlage, und Hana Mandlikova ergänzte: „Ich glaube, daß es bei einer Angriffsspielerin viel länger dauert, bis ihr Spiel ausgereift ist. Bei Martina hat es auch viel Zeit in Anspruch genommen."

Hana Mandlikova ist nach 55 Jahren (Betty Nuthall aus Großbritannien) die erste Europäerin, die die amerikanischen Meisterschaften gewann, und erhielt dafür ihre bisher höchste Siegprämie von 500 000 Mark. Sie hätte ihr Preisgeld noch beträchtlich aufstocken können, wäre sie nicht im Halbfinale des Damen-Doppels mit ihrer amerikanischen Partnerin Wendy Turnbull an Martina Navratilova/Pam Shriver gescheitert. Die beiden Amerikanerinnen trafen in der vergangenen Nacht im Finale auf Claudia Kohde/Helena Sukova (Saarbrücken/CSSR). Claudia Kohde, die deutsche Ranglistenerste, stand bereits zum drittenmal im Endspiel eines Grand-Slam-Turniers: 1984 scheiterte sie mit Hana Mandlikova bei den Französischen Meisterschaften und später mit ihrer neuen Partnerin Helena Sukova bei den Australian Open. Beide Spiele gingen gegen Navartilova/Shriver verloren. Claudia Kohde ist nach 24 Jahren die erste deutsche Spielerin, die ein Finale bei den US-Open erreicht, nachdem 1961 Edda Buding der Mexikanerin Yola Ramirez unterlegen war.

Im Endspiel des Herren-Einzels, das ebenfalls in der vergangenen Nacht ausgetragen wurde (die Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor), standen sich John McEnroe (USA) und Ivan Lendl (CSSR) gegenüber.



Spiel, Satz und Sieg für Hana Mandlikova aus der CSSR, da fällt man nicht nur auf die Knie wie einst Björn Borg in Wimbledon – da haut es einen um. Im Halbfinale hat sie Chris Evert-Lloyd bezwungen, im Finale dann ihre ehemalige Landsmännin Martina Navratilova. Sieg in Flushing Meadow über alles, was Rang und Namen hat – da kann man zu Boden gehen. FOTOS: AP

SPORT-NACHRICHTEN

Auszeit für Karpow

Moskau (AP) – Die für Samstag vorgesehene dritte Partie der Schachweltmeisterschaft in Moskau ist auf Antrag des Titelverteidigers Anatoli Karpow auf morgen verschoben worden. In dem auf 24 Partien beschränkten Finale, in dem Herausforderer Garri Kasparow mit 1,5:0,5 Punkten führt, hat jeder Spieler das Recht auf je eine Auszeit pro acht Partien.

Damen-Auswahl verlor

Lüneburg (sid) – In einem Qualifikationsspiel zur Fußball-Europameisterschaft 1987 verlor die Damen-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) in Lüneburg mit 2:3 gegen Norwegen und hat keine Chance mehr, die Endrunde zu erreichen.

Kölner EC auf Rang zwei

Megeve (sid) – Der Eishockey-Bundesligaklub Kölner EC belegte bei der Europapokal-Endrunde im französischen Mégève mit 4:4 Punkten Rang zwei hinter der Mannschaft von ZSKA Moskau (8:0). In ihrem letzten Spiel besiegten die Kölner AIK Stockholm mit 6:3.

Ohne Regina Weber

Lahr (sid) – Mit der bislang jüngsten Mannschaft wird der Deutsche Turner-Bund (DTB) bei den Weltmeisterschaften in der Rhythmischen Sportgymnastik vom 10. bis 13. Oktober im spanischen Valladolid antreten. Neben der Wattenscheiderin Simone Hildebrand (18) starten Kristin Fruhwirth (16) aus Goslar und Bettina Bothar (15) aus Lahr. Die beiden Olympiateilnehmerinnen Regina Weber und Claudia Scharmann (Wattenscheid) wurden nicht nominiert.

Sieg für Zoetemelk

Hannover (dpa) – Der Holländer Joop Zoetemelk, 39 Jahre alter Weltmeister der Radprofis, gewann das Rennen „Nacht von Hannover". Bei den Amateuren siegte zum fünften Mal Wilfried Trott (Radevormwald).

Verzicht auf die Meister

Frankfurt (dpa) – Die deutsche Tischtennis-Nationalmannschaft wird ihr erstes Europaligaspiel Ende September gegen Polen ohne die beiden deutschen Meister Susanne Wenzel und Georg Böhm bestreiten. Bundestrainer Charles Roesch verzichtete auf die beiden Saarbrücker, weil sie für den Kaderlehrgang dieser Woche abgesagt hatten.

Schiedsrichter-Streik

Montevideo (dpa) – Die Schiedsrichter im Profi-Fußball in Uruguay sind auf unbestimmte Zeit in einen Streik getreten. Nach Zuschauerausschreitungen in den vergangenen Wochen fordern sie Schutz bei der Ausübung ihres Amtes.

Doping im Tennis?

New York (dpa) – Im Profi-Tennis der Herren sind Doping-Untersuchungen geplant. Der Exekutiv-Direktor des Internationalen Pro Councils, Marshall Happer, wird dem Gremium in dieser Woche Tests bei allen Grand-Prix-Turnieren vorschlagen.

Clerc gegen Taroczy

Berlin (sid) – José Luis CLerc aus Argentinien und der Wimbledon-Sieger im Doppel, Balasz Taroczy aus Ungarn, haben das Finale der internationalen Herren-Tennismeisterschaften von Berlin erreicht. Clerc schlug Tore Meinecke (Bamberg) mit 7:6, 7:5. Taroczy gewann gegen Werner Zirngibl (Amberg) mit 6:7, 6:2, 7:6.

Wellers 32. Profisieg

Aachen (sid) – René Weller, Europameister der Box-Profis aus Pforzheim, erkämpfte sich in Aachen gegen den Luxemburger Raphael Paoletti durch Abbruch in Runde sieben seinen 32. Sieg als Profi.

MILITARY

Erhorn rettete den dritten Platz

dpa, Burghley

Lucinda Green, die englische Welt- und Europameisterin der Military-Reiter, gratulierte den deutschen Reitern als erste. Das Team Großbritanniens hatte zwar bei der Europameisterschaft in Burghley im abschließenden Geländeritt doch noch vor Frankreich und der deutschen Mannschaft gewonnen. Doch die Engländerin hatte erkannt, was der 26jährige Reitlehrer Claus Erhorn aus Luhmühlen geleistet hatte. „Great! Claus was phantastic!"

Erhorn, der 1984 als letzter Reiter mit einem konzentrierten Ritt die olympische Bronzemedaille für die deutsche Equipe gerettet hatte, mußte auch in Burghley zum Schluß starten. Nachdem Jürgen Blum gestürzt und ausgeschieden war, mußte Erhorn die 30 Hindernisse fehlerfrei bewältigen, um sich und seinen Mannschaftskameraden Blum, Christoph Wagner und Rolf Ehrenbrink wenigstens den dritten Rang zu erhalten.

Mit der Präzision eines Uhrwerks bewältigten Erhorn auf der zwölfjährigen Holsteiner Stute Fair Lady die harte Querfeldeinstrecke, in der 14 von 60 Reitern nach Stürzen und Verweigerungen aufgaben. Die deutsche Mannschaft wurde Dritte, in der Einzelwertung belegte Erhorn hinter den Engländern Virginia Holgate, Ian Stark und Lorna Clarke den vierten Rang.

„Burghley war für mich schwerer als Olympia ", meinte Erhorn später, „die nervliche Belastung war größer als in Kalifornien." Jetzt träumt er von einem größeren sportlichen Ziel: Von der Weltmeisterschaft im Mai 1986 in Australien. Im deutschen Reiterlager gibt es keine Zweifel mehr, daß sich Claus Erhorn und Fair Lady dafür qualifiziert haben.

Die jungen deutschen Vielseitigkeitsreiter, die bis auf Claus Erhorn eine unerfahrene Mannschaft darstellten, haben sich besser gehalten als erwartet. Und der Waiblinger EM-Debütant Werner Koch als Fünfter war die Überraschung. Künstlerpech der deutschen Mannschaftsführung: Wäre Koch als Mannschaftsreiter und nicht als Einzelreiter nominiert worden, hätte es sogar Silber gegeben.

Burghley brachte noch eine weitere Erkenntnis. Die englischen Military-Reiter sind besser denn je und besitzen viel bessere Pferde. In Burghley hätte auch ihre zweite Equipe alle anderen europäischen Mannschaften deklassiert. Dafür gibt es Gründe: Während in England die großzügig geförderten Military-Reiter den Springreitern fast alle guten Pferde vor der Nase wegkaufen, ist es in Deutschland und allen anderen europäischen Ländern umgekehrt. Zudem haben alle guten britischen Military-Reiter vermögende Sponsoren. „Das ist für uns eine andere Welt", meint Claus Erhorn. „Wir müssen unsere Pferde selbst aufbauen – sonst haben wir überhaupt keine Chancen mehr."

MOTORSPORT / Beim Großen Preis von Italien in Monza dreht sich wieder das Transferkarussell

Piquet ging von Ecclestone weg – nun soll Elio de Angelis zu ihm kommen

dpa/DW. **Monza**

Die Formel 1 ist wie ein Schachspiel: Viele Züge sind denkbar. Der königliche Park von Monza ist alljährlich die Plattform, auf der sich das Transferkarussell am heftigsten zu drehen beginnt. Beim Großen Preis von Italien, der traditionsgemäß Anfang September stattfindet, ist das Stillhalteabkommen unter Fahrern und Teams offiziell aufgehoben. Doch durch den Rücktritt Niki Laudas (Österreich), für den Keke Rosberg (Finnland) vom Williams-Rennstall zu McLaren kommt, und den frühzeitig bekanntgewordenen Wechsel des Brasilianers Nelson Piquet (Brabham) ins Team von Frank Williams ist das Verwirrspiel um die Zukunftspläne der Fahrer in Monza bereits fast am Höhepunkt angelangt. Piquet war immerhin sieben Jahre im Team von Bernie Ecclestone: „Es ist mir sehr schwer gefallen, ein Team wie Brabham zu verlassen. Aber ich fühlte, daß ich einen Wechsel brauchte."

Nun also sitzt der Brabham-Boß in der Klemme. Mit einem Unbekannten ist dem Ecclestone-Team nicht gedient. Also muß ein Spitzenfahrer vom Schlag eines Elio de Angelis (Italien) her, der trotz seiner erst 27 Jahre in Monza bereits seinen 100. Grand Prix bestritt. Peter Warr, Chef von de Angelis bei Lotus-Renault, bestätigte die Abwanderungsgedanken: „Ob de Angelis bleibt, entscheidet sich nächste Woche." Da ist aber noch Ayrton Senna, der Brasilianer. Warr: „Senna aus seinem Vertrag rauszubekommen ist sehr schwer." Der 25jährige Aufsteiger des Jahres hat zwar einen Kontrakt bis Ende 1986, aber nichts ist in der Formel 1 unmöglich.

Für einen Wechsel zum renommierten Brabham-Team stehen jedoch auch Patrick Tambay (Frankreich) und Riccardo Patrese (Italien) zur Debatte – erfahrene Piloten, wenn auch nur mit jeweils zwei Grand-Prix-Erfolgen. Tambay, der aufgrund des Rückzugs von Renault frei wird: „Brabham wäre ein schönes Team." Wenn das Pendel zugunsten des jetzigen Alfa-Fahrers ausschlägt, dann deshalb, weil Patrese schon einmal bei Ecclestone war. Gerne bleiben möchte Marc Surer. Der Schweizer, der Jahr für Jahr immer irgendwo auf der Abschußliste steht: „Ich brauche bald noch ein gutes Resultat, dann gehe ich zu Ecclestone und will Bescheid wissen. Aber allzu lange kann ich nicht mehr warten."

Während sich der französische Staatskonzern Renault vor kurzem zum Ausstieg entschlossen hat und deshalb auch der Engländer Derek Warwick zu haben ist, sucht das millionenschwere Lola-Hart-Team einen zweiten Fahrer neben Alan Jones (Australien). Gute Karten hat Tambay, der bereits Gespräche mit Manager Carl Haas führte.

Aber auch Ken Tyrrell hängt in der Luft. Der Engländer, bei dem Stefan Bellof beschäftigt war, will nächstes Wochenende beim Grand Prix von Belgien in Spa-Francorchamp auf jeden Fall wieder mit zwei Fahrern antreten. Tyrrell: „Ich weiß aber noch nicht mit wem."

Am Grübeln ist auch der Italiener Teo Fabi. Der Toleman-Fahrer, der beim Großen Preis von Deutschland am Nürburgring erstmals in seiner Laufbahn Trainingsschnellster gewesen war, erklärt: „Wenn Hart als Motorenlieferant bleibt, gehe ich." So etwas ist von Michele Alboreto (Italien) und Stefan Johansson (Schweden) und aus dem Hause Ferrari nicht zu vernehmen.

Während sich das Transferkarussell dreht, steht noch nicht fest, ob der Große Preis von Südafrika als 15. und vorletzter Weltmeisterschaftslauf dieser Saison stattfinden kann. Wegen der politischen Unruhen in Südafrika erwägen einige Länder – Frankreich, Brasilien und Finnland –, über ihre Fahrer ein Startverbot zu verhängen. Der Brasilianer Nelson Piquet erklärte: „Wenn mir eine Teilnahme verboten wird, kann ich daran nichts ändern. Wenn mir nur eine Absage empfohlen wird, fahre ich hin."

Da ein Großer Preis beispielsweise auch ohne den in der Weltmeisterschaftswertung führenden Franzosen Alain Prost undenkbar ist, sind beim Motorsport-Weltverband (FISA) Überlegungen im Gange, ein Ersatzrennen in Europa zu bestreiten. Offenbar stehen die Bewerber bei Bernie Ecclestone, dem Chef der Konstrukteursvereinigung FOCA, bereits Schlange.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

EM-Länderspiel, Damen in Lüneburg: Deutschland – Norwegen 2:3. – Tabelle: 1. Dänemark 5:1, 2. Norwegen 3:1, 3. Deutschland 2:4, 4. Finnland 2:6. – **Acht-Nationen-Turnier** „U 18" in Jugoslawien, Vorrunde, Gruppe B: Deutschland – Schweiz 1:0. – **Junioren-WM** in Moskau, Finale: Brasilien – Spanien 1:0. – **„DDR"-Oberliga,** 4. Spieltag: Karl-Marx-Stadt – Jena 0:0, Riesa – Frankfurt/Oder 3:0, Union Berlin – Zwickau 1:1, Aue – Erfurt 0:0, Magdeburg – Brandenburg 3:1, Rostock – Dynamo Berlin 0:1, Lok Leipzig – Dresden 0:1. – Tabellenspitze: 1. Dresden 8:0, 2. Dynamo Berlin 7:1, 3. Riesa 6:2. – **Englische Division,** 7. Spieltag: Birmingham – Aston 0:0, Coventry – Arsenal 0:2, Liverpool – Watford 3:1, Luton – Chelsea 1:1, Manchester United – Oxford 3:0, Queens Park – Everton 3:0, Sheffield – West Ham 2:2, Southampton – Manchester City 3:0, Tottenham – Newcastle 5:1, Bromwich – Ipswich 1:2. – Tabellenspitze: 1. Manchester United 18:2 Tore/21 Punkte, 2. Liverpool 16:6/14, 3. Sheffield 11:10/14, 4. Everton 14:9/13, 5. Arsenal 10:8/13.

EISHOCKEY

Europacup, Endrunde in Mégève: Stockholm – Moskau 1:5, Köln – Beuthen 5:4, Moskau – Dukla Iglau 6:4, Stockholm – Köln 3:6. – Abschluß-Tabelle: 1. Moskau 8:0, 2. Köln 4:4, 3. Iglau 4:4, 4. Stockholm 4:4, 5. Beuthen 0:8.

HOCKEY

Bundesliga, Feld, Herren, Gruppe Nord: Leverkusen – Hannover 0:1, RW Köln – Club an der Alster 1:0, SW Köln – Großflottbek 5:1, Mülheim – Gladbach 3:0. – Gruppe Süd: München – Dürkheim 3:0. – **Bundesliga, Damen,** Gruppe Nord: Raffelberg – Krefeld 2:0, Düsseldorf – UHC Hamburg 3:2, BW Köln – Klipper Hamburg 2:0, Leverkusen – Braunschweig 1:0. – Gruppe Süd: Berlin – Stuttgart 5:0, Hanau – München 3:2.

RINGEN

Bundesliga, 4. Wettkampftag, Gruppe West: Köllerbach – Aldenhoven 2:32,5, Goldbach – Bonn-Duisdorf 21:10. – Gruppe Süd: Wiesental – Freiburg-St. Georgen 27,5:7, Bad Reichenhall – Urloffen 9:29, Aalen – Reilingen 15,5:17, Freiburg-Haslach – Nürnberg 22:15.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 2. Spieltag: Düsseldorf – Jülich 9:7, Reutlingen – Hertha BSC 9:3, Grenzau – Bremen 9:1, Steinhagen – Altena 5:9, Heusenstamm – Saarbrücken 0:9, Hertha BSC – Steinhagen 1:9. – **Bundesliga, Damen,** 2. Spieltag: Kleve – Stuttgart 9:3, Frankfurt – Soest 9:5.

WASSERBALL

Bundesliga, Meisterschaftsrunde: Duisburg 98 – Düsseldorf 16:9, Spandau – Hamm 10:4, ASC Duisburg – Cannstatt 12:8. – Abstiegsrunde: Esslingen – Würzburg 9:9, Hannover-Linden – Hohenlimburg 7:6, Würzburg – Hannover-Linden 10:9, Hohenlimburg – Hamburg 19:9, Offenbach – Esslingen 7:13.

JUDO

Internationales Turnier der Damen in Den Haag, erster Tag: bis 61 kg: 1. Ritschel (Deutschland). – bis 66 kg: 1. Wahnsiedler, 2. Krüger (beide Deutschland). – bis 72 kg: 1. Sigmund (England), ... 3. Kuz (Deutschland). – über 72 kg: 1. de Kok (Holland), 2. Hemmerling (Deutschland), 3. Spinks (England), Ulsperger (Deutschland).

REITEN

CHI in Donaueschingen, Mächtigkeitsspringen: 1. Simon (Österreich) Landgräfin und Mehlkopf (Deutschland) Wabbs beide fehlerfrei, 3. Mullins (Irland) Clouin Mor und Schewe (Deutschland) Elrondo beide je vier Fehlerpunkte. – **Grand Prix de Dressage:** 1. Lange mit Fashion 1663 Punkte, 2. Kemmer mit Intus 1637, 3. Hinnemann mit Ideal 1624. – **Weltcup-Qualifikationsturnier** der Springreiter in Belo Horizonte/Brasilien, erstes Springen: 1. Huck (Deutschland) Lugana 0 Fehler/34:95 Sek., 2. Johannpeter mit Cortino 0/46:49, 3. Mendes (beide Brasilien) Tambo Nuevo 3/42:75.

TENNIS

US-Open in Flushing Meadow, Herren, Halbfinale: McEnroe (USA) – Wilander (Schweden) 3:6, 6:4, 4:6, 6:3, 6:3, Lendl (CSSR) – Connors (USA) 6:2, 6:3, 7:5. – Doppel, Finale: Flach/Seguso (USA) – Noah/Leconte (Frankreich) 6:7 (5:7), 7:6 (7:1), 7:6 (8:6), 6:0. – Damen, Finale: Mandlikova (CSSR) – Navratilova (USA) 7:6, 1:6, 7:6. – Doppel, Halbfinale: Sukova/Kohde (CSSR/-Deutschland) – Rinaldi/Garrison (USA) 5:7, 6:4, 6:3.

LEICHTATHLETIK

Grand-Prix-Finale in Rom, Herren: 400 m: 1. Franks (USA) 44,87 Sek. – 5000 m: 1. Padilla 13:27,79 Min., 2. Maree (beide USA) 13:28,04, 3. Wessinghage (Deutschland) 13:29,01. – Endstand 1. Padilla 63 Punkte, ... 3. Wessinghage 42. – 110 m Hürden: 1. Campbell 13,27 Sek., 2. Philipps (beide USA) 13,29. – Stabhoch: 1. Bubka (UdSSR) 5,85 m. – Diskus: 1. Bugar (CSSR) 66,26, ... 4. Danneberg (Deutschland) 61,20. – Endstand: 1. Bugar 52, ... 4. Danneberg 16. – Speer: 1. Petranoff 90,80, 2. Atwood (beide USA) 90,30. – Endstand: 1. Petranoff 55, 2. Atwood 51. – Gesamtstand: 1. Padilla 63. – Frauen, 100 m: 1. Griffith 11,00 Sek., 2. Brown (beide USA) 1,04, 3. Ottey-Page (Jamaika) 11,09. – 3000 m: 1. Decker-Slaney (USA) 8:25,83, 2. Puica (Rumänien) 8:27,83, 3. Budd (England) 8:28,83. – Endstand: 1. Decker-Slaney 69, 2. Puica 53, 3. Williams 37. – 400 m Hürden: 1. Brown-King (USA) 54,38. – Hochsprung: 1. Kostadinova (Bulgarien) 2,00 m. – Gesamtstand: 1. Decker-Slaney 69, 2. Kostadinova 63, 3. Brown-King 63, 3. Kratochvilova (CSSR) 59.

SPORTGYMNASTIK

WM-Qualifikation in Lahr, Vierkampf, Endstand: 1. Hildebrand (Wattenscheid) 37,85, 2. Fruhwirth (Goslar) 37,50, 3. Bothor (Lahr) 37,10, 4. Koch (Schmiden) und Schmiemann (Wattenscheid) beide 36,70, 6. Scharmann (Wattenscheid) 36,50.

SCHIESSEN

Weltmeisterschaften Trap und Skeet in Montecatini (Italien), Herren, Skeet: 1. Hochwald („DDR") 196 Tauben, ... 23. Trautwein 190, ... 26. Heinrich (beide Deutschland) 190. – Damen: 1. Carlesle (USA) 190, ... 10. Rink (Deutschland) 177. – Trap: 1. Li (China) 188, ... 11. Gräfin von Bothmer (Deutschland) 167. – **Europameisterschaften** in den KK-Waffen in Osijek (Jugoslawien), freie Pistole: 1. Liviu (Rumänien) 578 Ringe, ... 16. Hartmann 559, ... 25. Kaspar 554, ... 28. Messerschmidt (alle Deutschland) 551. – **Schnellfeuerpistole,** Junioren: 1. Magmeth (UdSSR) 595 Ringe, ... 8. Schlegel 586, ... 13. Müller 583, ... 16. Osthold (alle Deutschland) 580. – Mannschaften: 1. UdSSR 1778, ... 4. Deutschland 1749. – Junioren-Mannschaften: 1. UdSSR 1779, 2. Deutschland 1774. – Juniorinnen: 1. Pedersen (Dänemark) 592, 2. Holmer (Deutschland) 592. – Mannschaften: 1. Österreich 1763, ... 8. Deutschland 1751.

RALLYE

Internationale ADAC-Rallye Deutschland, achter von zehn Läufen zur deutschen Meisterschaft, 1040 km, 33 Wertungsprüfungen (351 km): 1. Grundel/Diekmann (Schweden/-Deutschland) Peugeot 205 Turbo 3:17:51 Std., 2. Hero/Müller (Deutschland) Opel Manta 400 13:40 Min. zur., 3. Petersen/Bockelmann (Deutschland) Opel Manta 400 17:41 Min. zur., 4. Bohne/Jahns (Deutschland) Mercedes 400 25:23 Min. zur. – DM-Stand: 1. Grundel/Diekmann 210 Punkte, 2. Petersen 146, 3. Bockelmann 127.

GALOPP

Rennen in Mülheim/Ruhr: 1. R.: 1. Birthday Bird (P. Alafi), 2. Zinntaler, 3. Prelude, Toto: 18/12, 20, 30, ZW: 168, DW: 5112, 2. R.: 1. Maiblüte (P. Remmert), 2. Kifara, 3. Gefreiter, Toto: 96/22, 15, 16, ZW: 672, DW: 2504, 3. R.: 1. Ginsterblüte (K. Woodburn), 2. Tomasina, 3. Amalfi, Toto: 44/26, 30, 22, ZW: 1404, DW: 9048, 4. R.: 1. Oldtimer (P. Remmert), 2. Poet, 3. Die Perle, Toto: 24/12, 18, 20, ZW: 304, DW: 1376, 5. R.: 1. D'Annunzio (G. Bocskai), 2. Elegancia, 3. Warangal, Toto: 28/15, 19, 34, ZW: 124, DW: 2232, 6. R.: 1. Mio Caro (R. Suerland), 2. Notabilis, 3. Derby Star, Toto: 52/26, 19, –, ZW: 280, DW: 952, 7. R.: 1. Nebula (St. Eccles), 2. Axios, 3. Königspalme, Toto: 296/78, 54, 42, ZW: 1800, DW: 57 196, 8. R.: 1. Stroganow (Frl. V. Szemes), 2. Al Corazon, 3. Anjoulit, Toto: 60/21, 38, 34, ZW: 508, DW: 4776, 9. R.: 1. Hallo Dolly (T. Hellier), 2. Berlinale, 3. Armenienne, Toto: 88/18, 19, 12, ZW: 844, DW: 2884.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 7, 18, 26, 38, 43, Zusatzzahl: 8. – **Spiel 77:** 9 3 7 3 2 7 4. – **Glücksspirale:** Endziffern: 4, 19, 327, 2899, 11903, 386302. – Los-Nummer: 7576860, 1092899, 3475036. – Prämienziehung: 978178, 291107, 719706. (Ohne Gewähr).

GYMNASTIK

Hochburg Wattenscheid

dpa, Lahr

Ein sportbegeisterter Millionär aus der Bekleidungsbranche will Wattenscheid endgültig zur deutschen Gymnastik-Hochburg machen. Klaus Steilmann hat die besten Karten bei Mariana Christiansen, die am Samstag im badischen Lahr anläßlich der WM-Qualifikation ein Angebot des Deutschen Turner-Bundes (DTB) und des Hessischen Turnverbandes ablehnte. „Ich unterschreibe den Vertrag in Wattenscheid in den nächsten Tagen", erklärte die gebürtige Rumänin aus Hamburg, die es nicht in den neuen Stützpunkt Frankfurt zieht, „weil hier keine geeignete Halle zur Verfügung steht".

Trotzdem bot sie dem DTB an, künftig auf Honorabasis obendrein mit einer neuen Gruppe zu arbeiten. „Ich denke, wenn ich zehn arbeitswillige Interessenten zusammenbekomme, daß ich eines Tages wieder eine gute Gruppe für Europa- oder Weltmeisterschaften präsentieren kann. Wenn das schon für das nächste Jahr sein soll, müßte das Vorbeitungstraining für die EM 1986 in Florenz gleich nach den diesjährigen Welt-Titelkämpfen in Valladolid beginnen."

Zu den Leistungen der Einzel-Gymnastinnen gab Mariana Christiansen keinen Kommentar: Zurückgezogen wurden nach dem Vierkampf die bereits gemeldeten Wattenscheiderinnen Monika Meschede (Rücktritt) und Claudia Scharmann, die nach ihrer Kniescheiben-Operation vor sieben Wochen nur 36,50 Punkte schaffte und damit nur sechste wurde. Die deutschen Farben vertreten Simone Hildebrand (Wattenscheid – 37,85), Kristin Fruhwirth (Goslar – 37,50), Bettina Bothor (Lahr – 37,10); Ersatz Dörte Koch (Schmiden – 36,70).

Die Olympia-Dritte Regina Weber (Wattenscheid) glänzte durch Abwesenheit. Die 22jährige hatte ein Attest mit Diagnose Achillessehnenreizung geschickt. Für die 28malige deutsche Meisterin wurde, das bestimmten Bundesfachausschuß und Trainerrat, ein WM-Platz freigehalten. Bis 24 Stunden vorher können Namen geändert werden.

LEICHTATHLETIK / Debakel der Zehnkämpfer – Grand-Prix-Finale

Ehefrau Jeannie und Jürgen Hingsen völlig ratlos FOTO: DPA

Übte das Bayer-Werk Druck auf Hingsen aus?

CARL MORELL, Uerdingen

„Man kann eben nicht antreten, wenn man acht Wochen lang keinen vollen Sprint absolviert hat. Jürgen Hingsen hat zuvor keinerlei Leistungstest abgelegt – das ist es, was mich ärgert. Ein Startverbot habe ich ihm nicht erteilt. Doch wenn ich mehr Details gekannt hätte, hätte ich Bundestrainer Wolfgang Bergmann gesagt, er solle ihn nicht aufstellen." Das sagte der Freiburger Sportarzt Professor Armin Klümper beim Europacup-Finale der Mehrkämpfer in Uerdingen. Er sagte es, nachdem Zehnkampf-Weltrekordler Jürgen Hingsen bereits nach der ersten Disziplin – dem 100-m-Sprint – aufgegeben hatte.

Kurz danach war die Mannschaft des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) geplatzt – an eine Cup-Verteidigung war schon deshalb nicht mehr zu denken, weil nur noch zwei Zehnkämpfer, die beiden Mainzer Siegfried Wentz und Thomas Rizzi, den Wettkampf fortsetzen konnten. Ex-Weltrekordler Guido Kratschmer zerrte sich im dritten Versuch des Weitsprungs den rechten Oberschenkel. Der 32jährige wollte unbedingt seinen 40. Zehnkampf beenden, doch die Schmerzen waren zu groß. Im Kugelstoßring gelang ihm noch nicht einmal mehr der Angleitschritt. Aus.

Hingsen war nach schweren Verletzungen (dreimaliger Muskelfaserriß im linken Oberschenkel, umgeknickter Fuß) in Uerdingen angetreten. Er hatte gesagt: „Wenn es im 100-m-Lauf rollt, dann rollt die ganze Kiste." Es rollte schon im Sprint nicht. Als sich der Olympia-Zweite für den Weitsprung einlief, mußte er wegen eines Kampfrichters, der im Wege stand, abstoppen. Die alte Verletzung war wieder da. Hingsen versuchte es mit dem Anlauf zum Weitsprung, den er abbrechen mußte. Hingsen: „Es hat keinen Zweck, meine Zerrung macht sich zu stark bemerkbar."

„Warum laßt ihr auch solche Spinner ran? Der hat euch doch alle nur vorgeführt", sagte Uwe Freimuth aus Potsdam, die Nummer drei in der ewigen Weltrangliste der Zehnkämpfer, nachdem es passiert war. Der Schwarze Peter ging reihum. DLV-Sportwart Otto Klappert: „Nun müssen sich auch Heimtrainer Norbert Pixken und Bundestrainer Wolfgang Bergmann ein paar harte Fragen gefallen lassen." Der hatte zuvor noch gesagt: „Ein halber Hingsen ist mir lieber als ein gesunder Ersatzmann."

Nach dem Debakel, als feststand, daß die deutschen Zehnkämpfer nun in die B-Gruppe des Europacups absteigen müssen und allenfalls erst 1989 wieder Chancen haben, innerhalb der A-Gruppe zu Europacup-Siegern aufzusteigen, ließ Bergmann die Katze aus dem Sack. Auf einmal wußte er: „Das Bayer-Werk hat Druck auf ihn ausgeübt. Der Weltrekordler von Bayer Uerdingen im Bayer-Stadion von Krefeld: Das durfte nicht platzen." Der in Mainz lebende Bergmann, verantwortlich für Aufstellung und notfalls Berufung eines Ersatzmannes, wurde mit falschen Angaben über Hingsens Trainingsprogramm versorgt: „Ich muß mir heute vorwerfen lassen, daß ich mich nicht häufiger selbst davon überzeugt habe", gab er am Samstag abend zu.

Doch Bergmann sagte auch: „Ersatzmann Fichtner hätte vielleicht 8000 Punkte gemacht. Doch nur mit Hingsen hätten wir die DDR schlagen können." Was bereits eine falsche Einschätzung der Lage war, denn Uerdingen zeigte es zumindest am ersten Tag: So überragend waren die Zehnkämpfer der „DDR" gar nicht, und mit drei Leuten – Wentz, Rizzi und Fichtner – wäre man zumindest nicht in die B-Gruppe abgestiegen. Nachwuchstrainer Claus Marek, einst selber ein erfolgreicher Zehnkämpfer: „Karl-Heinz Fichtner stand auf dem Einlaufplatz. Hochmotiviert bis in die Haarspitzen und absolut fit. Ich bin stocksauer auf Hingsen, daß er nicht verzichtet hat."

Bei einem Streit mit der als Journalistin tätigen Olympiasiegerin Heide Rosendahl („Er ist ein feiger Held") verteidigte sich Hingsen so: „Noch vor einer Woche habe ich den Verband offiziell vor mir gewarnt. Doch dann hagelte es Anrufe bei mir, und alle, unter ihnen Bundestrainer Wolfgang Bergmann, haben mit Engelszungen auf mich eingeredet, damit ich starte. Mein einziger Fehler war, daß ich mich nur allzugern habe überreden lassen." Bergmann strafte Hingsen allerdings Lügen: „Ich habe in der letzten Woche nie mit Jürgen telefoniert, nur mit seinem Trainer." Offenbar hat Hingsens Heimtrainer Norbert Pixken wider besseres Wissen im Bayer-Auftrag fleißig Zuversicht verbreitet ...

Nun ist das Kind in den Brunnen gefallen, und verloren haben dabei fast alle: Hingsen und Pixken zumindest ihre Glaubwürdigkeit, Klümper ebenfalls, Bergmann seine Autorität, vielleicht sogar das Amt. Denn eventuell war ihm von Anfang an egal, was mit Hingsen passieren würde. Hingsen gehört nicht zu seiner Mainzer Gruppe.

Abend von Rom war eine einzige Farce

OLAF BROCKMANN, **Rom**

Statt Galaabend ein Begräbnis erster Klasse – das war das Finale des neugeschaffenen Leichtathletik-Grand-Prix im Olympiastadion zu Rom. Die amerikanische Weltmeisterin Mary Decker-Slaney traf den Nagel auf den Kopf: „Da kannst du dir alle Mühe geben, doch bei Grabesstille kannst du eben keinen Rekord laufen." 58 000 Zuschauer waren gekommen, doch sie verfolgten die Wettkämpfe genauso schweigsam wie die Marmorfiguren im antiken Stadion gleich nebenan. Der einzige, der redete, war der Stadionsprecher. Doch fast nur derart wirres Zeug, daß es der Veranstaltung dienlich gewesen wäre, hätte er nur den Mund gehalten. Das war nicht nur fatal, das war schon skandalös.

Und das sollte also der Höhepunkt der großen internationalen Leichtathletik-Saison sein? Das sollte Zürich, Brüssel, Berlin, Köln und Koblenz vergessen lassen? Was herauskam, war ein fader, müder Abend, ein Ärgernis höchsten Ranges. Viele hatten das kommen sehen und waren – verletzt oder nicht – lieber gleich zu Hause geblieben: Die versammelte Garde der „DDR"-Stars, die großen Mittelstreckenläufer Aouita, Cram, Maree, Coe, der wieder aufstrebende Carl Lewis, Valerie Brisco-Hooks und sogar Italiens 10 000-m-Olympiasieger Alberto Cova.

Wäre da nicht Mary Decker-Slaney gewesen, müßte der Abend von Rom als ein einziges Attentat auf die Leichtathletik gewertet werden. Mary Decker-Slaney lief wie immer an der Spitze des Rennens, diesmal über 3000 Meter. Sie wollte wie eh und je den Weltrekord verbessern, doch es klappte nicht. 97 Prozent Luftfeuchtigkeit und die fehlende Atmosphäre – auch „Mary Wonderful" konnte das nicht wettmachen.

Bei 8:22,62 Minuten steht der Weltrekord der Sowjetrussin Tatjana Kasankina. Als Mary Decker-Slaney in Rom über die Ziellinie lief, blieben die Stoppuhren bei 8:25,83 Minuten stehen. Das war neuer amerikanischer Rekord und freilich auch Weltjahresbestzeit, doch mehr nicht. Und daß sie wiederum die rumänische Olympiasiegerin Maricica Puica und ihre englische Widersacherin Zola Budd geschlagen hatte, gehört mittlerweile zu den Alltäglichkeiten des Frauen-Langstreckenlaufs.

Damit war sie Grand-Prix-Gesamtsiegerin geworden, erhielt 98 000 Mark und ein Lächeln des anwesenden IOC-Präsidenten Samaranch, der solche Dinge nicht mehr für Kommerzialisierung oder gar für einen Anflug von Professionalismus hält.

Mary Decker-Slaney bedankte sich auf ihre Art, indem sie den Grand Prix heftig kritisierte: Zu viel Wettkämpfe, zu undurchsichtige Wertung, zu wenig Geld für die Athletinnen und Athleten auf den hinteren Plätzen, unsinnige Streckeneinteilungen.

Bei den Männern wurde ihr Landsmann Doug Padilla als Grand-Prix-Sieger geehrt. Und daran erkennt man den ganzen Unsinn dieses Grand Prix. Denn Doug Padilla ist zwar ein überaus fleißiger Langstreckenläufer, aber eben nur das. Er ist ein Mann der zweiten Garnitur, und wenn ein solcher Athlet als der überragende dieses Sommers gilt, nur, weil eine ominöse Punktewertung, die kein Mensch begreift, es so will – dann wird die ganze Angelegenheit endgültig zur Farce. So wie dieser ganze unnütze Abend von Rom.

Pankraz, das Gespenst und Bonn als Literatur

Der nachgelassene Bonn-Roman von Heinrich Böll hat viele dem Verstorbenen politisch verbundene Kritiker in größte Verlegenheit gebracht. Bei allem Gesinnungsrabatt, den man einzuräumen bereit ist, kommt man doch nicht um die Feststellung herum, daß ein künstlerisches Desaster von seltenem Ausmaß vorliegt. Entschuldigungen werden nun gesucht, und dabei gelangt man zu den merkwürdigsten Schlußfolgerungen. Der „Spiegel" zum Beispiel weiß genau, woran Böll gescheitert ist: nicht an künstlerischem Unvermögen, sondern an der schieren „Ungeheuerlichkeit" seines Gegenstandes, des politischen Bonn nämlich. „Je gespenstischer, grotesker, also auch ‚literarischer' die Bonner Szene aussieht, desto unerreichbarer rutscht sie aus jeder literarischen Darstellung."

Das ist nun wirklich eine drollige Dialektik: Weil ein Gegenstand besonders literarisch ist, rutscht er aus jeder literarischen Darstellung! Wahrscheinlich ist hier dem Rezensenten selber etwas weggerutscht. Ihm wäre anzuraten, sich hin und wieder in eigener Person ein bißchen auf dem Bonner Parkett umzusehen, statt immer nur in Blättchen darüber zu lesen. Er würde dann schnell herausfinden, daß dieses Bonn – trotz Spenden- und Spionageskandals – alles andere ist als eine unterhaltsame Gespensterbahn. Es ist, um im Vokabular des Rummelplatzes zu bleiben, nicht einmal eine Berg- und Talbahn, allenfalls eine biedere Schießbude, in der man Wachsblumen, Teddybären und Erinnerungspokale gewinnen kann.

Mit anderen Worten: Das politische Bonn ist literarisch so unergiebig wie nur irgend möglich. In jedem Mädchenpensionat passieren interessantere Sachen, gewinnen menschliche Konflikte tiefere Kontur als in der Bonner Bannmeile. Das ist natürlich keine Entschuldigung für einen mißlungenen Bonn-Roman; ein guter Schriftsteller muß auch aus einem Null-Gegenstand noch literarischen Honig saugen können. Es ist aber so etwas wie eine plausible Erklärung dafür, warum so wenige Schriftsteller sich Bonn als literarischem Thema zuwenden. Sie wissen oder spüren zumindest instinktiv, daß da „nichts drin" ist.

Die parlamentarische Demokratie mag die beste aller möglichen modernen Regierungsformen sein, sie ist aber mit Sicherheit auch die langweiligste. Wo sich menschliche Qualitäten und Leidenschaften immer wieder auf pure Mehrheits-, also bloße Zahlenverhältnisse reduzieren, wo Konflikte von vornherein institutionalisiert werden und die agierenden Figuren im schärfsten Brennlicht der Öffentlichkeit stehen, dort kann sich kein Dramenstoff zusammenballen. Die paar müden Routine-Tricks, die die Parlamentarier anwenden, um nach oben zu kommen oder dem Konkurrenten ein Bein zu stellen, reichen bei weitem nicht, um aus ihnen ohne Krampf Schurken von Jago-Format zu machen. Und andererseits finden selbst begabte, willensstarke Politiker sehr selten Gelegenheit, sich in spektakulärer Weise zu bewähren. Es herrscht, um mit Gehlen zu sprechen, ein „Milieu mittlerer Tugendhaftigkeit", also genau das Gegenteil von Literaturfreundlichkeit.

Versierte Thriller-Spezialisten wissen das, und wenn sie über „Washington" oder „Bonn" schreiben, tun sie deshalb so, als seien die allen sichtbaren Rituale parlamentarischer Demokratie nichts als Schein, als spiele sich das „eigentliche" politische Leben in irgendwelchen Hinterzimmern ab, wo ungeniert das „Große Geld", der zu politischen Zwecken eingesetzte Sex und die Killerabteilungen der Geheimdienste regierten. Sie können sich dabei sogar auf eine marxistisch angehauchte „wissenschaftliche" Politologie berufen, die das parlamentarische Getriebe ja ebenfalls zur „bloßen Fassade" erklärt, zu einer Ansammlung von Hampelmännern, an deren Fäden „einige wenige Großimperialisten" heimtückisch ziehen.

Dabei zeigen gerade die periodisch wiederkehrenden „Skandale", in denen etwa geldspendende Geschäftsführer oder mit sexueller Erpressung operierende Geheimagenten ans Licht gebracht werden, wie ephemer und letztlich politisch unwichtig solche Instanzen für Washington oder Bonn sind. Nicht zufällig nehmen sich ihrer nur seichte Thrillerschreiber an; jeder ernsthafte Autor realisiert eben früher oder später, daß ihm die „Muckraker", die professionellen Schmutzaufwühler in den Zeitungen und im Fernsehen, allemal (und schon von der Aktualität her) über sind, wenn es um vordergründige Enthüllungen geht, daß aber das politische Geheimnis der parlamentarischen Demokratie gar nicht in solchen Enthüllungen zum Vorschein kommt, sondern tatsächlich „Mehrheitsbeschaffung und Öffentlichkeit" heißt.

Jenes verbissene Rangeln um meist winzige Positionsgewinne bei voller Öffentlichkeit, jene wiederholungsreichen und literarisch völlig belanglosen Parlamentsdebatten, jene Politiker, die Tag für Tag „in die Medien" gehen, um ihre immer gleichen Sprechblasen loszuwerden – genau das ist das Wesentliche in der Demokratie, ihr Knack- und Angelpunkt. Das Geschäft mag, wie gesagt, notwendig und segensreich sein, und niemand wird auf den Gedanken kommen, wir müßten moskowitische oder arabische Verhältnisse herstellen, damit unsere Schriftsteller endlich einmal ein triftiges Buch über das politische Bonn schreiben können. Aber das ändert nichts daran, daß dieser Bonner Acker für jeden guten Schriftsteller ein steiniger Akker bleibt und daß man es gut verstehen kann, wenn sich jemand fettere Böden sucht.

Wagt sich aber dennoch einer an das mühselige Geschäft heran, so muß von ihm erwartet werden, daß er auch wirklich Steine aufhebt, statt sich mit einigen Styropor-Klötzchen aus der Thrillerkiste zu begnügen. Davon kann ihn auch kein naiv dämonisierendes Kritiker-Geseufze über das ach so groteske und gespenstische Bonn entbinden.

Pankraz

Glänzender Auftakt mit Nachspiel: Heribert Sasses Berliner Einstand mit Nestroys „Talisman"

Finessenreiches Wunder für die Piefkes

Der Auftakt – gelungen! Die Inszenierung (Heribert Sasse) ist von einer schönen, schauspielerischen Kompetenz und Fülle. So viele hochamüsante oder auch bittere, immer fröhlich zugreifende Darsteller sind zu sehen. Nestroys Geniestück, pendelnd zwischen Volksposse und Bitternis, zwischen Lustigkeit und tiefer Menschenmelancholie, ist getroffen.

In der Hauptrolle des rothaarigen Barbiergesellen: Heribert Sasse, der Intendant und Regisseur selber. Er spielt sich, obgleich den Antrieb dieser Menschensatire durchaus leistend, nicht unziemlich nach vorn. Er gibt, sozusagen wie achselzuckend, den tieferen Kommentar, während er, spielend, die Moral und Lustigkeit seiner Parabelfigur deutlich abliefert. Sein Titus Feuerfuchs ist erfreulich ungefällig. Er ermangelt eher fast zu sehr des wienerischen „Ranschmisses". Das ist erfreulich zu sehen.

Nestroys zauberhafter Sprachwitz wird genau und mit der herben Lustigkeit ausgeboten, die da am Platze ist. Manche Spielgestalten möchte man an diesem ersten Abend der neuen Spielägide fast streicheln. So deutlich, so warm, so lustig irrig oder verwegen haben sie ihren gerundeten Auftritt.

Dagmar von Thomas als die gefoppte, verliebte Adelsdame. Sie ist fast anzusehen wie eine edel geknickte „Fromme Helene" aus Wien. Peggy Lukać als ihre ebenfalls in den perückierten Feuerfuchs vergaffte Kammerfrau. Peter Matić: sehr komisch als ein fürstlicher Friseur. Hugo Lindinger bringt seine schier absurde Körperlichkeit mit aller Pracht, fröhlichen Torheit und absurden Einfalt zum Einsatz. Hermann Faltis führt seinen vermaulten Gärtner entzückend vor. Man freut sich auf jeden seiner neuerlichen, trübselig komischen Auftritte.

Eva Manhardt spielt, ebenfalls schön greifbar, die späte Liebe einer verwitweten Gärtnerin vor. Man liebt ihre Fülle. Man lacht über ihre späte Erotik. Hansi Jochmann hat auf Anhieb eine ganz eigene, kleine, ruppige, deutlich berlinische Mädchenneugier. Nicht zu vergessen, wie Andrea Nürnberger dann die ganz ernsthafte, eher elegische Märchenrolle der beständigen (weil ebenfalls rothaarigen) treuen Mädchenliebe gegen soviel Heiterkeit und gezielte Menschensatire durchhält.

Fröhlich zugreifende Darsteller: Heribert Sasse (links) als Titus Feuerfuchs und Hugo Lindinger in der ersten Premiere der neuen Intendanten-Ära an den Berliner Staatstheatern FOTO: BINDER/THIELE

Es wird durchaus ein sehenswerter, oft geradezu liebenswerter Theaterabend mit einem so selten in Berlin gespielten Wunderstück. Zugegeben: Die Couplés verpuffen. Den gewünschten Auftrieb können ihnen auch die von Volker Ludwig aktuell hinzugedichteten Strophen nicht geben. Da murrten dann prompt die hinteren Reihen des Schloßparktheaters, leise, aber deutlich.

Eingerechnet auch, daß das kompakte Wien aus der Szene den örtlichen Ohren fast wie ein Fremdidiom vorkommen mußte. Wir Piefkes hörten Finessen nur schwer. Trotzdem: Die wunderbare Verschlingung einer naiven Volkssprache mit höchster Intelligenz, mit kritischer Pfiffigkeit und einer oft bösen Ironie – man konnte dem folgen und es genießen. Der Abend, Sasses Einstand im Gehege der Berliner Staatsbühnen, war gelungen.

Dabei geht es ja dauernd um etwas erschreckend Trauriges. Die Welt steckt voller dummer Vorurteile. Die werden hier szenisch genial aufgedeckt. Ein Rothaariger, also ein Vertreter einer biologischen Minderheit, ist getreten und sein Leben lang verachtet. Er strampelt sich hoch. Er verändert mit füglicher List seine haarige Anstößigkeit. Perückiert macht er, scheint's, sofort sein Glück. Aber wenn dann die Perücke gefallen ist und seine totale Rothaarigkeit aufgeckt, fällt er in die Verachtung seiner Umwelt zurück. Sein Glück ist bei Nestroy, daß eine gleichartig Behaarte auf ihn wartet. Das Szenenmärchen endet entzückend paradigmatisch und einsichtig. Man hat lachend gelernt, ohne je magisterhaft belehrt worden zu sein. Ein Nestroysches Wunderstück.

Eingelassen ist das hier in eine Zauberdekoration, die Xenia Hausner (Sasses Entdeckung schon am Berliner Renaissancetheater) mit optisch mürbem Charme entworfen hat. Die Kostüme von Joachim Herzog geben den jeweiligen Spielfiguren die gehörige falsche Pracht oder vergammelte Lustigkeit. Aus dem Orchestergraben tönt die Musik pfiffig, populär, lustig verkantet oder animierend.

Der Beifall am Schluß: So herzlich wie überzeugt. Lange muß man zurückdenken, daß man einen so unangestrengt unterhaltsamen, klugen und schauspielerisch fröhlichen Abend an dieser Stelle gesehen hätte. Sasse und die Seinen konnten zufrieden sein. Die nächsten Schritte werden sicher viel schwerer fallen. Aber der erste ist, deutlich mit Glück und geplanter Fügung, getan. Aufatmen im selig verwienerten Steglitz.

Künstlerpech nur: daß Sasse die zweite Aufführung (der der Bundespräsident beiwohnte) bald nach Beginn schon abbrechen mußte. Er mußte einer Magen- und Darminfektion sich beugen und zur Behandlung in eine Klinik (die ihn dann gestern wieder entließ). Man drückt ihm und den von ihm geleiteten Theatern den Daumen. Er wird gerade jetzt in seiner neuen Position und nach dem ersten, geglückten Anlauf dringend gebraucht.

FRIEDRICH LUFT

Oberhausen: Versuch mit Lortzings „Casanova"

Der Vater vom Frosch

Er schreibt an seinen Memoiren", heißt es an einer Stelle. Das tat Casanova ja tatsächlich sehr ausführlich. Verbürgt ist auch noch seine kurze Einkerkerung im Fort St. André, aber dann spinnen Carl Lebrüns Lustspiel (1839) und Lortzings darauf basierende Oper „Casanova" (1841) ihre Fäden sehr freihändig weiter, mit allen Verwicklungen, die sich ein Theaterbesucher damals vom heiteren Singspiel erwartete. Ein Frauenheld in Nöten schlägt der Obrigkeit ein Schnippchen, durchkreuzt alle Intrigen, die Damenherzen fallen ihm zu und die Kerkerketten ab, so etwa der Kurznenner der im venezianischen Murano spielenden Handlung. Aber so genau hat es Casanova mit seinen Abenteuern schließlich auch selbst nicht genommen.

Jedem seine Marktnische: Das Oberhausener Theater kapriziert sich seit einigen Jahren auf vergessene Opern. Tapfer lehnt man sich auf gegen das Urteil der Musikgeschichte, nach der Logik: Wenn einer den „Wildschütz" komponieren konnte, dann kann auch sein „Casanova" nicht ganz schlecht sein. Er ist sogar ganz witzig, wie die Wiederbelebung zeigte, die zweite bereits, die die Oberhausener (nach „Regina") dem Meister der Deutschen Spieloper bescherten.

Die Vita der Oper ist übrigens durchaus unscheinbarer als die ihres Titelhelden. Bei der Leipziger Uraufführung hatte sie Donizettis „Favoritin" zur Konkurrentin, ausgerechnet wo sich Lortzing hier selbst im italienischen Kolorit versuchte. Wenige Bühnen spielten nach. 1934 versuchte es Braunschweig noch einmal, 1944 gab es in Berlin unter Mark Lothars Beteiligung eine komplette, offenbar ziemlich mutwillige Umarbeitung. Erst in den sechziger Jahren waren es Bernburg und andere „DDR"-Bühnen, die in „Casanova" statt biedermeierlichen Biedersinns vormärzlichen Eifer entdecken wollten.

Ein bißchen bemüht. Immerhin, es gibt da eine hübsche Kerkermeister-Genealogie in der Gestalt des weinseligen Rocco (Gottfried Driesch) zu entdecken, der freilich eher ein Vorläufer des Straußschen „Frosch" zu sein scheint. Und wenn es auch nur die venezianische war, er ließ die Republik hochleben im Königlich-Sächsischen Theater. Oder die Obrigkeitspersiflage im komischen Polizisten-Fugato: Derartiges schrieb später erst Offenbach in Paris.

In Oberhausen hat sich Jürgen Kirchhoffs Inszenierung solcher Dinge nicht ohne Witz angenommen und Roccos Couplets noch mit einem Seitenhieb auf die Weinpanscher aktualisiert. Der Titelpartie diente Michael Roider lyrische Tenorqualitäten mit etwas bemühter Höhe an, schön auch Elisabeth Hallbergs Spielsopran. Der musikalischen Belange, die im vokalen Bereich immerhin bis zum Sextett reichen, nahm sich Konstantin Schenk an, im Orchestergraben wirkten rechtschaffen die Remscheider Symphoniker.

DIETER SCHÜREN

Zürcher Oper: Verdis „Macbeth" unter Santi

Ein Geist im Spiegel

Verdis „Macbeth" in München, Verdis „Macbeth" in Salzburg, in Wien, in Verona, in Paris – und nun also auch in Zürich. Das Gesetz der Serie scheint immer dann am besten zu funktionieren, wenn die Opernhäuser akute Besetzungsschwierigkeiten für eine Partie haben. Denn die fulminante Hochdramatische für die Lady gibt es zur Zeit nicht.

Die beiden Damen, die man in Zürich im Wechsel vorgesehen hatte, Elizabeth Connell und Ghena Dimitrova, standen dann plötzlich doch nicht zur Verfügung, so daß die Not groß war. So zog man sich mit einer relativ leichten, aber beweglichen Stimme aus der Affäre: Josephine Barstow, die freilich eine glänzende Darstellerin ist und damit auch die Wirkung ihrer vokalen Vorstellung intensiviert.

Eine Hilfe, die bei Simon Estes, dem Macbeth, nicht nötig ist. Dessen runder, dunkler Bariton, guttural und wagnererprobt, hat den rechten Klang für diesen finstersten Opernhelden Verdis. Bonaldo Gaiotti als Banquo hatte daneben keine Chance, aber zur eigentlichen Enttäuschung des Abends wurde Maurizio Frusoni, der Macduff. Auf Frusoni werden ja neuerdings erstaunliche Karrierewetten abgeschlossen, doch zumindest in einer solchen Partie ist seine Stimme einfach zu klein, um etwa das Katastrophen-Finale des ersten Aktes gebührend einzuleiten.

Was eine „Macbeth"-Inszenierung taugt, zeigt sich spätestens in der Bankettszene des zweiten Aktes. Dann nämlich muß der Regisseur die Wahnvorstellungen des Titelhelden plausibel auf die Bühne bringen – und das kann peinlich werden. Grischa Asagaroff, der Verdis Oper jetzt in Zürich inszenierte, zog sich hier durchaus achtbar aus der Affäre: Macbeths Geistesverwirrung wird bei ihm durch ein Bild des ermordeten Banquo symbolisiert, das über einen gigantischen (und leider ziemlich verschmutzten) Spiegel nur für die Zuschauer, nicht aber für die anderen Bankett-Teilnehmer sichtbar ist.

Überhaupt war diese Inszenierung, wenngleich sie auf neue Deutungsansätze verzichtete, auf rechtschaffene Art solide. Nur zu den Massenszenen hatte Asagaroff zwar nicht viel beizutragen – da zogen die Heerhaufen, mit Standarten und Brustpanzern bewaffnet, recht einfallslos ihres Weges. Dafür gelangen dem Regisseur eindringliche Beleuchtungseffekte und packende Charakterprofile. Daß Josephine Barstow anfangs zu mütterlich wirkte, kaum machtlüsterne Teufelin war, lag wohl weniger an ihr selbst als ihrer Kostümierung (Jan Skalicky).

Das Zürcher Opernorchester unter dem verdi-erfahrenen Nello Santi wirkte nur am Anfang etwas eckig und kalt, brachte es später aber trotz kleiner Ungenauigkeiten zu beachtlicher Glut und Leuchtkraft. Der stark geforderte Chor schlug sich vor allem in den Hexenszenen durchaus mit Bravour.

STEPHAN HOFFMANN

Köln: Sammlung Siegel

Rätselhafte Dämonen aus Chinas Erde

Ein Höllenfürst mit grünem Gesicht und gelbem Bart empfängt die Besucher. Dieser Dämon aus der Ming-Zeit (1368-1643) bewacht mit grimmen Blick Schätze, die gut und gerne zweieinhalb Jahrtausende älter sind als er. Es sind archaische Bronzen und frühe Keramiken aus China, die in der einschlägigen Fachliteratur als Rarissima vezeichnet werden.



Rarität: Ein Yu mit Bügelhenkel und Eulendekor, Shang-Zeit FOTO: RHEIN. BILDARCHIV

Diese seltenen Stücke sind im Kölner Ostasiatischen Museum zu sehen. Mit der kleinen Ausstellung „Form und Farbe" ehrt das Haus einen Mann, dem es viel verdankt: Hans Wilhelm Siegel. Er lebte als Kaufmann ein halbes Jahrhundert in China. Sein Sammeleifer richtete sich zu einer Zeit, in der das allgemeine Interesse eher den schönen Porzellanen der Ming- und Qing-Zeit galt, auf die frühe und einfache Kunst.

Zu seiner Sammlung gehören u.a. zwei Bronzen aus der Shang-Zeit (11. Jh. v. Chr.), ein Speisegefäß vom Typ Fangyi und ein hoher Weinbehälter vom Typ Yu – beide mit Deckel –, die höchst ungewöhnlich mit einem Eulendekor verziert sind. Sonst zeigen die Ritualbronzen aus dieser Zeit in aller Regel die Taotie-Maske, eine Art Gesicht aus mäanderartigen Linien mit großen Augen, schrecklich und schreckerregend, dessen Herkunft und Bedeutung die Sino-Archäologen bislang nicht zu enträtseln vermochten. Diese Taotie-Maske findet sich hier auch auf zwei Speisegefäßen der Shang-Zeit und einem Weinbehälter in Form einer flachgedrückten Flasche (östliche Zhou, 770–256) mit einem Gitterdekor und patinierten Feldern.

Bei den Keramiken spannt sich der Bogen von einem hohen Topf mit einem eingeprägten Gitter-Netz-Muster, das den ganzen Körper überzieht (5.–3. Jh.) über die zarten Seladone der Song-Zeit (960-1279) bis zu einer Schüssel, auf die mit Eisenbraun eine große Blume gemalt wurde (frühes 12. Jh.). Darunter sind wiederum zwei seltene Stücke, ein bauchiger Vorratstopf aus der späten Han-Zeit (1.–2. Jh.) und ein flacher Topf (3.–4. Jh.), die – ungewöhnlich bei Keramiken – ebenfalls mit der Taotie-Maske verziert wurden.

In den anderen Räumen des Museums findet man noch weitere Beispiele, die aus der Sammlung Siegel stammen oder mit Mitteln der Orientstiftung erworben wurden, die Hans Wilhelm Siegel begründet hat und weitgehend finanziert. Die kleine Ausstellung aber vereint zwei Dutzend seiner Glanzstücke (bis 3. Nov.; kein Katalog).

PETER DITTMAR

Die stumme Welt als solche: Das Kölner Pantomimenfest „Gaukler '85"

Traum und Wirklichkeit der Küche

Zehn Jahre existiert mittlerweile Milan Sladeks internationales Pantomimenfestival. Doch erst in diesem Jahr gelang es ihm, zwei seiner Landsleute für seine „Gaukler 85" nach Köln zu holen. Zu später Stunde trat Boleslav Polivka als „Schiffbrüchiger" auf die Bühne des Theaters Kefka und zeigte sein Alptraumspiel vom Überleben. Auf einem breiten Etagenbett, das ringsherum von „Wasser" umgeben ist, mimt Polivka Grenzsituationen der Einsamkeit – wobei es nicht nur um die Einsamkeit des Schiffbrüchigen auf dem weiten Ozean geht, denn dieser Schauplatz weitet sich, dank akustischer Einsprengsel, zu einem Gefängnis aus, durch dessen hohe Flure schwere Schritte hallen. Oder ist es eine Kaserne? Eine Irrenanstalt? Oder schlicht unsere Welt „als solche"?

Polivka läßt die Frage, natürlich, offen. Und einige Wünsche auch. Denn der Mime, der ein paar großartige Momente hat (so zum Beispiel jene Szene, in der er „unter Wasser" einen Koffer findet und nach oben zieht), fällt immer wieder aus seiner Rolle, nimmt Kontakt auf mit dem Publikum. Das zerstört die sorgsam aufgebaute Stimmung, so daß die glänzende Parabel über das Ausgesetztsein des Menschen zu oft im Gelächter zerflattert.

Mit drei Träumen kam der zweite tschechische Beitrag, Ladislav Fialka mit seinem Prager „Theater am Geländer", nach Köln. Im „Traum vom Sommernachtstraum" tanzen, laufen, springen die elf Darsteller zur Musik von Václav Trojan durch die Szenen, ringen die Hände, greifen sich ans Herz, gehen sich mit drohenden Gebärden gegenseitig an den Hals und parodieren so nebenbei das Gestenrepertoire ihrer eigenen Zunft – wie sich bei ihrem zweiten Stück, dem „Traum von Bangigkeit und Hoffnung", herausstellt: wenn nämlich drei Frauen in Rotkreuz-Tracht und zwei Ärzte beim „Operieren" mit zusammengelegten und zur Brust erhobenen Händen auch dem Begriffsstutzigsten klarmachen, daß der Patient nicht mehr zu retten ist.

Glanzstück des Triptychons war „Ein etwas melancholischer Traum", den eine Gestalt namens Melancholie (Ludmila Kovářová) träumt. Artisten, Zirkusfiguren und Gestalten aus der Commedia dell'arte gewinnen darin ein turbulentes Eigenleben und verspüren überhaupt keine Lust mehr, den Traum enden zu lassen. Auf dem Höhepunkt verschmelzen dann Realität und Phantasie miteinander, und die Träumende legt mit den von ihr Geträumten einen rasanten Charleston zur „Küchenrevue" von Bohuslav Martinů aufs Parkett.

Puristen mögen einwenden, daß diese Darbietung nichts mehr mit Pantomime zu tun hat. Aber Sladek ist es zu danken, daß er der stummen Kunst stets neue Impulse gegeben hat und gibt. Nicht zuletzt daraus bezieht das Kölner Gauklerfest seine Existenzberechtigung – auch für die kommenden zehn Jahre.

RAINER NOLDEN



Melancholischer Traum vom Sommernachtstraum: Ladislav Fialka bei seinem Gastspiel in Köln FOTO: v. BRAUCHITSCH

JOURNAL

Berliner Philharmoniker: H. G. Schäfer Intendant?

hrk. Berlin

Als neuer Intendant des Berliner Philharmonischen Orchesters ist offenbar der künstlerische Leiter der Jahrhunderthalle in Frankfurt-Hoechst, Hans Georg Schäfer, vorgesehen. Berlins Kultursenator Volker Hassemer nahm gestern an einer Versammlung der Orchestermitglieder teil, in der über die Berufung von Schäfer beraten und abgestimmt werden sollte. Der neue Kandidat hat offenbar auch das Gefallen von Chefdirigent Herbert von Karajan gefunden; auch der Orchestervorstand soll einverstanden sein. Zur Zeit werden die Aufgaben des Intendanten kommissarisch von Wolfgang Stresemann wahrgenommen, dem Vorgänger des Intendanten Peter Girth, mit dem sich das Orchester überwarf.

Unesco-Preis für Volkshochschulen

dpa, Köln/Düsseldorf

Der deutsche Volkshochschul-Verband ist von der Unesco für seine Bemühungen zur Beseitigung des Analphabetentums ausgezeichnet worden. Der Vorsitzende der deutschen Kultusminister-Konferenz, der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier (SPD), würdigte die Leistung der Volkshochschulen, die mit ihren Kursen in der Bundesrepublik dazu beigetragen hätten, „mehr Chancengleichheit in unserem Gesellschafts-und Wirtschaftssystem zu eröffnen". So seien allein in NRW im vergangenen Jahr rund 240 Kurse für etwa 1800 Analphabeten angeboten worden. Darüber hinaus hätten die Volkshochschulen mehrere Projekte in Entwicklungsländern abgewickelt. In der Bundesrepublik werden nach Angaben Schwiers zwischen 500 000 und eine Million Menschen vermutet, die des Lesens und Schreibens nicht oder nicht mehr kundig sind.

Peter Gülke wird GMD in Wuppertal

dpa, Wuppertal

Neuer Generalmusikdirektor in Wuppertal soll von August 1986 an der aus der „DDR" stammende Musikwissenschaftler und Dirigent Peter Gülke werden, der 1983 nach einem Gastspiel an der Hamburgischen Staatsoper nicht mehr in seine Heimat zurückgekehrt war. Eine Findungskommission der Stadt Wuppertal schlug den Musiker für den Posten vor. Der Stadtrat wird endgültig im Oktober entscheiden. Der 51jährige Gülke soll Professor Hanns-Martin Schneidt ablösen.

Peter Steins „Orestie" in Athen gezeigt

dpa, Athen

Vor knapp zweitausend Zuschauern hat am Wochenende im Athener Theatro Petras eine neunstündige Vorführung von Peter Steins Inszenierung der „Orestie" des Äschylos stattgefunden. Das Gastspiel der Berliner Schaubühne vor der Monumentalkulisse eines Marmorsteinbruchs am Fuß des Berges Parnis war einer der deutschen Beiträge zu den Veranstaltungen „Athen – kulturelle Hauptstadt Europas 1985". Vor Sonnenuntergang hatte die Aufführung begonnen, gegen halb fünf in der Frühe war sie beendet.

Hermann Weigand †

dpa, New York

Einer der führenden amerikanischen Germanisten, der ehemalige Yale-Professor Hermann J. Weigand, ist, wie erst jetzt bekannt wurde, am vergangenen Dienstag in einem Genesungsheim in Branford (US-Bundesstaat Connecticut) 92jährig gestorben. Der Wissenschaftler, Sohn eines deutschen Einwanderers, hatte 32 Jahre lang in Yale Germanistik gelehrt. Die Bundesrepublik hatte Weigand mit der Goethe-Plakette und dem Bundesverdienstkreuz geehrt.

Rodney Porter tot

dpa, London

Professor Rodney Porter, der 1972 den Nobelpreis für Medizin erhalten hatte, ist am Samstag bei einem Autounfall in Südengland ums Leben gekommen. Der 67jährige Wissenschaftler von der Universität Oxford stand kurz vor seiner Emeritierung. Er hatte einen Lehrstuhl für Biochemie inne und war insbesondere auf dem Gebiet der Immunologie tätig. Das von Porter konstruierte Modell, nach dem Antikörper in Form eines Ypsilons aufgebaut sind, ist von der Wis senschaft allgemein akzeptiert worden.

George Polya tot

AP, Palo Alto

Der aus Ungarn stammende amerikanische Mathematiker George Polya ist im Alter von 97 an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Polya hat mehr als 250 Schriften über Zahlentheorie, Wahrscheinlichkeitsrechnung und Kombinatorik veröffentlicht. Bis zu seinem 90. Lebensjahr lehrte er an der Stanford-University.

Führte Schaden am Triebwerk zum Absturz?

DW. Milwaukee

Die Behörden im amerikanischen Bundesstaat Wisconsin bemühten sich am Wochenende, die Ursache des Flugzeugabsturzes zu klären, der am Freitag in Milwaukee den Tod aller 31 Insassen gefordert hat. Die mit 26 Passagieren und fünf Besatzungsmitgliedern besetzte DC 9 war kurz nach dem Start abgestürzt.

Die Maschine kam aus Madison (Wisconsin) und sollte nach Atlanta (Georgia) weiterfliegen. Eine Augenzeugin, die in einem Privatflugzeug das Unglück beobachtete, berichtete, daß das Flugzeug sich zweimal um seine Längsachse gedreht habe und mit dem Bug voraus aufgeschlagen sei. Nach den Aussagen eines anderen Zeugen war das rechte Triebwerk der Maschine in Brand geraten.

Notsituation

Nach Darstellung der US-Luftfahrtbehörde hatte der Pilot gerade die Begrenzung des Flughafens überflogen, als er dem Kontrollturm mitteilte, daß eine Notsituation eingetreten sei. In dem Moment, als die Fluglotsen den Empfang der Meldung bestätigten, sei das Flugzeug aus etwa 300 Meter Höhe abgestürzt. Die Fluglotsen hätten lediglich einen Feuerball gesehen.

Ein Triebwerkschaden wird von Experten nicht ausgeschlossen. Die verunglückte Maschine war mit „Pratt and Whitney"-Triebwerken ausgestattet, von denen mittlerweile auf einer Piste des Flughafens von Milwaukee Teile gefunden wurden, wie der Vorsitzende der amerikanischen Verkehrssicherheitsbehörde, James Burnett, mitteilte. Es stehe jedoch noch nicht fest, ob die Teile von der abgestürzten Maschine stammen.

Auch die am 22. August in Manchester verunglückte Boeing 737 war mit Triebwerken von Pratt and Whitney ausgestattet. Die Herstellerfirma und die US-Zivilluftfahrtbehörde hatten aus diesem Grund den Fluggesellschaften nahegelegt, ihre mit Triebwerken dieses Typs ausgestatteten Maschinen untersuchen zu lassen. Ein Sprecher von Pratt and Whitney erklärte am Firmensitz in East Hartford (US-Bundesstaat Connecticut), zwei Vertreter der Firma seien nach Milwaukee entsandt worden. Er setzte hinzu, nach dem derzeitigen Stand der Erkenntnisse gebe es „keinen Grund, einen Triebwerkschaden (als Absturzursache) zu vermuten".

Neue Brennkammern

Die britische Fluggesellschaft „British Airways" (BA) hat nach eigenen Angaben 22 „Pratt and Whitney"-Triebwerke aus dem Verkehr gezogen, die dem gleichen, das in Manchester explodiert ist. Die Triebwerke des amerikanischen Herstellers vom Typ JT8D-15 sollen BA zufolge mit einer neuen Brennkammer ausgerüstet werden, nachdem an einigen bei Röntgenuntersuchungen Fehler festgestellt worden waren. Es soll sich bei diesem Triebwerktyp, so informierte Kreise, um eine modifizierte Fassung handeln, die nicht den Langzeittests unterworfen worden sind wie das Standardtriebwerk.

Bei der Serie schwerer Flugzeugunglücke dieses Sommers sind damit seit dem 23. Juni 1211 Menschen ums Leben gekommen. Diese Opferzahl übersteigt nach einer Statistik der englischen Fachzeitschrift „Flight Review" deutlich die des gesamten Jahres 1983 (1202) und die des vergangenen Jahres (448). Am 23. Juni stürzte eine Boeing 747 der „Air India" vor der irischen Küste mit 329 Menschen ab. Es gab keine Überlebenden. Am 2. August starben 131 Personen bei der Landung einer Tristar der „Delta Airlines" in Dallas. 520 Tote, die schwerste Opferbilanz bei einem Flugzeugabsturz, forderte am 12. August der Absturz einer Boeing 747 der „Japan Airlines" zwischen Tokio und Osaka.

Wenn mutige Rentner selbst für ihre Sicherheit sorgen

ERNST HAUBROCK, New York

Die beiden Halbwüchsigen erkennen mit einem Blick, daß die gutgekleidete ältere Frau ein leichtes und wahrscheinlich lohnendes Opfer ist. Sie stellen sich ihr in den Weg, um ihr die Handtasche zu entreißen. Als die Frau sich wehrt, wird sie brutal auf das Pflaster gestoßen. Lachend machen sich die beiden Täter mit ihrer Beute davon.

Eine alltägliche Szene in Washington Heights, dem einst gutbürgerlichen und sicheren Viertel im Norden von Manhattan. Und eigentlich hätte die Tat in New York, wo jede Minute ein Raubüberfall geschieht, kaum eine Chance, jemals aufgeklärt zu werden. Aber diesmal sind die beiden vorbestraften jugendlichen Verbrecher schon eine halbe Stunde später hinter Schloß und Riegel, dank der erst wenige Wochen zuvor für diesen Bezirk ins Leben gerufenen „Citizens Watch Group", einer losen Bürgerschutzorganisation, deren freiwillige Mitglieder in der Gegend wohnen und oberflächlich geschult sind, Verbrechensumstände und Täterbeschreibungen ohne Verzug an die zuständige Polizeiwache weiterzugeben. Ein 75jähriger Rentner, Mitglied der Selbsthilfe-Gruppe, hatte die Tat beobachtet und in der gleichen Minute mit wichtigen Informationen telefonisch der Polizei gemeldet.

Organisationen dieser Art sind in den letzten fünf Jahren zu Tausenden in fast allen Städten und Gemeinden der USA entstanden, wo Verbrechen überhand zu nehmen drohten und die Sicherheitsbehörden das Problem nicht bewältigen konnten.

Beachtlicher Rückgang bei Einbruch und Straßenraub

Während zuvor ein total überlasteter Strafvollzug, eine zu liberale „Drehtür-Justiz", bei der gefaßte und angeklagte Täter im Schnellverfahren mit einer Verwarnung auf freien Fuß und zu neuen Verbrechen entlassen werden, sowie eine in der Bevölkerung verbreitete Apathie die Verbrechenszahlen explosionsartig ansteigen ließen, wird inzwischen mit der Zunahme der privaten Schutzgruppen ein beachtlicher Rückgang zumindest bei den Delikten Straßenraub und Einbruch registriert.

In der Regel werden die Organisationen von der Polizei gefördert. So in der Hauptstadt Washington, wo Polizeichef Maurice Turner schon vor einem Jahr erklärte: „Neighborhood Watch ist das erfolgreichste Verbrechensverhütungsprogramm, das es seit langem gegeben hat." Seit Gründung der „Nachbarschaftswache" 1981 mit Hunderten von Untergruppen ist die Zahl der angeschlossenen Haushalte von 12 000 auf 64 000 gestiegen. In der gleichen Zeit gingen im Großraum Washington Straßenüberfälle und Einbrüche jährlich um 14 Prozent zurück.

In der kalifornischen Stadt Oakland mit großen Slumbezirken, aus denen das Verbrechen in nahegelegene friedliche Wohngegenden übergreift, gründete eine Großmutter um die 70, die es leid war, daß sie selbst, Freunde und Bekannte immer wieder von Jugendlichen belästigt und ausgeraubt wurden, die „Diamantene Sicherheitspatrouille": Männer und Frauen im Rentenalter, die gelbe Jacken und Sprechfunkgeräte tragen und in Paaren Streife gehen. Anfänglich versuchte die reguläre Polizei die älteren Leutchen zu entmutigen. Aber dann, als die Einwohner des betreffenden Wohnbezirks sich begeistert und unterstützend hinter die Gruppe stellten und sie mehrfach zur Aufklärung von Straßenkriminalität beitrug, wandelte sich die Ablehnung der Polizeidirektion in Kooperationsbereitschaft und Dankbarkeit.

Willkommen bei den Sicherheitsbehörden sind in mehreren Städten auch die freiwilligen Hilfspolizisten, meist Männer aus gehobenen Berufen, die ein- oder mehrmals in der Woche nach Feierabend reguläre Polizeiuniform anziehen und ein paar Stunden Streifendienst versehen.

Mit 38er Revolvern und Knüppeln ausgerüstet

In New York ist die „Auxiliary Police" nur mit Knüppeln ausgerüstet, in Los Angeles tragen ihre Angehörigen 38er Revolver und großkalibrige Flinten. Die Bewaffnung hat Kritik und den nicht immer unberechtigten Vorwurf ausgelöst, es seien „Räuber und Gendarm spielende" große Jungen, die, unzureichend ausgebildet, beim gefährlichen Polizeidienst in Bezirken mit hoher Kriminalität ihre Aggression abreagieren möchten.

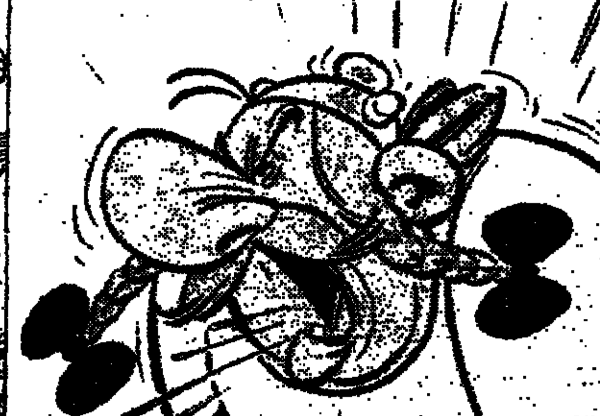
Obwohl von Bürgermeister Edward Koch gelobt, werden in New York die „Guardian Angels" von der Polizei abgelehnt und behindert. Die „Schutzengel" sind junge Leute aus sozial unteren Schichten und häufig arbeitslos, die aus Begeisterung für die Sache Patrouille im von Verbrechern aller Art heimgesuchten U-Bahn-System fahren. Die U-Bahn-Passagiere sind den Angels, die Leben und Gesundheit riskieren, dankbar, aber die Transportbehörde läßt sie nicht einmal kostenlos fahren.

Von den Behörden offiziell bekämpft, aber gelegentlich auch stillschweigend geduldet, sind Vigilanten-Gruppen, die hauptsächlich in Bundesstaaten entstanden sind, wo sich jeder unbescholtene Bürger bis an die Zähne bewaffnen darf. Vigilanten haben schon häufig scharf geschossen und in einigen Fällen die Justiz in ihre Hände genommen.

Wo sie operieren, kann eine abschreckende Wirkung auf die Verbrecher nicht geleugnet werden. Weil ihre Aktionen aber ungesetzlich und ein Schritt in die Anarchie sind, werden sie vom größeren Teil der Bevölkerung abgelehnt. (SAD)







Verhaltene Gestik edler Menschen: „Prinz Eisenherz" von Hal Foster (Mitte) – Absturz in der Lesergunst: Micky Maus (links) – Leichte Kost für Intellektuelle: Asterix-Freund Obelix (rechts)

Die Comics stolperten aus den Kinderschuhen

Von ANDREAS THEYSSEN

Die Prophezeiung sollte sich erfüllen. Als im September 1951 die erste Nummer der „Micky Mouse" in Deutschland erschien, schrieb die Redaktion zum Thema Comics an ihre Kinder-Klientel: „Ihr werdet bald merken, auch die Erwachsenen haben ihre stille Freude daran". Gemerkt hat es der Ehapa-Verlag, der fast ausschließlich auf die kinderlieben Mäuse und Enten Walt Disneys gesetzt hat. Erwachsene haben die Kinder verdrängt, sie greifen häufiger zu den Bildergeschichten als der Nachwuchs. Und so mußte Uli Marbach (Ehapa) bei den „Ersten Münchner Comic-Tagen" an diesem Wochenende zugeben: „Das Geschäft mit den Kindercomics schrumpft".

Video, Fernsehen und vor allem der Pillenknick sollen es sein, die Donald Duck, Lucky Luke und die Schlümpfe aus dem Geschäft drängen. „Jetzt greifen Leute zu den Comics, die schon damit aufgewachsen sind", beobachtete Andreas C. Knigge vom Hamburger Carlsen-Verlag. Für sie wurden die Comics während der Studentenbewegung salonfähig, und „Asterix" lieferte obendrein das „intellektuelle Alibi".

Seitdem haben sich die Inhalte der Bildergeschichten gewandelt. Sex and Crime gehört dazu. Frauen wie „Die Dame von Singapur" dürfen im asiatisch-exotischen Ambiente zum Gewehr greifen. Da wird Ibsens „Nora" in Strips gefaßt, Wagners „Ring der Nibelungen" in Sprechblasen gepreßt, und die Zeichnerin Annie Goetzinger bewältigt mit „Die Diva" die französische Vichy-Vergangenheit. Der deutsche Matthias Schultheiss will mit Pinsel und Tusche gar die Hintergründe des Jumbo-Abschusses über Sachalin aufklären.

Auch die Zeichner passen sich den Ansprüchen der Erwachsenen an. „Autodidakten wie den ‚Prinz Eisenherz'-Vater Hal Foster", so der Müchner Comic-Händler Hans-Jürgen Janetzki, „gibt es kaum noch. Die meisten Illustratoren kommen von Kunstakademien." Sie setzen auch weniger auf Phantasie denn auf Recherche. Sie reisen zu den Originalschauplätzen ihrer Bilderstories oder arbeiten zumindest nach Fotovorlagen. Der Carlsen-Verlag richtete eigens eine Dokumentation ein, um den historischen Background der Geschichten zu überprüfen.

Manche Zeichner begnügen sich nicht nur mit graphischer Perfektion. So empfiehlt der Illustrator Cosey für sein Himalaya-Abenteuer „Der Gesang des weißen Berges" gar die passende Musik zur Lektüre – Mike Oldfields Sphärenklänge und buddhistische Meditationshymnen.

Die Nachfahren Wilhelm Buschs, die deutschen Comic-Zeichner, haben auf dem Markt keine Chance. „Die kommen einfach nicht an", registrierte die Münchner Comic-Verlegerin Rossi Schreiber. Der Grund, so Händler Janetzki: „Die meisten Deutschen beherrschen das Metier nicht; sie arbeiten nicht an sich."

Carlsen-Lektor Knigge sucht die Ursachen dagegen in der Geschichte: „Durch den Nationalsozialismus gibt's bei uns keine Comic-Tradition. Und nach dem Krieg war es billiger, fertige Geschichten im Ausland zu kaufen."

Heute beherrschen Belgier, Franzosen und Italiener von Hervéh („Tim und Struppi") über Franquin („Gaston") bis Manara („Guiseppe Bergmann") den deutschen Markt. Branchenführer Ehapa bestreitet sogar 90 Prozent seines Verlagsprogramms mit ausländischen Lizenzen.

Inzwischen haben die Comic-Konsumenten die Kindertage der deutschen Bildergeschichten wiederentdeckt. Die Mini-Format-Abenteuer des rohen Ritters „Sigurd", die Ende der vierziger Jahre erstmals erschienen, werden neu verlegt. Die Anfangsphase des ewigen Kampfes zwischen Dagobert Duck und den Panzerknackern ist als Hardcover mit dem Aufdruck „Klassiker" erschienen.

Und als dieser Tage die ersten Strips des gestrichelten Prototyps eines amerikanischen Spießers, der Micky Mouse, als Nachdruck an die Kioske kam, waren im Handumdrehen 600 000 Exemplare verkauft.

Manche Comic-Sammler geben sich allerdings mit Nachdrucken nicht zufrieden und machen sich auf die Suche nach Originalen. Eines davon, das „Micky Mouse"-Heft vom September 1951 (Sammlerwert: 1000 Mark) lag Jahre im Tresor des Stuttgarter Ehapa-Verlags – bis eines Nachts dort eingebrochen wurde.

Sex und Drogen: „Die Dame von Singapur" (links) – Ein chaotischer Typ: „Gaston kennt kein Pardon" (rechts)

Trübe Aussichten: Es bleibt diesig und regnerisch

AP/dpa, Frankfurt

Temperaturen „weit unter Durchschnitt" sorgten am Wochenende für regnerisches Herbstwetter. Das für heute und morgen erwartete freundlichere Wetter soll nicht von Dauer sein: Die Meteorologen rechnen bereits für Mittwoch wieder mit Regen und Tagestemperaturen von zwölf Grad. In den Kammlagen des Bayerischen Waldes fiel sogar schon Schnee. Auch den Bienen war der Sommer zu naß: Die feuchte und kalte Witterung ließ ihnen nicht genügend Zeit zum Einsammeln von Pollen und Nektar. Trotzdem werden die Honigpreise wegen des wachsenden Imports ausländischen Honigs „eher sinken", meinte jetzt ein Fachmann auf dem Bayerischen Imkertag in Lauingen.

Brand in Chemiekonzern

dpa, Basel

Schwere Schäden entstanden gestern durch einen Brand im siebenstöckigen Forschungsgebäude des Chemie- und Pharmakonzerns Ciba-Geigy in Basel. Das Feuer, über dessen Ursache gestern noch nichts bekannt war, breitete sich durch die Ventilationsschächte schnell aus. Menschen kamen nicht zu Schaden. Auch die 70 Versuchstiere in den oberen Stockwerken des Gebäudes blieben von Feuer und Rauch verschont.

Aktion rettete 3000 Fichten

dpa, Wien

Mit ihrem freiwilligen Verzicht auf neue Telefonbücher haben Wiener Telefonbesitzer einen Bestand von 3000 Fichten gerettet. Wie die österreichische Post am Samstag mitteilte, konnten dadurch 42 Tonnen Papier eingespart werden, für die 3000 Fichten hätten gefällt werden müssen. Jeder vierte Telefonkunde in Wien beteiligte sich an der Aktion.

Bei Ausbruch verletzt

dpa, Weilheim

Bei einem Fluchtversuch von fünf Strafgefangenen aus der Justizvollzugsanstalt Weilheim in Bayern wurden in der Nacht zum Sonntag ein Häftling schwer und ein anderer leicht verletzt. Alle fünf Ausbrecher wurden gefaßt. Wie die Polizei mitteilte, hatten die 21- bis 36jährigen – zwei Deutsche, zwei Türken und ein Holländer – die Gitterstäbe ihrer Zelle im dritten Stock der Anstalt durchsägt. An zusammengeknoteten Gurten seilten sie sich ab. Dabei stürzte ein 21jähriger in die Tiefe, einer der Geflohenen erlitt eine Fußverletzung.

Spenderherz

AP/AFP, Tuscon

Zum ersten Mal haben Ärzte ein Kunstherz durch ein natürliches Organ ersetzt: Dem jüngsten Kunstherzpatienten, dem 25jährigen Michael Drummond, haben die Ärzte das Herz eines 19jährigen Unfallopfers eingesetzt. Drummond hatte am 29. August ein Kunstherz des Typs Jarvik-7 erhalten, das nur als Überbrückungslösung gedacht war, bis ein geeignetes Spenderherz zur Verfügung stand.

„Jubiläumsparade"

dpa, Nürnberg

Als einen der Höhepunkte im Jubiläumsjahr „150 Jahre deutsche Eisenbahnen" feierten am Samstag auf dem Bahnhof Nürnberg-Langwasser 13 000 Menschen den Auftakt zur ersten „Jubiläumsparade". Drei Stunden lang fuhren 60 Züge aus allen Eisenbahnepochen an den gut besetzten Tribünen vorbei. Viel Beifall erhielten Kopien der Lokomotive „Adler" und drei Personenwagen aus dem Jahr 1935.

Samantha Smith geehrt

dpa, Moskau

Die Sowjetunion hat jetzt einen Diamanten nach der amerikanischen Schülerin Samantha Smith benannt, die bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam. Der sibirische Diamant werde der Edelstein-Kollektion im Moskauer Kreml hinzugefügt, berichtete die amtliche Nachrichtenagentur Tass. Samantha Smith hatte 1983 auf Einladung des damaligen Staats- und Parteichefs Juri Andropow die Sowjetunion besucht.

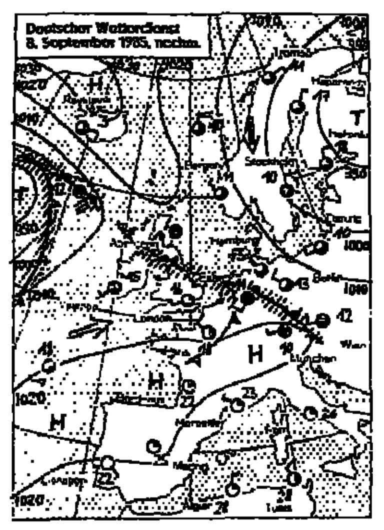
Mordanklage aufgehoben

dpa, Augsburg

Die Staatsanwaltschaft hat jetzt ihren Mordvorwurf gegen den Augsburger Regierungsrat Hartmut Görs fallengelassen. Vor rund einem Jahr soll er seine Frau und seine beiden Kinder getötet haben. Nach Abschluß der Ermittlungen wurde Anklage wegen dreifachen Totschlags erhoben. Die genauen Umstände der Tat sowie das Motiv liegen trotz intensiver Nachforschungen im dunkeln. Görs schweigt nach wie vor zu den Anschuldigungen. Der Prozeß wird frühestens im November stattfinden. 67 Zeugen und 17 Sachverständige hat die Staatsanwaltschaft benannt.

WETTER: Etwas wärmer

Wetterlage: Der Tiefausläufer über dem Süden Deutschlands schwächt sich ab. Gleichzeitig verstärkt sich der Einfluß der westeuropäischen Hochdruckzone.



Vorhersage für Montag:

Im Süden anfangs noch stark bewölkt und südlich der Donau noch Regen. Im Verlauf hier wie in den übrigen Gebieten heiter bis wolkig und weitgehend trocken. Nachts von Nordwesten her erneut Bewölkungsaufzug und nachfolgend Regen. Temperaturen zwischen 15 Grad im Osten und 19 Grad im Westen.

Weitere Aussichten:

Meist stark bewölkt und zeitweise Regen oder Schauer, wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	26°
Bonn	13°	Kopenh.	14°
Dresden	8°	Las Palmas	24°
Essen	11°	London	16°
Frankfurt	13°	Madrid	25°
Hamburg	13°	Mailand	21°
List/Sylt	13°	Mallorca	27°
München	10°	Moskau	10°
Stuttgart	15°	Nizza	25°
Algier	28°	Oslo	12°
Amsterdam	13°	Paris	18°
Athen	27°	Prag	9°
Barcelona	27°	Rom	26°
Brüssel	15°	Stockholm	10°
Budapest	13°	Tel Aviv	29°
Bukarest	27°	Tunis	28°
Helsinki	18°	Wien	12°
Istanbul	24°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* **am Dienstag:** 6.49 Uhr, Untergang: 19.48 Uhr; **Mondaufgang:** 0.35 Uhr, Untergang: 18.22 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Erstmals

Ihr Erfolgsweg gleicht einer Traumkarriere: **Ursula Wiegand,** Chefin eines in Europa führenden Druckmeßgeräte-Herstellers (180 Millionen Mark Umsatz) mußte das Unternehmen nach dem Tod ihres Mannes 1967 unvorbereitet übernehmen. Ihr Engagement würdigte eine Jury aus prominenten Mitgliedern mit der erstmals in der Bundesrepublik Deutschland verliehenen Auszeichnung „Unternehmerin des Jahres".

Endgültig

In Hamburg begann die Laufbahn der Beatles, und dort, im Einkaufszentrum an der Hamburger Straße, wurde jetzt zum Gedenken an den 1980 ermordeten John Lennon eine Statue enthüllt. Die erste Ehefrau des berühmten Beatles, **Cynthia Lennon,** nahm an den Feierlichkeiten teil. Mit von der Partie waren außerdem der erste Drummer der Gruppe, **Pete Best,** sowie der Bildhauer **Allen Curran.** Seinen endgültigen Platz wird das Standbild in vier Wochen in Paris finden. Zwei weitere Statuen werden in Liverpool, von wo die Beatles kamen, und in New York aufgestellt.

IFA: Getrennt von Tisch und Tresen

AXEL M. SALLOWSKY, Berlin

Eitel Sonnenschein bei der ARD: Man sieht sich als Sieger des „Multi-Media-Festivals" der Internationalen Funkausstellung (IFA). Erich Bachmann, IFA-Beauftragter der ARD: „Wir sind zufrieden und glücklich." Ein wenig Katerstimmung hingegen beim ZDF. Mit der „Goldenen 1" sprinteten die Kollegen vom ersten Kanal den Mainzern kurz vor der Ziellinie (sprich: der Publikumsgunst) davon, lagen schließlich eine Nasenlänge vorn. „Aber die haben", so erklärt ein ZDFler hintergründig, „noch lange nicht gewonnen. Warten wir doch erst einmal die Auswertung des Zielfotos ab."

Wie dem auch sei, gewonnen haben schließlich beide Anstalten. Beide glauben, die Chance IFA '85 genutzt zu haben, um neue Inhalte, Modelle, Konzepte und neue Technik live ausprobieren zu können.

Was denn auch geschah – rund um die Uhr, im Fernsehen wie im Hörfunk. Mit letzterem können die Mainzer nicht aufwarten, also müssen sie stets ein wenig mehr TV-Ideen entwickeln und in die Tat umsetzen als die ARD. Stolz verweisen ZDF-Intendant Prof. Dieter Stolte und sein Chefredakteur Reinhard Appel auf ihre neuen Programmmodelle „Sie – Das Magazin für die Frau", „Künstlertreff in 5 nach 12" und „Die Stadtschreiber – Städteturnier", die nicht nur bereits beim ersten Ausstrahlen hohe Einschaltquoten zu verzeichnen hatten, sondern auch als „wirklich neue Wende-Angebote von den Zuschauern live und am Bildschirm angenommen wurden", wie der Pressesprecher des ZDF, Fritz Hufen, erklärte; Programmformen und Inhalte, die nun der „Ausentwicklung" (Hufen) bedürfen.

Doch die Medienschlacht am Berliner Funkturm fand nicht nur in Studios und auf dem TV-Schirm statt. Beide Sendeanstalten hatten Presse-Treffs für die Kollegen von der schreibenden Zunft eingerichtet und warben um deren Gunst.

Hielt man es vor zwei Jahren noch gemeinsam an einem Ort aus, so hatten sich die beiden TV-Giganten diesmal von Tisch und Tresen getrennt: Das ZDF residierte im Marschallhaus, die ARD hatte sich unmittelbar zu Füßen des Funkturms etabliert. Und hier, quasi hinter den Kulissen und hinter dem Rücken der Öffentlichkeit, wurde piekfein mit harten Getränken und warmen Süppchen, mit Fruchtsäften, Wiener Würstchen und Salaten um das Wohlwollen der Presse gerungen.

Auch dabei hatte schließlich die ARD die Nase vorn, zumindest eine Nase dafür, was man tun muß, um Journalisten, hungrig und durstig nach endlosen Wanderungen durch die Messehallen, glücklich zu machen. So verspeisten die Gäste im ARD-Presse-Treff etwa eine Tonne Salate, tranken über 3000 Liter Bier, leerten zu Smalltalks mit den Stars aus „Politik, Wirtschaft und Kultur" (auch Johannes Rau trank ein Bierchen bei den ARD-Leuten) 800 Flaschen Sekt, ebenso viele Flaschen Rot- und Weißwein.

In einem Punkt lag allerdings das ZDF eine Nasenlänge vorn, hatte es doch die hübscheren Hostessen engagiert, die mit einem Lächeln vergessen ließen, daß die ZDF-Süppchen stets rar und etwas dünn, die Getränkeauswahl klein und der Innenraum recht ungemütlich war. „Wir wollen durch Qualität überzeugen und nicht durch Essen und Trinken die Kritiker umstimmen", erklärte hierzu ein ZDF-Mann sibyllinisch.

ZU GUTER LETZT

„Am wenigsten dürfen CDU-Frauen sich querlegen", meinte ein Leser in einem Brief an die WELT am 4. September 1985.